Landkreis Kaiserslautern
Landrat

Der Landrat des Kreises Kaiserslautern, Postfach 3580, 67657 Kaiserslautern

29.11.2021

Damen und Herren
Mitglieder des Kreisausschusses

Frau Heß-Schmidt, 1. Kreisbeigeordnete
Herrn Schmidt P., Kreisbeigeordneter
Herrn Dr. Altherr, Kreisbeigeordneter

Herrn Keller, Regierungsdirektor
Frau Krill-Sprengart, Kreisoberverwaltungsrätin
Frau Ledesma, Allgemeine Rechtsangelegenheiten
Herrn Schmidt A., Abteilungsleiter 1
Herrn Lauer, Abteilung 1
Frau Müller, Gleichstellungsstelle
Frau Leis, Gleichstellungsstelle
Frau Priebe, Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt
Frau Dr. Matt-Haen, Kultur + Öffentlichkeitsarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

am

Montag, dem 06.12.2021, um 09:00 Uhr,

findet per Video- bzw. Telefonkonferenz in der Kreisverwaltung Kaiserslautern in Kaiserslautern, Lauterstraße 8, eine Sitzung des

des Kreisausschusses

mit nachstehender Tagesordnung statt.

Hierzu lade ich Sie freundlichst ein.

T a g e s o r d n u n g :

Öffentlicher Teil

1	Schulen Landkreis Kaiserslautern: Vergabe der Planungsleistung "Digitalpakt Schulen"	2650/2021
2	Gesamtsanierung Sickingen Gymnasium Landstuhl: Auftragsvergaben/Vorratsbeschlüsse	2648/2021

3	**Vorbereitung der nächsten Sitzung des Kreistages am 13. Dezember 2021**	
3.1	Vorstellung Projekt "Landkreis ohne Rassismus" von Schulen aus dem Landkreis und JES!	2602/2021
3.2	Sachstandbericht Corona-Pandemie	
3.3	Anpassung der KdU-Richtlinien; Richtlinien zur Beurteilung der sozialhilferechtlichen/grundsicherungsrechtlichen Angemessenheit von Kosten der Unterkunft	2612/2021
3.4	Liegenschaften Landkreis Kaiserslautern: Vergabe Druck- und Kopiersysteme	2649/2021
3.5	ÖPNV-Resolution; Kein zukunftsfähiger ÖPNV ohne Finanzierungskonzept!	2647/2021
3.6	ÖPNV; Mehraufwand im Budget 704 (TH7)	2651/2021
3.7	Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss	2625/2021
3.8	Bereitstellung von Eigenmitteln für die Teilnahme am LEADER-Förderprogramm (2023-2027)	
3.8.1	Bereitstellung von Mitteln für die Teilnahme am LEADER-Förderprogramm (2023-2027) der LAG Westrich-Glantal	2640/2021
3.8.2	Bereitstellung von Mitteln für die Teilnahme am LEADER-Förderprogramm (2023-2027) der LAG Donnersberger und Lautrer Land	2641/2021
3.9	Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)	2600/2021
3.10	Informationen zur Erfüllung der Ermittlungs- und Abwägungspflichten des Landkreises bei Festsetzung des Kreisumlagesatzes für das Haushaltsjahr 2022	2637/2021
3.11	Haushaltssatzung 2022 des Landkreises Kaiserslautern a) Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022 b) Investitionsübersicht für die Jahre 2022-2025 c) Wirtschaftsplan der Abfallentsorgungseinrichtung 2022	2638/2021
3.12	Vergabeplanungen 2022 ff.	2631/2021
3.13	Annahme von Spenden-/Sponsoringgeldern gem. § 58 Abs. 3 LKO	2639/2021

3.14	Vollzug der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung, der Landkreisordnung und der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen I. Schlussbesprechung über den Jahresabschluss 2020 II. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 III. Verwendung des Jahresgewinns	2522/2021
3.15	Einwohnerfragestunde	

Nichtöffentlicher Teil

3.16	Personalangelegenheit	2632/2021
4	Personalangelegenheit	2620/2021
5	Personalangelegenheit	2621/2021

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Leßmeister

3	**Vorbereitung der nächsten Sitzung des Kreistages am 13. Dezember 2021**	
3.1	Vorstellung Projekt "Landkreis ohne Rassismus" von Schulen aus dem Landkreis und JES!	2602/2021
3.2	Sachstandbericht Corona-Pandemie	
3.3	Anpassung der KdU-Richtlinien; Richtlinien zur Beurteilung der sozialhilferechtlichen/grundsicherungsrechtlichen Angemessenheit von Kosten der Unterkunft	2612/2021
3.4	Liegenschaften Landkreis Kaiserslautern: Vergabe Druck- und Kopiersysteme	2649/2021
3.5	ÖPNV-Resolution; Kein zukunftsfähiger ÖPNV ohne Finanzierungskonzept!	2647/2021
3.6	ÖPNV; Mehraufwand im Budget 704 (TH7)	2651/2021
3.7	Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss	2625/2021
3.8	Bereitstellung von Eigenmitteln für die Teilnahme am LEADER-Förderprogramm (2023-2027)	
3.8.1	Bereitstellung von Mitteln für die Teilnahme am LEADER-Förderprogramm (2023-2027) der LAG Westrich-Glantal	2640/2021
3.8.2	Bereitstellung von Mitteln für die Teilnahme am LEADER-Förderprogramm (2023-2027) der LAG Donnersberger und Lautrer Land	2641/2021
3.9	Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)	2600/2021
3.10	Informationen zur Erfüllung der Ermittlungs- und Abwägungspflichten des Landkreises bei Festsetzung des Kreisumlagesatzes für das Haushaltsjahr 2022	2637/2021
3.11	Haushaltssatzung 2022 des Landkreises Kaiserslautern a) Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022 b) Investitionsübersicht für die Jahre 2022-2025 c) Wirtschaftsplan der Abfallentsorgungseinrichtung 2022	2638/2021
3.12	Vergabeplanungen 2022 ff.	2631/2021
3.13	Annahme von Spenden-/Sponsoringgeldern gem. § 58 Abs. 3 LKO	2639/2021

3.14	Vollzug der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung, der Landkreisordnung und der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen I. Schlussbesprechung über den Jahresabschluss 2020 II. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 III. Verwendung des Jahresgewinns	2522/2021
3.15	Einwohnerfragestunde	

Nichtöffentlicher Teil

3.16	Personalangelegenheit	2632/2021
4	Personalangelegenheit	2620/2021
5	Personalangelegenheit	2621/2021

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Leßmeister

TOP Ö 1

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Abteilung 5 (Mitarbeiter)
5/gm/
2650/2021

29.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich

Schulen Landkreis Kaiserslautern: Vergabe der Planungsleistung "Digitalpakt Schulen"

Sachverhalt:

Der Landkreis Kaiserslautern erhält Fördergelder im Rahmen des Digitalpakts für die Schulen in der Trägerschaft und Verwaltungszuständigkeit des Landkreises. Es ist beabsichtigt ein versiertes Planungsbüro mit der Planung und Durchführung der Maßnahme zu beauftragen. Die Planungsleistung wird im offenen Verfahren ausgeschrieben. Die Auftragsvergabe ist für Anfang Januar vorgesehen. Zunächst wird das Planungsbüro gem. HOAI mit den Leistungsphasen 1-3 beauftragt, um einen Förderantrag stellen zu können. Danach ist die stufenweise Weiterbeauftragung beabsichtigt.

Der Auftragswert bestimmt sich gem. HOAI entsprechend der anrechenbaren Baukosten. Da diese derzeit nur grob anhand der Fördergelder dargestellt werden können, geht man von Planungskosten zwischen 180.000 € und 200.000 € inkl. MwSt aus.

Es wird empfohlen, den Landrat zu ermächtigen, das Planungsbüro mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu beauftragen. Die Wirtschaftlichkeit wird hier vom Preis und den Referenzen der Büros abgebildet.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss ermächtigt den Landrat unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsgebots einen entsprechenden Vertrag abzuschließen.

Im Auftrag:

Gez. Gentek
Fachbereichsleiterin

TOP Ö 3.1

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 4.3
4.3/Brenk
2602/2021

28.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Vorstellung Projekt "Landkreis ohne Rassismus" von Schulen aus dem Landkreis und JES!

Vorstellung der Ergebnisse im Rahmen des Beteiligungsprojektes „JES!“ zu den Teilbereichen „Landkreis ohne Rassismus“, „Kinderrechte“ und der Jugendumfrage „Was geht“ im Jahr 2021.

TOP Ö 3.3

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 4.2
4.2
2612/2021

10.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Sozialausschuss	16.11.2021	öffentlich
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Anpassung der KdU-Richtlinien; Richtlinien zur Beurteilung der sozialhilferechtlichen/grundsicherungsrechtlichen Angemessenheit von Kosten der Unterkunft

Sachverhalt:

Aufgrund bundesozialgerichtlicher Rechtsprechung ist jeder Sozialhilfeträger bzw. Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende verpflichtet, ein schlüssiges Konzept zur Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft zu erstellen.

Die Firma Analyse & Konzepte hat das schlüssige Konzept für den Landkreis Kaiserslautern 2019 erstellt. Alle zwei Jahre ist eine Fortschreibung des schlüssigen Konzeptes erforderlich, was zum Stand 01.06.2021 erfolgt ist.

Beschlussvorschlag:

1. Auf der Grundlage der aktuellen Richtlinie (siehe Kreishandbuch) werden folgende Änderungen vorgenommen:

   a. Die Tabelle unter Punkt 1 der Richtlinie wird durch folgende Tabelle ersetzt:

Vergleichsraum	1 Pers.	2 Pers.	3 Pers.	4 Pers.	5 Pers.
Landkreis Kaiserslautern	369,00 €	415,00 €	500,00 €	606,00 €	700,00 €

   b. Unter Punkt 1 Abschnitt 4, wird der Betrag 97,50 € durch den Betrag 100,00 € ersetzt.

   c. Unter Punkt 1 Abschnitt 5, wird nach dem Wort „Richtlinie“ der Zusatz „(z. B. Rollstuhlfahrer)“ ergänzt.

2. Die Änderungen der Richtlinie treten am 01.01.2022 in Kraft.

Im Auftrag:

Christina Ludes

Anlage/n:
KdU-Richtlinien Stand Oktober 2021

TOP Ö 3.3

Landkreis
Kaiserslautern

Richtlinien zur Beurteilung der sozialhilferechtlichen/ grundsicherungsrechtlichen Angemessenheit von Kosten der Unterkunft

Stand: 10/2021

Angemessene Kosten der Unterkunft und Heizung

Bei jeder Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ist die Angemessenheit der vom Leistungsberechtigten aufzubringenden Aufwendungen für die Unterkunft nach diesen Richtlinien zu überprüfen. Jede Prüfung der Angemessenheit von Aufwendungen für die Unterkunft ist in den Akten zu dokumentieren.

Die Angemessenheit von Aufwendungen für die Unterkunft beurteilt sich nach der Anzahl der Personen, die in der Wohnung leben, ggf. unter Berücksichtigung ihrer besonderen Situation.

1. angemessene Bruttokaltmiete

Die angemessene Bruttokaltmiete wurde vom Landkreis Kaiserslautern mit Hilfe eines schlüssigen Konzeptes ermittelt. Hierbei wurden keine gravierenden Mietpreisdifferenzen innerhalb des Landkreises festgestellt, sodass der gesamte Landkreis Kaiserslautern als ein Vergleichsraum bewertet wird.

Die angemessene Bruttokaltmiete errechnet sich nach der Anzahl der in der Wohnung lebenden Personen. Dabei ist die Produkttheorie anzuwenden. Produkttheorie meint das Produkt aus angemessener Wohnungsgröße und Wohnungsstandard. Leistungsberechtigte können daher wählen, ob sie zugunsten eines höheren Wohnungsstandards eine kleinere Wohnfläche oder umgekehrt in Kauf nehmen, soweit das Produkt angemessen ist.
Bei der Anwendung der Produkttheorie ist nach Auffassung des Bundessozialgerichts von der Bruttokaltmiete auszugehen. Die in der Betriebskostenverordnung aufgeführten Aufwendungen sind zu berücksichtigen.

Folgende Bruttokaltmieten werden im Landkreis Kaiserslautern als angemessen anerkannt:

Vergleichsraum	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen
Landkreis Kaiserslautern	369,00 €	415,00 €	500,00 €	606,00 €	700,00 €

Bei Haushalten von mehr als fünf Personen kann die Bruttokaltmiete für jede zusätzliche Person um bis zu 100,00 € erhöht werden.

Die Bruttokaltmiete darf in keinem Fall einen Betrag von 12 €/m² übersteigen.
Bei Fällen nach 4.2 der Richtlinie (z.B. Rollstuhlfahrer), gilt der Betrag der nächsthöheren Stufe als Orientierungswert.

In der ermittelten Bruttokaltmiete sind alle Nebenkosten enthalten, darüber hinaus können grundsätzlich keine weiteren Nebenkosten übernommen werden. Dies gilt auch für eventuelle Nachzahlungsverpflichtungen in Folge von Betriebskostenabrechnungen. Hierauf ist die leistungsberechtigte Person hinzuweisen. Es ist zu beachten, dass Nebenkostenabrechnungen spätestens zwölf Monate nach Ablauf des Abrechnungszeitraums zu erstellen sind. Eine Übernahme von Nachforderungen nach dieser Frist ist mangels durchsetzbaren Anspruchs des Vermieters ausgeschlossen.

2. Wohneigentum

Nach der Rechtsprechung des BSG (Az: B 14 AS 54/07 R) richtet sich die Angemessenheit der Unterkunftskosten bei Mietern und Hauseigentümern nach einheitlichen Kriterien. Zu den Unterkunftskosten zählen Schuldzinsen, soweit sie mit dem Erwerb der Wohnung oder des Wohnhauses in unmittelbarem Zusammenhang stehen bzw. zur Finanzierung von Instandhaltungs-

maßnahmen entstanden sind. Tilgungsbeträge können grundsätzlich nicht als Kosten der Unterkunft berücksichtigt werden, da sie der Vermögensbildung dienen (BSG Urteil vom 7.11.2006 - B 7b AS 2/05 R). Ausnahmen von diesem Grundsatz sind nur in besonderen Ausnahmefällen angezeigt, wenn es um die Erhaltung von Wohneigentum geht, dessen Finanzierung im Zeitpunkt des Bezugs von Grundsicherungsleistungen bereits weitgehend abgeschlossen ist (BSG Urteil vom 18.6.2008 - B 14/11b AS 67/06 R).
Schuldzinsen, Betriebskosten und tatsächliche Aufwendungen für angemessene Instandsetzung oder Instandhaltung (soweit diese nicht zur Verbesserung des Standards des selbst genutzten Wohneigentums führen) sind bis zur Höhe der angemessenen Vergleichsmiete (Bruttokaltmiete) anzuerkennen.

3. Bedarfe für Heizung

Sind Leistungen für Heizung zu gewähren, werden diese in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen gewährt, soweit sie angemessen sind. Die Kosten sind so lange als angemessen anzusehen, wie ein unwirtschaftliches Verhalten des Leistungsberechtigten nicht vorliegt.

Bei der Feststellung der Angemessenheit von Heizungskosten dienen die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Werte als Anhaltspunkte. In der Regel wird ein Verbrauch innerhalb dieser Bandbreite als angemessen angesehen.

Wenn besondere Umstände des Einzelfalles oder außergewöhnliche Witterungsbedingungen dies erfordern, können erhöhte Heizungskosten anerkannt werden. Gründe, die eine Überschreitung der Heizkostenpauschale rechtfertigen, können z. B. sein:

- krankheitsbedingter erhöhter Wärmebedarf,
- Kleinkinder,
- langer und kalter Winter,
- Einfachverglasung und/oder unzureichende Isolierung,
- unverhältnismäßig hohe Räume,
- feuchte Räume,
- ungünstige Heizungsverhältnisse.

Die Angemessenheit kann letztlich nur auf Basis der konkreten Voraussetzung jedes einzelnen Haushaltes festgesetzt werden. Bei Überschreitung der Pauschale ist eine Einzelfallprüfung vorzunehmen. Die Entscheidung ist zu dokumentieren und in der Leistungsakte abzulegen.

Die Wohnflächenhöchstgrenzen sind zu berücksichtigen.

Personenzahl	Wohnfläche
1	bis 50 m²
2	bis 65 m²
3	bis 80 m²
4	bis 90 m²
jede weitere Person zusätzlich	zusätzlich 10 – 15 m²

Überschreitet die Wohnfläche die Obergrenze und ist die Kürzung der Unterkunftskosten auf die angemessenen Kosten erfolgt, sind die Heizungskosten auf den Betrag für die jeweils ange-

messene Wohnraumgröße zu reduzieren. Bei der Berechnung der Heizungskosten für ein/e „geschützte/s“ Wohnhaus/Wohnung ist von der tatsächlichen Wohnungsgröße auszugehen, es sei denn, einzelne Räume/Etagen können von der Beheizung ausgenommen werden, ohne dass diese Räume Schaden nehmen. Hier ist im Einzelfall eine Prüfung vorzunehmen.

Nicht hilfebedürftige Haushaltsmitglieder haben ihren Anteil grundsätzlich nach Kopfanteilen selbst zu tragen.

In den Fällen, in denen zu befürchten ist, dass die Leistungen für Heizung nicht zweckentsprechend verwendet werden, ist der Leistungsberechtigte aufzufordern, eine Abtretungs- bzw. Einverständniserklärung zu unterzeichnen, damit die Leistungen durch den Träger direkt an den Versorger oder andere Empfangsberechtigte gezahlt werden können.

Nachzahlungen von Heizungskosten können nur übernommen werden, soweit zum Zeitpunkt der Nachforderung Hilfebedürftigkeit vorliegt und der Leistungsberechtigte seinen Wohnsitz im Landkreis Kaiserslautern hat.

Im Rahmen der in der Tabelle aufgeführten Werte können die Heizkosten in vollem Umfang übernommen werden. Der Leistungsberechtigte ist in allen Fällen auf das Erfordernis wirtschaftlichen Verhaltens hinzuweisen. Es ist ihm anzukündigen, dass nur die angemessenen Heizkosten berücksichtigt werden. Die Belehrung hat immer zu erfolgen, unabhängig von der Übernahme der Heizkosten. Der Nachweis der Belehrung ist vom Leistungsberechtigten zu unterzeichnen und in der Leistungsakte abzulegen.

Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Heizkosten sind, in Anlehnung an die Rechtsprechung des BSG (B 14 As 36/08 R; B 14 AS 15/09 R), die Durchschnittswerte des bundesweiten Heizspiegels (www.heizspiegel.de) zugrunde zu legen.

Für Leistungsberechtigte, die ihren notwendigen Brennstoff selbst beschaffen müssen, wird grundsätzlich immer nur folgende Jahresbedarfsmenge bewilligt:

Haushaltsgröße	Feste Brennstoffe	Heizöl	Flüssiggas	Nadelholz	Laubholz	Erdgas
1-Personenhaushalt	1.400 kg	1.100 l	700 kg	8 Ster	6 Ster	8.000 kWh
2-Personenhaushalt	1.600 kg	1.300 l	900 kg	10 Ster	8 Ster	10.400 kWh
3-Personenhaushalt	2.000 kg	1.700 l	1.100 kg	14 Ster	10 Ster	12.800 kWh
4-Personenhaushalt	2.200 kg	1.900 l	1.200 kg	15 Ster	11 Ster	14.400 kWh
5-Personenhaushalt	2.400 kg	2.000 l	1.300 kg	16 Ster	12 Ster	16.000 kWh
6-Personenhaushalt	2.500 kg	2.100 l	1.400 kg	17 Ster	13 Ster	17.600 kWh
7-Personenhaushalt	2.600 kg	2.200 l	1.400 kg	18 Ster	13 Ster	19.200 kWh

Für andere, nicht aufgeführte Heizungsarten, ist die Angemessenheit nach billigem Ermessen zu entscheiden.
Es können bei der Bevorratung von Brennstoffen nur die auf den jeweiligen Bewilligungsabschnitt entfallenden Bedarfsmengen bevorratet werden. Wurde der Bewilligungsabschnitt auf sechs Monate gemäß § 41 Abs. 3 S. 2 SGB II verkürzt, ist dies bei der Berechnung der Bedarfsmenge zu beachten.

Liegen die monatlichen Gesamtkosten einer Wohnung (Miete, Nebenkosten und Heizkosten) wegen geringer Kaltmiete trotz sehr hoher Heizungskosten nicht höher als die Summe von Miete, Nebenkosten und Heizungskosten, die als angemessen anerkannt werden können, sind die Kosten der Unterkunft im Einzelfall als angemessen anzuerkennen.

Sofern diese Bedarfe für die Heizperiode nicht ausreichend sind, ist eine erneute Heizkostenbeihilfe zu beantragen.

4. Vorgehen bei unangemessen hohen Unterkunftskosten

Sind die Unterkunftskosten unangemessen hoch und ist eine Senkung dieser Kosten zumutbar, ist der Leistungsberechtigte hierzu aufzufordern.

Die Anerkennung höherer Kosten für Unterkunft und Heizung als nach den Punkten 1 bis 3 festgelegt, ist im Einzelfall bei Vorliegen besonderer Umstände zu prüfen. Besondere Umstände sind nach pflichtgemäßem Ermessen insbesondere in folgenden Fällen zu überprüfen:

1. Bei nur vorübergehender Hilfeleistung; vorübergehend ist eine Hilfeleistung u. a. bei Rentenantragstellern oder bei Unterhaltsberechtigten, bei denen erwartet werden kann, dass sie bei Gewährung der Rente bzw. des Unterhalts wieder aus der Hilfe ausscheiden.

2. Bei Behinderten, z.B. Rollstuhlfahrern, die behinderungsbedingt einen besonderen Wohnbedarf haben und die in einer behindertengerecht ausgestatteten Wohnung wohnen.

3. In sonstigen, besonders zu begründenden Härtefällen (z.B. ältere Menschen, Pflege von Angehörigen, Schul- oder Kindergartenwechsel, Verwandte/Bekannte in der Nachbarschaft betreuen die Kinder und ermöglichen eine Arbeitsaufnahme, Schwangerschaft, bei Wohndauer von zehn oder mehr Jahren).

Vor Aufforderung zu einem Wohnungswechsel ist stets zu prüfen, ob die durch den Wohnungswechsel verursachten Belastungen (Umzugskosten, ggf. Maklergebühren, Mietkaution, etc.) in einem wirtschaftlichen Verhältnis zu den in den nächsten zwölf Monaten voraussichtlich erzielbaren Einsparungen aus einer Senkung der Kosten für Unterkunft und Heizung stehen. Soweit die Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt wird, soll von einer Aufforderung, umzuziehen, abgesehen werden, es sei denn, dass von einem längeren Leistungsbezug als zwölf Monaten auszugehen ist.

Bei Anerkennung besonders hoher Unterkunftskosten aus Gründen, die wegfallen können, ist nach Ablauf von einem Jahr eine erneute Prüfung vorzunehmen.

Liegen keine besonderen Umstände vor, die eine Anerkennung der höheren Kosten rechtfertigen, sind die Leistungsberechtigten in einem Beratungsgespräch aufzufordern, sich um eine angemessene Wohnung bzw. anderweitige kostensenkende Maßnahmen zu bemühen. Ihnen ist der Zeitraum zu nennen, in welchem die unangemessenen Kosten längstens berücksichtigt werden (nach § 22 Abs. 1 S. 3 SGB II bzw. § 35 Abs. 2 S. 2 SGB XII längstens für einen Zeitraum von sechs Monaten). Diese Aufforderung muss mit einer Belehrung verbunden werden. Die Belehrung dient dazu, dem Leistungsberechtigten dessen Obliegenheiten und die Konsequenzen einer Nichtbeachtung zu verdeutlichen. Sie muss konkret, richtig und vollständig und dem Leistungsberechtigten in verständlicher Form erläutert sein. Der Nachweis der Belehrung ist vom Leistungsberechtigten zu unterzeichnen und in der Leistungsakte abzulegen. Ist ein Beratungsgespräch mit dem Leistungsberechtigten aus Gründen, die in dem Leistungsberechtigten liegen (z.B. wiederholtes Nichterscheinen zu dem Beratungsgespräch), nicht möglich, so kann die Erklärung auch schriftlich erfolgen.

Die Leistungsberechtigten sind stets über Folgendes aufzuklären:

- Den Umstand und Grund, dass und weshalb die Wohnung unangemessen ist und welcher Betrag für die Kosten der Unterkunft als angemessen erachtet wird.

- Welche Wohnfläche für den Leistungsberechtigten und die ggf. mit ihm in Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen angemessen ist.

- Die Möglichkeit, eine größere Wohnung zu bewohnen, wenn die Miete dennoch den als angemessen erachteten Maßstäben genügt.

- Die Obliegenheit des Leistungsberechtigten, sich um eine Reduzierung der Kosten durch Untervermietung, Rücksprache mit dem Vermieter oder letztlich einen Umzug zu bemühen.

- Den Umstand, dass der Leistungsberechtigte Nachweise zu erbringen hat, um seine Bemühungen zur Kostenreduzierung zu belegen.

- Die Anzahl und Art der zu erbringenden Nachweise.

- Die Konsequenzen bei Nichteinhaltungen der geforderten Bemühungen.

Es wird erwartet, dass die Leistungsberechtigten sich intensiv und ernsthaft um eine angemessene und preisgünstigere Wohnung bemühen. Die Bemühungen sind auf den gesamten Landkreis Kaiserslautern und angrenzende Ortschaften auszudehnen. Ein Verbleib im jeweiligen Wohnort oder eine massive Einschränkung der Örtlichkeit ist nur bei Vorliegen von wichtigen Gründen anzuerkennen. Die Leistungsempfänger müssen ihre Aktivitäten kontinuierlich (monatlich) nachweisen. Kommen sie ihrer Nachweispflicht nicht nach, sind die Unterkunftskosten auf Grund fehlender Bemühungen unverzüglich auf das angemessene Maß zu kürzen. Die Beweislast, dass eine bedarfsgerechte, kostengünstigere Unterkunft auf dem örtlichen Wohnungsmarkt nicht vorhanden bzw. trotz ernsthafter, intensiver Bemühungen nicht verfügbar war/ist, obliegt den Leistungsempfängern. Der 14. Senat des BSG entschied mit Urteil vom 13.04.2011 (Az: B 14 AS 106/10 R), dass unter bestimmten Voraussetzungen davon ausgegangen werden kann, dass es in ausreichendem Maße Wohnungen zu dem abstrakt angemessenen Quadratmeterpreis im örtlichen Vergleichsraum gibt. Erst wenn die Leistungsberechtigten nachweisen, dass sie sich in der gesetzten Frist intensiv, aber erfolglos um eine entsprechende Wohnung bemüht haben und auch seitens des Sozialhilfeträgers/Grundsicherungsträgers auf keine angemessene Wohnung verwiesen werden kann, kann die Frist zur Wohnungssuche angemessen verlängert werden. Hierzu ist jedoch erforderlich, dass die entsprechenden Bemühungen fortgesetzt und nachgewiesen werden. Die Kosten der Unterkunft können dann weiterhin in tatsächlicher Höhe berücksichtigt werden.

In Fällen, in denen auf Grund fehlender Bemühungen bzw. der Weigerung anderweitiger kostensenkender Maßnahmen, bereits anstelle der tatsächlichen nur die angemessenen Unterkunftskosten übernommen werden, sind die Unterkunftskosten erst wieder in voller Höhe zu übernehmen, wenn die Leistungsberechtigten nachweisen, dass sie sich ohne Erfolg in geeigneter Weise um die Anmietung angemessenen Wohnraumes bemüht haben.

Konsequenzen bei Nichteinhaltung der Bemühungen:

- Unverzügliche Kürzung der Unterkunftskosten auf das angemessene Maß für den Fall, dass die Leistungsberechtigten der Aufforderung, sich um eine angemessene Wohnung bzw. anderweitige Senkung der Unterkunftskosten zu bemühen bzw. den Nachweis ihrer Bemühungen zu führen, nicht nachkommen bzw. einen zumutbaren und möglichen Umzug oder sonstige, zur Senkung der Kosten mögliche und zumutbare Maßnahmen verweigern.

- Direktzahlung der Leistungen für Unterkunft und Heizung in (miet-)vertraglich geschuldeter Höhe an den Vermieter oder anderen Empfangsberechtigten, sofern sich der Leistungsberechtigte als unzuverlässig im Sinne des § 22 Abs. 7 S. 2 und 3 SGB II bzw. § 35 Abs. 1 S. 3 und 4 SGB XII erwiesen hat (Soll-Vorschrift, kein Anspruch auf Übernahme von Mietschulden, siehe § 22 Abs. 8 SGB II bzw. § 36 Abs. 1 Satz 2 SGB XII).

War die Leistungsgewährung nach dem SGB II mehr als 182 Kalendertage unterbrochen, ist grundsätzlich ein erneuter angemessener Übergangszeitraum einzuräumen (LSG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 27. Juni 2012, Az: L 6 AS 582/10). Bei der Bestimmung der Frist sind u.a. zu berücksichtigen die Dauer der Unterbrechung des SGB II-Leistungsbezugs, eine etwaige Befristung der den Leistungsbezug unterbrechenden Beschäftigung, die Vorhersehbarkeit der erneuten Hilfebedürftigkeit, der Zeitpunkt der Kenntnis von der erneut drohenden Hilfebedürftigkeit sowie das rechtzeitige Bemühen um Kostensenkungsmaßnahmen (LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 27.07.2018, Az: L 11 AS 561/18 B ER).

5. Wohnungswechsel während des Hilfebezugs

Die Zustimmung zum Wohnungswechsel stellt einen Verwaltungsakt dar, der schriftlich zu erlassen ist.
Ein Umzug ist dann notwendig/erforderlich, wenn ein plausibler, nachvollziehbarer und verständlicher Grund vorliegt, von dem sich auch ein Nichtleistungsempfänger leiten lassen könnte. Gründe für die Notwendigkeit können u.a. sein:

- die bisherige Wohnung ist zu groß oder zu klein
- bauliche Mängel, die nicht in annehmbarer Zeit zu beheben sind (vorbehaltlich der Regelungen der §§ 536 ff BGB – Überlassungs- und Erhaltungspflicht des Vermieters; Haftung für Sachmängel; Schadensersatzpflicht des Vermieters)
- Trennung / Scheidung
- Umzug / Zuzug aus familiären Gründen
- Wohnungsräumung / Betretungsverbot aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung
- Krankheit / Behinderung
- Aufforderung des Leistungsträgers aufgrund unangemessener Unterkunftskosten

Die Entscheidung über die Notwendigkeit oder Erforderlichkeit des Umzugs, ist zu dokumentieren und wenn möglich durch den Leistungsberechtigten zu unterzeichnen.

Findet ein Umzug in einen unangemessenen Wohnraum ohne Zustimmung statt, sind lediglich die angemessenen Kosten zu berücksichtigen. Lagen die Unterkunftskosten der alten Wohnung unter dem als angemessen bestimmten Wert, werden nur diese bisher angefallenen Kosten der Unterkunft berücksichtigt. Es ist jedoch zu beachten, dass auch diese Kosten analog der Fortschreibung der Werte des schlüssigen Konzeptes anzupassen sind, sobald für den Leistungsträger erkennbar der Zustand eingetreten ist, dass die erforderlichen Mittel für Unterkunft und Heizung von den Leistungsberechtigten nicht mehr aufgebracht werden können.

Doppelte Mietzahlungen im Zuge des Wohnungswechsels sind grundsätzlich nicht zu übernehmen.
Da im Landkreis Kaiserslautern die Wohnraumbeschaffung grundsätzlich ohne Einschaltung eines Maklers möglich ist, sind Maklerkosten in der Regel nicht im Wege der notwendigen Auf-

wendungen im Sinne des § 22 Abs. 6 SGB II bzw. § 35 Abs. 2 S. 5 SGB XII zu erstatten. Anderes gilt nur in besonders zu begründenden Härtefällen oder nach der wirtschaftlichen Prüfung der zu erzielenden Einsparungen aufgrund zukünftig günstigerer Unterkunftskosten.
Eine Mietkaution kann bei vorheriger Zusicherung als Darlehen gewährt werden (§ 22 Abs. 6 SGB II bzw. § 35 Abs. 2 S. 5 HS. 2 SGB XII). Die Kaution darf gemäß § 551 BGB drei Monatsmieten (Netto-Kaltmieten) nicht übersteigen. Das Darlehen ist auf das Konto des Vermieters zu überweisen und die Rückzahlung des Darlehens ist mit seiner Bewilligung für den Fall der Beendigung des Leistungsbezugs und für den Fall eines Aus- bzw. Umzugs des Leistungsberechtigten fällig zu stellen.
Die Kosten eines Umzugs sind bei notwendigem Umzug in angemessener Höhe zu übernehmen. Grundsätzlich hat der Leistungsberechtigte den Umzug in Selbsthilfe durchzuführen, sodass lediglich die Kosten eines günstigen Mietwagens in der erforderlichen Größe nach Vorlage von drei Kostenvoranschlägen zu berücksichtigen ist. Etwas Anderes kann für Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen gelten. Hier kann im Einzelfall die Beauftragung eines Umzugsunternehmens erwogen werden.

6. Übernahme von Schulden

§ 22 Absatz 8 SGB II bzw. § 36 Abs. 1 SGB XII regelt die Übernahme von Schulden, sofern Arbeitslosengeld II bzw. existenzsichernde Leistungen nach dem SGB XII für Bedarfe nach § 22 SGB II bzw. § 35 SGB XII erbracht werden und soweit dies zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage gerechtfertigt ist. Schulden im Sinne dieser Vorschrift sind zunächst lediglich die offengebliebenen Verbindlichkeiten der Leistungsberechtigten, die sich auf Leistungen für Unterkunft und Heizung beziehen, also alle Verbindlichkeiten des Leistungsberechtigten aus dem Mietverhältnis sowie aus dem Verhältnis zum Strom- und Heizenergieträger, die diese im konkreten Einzelfall zur Kündigung berechtigen. Eine Wohnungslosigkeit droht, sobald eine akute Kündigungslage nach § 543 Abs. 2 BGB vorliegt, der Vermieter also über ein Kündigungsrecht wegen Mietrückstand verfügt und die Kündigung zumindest angedroht hat.
§ 22 Abs. 8 S 1 SGB II setzt voraus, dass Arbeitslosengeld II für den Bedarf für Unterkunft und Heizung erbracht“ wird, d.h., es muss rechnerisch ein zumindest anteiliger Betrag für Bedarfe nach § 22 SGB II erbracht werden.

6.1 Unterkunftskosten:

Voraussetzungen:

- Der Leistungsberechtigte verfügt nicht über geschütztes Vermögen nach § 12 II Nr. 1 SGB II bzw. § 90 SGB XII, mit dem er die Rückstände begleichen könnte. Ein Verweis auf das Vermögen der Kinder unterhalb des Freibetrages nach § 12 Abs. 2 Nr. 1 a SGB II oder der Anschaffungsfreibetrag von 750,00 € je Person ist nicht zulässig

- Fehlende Akzeptanz der Ratenzahlung durch den Vermieter

- keine Darlehensgewährung seitens eines Kreditinstituts

- Die Übernahme muss zur Sicherung der Unterkunft im Sinne von § 543 BGB **notwendig** sein. Die Voraussetzung ist erfüllt, wenn der Verlust der Wohnung droht.

- Die Übernahme muss **gerechtfertigt** sein. **Ablehnungsgründe** können dabei sein:

    - die/der Leistungsberechtigte hat die Miete bewusst im Vertrauen darauf nicht gezahlt, dass diese später doch vom Leistungsträger – wenn auch darlehensweise – übernommen würde

- die Unterkunft kann trotz Übernahme der Mietschulden nicht gehalten werden, z.B., weil zusätzlich andere Kündigungsgründe (mietwidriges Verhalten) hinzukommen

- die Mietschulden sind unverhältnismäßig hoch und es ist ein anderes alternatives Wohnungsangebot vorhanden.

Die Ermessensentscheidung ist im Bescheid ausdrücklich darzulegen.
Bei Übernahme von Mietrückständen erfolgt eine direkte Überweisung des Unterkunftskostenanspruches an den Vermieter (§ 22 Abs. 7 S. 2 und 3 SGB II bzw. § 35 Abs. 1 S. 3 und 4 SGB XII). Die Geldleistung ist als zinsloses Darlehen zu erbringen. Die Aufrechnung des Darlehens regeln §§ 42a und 43 SGB II bzw. §§ 37 und 37 a SGB XII. Rückzahlungsmodalitäten sind im Vorfeld mit dem Leistungsberechtigten zu vereinbaren und verbindlich im Darlehensbescheid festzulegen.

6.2 Heizkosten

Bei Heizkostenrückstand wird zunächst geprüft, inwieweit die Forderung für einen zurückliegenden Zeitraum im Rahmen einer Heizkostenabrechnung gemindert werden kann.
Schulden im Sinne des § 22 Abs. 8 SGB II bzw. § 36 Abs. 1 SGB XII liegen dann vor, wenn der Leistungsberechtigte die vom Vermieter geforderten Vorauszahlungen (nach entsprechender Leistung des Jobcenters) erbracht hat, es aber zu einer berechtigten Heizkostennachforderung (bzw. Nebenkostennachforderung) kommt (vgl. BSG, Urteil v. 30.3.2017, B 14 AS 13/16 R). Anders ist der Sachverhalt zu beurteilen, wenn der Leistungsberechtigte trotz bereitgestellter Leistungen Vorauszahlungen ganz oder teilweise nicht leistet und die Nachforderung darauf beruht (vgl. BSG, Urteil v. 24.11.2011, B 14 AS 121/10 R). Diese Abgrenzung ist unabhängig von der zivilrechtlichen Einordnung zu treffen. Ausgehend von dem Zweck der Leistungen nach dem SGB II ist danach zu unterscheiden, ob es sich um einen tatsächlich eingetretenen und bisher noch nicht von dem SGB II-Träger gedeckten Bedarf handelt oder nicht (BSG aaO).

6.3 Energieschulden

Haushaltsenergie (Strom) ist Bestandteil des Regelbedarfs. Deshalb sind während der Zeit des Bedarfes an Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II oder SGB XII erforderliche Nachzahlungen für Haushaltsenergie aufgrund von Jahresabrechnungen und Stromschulden aus dem laufenden Regelbedarf zu zahlen.
Bei angemessenen Unterkunftskosten und nicht verfügbarem (Schon-)Vermögen gilt bei Stromschulden folgendes: Ist die Stromlieferung noch nicht eingestellt und handelt es sich um bloße Stromrückstände, ist § 24 Abs. 1 SGB II bzw. § 37 Abs. 1 SGB XII zu prüfen.
Ist der Leistungsberechtigte von der Stromversorgung ausgeschlossen, steht die Stromsperre kurz bevor oder sind die Kosten für Strom aufzuwenden, um die Unterkunft zu beheizen und liegt eine der drohenden Wohnungslosigkeit vergleichbare Notlage vor, so ist die Anwendung des § 22 Abs. 8 SGB II bzw. § 36 Abs. 1 SGB XII geboten.

Bei der Ermessensentscheidung sind wegen des geltenden Nachranggrundsatzes alle Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen, so etwa

- die Höhe und die Zusammensetzung des Rückstandes

- die Ursachen, die zum Rückstand geführt haben

- die Zusammensetzung des von einer Einstellung der Energieversorgung betroffenen Personenkreises (insbesondere Kleinkinder, Lebensalter, körperliche Einschränkungen/Behinderungen)

- Zumutbarkeit anderweitiger Energieversorgung sowie Einbau eines Münzautomaten

- einmaliger oder wiederholter Rückstand; ggf. diesbezüglich gezeigtes Verhalten
- Bemühungen, das Verbrauchsverhalten anzupassen
- sonstiger erkennbarer Selbsthilfewille

7. Sonderregelung für unter 25-jährige gemäß § 22 Abs. 5 SGB II

Die Entscheidung über die Zusicherung ist eine Ermessensentscheidung, welche im Bescheid zum Ausdruck zu bringen ist.

Zur Zusicherung verpflichtet ist der Leistungsträger gemäß § 22 Abs. 5 S. 2 SGB II, wenn

1. der Betroffene aus schwerwiegenden sozialen Gründen nicht auf die Wohnung der Eltern oder eines Elternteils verwiesen werden kann.
   Ein schwerwiegender sozialer Grund liegt insbesondere dann vor, wenn:
   - eine schwere Störung der Eltern-Kind-Beziehung besteht: das Zusammenleben von Eltern und der Person unter 25 Jahren aus physischen und/oder psychischen Gründen nicht mehr möglich ist oder ein Zusammenleben wechselseitig nicht mehr zumutbar ist.
   - ohne Umzug eine Gefahr für das körperliche, geistige oder seelische Wohl der Person unter 25 Jahren besteht.
   - die Platzverhältnisse in der Wohnung der Eltern zu beengt sind.
   - bei Zusammenleben mit Geschwistern in der Wohnung der Eltern eine Geschlechtertrennung nicht möglich ist.
   - ein Verweis auf die Wohnung der Eltern mangels entsprechender Pflichten nach dem BGB (z.B. Entscheidung der Eltern gegen Gewährung von Naturalunterhalt bzw. Titel des Kindes auf Barunterhalt, § 1612 BGB, oder Entscheidung des Vormundschaftsgerichts auf Unterbringung außerhalb des Elternhauses) nicht möglich ist bzw. ein Verweisen unzumutbar ist, weil z.B. der sorgeberechtigte Elternteil sein Sorgerecht nie oder für längere Zeit nicht ausgeübt hat.
   - die Person unter 25 Jahren fremd untergebracht ist oder sich in einer Einrichtung zum Betreuten Wohnen oder in anderen Einrichtungen nach dem SGB II, SGB VIII, SGB IX oder SGB XII aufhält, für den Fall, dass sie aus einer solchen Einrichtung eine eigene Wohnung bezieht (im Vordergrund steht hier der „Therapie-Erfolg“, welcher durch Zurückziehen zu den Eltern nicht gefährdet werden soll).
   - die Person unter 25 Jahren eine eigene Familie hat (Heirat oder Kind; eheähnliche Beziehungen zählen hingegen nicht dazu)
2. der Bezug der Unterkunft zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt erforderlich ist, oder
3. ein sonstiger, ähnlich schwerwiegender Grund vorliegt.

   Ein sonstiger ähnlich schwerwiegender Grund im SGB II liegt insbesondere vor, wenn

   - der Erstauszug sachlich gerechtfertigt war oder eine Zusicherung erteilt wurde und die Umstände sich nicht verändert haben,

- die Unter-25-jährige schwanger ist, oder

- der unter-25-jährige Kindesvater mit der Schwangeren zusammenziehen und eine eigene Familie gründen will. Das gilt auch für den unter-25-jährigen Partner der Schwangeren.

Vom Erfordernis der Zusicherung kann abgesehen werden, wenn es dem Betroffenen aus wichtigem Grund nicht zuzumuten war, die Zusicherung vorab einzuholen.
Die aufgezählten Gründe sind nicht abschließend. Es handelt sich stets um eine Einzelfallentscheidung.

Folgen von Umzügen ohne Zusicherung:

- keine Übernahme von Unterkunftskosten- und Heizkosten bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres (§ 22 Abs. 5 SGB II)

- Beibehalten der reduzierten Regelleistung (§ 20 Abs. 3 SGB II)

- Verlust des Anspruchs auf Erstausstattung für die Wohnung (§ 24 Abs. 6 SGB II)

Zugunsten von Personen unter 25 Jahren, die vor der Beantragung von Leistungen in eine Unterkunft in der Absicht einziehen, die Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen nach dem SGB II herbeizuführen, werden keine Leistungen für Unterkunft und Heizung erbracht. Diese Regelung trifft den Personenkreis derjenigen Unter-25-jährigen, die noch nicht im Leistungsbezug stehen, deren Umzug aber Hilfebedürftigkeit auslösen würde.

Anlage: Durchschnittlicher Stromverbrauch (Quelle: Stromspiegel www.co2online.de)

Haushaltsgröße	Stromverbrauch	mit elektr. Warmwasserbereitung
1-Personenhaushalt	1.500 kWh/Jahr	2.000 kWh/Jahr
2-Personenhaushalt	2.100 kWh/Jahr	3.000 kWh/Jahr
3-Personenhaushalt	2.600 kWh/Jahr	3.900 kWh/Jahr
4-Personenhaushalt	3.000 kWh/Jahr	4.500 kWh/Jahr

Die Kosten für Strom sind im Regelsatz enthalten. Wenn die Warmwasserbereitung elektrisch erfolgt, ist ein Mehrbedarf gemäß § 30 Abs. 7 SGB XII bzw. § 21 Abs. 7 SGB II zu gewähren. Diese Tabelle dient nur als Anhaltspunkt für einen durchschnittlichen Stromverbrauch.

TOP Ö 3.4

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Abteilung 5 (Mitarbeiter)
5/gm/
2649/2021

29.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Liegenschaften Landkreis Kaiserslautern: Vergabe Druck- und Kopiersysteme

Sachverhalt:

Der Landkreis Kaiserslautern hat für alle Liegenschaften die Druck- und Kopiersysteme neu ausgeschrieben. Es ist beabsichtigt, zum Vertragsbeginn 01.06.2022 für die Dauer von 72 Monaten sämtliche Druck- und Kopiersysteme in Form eines „All-in-Miet- und Fullservicevertrages“ für 71 Druck- und Multifunktionssysteme zu vergeben. Die Systeme sind in den Liegenschaften an den Standorten in Landstuhl, Ramstein-Miesenbach, Kaiserslautern, Enkenbach-Alsenborn und Schwedelbach zu installieren.

Zur Submission wurden insgesamt drei Angebote abgegeben zw. 260.875,42 € netto und 341.602,76 € netto. Es wird beabsichtigt, nach Prüfung und Wertung den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu beauftragen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Landrat mit dem Abschluss des Vertrages mit dem wirtschaftlichsten Bieter zu beauftragen.

Im Auftrag:

Gez. Gentek
Fachbereichsleiterin

TOP Ö 3.5

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Abteilung 3 (AbtL)
3/sp/5470-ÖPNV
2647/2021

29.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

ÖPNV-Resolution; Kein zukunftsfähiger ÖPNV ohne Finanzierungskonzept!

Sachverhalt:

Die Kosten auf Seiten der Aufgabenträger zur Sicherstellung des ÖPNV sind in der jüngeren Vergangenheit extrem gestiegen. Insbesondere durch die von der Corona-Pandemie hervorgerufenen Mindereinnahmen aufgrund der weggebrochenen Fahrgastzahlen führen zu einem sehr hohen Defizit bei den Verkehrsunternehmen, welches von den Aufgabenträgern zu begleichen ist. Ohne die Mittel aus dem Rettungsschirm ist eine Übernahme dieser Kosten durch die Landkreise beispielsweise kaum vorstellbar.

Weiterhin führen die bereits beschlossenen und noch zu erwartenden Tarifsteigerungen zu erheblichen Belastungen der kommunalen Kassen.

Das Land hat den ÖPNV mit der Neufassung des Nahverkehrsgesetzes zur Pflichtaufgabe erklärt. Unklar bleibt allerdings, wie die finanzielle Ausstattung der ÖPNV-Aufgabenträger durch das Land tatsächlich erfolgen wird.

In Abstimmung mit dem Landkreistag wurde deshalb für die Landkreise in Rheinland-Pfalz eine Resolution entwickelt, welche auf die dringend erforderliche finanzielle Unterstützung seitens des Landes hinweist.

Die Verwaltung empfiehlt dem Kreistag, die in der Anlage beigefügte Resolution zur Finanzierung des ÖPNV zu verabschieden.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag verabschiedet die Resolution „Kein zukunftsfähiger ÖPNV ohne Finanzierungskonzept“.

Im Auftrag:

Philipp

Anlage/n:

Resolution - Kein zukunftsfähiger ÖPNV ohne Finanzierungskonzept

TOP Ö 3.5

R E S O L U T I O N

d e s K r e i s t a g e s K a i s e r s l a u t e r n

Kein zukunftsfähiger ÖPNV ohne Finanzierungskonzept!

1. Die Corona-Pandemie hat zu einem massiven Fahrgasteinbruch im ÖPNV geführt. Davon hat sich der Linienverkehr mit Bussen und Bahnen bis heute noch nicht erholt. Wann das Niveau des Vorkrisenjahres 2019 wieder erreicht sein wird, ist auf längere Sicht nicht abzusehen. Für den Landkreis Kaiserslautern hat dies auf absehbare Zeit erhebliche Defizite im Bereich des ÖPNV zur Folge.

2. Deutliche Mehrkosten werden darüber hinaus durch die erfolgten und die noch zu erwartenden Tarifsteigerungen im privaten Omnibusgewerbe entstehen, die die kommunalen Aufgabenträger nach den Vorstellungen des Landes komplementär zum Land zur Hälfte mitfinanzieren sollen. Diese Mehrkosten treten zu den Mehraufwendungen hinzu, die im ÖPNV durch massiv steigende Energiepreise entstehen; auch die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge sind dabei im Auge zu behalten.

3. Bei der Schülerbeförderung geht die Schere zwischen dem tatsächlichen Ausgleichsbedarf der Landkreise und den Ausgleichszuweisungen des Landes für die Schülerbeförderung nach § 15 des Landesfinanzausgleichsgesetzes Jahr für Jahr weiter auseinander. Ausgehend von einer Deckungsquote von über 90 % im Jahr 2014 ist der Deckungsgrad des Defizits mittlerweile auf einen Wert von rd. 66 % abgerutscht. Das ist für den Landkreis Kaiserslautern finanziell nicht mehr verkraftbar.

4. Das neue Nahverkehrsgesetz (NVG) weist den Kommunen den ÖPNV als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung in den Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu. Die künftig angedachte Finanzierung des ÖPNV ist derzeit jedoch völlig intransparent. Weder das neue NVG noch die Entwürfe der Landesregierung zu einer Verbandsordnung der Zweckverbände ÖPNV beantworten die Fragen der Finanzierung und der Finanzierungsströme zu den kommunalen Aufgabenträgern, z. B. denjenigen

   - zur Kompensation der früheren Zuweisungen nach der alten Fassung des § 10 NVG
   - zur künftigen konkreten Finanzierung der lokalen Linien
   - zur Auskömmlichkeit der Mittel nach dem Regionalisierungsgesetz für Leistungsbestellungen, auch vor dem Hintergrund der Energie- und Verkehrswende

- zur längerfristigen Finanzplanung und zur Absicherung von Leistungsbestellungen mit Verpflichtungsermächtigung im Landeshaushalt

zufriedenstellend und nachvollziehbar.

5. Noch bevor die Verbandsordnungen der Zweckverbände gemeinsam verabschiedet werden, erwartet der Landkreis Kaiserslautern von der Landesregierung die Vorlage eines zukunftsfähigen Finanzierungskonzeptes für den ÖPNV, aus dem sich ergibt, wie der ÖPNV die unter Ziff. 1 bis 3 beschriebenen finanziellen Herausforderungen so bewältigen kann, dass er den Ansprüchen als elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und als Hoffnungsträger einer erfolgreichen Verkehrswende gerecht werden kann.
   Der Landkreis Kaiserslautern hält zudem eine Weiterführung des am 31.12.2021 auslaufenden ÖPNV-Rettungsschirms für dringend erforderlich.

TOP Ö 3.6

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Abteilung 3 (AbtL)
3/sp/5470
2651/2021

28.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

ÖPNV; Mehraufwand im Budget 704 (TH7)

Sachverhalt:

Im Teilhaushalt 7, Budget 704 ÖPNV/Schülerbeförderung, sind – Stand 26. November 2021 – noch rund 230.000 Euro verfügbar. Aufgrund der Prognosen zum Ende des Haushaltsjahres 2021 ist davon auszugehen, dass noch rund 1.155.000 € im Budget ÖPNV/Schülerbeförderung benötigt werden. Demzufolge fehlen im Budget rund 925.000 €. Im Controllingbericht der Kreisverwaltung Kaiserslautern für den Zeitraum 01.01. bis 20.07.2021 haben sich diese Steigerungen bereits abgezeichnet.

Die hohen zusätzlichen Belastungen im Budget lassen sich überwiegend mit dem Ausgleich der pandemiebedingten Mindereinnahmen aufgrund der Fahrgastrückgänge in den Buslinienbündeln und dem Ausgleich der Tarifsteigerungen im Busgewerbe (RLP-Index) erklären. Allein durch die Tarifsteigerungen im Busgewerbe werden rd. 315.000 € im Jahr 2021 anfallen, welche nicht veranschlagt waren. Beide Positionen gehen zu Lasten der maßgeblichen ÖPNV-Buchungsstelle.

Mehraufwendungen sind auch im Bereich der Kita-Verkehre und in der Schülerbeförderung durch die Auslagerung von Teilen des Sickingen-Gymnasiums nach Wallhalben entstanden. Teilweise gab es hierzu Kompensationen an anderer Stelle im Budget.

Über die vorgenannten Themen wurde in den letzten beiden Kreistagssitzungen ausführlich berichtet. Die prognostizierte Deckungslücke von rund 925.000 € im Budget 704 könnte wie folgt geschlossen werden:

Im Teilhaushalt Schulen – hier in den Bereichen Gebäudemanagement und EDV – sind im Jahr 2021 Einsparungen zu erwarten, welche einen Teil der fehlenden Haushaltsmittel im Budget 704 auffangen könnten.

Desweitern hat der Landkreis Kaiserslautern über den Verkehrsverbund Rhein-Neckar einen Antrag auf Billigkeitsleistung zum Ausgleich von Schäden im ÖPNV in Zusammenhang mit dem Ausbruch von Covid-19 gestellt. Es handelt sich hierbei um den sog. ÖPNV-Rettungsschirm, welcher grundsätzlich die entstandenen Schäden durch die Mindereinnahmen auffangen soll. Der Antrag des Landkreises Kaiserslautern bezieht sich auf die Monate April bis Dezember 2021 und hat einen Umfang von rund 838.000 € für alle Buslinienbündel, an welchen der Landkreis Kaiserslautern beteiligt ist. Die Antragstellung war jedoch erst vor kurzem möglich, sodass nicht mit einer kurzfristigen Auszahlung auszugehen ist. Vermutlich wird eine Auszahlung (zunächst dann auch nur pauschal in Höhe von 90%) erst im Jahr 2022 erfolgen.

Die Verwaltung geht demzufolge davon aus, dass der Mehraufwand grundsätzlich mit den vorhandenen Haushaltsmitteln gedeckt werden kann. Dennoch hält es die Verwaltung unter allen Umständen für geboten, zur Sicherstellung der haushaltsrechtlichen Ermächtigungen im Budget 704 – für den Fall der Unterdeckung zum Jahresabschluss – den Mehrbedarf überplanmäßig bereitzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt etwaigen überplanmäßigen Aufwendungen gemäß §100 GemO im Teilhaushalt 7, Budget 704 ÖPNV/Schülerbeförderung zu.

Im Auftrag:

Philipp

TOP Ö 3.7

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 4.1
1.1/GH
2625/2021

24.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss

Sachverhalt:

Herr Walter Rung wurde durch Beschluss des Kreistages vom 02.11.2021 zum Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Herr Rung war bisher als stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss tätig, daher wird die Wahl eines Stellvertreters erforderlich.

Vorschlagsberechtigt für die Nachwahl ist die CDU-Fraktion.

Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gem. § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wählt auf Vorschlag der CDU-Fraktion.

Im Auftrag:

Achim Schmidt

TOP Ö 3.8.1

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 5.5
5.5/RM/LEADER-Förderprogramm
2640/2021

28.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Bereitstellung von Mitteln für die Teilnahme am LEADER-Förderprogramm (2023-2027) der LAG Westrich-Glantal

Sachverhalt:

Die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Westrich-Glantal beabsichtigt, sich für die Fortsetzung des LEADER-Ansatzes in der kommenden Förderperiode von 2023 bis 2027 erneut zu bewerben. Die Zusammensetzung der LAG soll hierzu erweitert werden und zukünftig aus den Verbandsgemeinden (VG) Bruchmühlbach-Miesau, Landstuhl, Kusel-Altenglan, Oberes Glantal, Ramstein-Miesenbach und Weilerbach bestehen. Neu hinzu kommt die VG Kusel-Altenglan aus dem Landkreis (LK) Kusel sowie die VG Weilerbach, Landkreis Kaiserslautern. Zweitere wechselt aus der LAG Donnersberger und Lautrer Land zur LAG Westrich-Glantal. Der Bewerbung wurde durch die Verbandsgemeinderäte aller beteiligten Verbandsgemeinden bereits zugestimmt.

Im Zuge des Bewerbungsverfahrens als LEADER-Region wird derzeit eine Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungsstrategie (LILE) erstellt, die dem rheinland-pfälzischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bis zum 31. März 2022 vorgelegt werden muss. Zu den Bewerbungsunterlagen zählt neben der LILE auch eine Kofinanzierungszusage der kommunalen Gebietskörperschaften in Höhe von 10% des Bewirtschaftungsplafonds, der an EU-Mitteln für die Region von 2025-2027 zur Verfügung gestellt wird.

Die kommunalen Gebietskörperschaften der Region müssen sich im Rahmen der Bewerbung für die Anerkennung der LAG dazu verpflichten, projektunabhängige kommunale Mittel zur Verfügung zu stellen, die mindestens 10% der bei Anerkennung zugewiesenen ELER-Mittel entsprechen. Die Mindestausstattung beträgt 2 Mio. € EU-Mittel. Ab einer Einwohnerzahl von 90.000 erfährt die Region eine weitere Aufstockung. Die Bewerber-Region Westrich-Glantal hat laut dem Statistischen Landesamt 119.792 Einwohner (Stand: 31.12.2019). Die Höhe der zu erwartenden Aufstockung wurde seitens des Ministeriums bisher nur in folgender Weise festgelegt: Aufstockung ab 90.000 Einwohnern pro zusätzliche 10.000 Einwohner um bis zu 100.000 Euro an ELER-Mitteln für die Förderperiode (abhängig vom Gesamtmittelvolumen und Zahl der anerkannten LAG).

Für die zukünftige Region Westrich-Glantal ergibt sich damit ein Mittelbedarf von mind. 200.000 € und max. 229.792 €, den die beteiligten Gebietskörperschaften bereitstellen müssen. Die Aufteilung auf die Landkreise und Verbandsgemeinden erfolgt dabei durch einen einwohnerbasierten Verteilschlüssel. Die Hälfte der fälligen kommunalen Mittel wird entsprechend anteiliger Bevölkerung im LAG-Gebiet von den beiden Landkreisen abgedeckt. Die angegebenen Mittel werden über fünf Jahre hinweg durch die LAG-Geschäftsstelle anteilig abgerufen.

Damit die LAG Westrich-Glantal, wie auch in der Vergangenheit, eigene Fördervorhaben umsetzen kann, ist der beschriebene Pflichtanteil für die Kofinanzierung von Projekten und für die Öffentlichkeitsarbeit der Region vorgesehen. Die Kofinanzierung des Regionalmanagements (Ansprechpartner zur Umsetzung des Programms), wird wie gehabt zusätzlich von den Gebietskörperschaften bereitgestellt. Das Regionalmanagement muss laut Vorgaben des Ministeriums mind. 1,5 Stellen umfassen. Der Anteil für das Regionalmanagement ist in der Berechnung bisher nicht enthalten.

Berechnung bei einer Bereitstellung von 2.000.000 € EU-Mittel für die gesamte Programmlaufzeit 2023-2027 (Mindestumfang)

Gebiets-körperschaft	Einwohner (31.12.2019)	Eigenanteil VG	Eigenanteil LK
VG Bruchmühlbach-Miesau	10.484 (8,8%)	8.754,03 €	
VG Landstuhl	25.914 (21,6%)	21.637,92 €	
VG Ramstein-Miesenbach	16.999 (14,2%)	14.193,98 €	
VG Weilerbach	14.191 (11,8%)	11.849,33 €	
LK Kaiserslautern	67.588 (56,4%)		56.435,26 €
VG Kusel-Altenglan	23.065 (19,3%)	19.259,03 €	
VG Oberes Glantal	29.109 (24,3%)	24.305,71 €	
LK Kusel	52.174 (43,6%)		43.564,74 €
Summe Verbandsgemeinden		100.000,00 €	
Summe Landkreise			100.000,00 €
Summe Region	119.762 (100%)	200.000,00 €	

Berechnung bei einer Bereitstellung von 2.297.920 € EU-Mittel für die gesamte Programmlaufzeit 2023-2027 (Höchstumfang)

Gebiets-körperschaft	***Einwohner (31.12.2019)***	***Eigenanteil VG***	***Eigenanteil LK***
VG Bruchmühlbach-Miesau	*10.484 (8,8%)*	***10.058,03 €***	
VG Landstuhl	*25.914 (21,6%)*	***24.861,10 €***	
VG Ramstein-Miesenbach	*16.999 (14,2%)*	***16.308,32 €***	
VG Weilerbach	*14.191 (11,8%)*	***13.614,41 €***	
LK Kaiserslautern	*67.588 (56,4%)*		***64.841,86 €***
VG Kusel-Altenglan	*23.065 (19,3%)*	***22.127,86 €***	
VG Oberes Glantal	*29.109 (24,3%)*	***27.926,28 €***	
LK Kusel	*52.174 (43,6%)*		***50.054,14 €***
Summe Verbandsgemeinden		***114.896,00 €***	
Summe Landkreise			***114.896,00 €***
Summe Region	***119.762 (100%)***	***229.792,00 €***	

<u>Beschlussvorschlag:</u>

Der Kreistag beschließt,

- entsprechend der Finanzierungsregelung des LEADER-Ansatzes des Entwicklungsprogramms EULLE für die Förderperiode 2023 – 2027 projektunabhängig kommunale Mittel zur Verfügung zu stellen, die unter Berücksichtigung der von den beteiligten kommunalen Partnern der LAG Westrich-Glantal gemeinsam bereitgestellten Mittel mindestens 10 Prozent der zugewiesenen ELER-Mittel umfassen. Für die LAG Westrich-Glantal beträgt der Eigenanteil insgesamt max. 64.841,86 € (12.968,37 € p.a.).

- die Kofinanzierung des Regionalmanagements für die LAG Westrich-Glantal (Ansprechpartner zur Umsetzung des Programms) zusätzlich anteilig zu übernehmen.

Im Auftrag:

René Mar

TOP Ö 3.8.2

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 5.5
5.5/RM/LEADER-Förderprogramm
2641/2021

28.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Bereitstellung von Mitteln für die Teilnahme am LEADER-Förderprogramm (2023-2027) der LAG Donnersberger und Lautrer Land

Sachverhalt:

Die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Donnersberger und Lautrer Land beabsichtigt, sich für die Fortsetzung des LEADER-Ansatzes in der kommenden Förderperiode von 2023 bis 2027 erneut zu bewerben. Die Zusammensetzung der LAG soll hierzu erweitert werden und zukünftig aus den Verbandsgemeinden (VG) Eisenberg (Pfalz), Göllheim, Kirchheimbolanden, Winnweiler, Nordpfälzer Land, Otterbach-Otterberg und Enkenbach-Alsenborn bestehen. Neu hinzu kommt die VG Lauterecken-Wolfstein aus dem Landkreis (LK) Kusel, sodass die LAG sich aus drei Landkreisen zusammensetzt. Der Bewerbung wurde durch die Verbandsgemeinderäte aller beteiligten Verbandsgemeinden bereits zugestimmt.

Im Zuge des Bewerbungsverfahrens als LEADER-Region wird derzeit eine Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungsstrategie (LILE) erstellt, die dem rheinland-pfälzischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau bis zum 31. März 2022 vorgelegt werden muss. Zu den Bewerbungsunterlagen zählt neben der LILE auch eine Kofinanzierungszusage der kommunalen Gebietskörperschaften in Höhe von 10% des Bewirtschaftungsplafonds, der an EU-Mitteln für die Region von 2025-2027 zur Verfügung gestellt wird.

Die kommunalen Gebietskörperschaften der Region müssen sich im Rahmen der Bewerbung für die Anerkennung der LAG dazu verpflichten, projektunabhängige kommunale Mittel zur Verfügung zu stellen, die mindestens 10% der bei Anerkennung zugewiesenen ELER-Mittel entsprechen. Die zugesagte Mindestausstattung beträgt 2 Mio. € EU-Mittel. Ab einer Einwohnerzahl von 90.000 erfährt die Region eine weitere Aufstockung. Die Bewerber-Region Donnersberger und Lautrer Land hat laut dem Statistischen Landesamt 132.043 Einwohner (Stand: 31.12.2020). Die Höhe der zu erwartenden Aufstockung wurde seitens des Ministeriums bisher nur in folgender Weise festgelegt: Aufstockung ab 90.000 Einwohnern pro zusätzliche 10.000 Einwohner um bis zu 100.000 Euro an ELER-Mitteln für die Förderperiode (abhängig vom Gesamtmittelvolumen und Zahl der anerkannten LAG).

Für die zukünftige Region Donnersberger und Lautrer Land ergibt sich damit ein Mittelbedarf von mind. 200.000 € und max. 242.043 €, den die beteiligten Gebietskörperschaften bereitstellen müssen. Die Aufteilung auf die Landkreise und Verbandsgemeinden erfolgt dabei durch einen einwohnerbasierten Verteilschlüssel. Die fälligen kommunalen Mittel werden durch die Verbandsgemeinden sowie die Landkreise abgedeckt. Die angegebenen Mittel werden über fünf Jahre hinweg durch die LAG-Geschäftsstelle anteilig abgerufen.

Der beschriebene Pflichtanteil ist für die Kofinanzierung des Regionalmanagements und für

die Öffentlichkeitsarbeit der Region vorgesehen. Das Regionalmanagement muss laut Vorgaben des Ministeriums mind. 1,5 Stellen umfassen.

Berechnung bei einer Bereitstellung von 2.000.000 € EU-Mittel für die gesamte Programmlaufzeit 2023-2027 (Mindestumfang)

Gebietskörperschaft	Bevölkerung in der LAG (2020)	Anteil Bevölkerung in der LAG (2020)	voraussichtlicher Anteil kommunale Mittel 2023-27	voraussichtlicher Anteil kommunale Mittel pro Jahr
Eisenberg (Pfalz)	13.316			
Göllheim	11.976			
Kirchheimbolanden	19.688			
Winnweiler	13.146			
Nordpfälzer Land	17.413			
Kreis Donnersberg	75.539	57,21%	114.415,76 €	22.883,15 €
Enkenbach-Alsenborn	19.752	14,96%	14.578,59 €	2.915,72 €
Otterbach-Otterberg	18.748	14,20%	14.578,59 €	2.915,72 €
Kreis Kaiserslautern	**38.500**	**29,16%**	**29.157,17 €**	**5.831,43 €**
Lauterecken-Wolfstein	18.004	13,63%	13.634,95 €	2.726,99 €
Kreis Kusel	18.004	13,63%	13.634,95 €	2.726,99 €
Gesamt	**132.043**	**100,00%**	**200.000,00 €**	**40.000,00 €**

Berechnung bei einer Bereitstellung von 2.420.430 € EU-Mittel für die gesamte Programmlaufzeit 2023-2027 (Höchstumfang)

Gebietskörperschaft	Bevölkerung in der LAG (2020)	Anteil Bevölkerung in der LAG (2020)	voraussichtlicher Anteil kommunale Mittel 2023-27	voraussichtlicher Anteil kommunale Mittel pro Jahr
Eisenberg (Pfalz)	13.316			
Göllheim	11.976			
Kirchheimbolanden	19.688			
Winnweiler	13.146			
Nordpfälzer Land	17.413			
Kreis Donnersberg	75.539	57,21%	138.467,67 €	27.693,53 €
Enkenbach-Alsenborn	19.752	14,96%	16.765,37 €	3.353,07 €
Otterbach-Otterberg	18.748	14,20%	16.765,37 €	3.353,07 €
Kreis Kaiserslautern	**38.500**	**29,16%**	**33.530,74 €**	**6.706,15 €**
Lauterecken-Wolfstein	18.004	13,63%	15.680,20 €	3.136,04 €
Kreis Kusel	18.004	13,63%	15.680,20 €	3.136,04 €
Gesamt	**132.043**	**100,00%**	**242.043,00 €**	**48.408,60 €**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt,

entsprechend der Finanzierungsregelung des LEADER-Ansatzes des Entwicklungsprogramms EULLE für die Förderperiode 2023 – 2027 projektunabhängig kommunale Mittel zur Verfügung zu stellen, die unter Berücksichtigung der von den beteiligten kommunalen Partnern der LAG Donnersberger und Lautrer Land gemeinsam bereitgestellten Mittel mindestens 10 Prozent der zugewiesenen ELER-Mittel umfassen. Für die LAG Donnersberger und Lautrer Land beträgt der Eigenanteil insgesamt max. 33.530,74 € (6.706,15 € p.a.).

Im Auftrag:

René Mar

TOP Ö 3.9

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 5.4
5.4/KK/53790
2600/2021

09.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss	17.11.2021	öffentlich
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)

Sachverhalt:

Zur Umsetzung der im Abfallwirtschaftskonzept 2020-2024 aufgeführten und am 29.06.2020 vom Kreistag beschlossenen Maßnahmen, wurde die Möglichkeit der gebührenpflichtigen Sperrmüllabfuhr ab der dritten Abfuhr je Kalenderjahr, in die Abfallgebührensatzung des Landkreises Kaiserslautern eingearbeitet.

Des Weiteren erfolgt eine redaktionelle Änderung (Anpassung eines Verweises) sowie die Konkretisierung eines Gebührentatbestandes.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss/ Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag wie folgt zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die beigefügte Änderungssatzung mit Wirkung zum 01.01.2022.

Im Auftrag:

Kristina Karfusehr

Anlage/n:

Artikelsatzung zur Abfallgebührensatzung 2022
Nichtamtliche Lesefassung Gebührensatzung 2022

TOP Ö 3.9

14. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) des Landkreises Kaiserslautern

Artikel 1

Änderung der Gebührensatzung

Die Satzung des Landkreises Kaiserslautern über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) vom 30.10.1996, in der Fassung vom 14.12.2020, wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. (8) Satz 1 wird wie folgt geändert:

1. gestrichen: […] § 13 Abs. 2 Satz 12 […]

   neu: […] § 13 Abs. 7 […]

§ 5 Abs. (2) Satz 1 wird wie folgt geändert:

1. gestrichen: Wird die Annahme bzw. der Austausch von Abfallbehältnissen […]

   neu: Wird die Annahme, der Abzug bzw. der Austausch von Abfallbehältnissen […]

§ 5 wird um Abs. (3b) ergänzt:

(3b) Mit der Jahresgebühr nach Abs. 1 bzw. Abs 5.1 ist die zweimalige Abfuhr sperriger Abfälle je Kalenderjahr abgegolten. Für jede weitere Abfuhr im selben Kalenderjahr, wird eine Gebühr in Höhe von 125,14 € erhoben. Die Regelungen nach § 16 der Abfallsatzung bleiben hiervon unberührt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2022 in Kraft.

Kaiserslautern, den 13.12.2021
Kreisverwaltung Kaiserslautern

Ralf Leßmeister
Landrat

TOP Ö 3.9

Nicht-amtliche Lesefassung

Satzung

des Landkreises Kaiserslautern

über die

Erhebung von Benutzungsgebühren

für die Abfallentsorgung

vom 30.10.1996

(zuletzt geändert durch Beschluss des Kreistages vom 13.12.2021)*

I N H A L T S Ü B E R S I C H T :

§ 1 Erhebung von Benutzungsgebühren 3
§ 2 Entstehung der Gebührenschuld 3
§ 3 Gebührenschuldner 4
§ 4 Gebührenmaßstab 4
§ 5 Gebührensätze 5
§ 6 Gebührenbescheid 7
§ 7 Vorausleistungen 7
§ 8 Fälligkeit 8
§ 9 Gebührenerstattung 8
§ 10 Gebührenermäßigung bei Betriebsstörungen 8
§ 11 Inkrafttreten 8

Der Kreistag hat aufgrund

der §§ 17 und 19 der Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz (LKO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 188), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 26.06.2020 (GVBl. S. 297), des Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes (LKrWG) vom 22.11.2013 (GVBl. S. 459), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19.12.2018 (GVBl. S. 469) und der §§ 1, 2, 3, 7, 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für Rheinland-Pfalz vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05.05.2020 (GVBl. S. 158,

am 30.10.1996 nachfolgende Satzung beschlossen die letztmals durch Artikelsatzung (14. Änderungssatzung) mit Beschluss des Kreistages vom 13.12.2021 geändert wurde.

§ 1
Erhebung von Benutzungsgebühren

Der Landkreis erhebt zur Deckung der Kosten für die Inanspruchnahme seiner Einrichtungen zur Abfallentsorgung ausschließlich Benutzungsgebühren.

§ 2
Entstehung der Gebührenschuld

(1) Bei Aufstellung von 60-Liter-, 90-Liter-, 120-Liter- oder 240-Liter-Abfallbehältnissen (§ 13 Abs. 1, 2 und 3 der Abfallsatzung) entsteht ein Anspruch auf die Benutzungsgebühr erstmals mit dem Beginn des auf den Anschluss an die Abfallentsorgung folgenden Monats und danach mit Beginn eines jeden folgenden Kalenderjahres. Die Gebührenpflicht endet mit dem Ablauf des Monats, in dem die Anschlusspflicht entfällt.

(2) Bei Aufstellung von Großbehältern zwischen 1,1 m^3 und 5,5 m^3 (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 a und 4 b der Abfallsatzung) beginnt der Anspruch auf die Benutzungsgebühr mit Beginn des kommenden Monats und endet mit Ablauf des Monats, in dem der Behälter abgemeldet wurde.

Bei Gebühren für eine einmalige Abfuhr, insbesondere dann, wenn aufgrund angefangener Monate keine turnusmäßige Abfuhr erfolgen kann, entsteht der Anspruch mit der ersten und endet mit der letzten Entleerung.

(3) Für die Aufstellung von Großbehältern (Absetzbehältern) gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4 c der Abfallsatzung entsteht der Anspruch auf die Benutzungsgebühren mit der ersten und endet mit der letzten Entleerung.

(4) Bei Selbstanlieferung entsteht der Gebührenanspruch mit der Benutzung der Abfallentsorgungsanlage.

(5) Bei der Entsorgung rechtswidrig abgelagerter Abfälle entsteht die Gebührenschuld mit dem Beginn der Maßnahme durch den Landkreis.

§ 3
Gebührenschuldner

(1) Gebührenschuldner ist, wer die Abfallentsorgungseinrichtungen nutzt.

(2) Nutzer der Abfallentsorgungseinrichtungen sind die Eigentümer und dinglich Nutzungsberechtigten der an die Abfallentsorgung des Landkreises angeschlossenen Grundstücke. Nutzer ist im Übrigen derjenige, der eine Leistung der Abfallentsorgung in Anspruch nimmt.
Bei Verwendung von Restabfallsäcken gilt der Erwerber, bei der Selbstanlieferung von Abfällen gelten auch der Abfallerzeuger und der Anlieferer und bei Großbehältern (Absetzbehältern) auch der Besteller als Nutzer der Abfallentsorgungseinrichtungen.

(3) Mieter und Pächter haften für den von ihnen verursachten Anteil der Gebühren.

(4) Soweit die Abfallentsorgung für Betriebe vorgehalten wird, sind auch deren Betreiber Gebührenschuldner; dies gilt insbesondere, wenn Grundstücke für einen Betrieb gemietet oder gepachtet wurden.

(5) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

(6) Als Nutzer der Abfallentsorgungseinrichtungen gilt auch derjenige, der rechtswidrig Abfälle entsorgt.

(7) Bei Wohnungs- und Teileigentum im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes haften mehrere Gebührenschuldner als Gesamtschuldner. Der Gebührenbescheid über die gesamte Gebührenforderung kann an den Wohnungseigentumsverwalter gerichtet werden.

(8) Bei Behältergemeinschaften im Sinne des § 13 Abs. 7 der Abfallsatzung des Landkreises Kaiserslautern haftet jeder Beteiligte für den Gesamtbetrag der Abfallgebühren als Gesamtschuldner.

(9) Die Benutzungsgebühren ruhen als öffentliche Lasten gemäß § 7 Abs. 7 KAG auf dem Grundstück im Sinne von Abs. 2 Satz 1.

§ 4
Gebührenmaßstab

(1) Die Gebühr für die Verwertung und Beseitigung von Abfällen aus privaten Haushaltungen sowie anderen Herkunftsbereichen bestimmt sich nach der Zahl, Art und Größe der vorgehaltenen Abfallbehältnisse (§ 5 Abs. 1 Ziffer 2, 4 a und b Abfallsatzung).

Die Gebühr für Großbehälter (§ 5 Abs. 1 Ziffer 4 c Abfallsatzung) bestimmt sich nach der Zahl und Größe der Behälter, Anzahl der Leerungen sowie der Deponiegebühr.

(2) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen bestimmt sich die Gebühr nach der Satzung der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK).

(3) Bei der Entsorgung rechtswidrig abgelagerter Abfälle gilt Abs. 2 entsprechend.

§ 5
Gebührensätze

(1) Die Jahresgebühr für die Verwertung und Beseitigung von Abfällen aus privaten Haushaltungen und anderen Herkunftsbereichen beträgt für zugelassene feste Abfallbehältnisse (§ 5 Abs. 1 Ziffer 2 und 4a der Abfallsatzung) bei zweiwöchentlicher Abfuhr von Restmüll, für

ein Restabfallbehältnis mit	**60 l Fassungsvermögen**	**176,88 €**
ein Restabfallbehältnis mit	**90 l Fassungsvermögen**	**244,92 €**
ein Restabfallbehältnis mit	**120 l Fassungsvermögen**	**326,52 €**
ein Restabfallbehältnis mit	**240 l Fassungsvermögen**	**619,92 €**
ein Restabfallbehältnis mit	**1.100 l Fassungsvermögen**	**2.286,60 €**

bei wöchentlicher Abfuhr für

ein Restabfallbehältnis mit	**1.100 l Fassungsvermögen**	**4.573,20 €.**

Abweichend von Satz 1 beträgt die Jahresgebühr, wenn das Vorhalten der Biotonne (§ 8 Abs. 2 der Abfallsatzung) entfällt, für

ein Restabfallbehältnis mit	**60 l Fassungsvermögen**	**158,16 €**
ein Restabfallbehältnis mit	**90 l Fassungsvermögen**	**217,32 €**
ein Restabfallbehältnis mit	**120 l Fassungsvermögen**	**289,68 €**
ein Restabfallbehältnis mit	**240 l Fassungsvermögen**	**551,16 €**
ein Restabfallbehältnis mit	**1.100 l Fassungsvermögen**	**1.943,28 €**

und für die wöchentliche Abfuhr

ein Restabfallbehältnis mit	**1.100 l Fassungsvermögen**	**3.886,68 €.**

Die vorstehenden Gebühren beinhalten den Austausch der festen Abfallbehältnisse (§ 5 Abs. 1 Ziffer 1, 2 und 3 der Abfallsatzung), soweit dieser durch Änderung des vorgeschriebenen Behältervolumens möglich wird (melderechtlich bedingte Änderungen).
Für sonstige Änderungen im Bereich dieser Abfallbehältnisse beträgt die Gebühr je Austausch und Grundstück 30,60 €.

Machen Anschlusspflichtige von der Möglichkeit des § 14 Abs. 10 der Abfallsatzung (Restmüllsäcke) Gebrauch, nachdem die Kreisverwaltung Kaiserslautern das Vorliegen der Voraussetzungen hierfür festgestellt hat, werden diese gebührenrechtlich genauso behandelt wie Anschlusspflichtige mit festen Restabfallbehältnissen.

(2) Wird die Annahme, der Abzug bzw. der Austausch von Abfallbehältnissen, die nach § 14 Abs. 3 der Abfallsatzung vorzuhalten sind, verweigert und ein erneutes Anfahren des Grundstücks erforderlich, beträgt die Gebühr je Grundstück 30,60 €.

(2a) Die Gebühr für die digitale oder postalische Erstellung und Zusendung der Kopie eines Gebührenbescheides beträgt je Vorgang 5,00 €.

(2b) Im Falle des selbstverschuldeten Untergangs beträgt die Gebühr für den Austausch und die Aufstellung eines festen Abfallbehältnisses (Müllgroßbehälter 60-240l), je Behälter 65,00 €.

(3) Das Entgelt für den zum einmaligen Gebrauch bestimmten Restabfallsack im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Abfallsatzung beträgt **3,89 €.**
Es schließt die Gebühr für die Entsorgung ein, ohne dass bei Nichtbenutzung eine Erstattung erfolgt.

(3a) Auf Wunsch der Beseitigungspflichtigen können zusätzliche Biotonnen zu den nach § 14 Abs. 3 der Abfallsatzung bereitgestellten Biotonnen zur Verfügung gestellt werden.

Die Gebühr für eine zusätzliche 120 l-Biotonne beträgt **76,08 €/Jahr.**
Die Gebühr für eine zusätzliche 240 l-Biotonne beträgt **152,04 €/Jahr.**

(3b) Mit der Jahresgebühr nach Abs. 1 bzw. Abs 5.1 ist die zweimalige Abfuhr sperriger Abfälle je Kalenderjahr abgegolten. Für jede weitere Abfuhr im selben Kalenderjahr, wird eine Gebühr in Höhe von 125,14 € erhoben. Die Regelungen nach § 16 der Abfallsatzung bleiben hiervon unberührt.

(4) Die Kreisverwaltung kann im Einzelfall mit Eigentümern bewohnter Grundstücke, deren Haushalts- oder Personenzahl häufig wechseln, eine an der Durchschnittsbelegung orientierte Pauschalveranlagung auf der Grundlage von Absatz 1 vereinbaren.

(5.1) Die Gebühr für die wöchentlich-einmalige Abfuhr von Restabfällen incl. der Entsorgungsgebühren beträgt für:

einen Großbehälter (Umleerbehälter)
mit 3,3 m³ Fassungsvermögen **8.349,60 €/Jahr**

einen Großbehälter (Umleerbehälter)
mit 5,5 m³ Fassungsvermögen **13.916,04 €/Jahr.**

Die Gebühr für die vierzehntägige Abfuhr von Restabfällen incl. der Entsorgungsgebühren beträgt für

einen Großbehälter (Umleerbehälter)
mit 3,3m³ Fassungsvermögen **4.174,80 €/Jahr**

einen Großbehälter (Umleerbehälter)
mit 5,5m³ Fassungsvermögen **6.958,08 €/Jahr.**

Die Gebühr für eine einmalige Abfuhr inkl. Entsorgungsgebühren von Restabfällen beträgt für:

einen Großbehälter (Umleerbehälter)
mit 1,1 m³ Fassungsvermögen **95,88 €**

einen Großbehälter (Umleerbehälter)
mit 3,3 m3 Fassungsvermögen **188,64 €**

einen Großbehälter (Umleerbehälter)
mit 5,5 m3 Fassungsvermögen **281,28 €.**

(5.2) Die Gebühr für den Containertransport (ohne Entsorgungsgebühren) bei einer einmaligen Abfuhr beträgt für:

einen Großbehälter mit	**5,5 m³ (Absetzbehälter)**	**153,48 €**
einen Großbehälter mit	**7,0 m³ (Absetzbehälter)**	**153,48 €**
einen Großbehälter mit	**10,0 m³ (Absetzbehälter)**	**153,48 €**
einen Großbehälter mit	**15,0 m³ (Abrollbehälter)**	**190,80 €**
einen Großbehälter mit	**20,0 m³ (Abrollbehälter)**	**190,80 €**
einen Großbehälter mit	**30,0 m³ (Abrollbehälter)**	**190,80 €.**

Die Deponiegebühren werden nach der jeweils gültigen Gebührensatzung der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK) gesondert berechnet.

(6) Werden Behälter der Größen 3,3 m³ bis 5,5 m³ für die turnusmäßige Hausmüllabfuhr bereitgehalten, werden abweichend von Abs. 1 die Gebühren nach Abs. 5.1 berechnet.

(7) Für verdichtete Abfälle und für Abfälle, die wegen ihrer Beschaffenheit die Bearbeitung auf der Deponie erschweren, werden die Gebührensätze um 20 % erhöht. Dies gilt nicht für Gebühren nach § 5 Abs. 5.2.

(8) Für sonstige bebaute und zum Aufenthalt von Personen bestimmte, aber nicht ständig bewohnte Grundstücke (§ 14 Abs. 11 Abfallsatzung) wird die Jahresgebühr für ein Restabfallbehältnis mit 60 Liter nach Absatz 1 berechnet.

(9) Die Gebühren für die Entsorgung von Autowracks (Kraftfahrzeuge und Anhänger) und für die Beseitigung verbotswidrig entsorgter Abfälle werden nach den im Einzelfall entstehenden Kosten unter Berücksichtigung von Mehrkosten berechnet.

(10) Veränderungen der für die Veranlagung maßgeblichen Bemessungsgrundlage werden jeweils mit Beginn des auf die Änderung folgenden Monats durch Nacherhebung oder Erstattung berücksichtigt.

(11) Im Falle von Behältergemeinschaften nach § 14 Abs. 7 der Abfallsatzung des Landkreises Kaiserslautern wird die Gebühr nach § 5 Abs. 1 - 4, 6 und 7 berechnet. Anträge für Behältergemeinschaften müssen schriftlich bei der Kreisverwaltung gestellt und von allen an der Behältergemeinschaft Beteiligten unterzeichnet werden und einen von ihnen (Verantwortlicher) zur Zahlung der Gebühr für alle beteiligten Haushalte berechtigen und verpflichten.

§ 6
Gebührenbescheid

Die Gebühr für die Abfallentsorgung wird durch Gebührenbescheid festgesetzt. Dies gilt nicht für die Regelungen nach §§ 2 Abs. 4 und 5 Abs. 3.

§ 7
Vorausleistungen

Für die Entsorgung von Abfällen aus privaten Haushaltungen und von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen, die regelmäßig entsorgt werden, können Vorausleistungen ab Beginn

des Kalenderjahres verlangt werden. Die Höhe der Vorausleistungen richtet sich nach der Entgeltschuld des Vorjahres oder dem voraussichtlichen Entgelt für das laufende Jahr.

§ 8
Fälligkeit

(1) Die Jahresgebühr ist im Voraus in gleichen Raten zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres zu entrichten.

(2) Beginnt die Gebührenpflicht im Laufe eines Kalenderjahres oder werden aufgrund von Änderungen der maßgeblichen Bemessungsgrundlagen im Laufe eines Kalenderjahres Gebühren nacherhoben, so werden diese mit Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

(3) Die Gebühren nach § 5 Absatz 5.1 Satz 3 und Abs. 5.2 und Absatz 9 werden mit Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 9
Gebührenerstattung

(1) Endet die Gebührenpflicht vor Ablauf der Zeit, für die die Gebühr zu entrichten ist, so wird nach Maßgabe des § 2 Absatz 1 und 2 für jeden vollen Kalendermonat, der dem Ende der Gebührenpflicht folgt, ein Zwölftel der Jahresgebühr erstattet.

(2) Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden, wenn die Abfallentsorgung nachweislich in zeitlichem Zusammenhang von mindestens drei Monaten nicht in Anspruch genommen und dies vorher schriftlich angezeigt wurde.

§ 10
Gebührenermäßigung bei Betriebsstörungen

(1) Betriebsstörungen lassen die Gebührenpflicht unberührt.

(2) Bei Betriebsstörungen großen Umfangs, die Auswirkungen auf den Anschluss- und Benutzungspflichtigen haben, kann die Kreisverwaltung die Gebühren entsprechend ermäßigen.

§ 11
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.1997 in Kraft.

Kaiserslautern, den 16.12.1996
Kreisverwaltung

gez.

Künne
Landrat

* **Satzungshistorie und Änderungen**

Die Abfallgebührensatzung wurde durch den Kreistag am 30.10.1996 beschlossen und

geändert durch Beschluss des Kreistages vom 14.12.1998 (1. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 18.12.2000 (2. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 19.11.2001 (3. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 16.12.2002 (4. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 20.12.2004 (5. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 18.12.2006 (6. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 17.12.2007 (7. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 15.12.2008 (8. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 30.11.2009 (9. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 17.12.2012 (10. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 01.12.2014 (11. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 20.11.2017 (12. Änderung)
geändert durch Beschluss des Kreistages vom 14.12.2020 (13. Änderung)

Die Abfallgebührensatzung wurde letztmals durch Beschluss des Kreistages vom 13.12.2021 (14. Änderungssatzung) geändert.

Die Änderung der Abfallgebührensatzung wurde am XX.12.2021 gemäß §§ 17, 20 LKO und § 1 Abs. 1 der Hauptsatzung des Landkreises Kaiserslautern, in der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“, Ausgabe Kaiserslautern, öffentlich bekannt gemacht.

Diese letztmalige Änderung ist am 01.01.2022 in Kraft getreten.

TOP Ö 3.10

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 1.3
1.3/lt/61103
2637/2021

25.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Informationen zur Erfüllung der Ermittlungs- und Abwägungspflichten des Landkreises bei Festsetzung des Kreisumlagesatzes für das Haushaltsjahr 2022

Sachverhalt:

I. Entwicklung des Kreisumlagesatzes in den letzten Jahren

Die Entwicklung des festgesetzten Kreisumlagesatzes und des Kreisumlageaufkommens 2001 bis 2021 kann der ***Anlage 1*** entnommen werden. Zur Darstellung der Entwicklung des Kreisumlageaufkommens 2022 gegenüber 2021 wurde der Umlagesatz des Vorjahres beibehalten.
Der Kreisumlagesatz wurde ab 2015 vom Kreistag des Landkreises Kaiserslautern mit 42,25% festgesetzt. In den Jahren 2016, 2017 und 2019 wurde der Umlagesatz durch die ADD Trier im Wege der Ersatzvornahme auf 44,23%, 44,25% und 43,87% angehoben. Das Umlageaufkommen 2021 (nach der Festsetzung) betrug bei einem Umlagesatz von 42,25% 54.678.824 € und erhöhte sich gegenüber 2015 (40.899.021 €) bei gleichem Umlagesatz um + 13.779.803 €.
Unter Annahme eines Umlagesatzes für 2022 von 42,25% steigt das Umlageaufkommen gegenüber 2021 um weitere ca. 1,88 Mio. € auf 56.556.970 €. Wie sich die Kreisumlage 2021 zu 2022 je Kommune darstellt, kann den ***Anlagen 2 und 3*** entnommen werden.

II. Haushaltsplanung 2022

Der Haushaltsplanentwurf 2022 weist aktuell einen Jahresfehlbetrag von 7.101.220 € aus. Gegenüber dem Jahresfehlbetrag des Haushaltsplans 2021 (7.240.484 €) bedeutet dies eine Verbesserung um 139.264 €.
Die allgemeinen Deckungsmittel im Teilhaushalt 3 / Allgemeine Finanzwirtschaft steigen um ca. 3,2 Mio. €. Neben der oben erwähnten Ertragssteigerung bei der Kreisumlage (+1,88 Mio. €) erhöhen sich insbesondere die Schlüsselzuweisungen C um ca. 1,73 Mio. € sowie die Zuweisung Gesundheitsamt (insbesondere auf Grund des ÖGD-Pakts) um ca. 0,8 Mio. €. Die Schlüsselzuweisung B2 geht um ca. 1,2 Mio. € zurück.
Die maßgebliche Verschlechterung findet sich mit ca. 3,6 Mio. € im Teilhaushalt 12 / Jugend.

III. Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) RLP vom 17.07.2020

Der 10. Senat des OVG RLP hat mit Urteil vom 17.07.2020 entschieden, dass die Beanstandung des Haushaltes 2016 des Landkreises Kaiserslautern durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und die Erhöhung der Kreisumlage im Wege der Ersatzvornahme

von 42,25% auf 44,23% rechtswidrig war.
Nach dem Leitsatz 3 des Urteils erweist sich eine Erhöhung der Kreisumlage demnach als rechtswidrig, wenn sie die verfassungsrechtlich gebotene finanzielle Mindestausstattung von mindestens ca. einem Viertel der umlagepflichtigen Gemeinden verletzt.
Nach dem Leitsatz 4 ist die Liquiditätskreditbelastung innerhalb eines Zehnjahreszeitraumes das maßgebliche Kriterium. Wichtiges Indiz sei, dass dieser in der jeweiligen Gemeinde höher als 1.000 € pro Einwohner liege. Diese Kriterium war 2016 bei mehr als einem Vierteil der Kommunen im Landkreis Kaiserslautern erfüllt.
Gegen die Entscheidung des OVG, die Revision nicht zuzulassen, hat das Land RLP Beschwerde beim OVG eingelegt. Das OVG hat der Beschwerde des Landes nicht abgeholfen und die Beschwerde dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig zur Entscheidung vorgelegt. Mit Beschluss des BVerwG vom 21.07.2021 wurde die Revisionsnichtzulassungsbeschwerde zurückgewiesen. Das Urteil des OVG vom 17.07.2020 ist nicht weiter anfechtbar und damit rechtskräftig..

IV. Finanzsituation der kreisangehörigen Kommunen und des Landkreises Kaiserslautern 2006-2021

Im Rahmen der Festsetzung des Kreisumlagesatzes besteht weiterhin für die Landkreise die Pflicht, neben dem eigenen Finanzbedarf auch den Finanzbedarf und die finanzielle Situation der umlagepflichtigen Kommunen zu ermitteln und bei der Entscheidung über den Umlagesatz zu berücksichtigen.
Hinsichtlich der aktuellen Finanzdaten der kreisangehörigen Kommunen und des Landkreises Kaiserslautern wird auf die ***Anlagen 4 und 5*** verwiesen.

Die Finanzdaten der kreisangehörigen Kommunen wurden im Rahmen des o.a. Rechtsstreites mit der ADD Trier erstellt und aktuell von den Verbandsgemeindeverwaltungen fortgeschrieben. Demnach weisen innerhalb des Zehnjahreszeitraumes 2012-2021 insgesamt 8 Gemeinden (=16%) durchgängig eine Liquiditätskreditbelastung von über 1.000 € pro Einwohner aus. Das maßgebliche Kriterium in den Leitsätzen 3 und 4 des unter III. angeführten Urteils wäre demnach in 2020 nicht erfüllt. Allerdings haben in dem Zehnjahreszeitraum weitere 5 Gemeinden über mehr als 5 Jahre eine Liquiditätskreditbelastung von über 1.000 € je Einwohner. In dem Zehnjahreszeitraum weisen darüber hinaus alle Gemeinden überwiegend negative ordentliche Ergebnisse aus, davon 6 Gemeinden über den gesamten Zeitraum. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass bei vielen Gemeinden noch in größerem Umfang Jahresabschlüsse ausstehen und die Finanzdaten auf Planzahlen oder vorläufigen Ergebnissen basieren.
In den Haushaltsplänen 2020 und 2021 sind die ordentlichen Ergebnisse bei 36 bzw. 41 von 50 Gemeinden negativ.

Die Liquiditätskredite des Landkreis Kaiserslautern betragen seit 2009 durchgängig über 1.000 € pro Einwohner (1.534,57 € nach dem vorläufigen Ergebnis 31.12.2020). Weiterhin wurden seit 2009 beim Landkreis auch durchgängig negative ordentliche Ergebnisse erzielt. In den Jahren 2019 und 2020 zeichnet sich nach den vorläufigen Jahresergebnissen ein positives Ergebnis in der Ergebnisrechnung ab. Auf das Eckdatenpapier zum Haushaltsplan 2022 wird verwiesen.

V. Stellungnahmen der kreisangehörigen Kommunen zur Kreisumlagegestaltung 2022

Den kreisangehörigen Kommunen wurde mit Schreiben vom 28.10.2021 (wie in den Vorjahren) die Möglichkeit eingeräumt, hinsichtlich der Kreisumlagegestaltung 2022 eine Stellungnahme abzugeben. Die abgegebenen Stellungnahmen sind in der ***Anlage 6*** zusammengefasst und einsehbar.

VI. Haushaltsrundschreiben vom 02.11.2021

Das Ministerium des Innern (MdI) führt im Haushaltsrundschreiben vom 02.11.2021 an, dass eine Verlängerung des Schreibens des MdI vom 22.04.2020 „Hinweise zur Anwendung des kommunalen Haushaltsrechts im Rahmen der Auswirkungen der Corona-Pandemie“ zum

gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angezeigt ist.

Diese Beschlussvorlage mit Anlagen dient dem Kreistag für die Beurteilung und Abwägung der Finanzlage von Landkreis und kreisangehörigen Kommunen und letztlich als Entscheidungshilfe für die Festsetzung des Kreisumlagesatzes 2022.

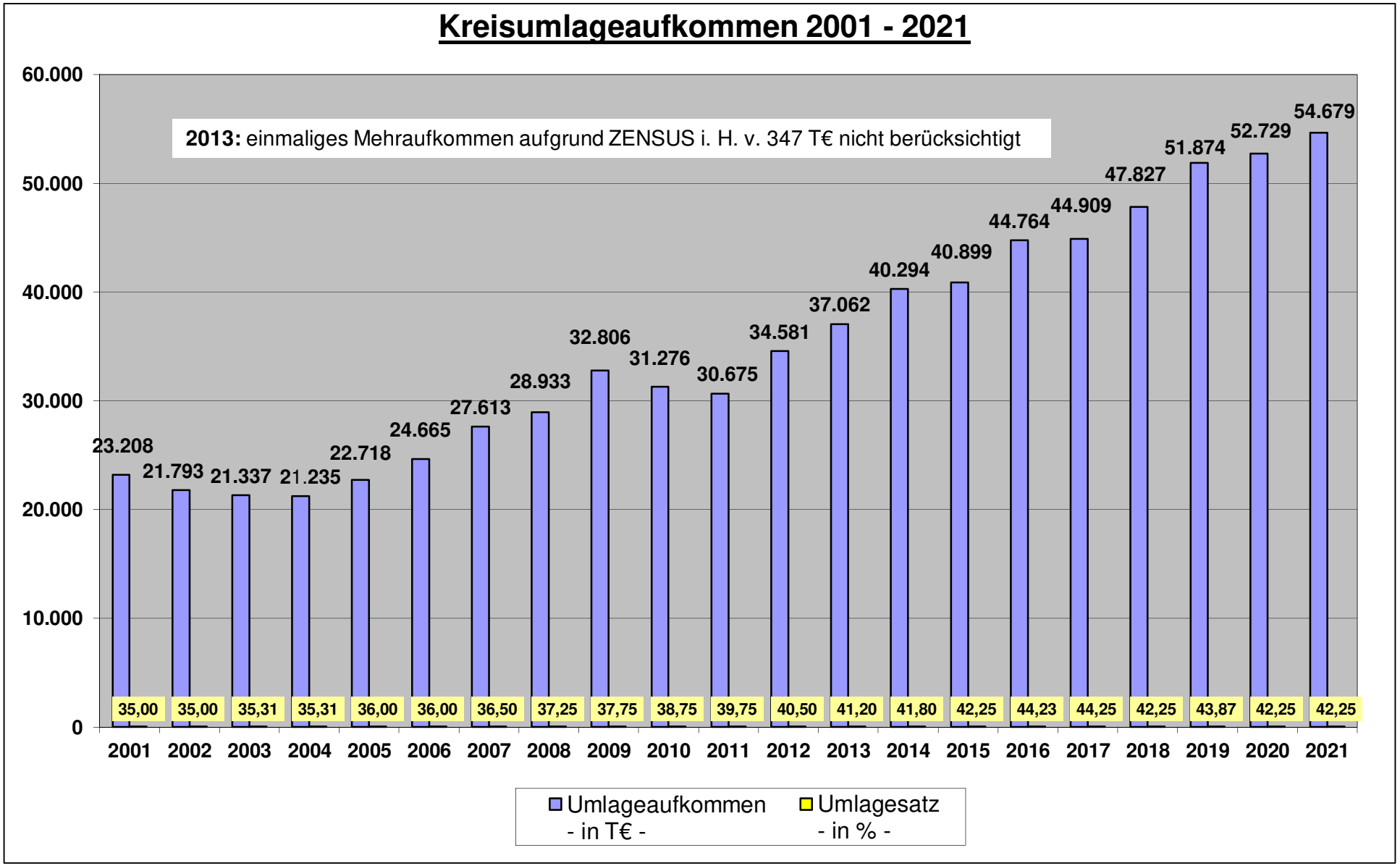
Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die Informationen zur Erfüllung der Ermittlungs- und Abwägungspflichten bei der Festsetzung des Kreisumlagesatzes für das Haushaltsjahr 2022 zur Kenntnis.

Im Auftrag:

Thomas Lauer

Anlage 1_Kreisumlageaufkommen 2001-2021
Anlage 2_Kreisumlage vorläufig 2022_42,25
Anlage 3_Vergleich Kreisumlage 2021-2022
Anlage 4_Finanzdaten Auszug HH
Anlage 5_Finanzdaten Vorläufige Kreisumlagefestsetzung
Anlage 6_Stellungnahmen der kreisangehörigen Kommunen


Kreisumlageaufkommen 2001 - 2021
2013: einmaliges Mehraufkommen aufgrund ZENSUS i. H. v. 347 T€ nicht berücksichtigt
60.000
50.000
40.000
30.000
20.000
10.000
0
23.208
21.793
21.337
21.235
22.718
24.665
27.613
28.933
32.806
31.276
30.675
34.581
37.062
40.294
40.899
44.764
44.909
47.827
51.874
52.729
54.679
35,00
35,00
35,31
35,31
36,00
36,00
36,50
37,25
37,75
38,75
39,75
40,50
41,20
41,80
42,25
44,23
44,25
42,25
43,87
42,25
42,25
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
Umlageaufkommen - in T€ -
Umlagesatz - in % -

TOP Ö 3.10

Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2022

- vorläufige Festsetzung -

Lfd. Nr.	Verbandsgemeinde Gemeinde / Stadt	Steuerkraftzahlen GrundSt A	GrundSt B	GewerbeSt	Gew.St.komp.	EinkommenSt-Anteil	UmsatzSt-Anteil	Ausgleichs-leistungen	Steuerkraft-messzahl insgesamt	Schlüssel-zuweisung A	Schlüssel-zuweisung B 2	Umlage-grundlagen insgesamt (Sp. 10-12)	Kreisumlage 2022 42,25	Kreisumlage 2022 42,25 (abgerundet)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
1	**VG Bruchmühlbach-Miesau**										1.690.822	1.690.822	714.372,30	714.372
2	Bruchmühlbach-M.	12.474	791.265	1.460.425	109.847	2.815.597	328.284	295.906	5.813.798	1.466.492	482.857	7.763.147	3.279.929,61	3.279.929
3	Gerhardsbrunn	6.717	11.738	-686	2.234	96.519	731	10.158	127.411	26.634	4.381	158.426	66.934,99	66.934
4	Lambsborn	2.427	63.959	36.132	18.648	375.660	12.221	39.488	548.535	108.726	10.403	667.664	282.088,04	282.088
5	Langwieden	3.534	20.615	18.513	0	140.809	3.471	14.819	201.761	46.579	4.380	252.720	106.774,20	106.774
6	Martinshöhe	10.554	104.193	120.975	1.601	683.538	49.256	71.822	1.041.939	338.868	17.522	1.398.329	590.794,00	590.794
7	**VG Enkenbach-Alsenborn**										2.498.247	2.498.247	1.055.509,36	1.055.509
8	Enkenbach-Alsenb.	17.229	1.113.633	1.911.291	-178.649	3.419.641	507.732	359.365	7.150.242	0	377.451	7.527.693	3.180.450,29	3.180.450
9	Fischbach	7.023	106.401	251.529	0	355.870	24.252	37.387	782.462	0	7.666	790.128	333.829,08	333.829
10	Frankenstein	1.626	120.680	68.459	4.422	408.963	7.958	43.016	655.124	228.760	1.095	884.979	373.903,63	373.903
11	Hochspeyer	5.067	613.299	379.517	80.573	2.239.570	81.148	235.429	3.634.603	709.485	200.042	4.544.130	1.919.894,93	1.919.894
12	Mehlingen	16.011	552.851	1.592.801	0	1.899.470	158.736	199.728	4.419.597	0	63.517	4.483.114	1.894.115,67	1.894.115
13	Neuhemsbach	3.798	116.457	77.527	-22.971	451.862	8.597	47.470	682.740	180.850	6.571	870.161	367.643,02	367.643
14	Waldleiningen	4.713	43.712	34.313	1.257	161.207	1.564	16.991	263.757	124.627	548	388.932	164.323,77	164.323
15	Sembach	4.560	325.810	302.785	332.016	558.866	236.997	58.697	1.819.731	0	39.424	1.859.155	785.492,99	785.492
16	**VG Landstuhl**										3.538.846	3.538.846	1.495.162,44	1.495.162
17	Bann	2.918	233.982	254.646	-14.174	1.065.245	28.430	111.934	1.682.981	402.702	91.771	2.177.454	919.974,32	919.974
18	Haupstuhl	1.325	113.468	172.820	8.738	497.994	36.056	52.416	882.817	216.975	43.804	1.143.596	483.169,31	483.169
19	Kindsbach	1.345	339.625	884.194	32.027	1.153.909	156.854	121.250	2.689.204	0	101.298	2.790.502	1.178.987,10	1.178.987
20	Krickenbach	3.105	166.554	127.007	2.297	587.211	21.521	61.819	969.514	148.948	22.121	1.140.583	481.896,32	481.896
21	Landstuhl, Stadt	3.109	1.297.254	5.581.726	-826.205	3.032.783	1.399.766	318.904	10.807.337	0	1.006.870	11.814.207	4.991.502,46	4.991.502
22	Linden	1.260	100.620	414.544	0	509.919	21.702	53.541	1.101.586	0	18.617	1.120.203	473.285,77	473.285
23	Mittelbrunn	5.311	74.989	392.632	0	336.347	38.702	35.324	883.305	0	21.902	905.207	382.449,96	382.449
24	Oberarnbach	2.698	40.358	144.881	0	227.930	5.735	23.954	445.556	0	26.282	471.838	199.351,56	199.351
25	Queidersbach	4.253	350.805	484.558	-21.635	1.347.489	62.919	141.658	2.370.047	240.326	375.352	2.985.725	1.261.468,81	1.261.468
26	Stelzenberg	1.542	168.963	69.764	10.544	644.094	8.534	67.813	971.254	181.754	12.046	1.165.054	492.235,32	492.235
27	Trippstadt	9.584	450.627	401.437	23.097	1.616.239	77.586	169.852	2.748.422	0	22.449	2.770.871	1.170.693,00	1.170.692
28	Schopp	2.181	187.823	366.915	0	772.891	57.922	81.205	1.468.937	0	24.092	1.493.029	630.804,75	630.804

Doppel!

Lfd. Nr.	Verbandsgemeinde Gemeinde / Stadt	Steuerkraftzahlen GrundSt A	GrundSt B	GewerbeSt	Gew.St.komp.	EinkommenSt-Anteil	UmsatzSt-Anteil	Ausgleichs-leistungen	**Steuerkraft-messzahl insgesamt**	Schlüssel-zuweisung **A**	Schlüssel-zuweisung **B 2**	**Umlage-grundlagen insgesamt** (Sp. 10-12)	**Kreisumlage 2022 42,25**	**Kreisumlage 2022 42,25** (abgerundet)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
29	**VG Otterbach-Otterberg**										2.619.822	2.619.822	1.106.874,80	1.106.874
30	Frankelbach	1.095	31.817	53.875	-4.353	149.242	8.530	15.646	255.852	24.231	1.643	281.726	119.029,24	119.029
31	Heiligenmoschel	9.671	83.014	64.088	0	314.991	5.538	33.127	510.429	42.269	13.689	566.387	239.298,51	239.298
32	Hirschhorn/Pfalz	1.198	99.388	75.251	0	333.814	5.880	35.069	550.600	169.211	14.784	734.595	310.366,39	310.366
33	Katzweiler	10.293	258.417	250.687	0	843.567	32.656	88.544	1.484.164	292.491	32.306	1.808.961	764.286,02	764.286
34	Mehlbach	4.296	165.128	45.966	-9.689	533.774	3.922	56.119	799.516	205.987	20.260	1.025.763	433.384,87	433.384
35	Niederkirchen	25.690	239.388	233.201	0	842.631	36.670	88.531	1.466.111	290.013	15.879	1.772.003	748.671,27	748.671
36	Olsbrücken	2.391	137.171	105.664	0	482.525	15.640	50.659	794.050	178.776	8.761	981.587	414.720,51	414.720
37	Otterbach	3.152	603.363	556.637	37.198	2.012.011	133.921	211.364	3.557.646	255.209	285.096	4.097.951	1.731.384,30	1.731.384
38	Otterberg	13.317	869.523	1.757.090	87.635	2.608.897	194.389	274.086	5.804.937	0	315.760	6.120.697	2.585.994,48	2.585.994
39	Schallodenbach	7.339	107.326	42.175	-3.874	362.469	6.700	38.061	560.196	261.378	11.499	833.073	351.973,34	351.973
40	Schneckenhausen	3.563	75.535	47.503	-7.798	299.176	3.722	31.492	453.193	63.092	7.666	523.951	221.369,30	221.369
41	Sulzbachtal	2.180	52.241	11.776	-2.822	198.226	1.449	20.849	283.899	119.422	5.476	408.797	172.716,73	172.716
42	**VG Ramstein-Miesenbach**										2.783.327	2.783.327	1.175.955,66	1.175.955
43	Hütschenhausen	15.381	391.415	381.678	-13.266	1.687.001	55.219	177.340	2.694.768	966.851	231.618	3.893.237	1.644.892,63	1.644.892
44	Kottweiler-Schw.	4.467	123.147	81.447	9.478	598.826	8.661	63.018	889.044	273.302	60.779	1.223.125	516.770,31	516.770
45	Niedermohr	7.332	145.657	115.843	-15.276	657.183	11.247	69.097	991.083	386.919	86.515	1.464.517	618.758,43	618.758
46	Ramstein-M., Stadt	8.934	1.656.308	4.718.578	0	3.037.042	773.654	319.286	10.513.802	0	1.247.250	11.761.052	4.969.044,47	4.969.044
47	Steinwenden	8.133	254.748	249.513	89.272	1.154.575	111.354	121.246	1.988.841	267.683	140.723	2.397.247	1.012.836,86	1.012.836
48	**VG Weilerbach**										1.938.173	1.938.173	818.878,09	818.878
49	Erzenhausen	3.348	116.570	85.325	9.191	443.953	4.899	46.663	709.949	15.462	49.280	774.691	327.306,95	327.306
50	Eulenbis	3.492	71.840	12.500	281	250.142	4.269	26.304	368.828	100.776	22.998	492.602	208.124,35	208.124
51	Kollweiler	4.092	67.777	33.073	0	276.594	5.970	29.059	416.565	78.249	39.424	534.238	225.715,56	225.715
52	Mackenbach	2.262	287.029	166.053	-6.032	911.058	28.587	95.744	1.484.701	418.933	234.356	2.137.990	903.300,78	903.300
53	Rodenbach	6.282	580.273	1.133.848	0	1.682.194	126.150	176.831	3.705.578	0	151.674	3.857.252	1.629.688,97	1.629.688
54	Schwedelbach	6.603	204.779	16.097	32.360	545.497	7.814	57.265	870.415	116.407	95.275	1.082.097	457.185,98	457.185
55	Weilerbach	9.801	857.779	3.366.921	-472.798	2.124.664	363.181	223.102	6.472.650	0	571.287	7.043.937	2.976.063,38	2.976.063
56	Reichenbach-St.	8.730	146.040	66.888	16.253	642.881	18.198	67.516	966.506	351.757	90.895	1.409.158	595.369,26	595.369
	Summe	307.406	15.135.354	29.220.382	-690.573	48.392.556	5.304.894	5.085.964	102.755.983	9.300.144	21.806.591	133.862.718	56.556.998,36	**56.556.970**

TOP Ö 3.10

Entwicklung des Kreisumlageaufkommens 2021/2022 je Ortsgemeinde/Verbandsgemeinde

Kreisumlagesatz Landesdurchschnitt

2010 / 41,15%	**2011 / 41,94**	**2012 / 42,45%**
2013 / 43,26 %	***2014 / 43,32%***	***2015 / 43,55%***
2016 / 43,65%	***2017 / 44,07%***	***2018 / 43,60%***
2019 / 42,68%	***2020 / 43,69%***	
2021	***noch keine Angaben***	

Quelle: HH-Umfrage LKT vom 13.09.2021

Vergleich Kreisumlageaufkommen

Kreisumlagesatz LK KL	
2021	**2022**
42,25%	42,25%

Mehr-/Minderaufkommen 1.878.146

* HH-Umfrage LKT vom 07.02.2019

		Festsetzung 42,25% **Umlage 2021**	Planung 42,25% **Umlage 2022**	**Abweichung**
1	**VG Bruchmühlbach-Miesau**	723.149	714.372	-8.777
2	Bruchmühlbach-M.	3.226.957	3.279.929	52.972
3	Gerhardsbrunn	66.467	66.934	467
4	Lambsborn	278.840	282.088	3.248
5	Langwieden	107.447	106.774	-673
6	Martinshöhe	595.483	590.794	-4.689
				42.548
7	**VG Enkenbach-Alsenborn**	1.055.260	1.055.509	249
8	Enkenbach-Alsenb.	3.224.005	3.180.450	-43.555
9	Fischbach	344.520	333.829	-10.691
10	Frankenstein	368.505	373.903	5.398
11	Hochspeyer	1.875.200	1.919.894	44.694
12	Mehlingen	1.621.040	1.894.115	273.075
13	Neuhemsbach	346.282	367.643	21.361
14	Waldleiningen	157.733	164.323	6.590
15	Sembach	871.323	785.492	-85.831
				211.290
16	**VG Landstuhl**	1.602.359	1.495.162	-107.197
17	Bann	899.841	919.974	20.133
18	Hauptstuhl	473.429	483.169	9.740
19	Kindsbach	1.147.324	1.178.987	31.663
20	Krickenbach	473.775	481.896	8.121
21	Landstuhl, Stadt	4.482.594	4.991.502	508.908
22	Linden	443.805	473.285	29.480
23	Mittelbrunn	453.634	382.449	-71.185
24	Oberarnbach	171.908	199.351	27.443
25	Queidersbach	1.250.379	1.261.468	11.089
26	Stelzenberg	479.157	492.235	13.078
27	Trippstadt	1.106.964	1.170.692	63.728
28	Schopp	584.031	630.804	46.773
				591.774
29	**VG Otterbach-Otterberg**	1.179.044	1.106.874	-72.170
30	Frankelbach	124.248	119.029	-5.219
31	Heiligenmoschel	241.640	239.298	-2.342
32	Hirschhorn/Pfalz	297.140	310.366	13.226
33	Katzweiler	753.472	764.286	10.814
34	Mehlbach	424.977	433.384	8.407
35	Niederkirchen	726.516	748.671	22.155
36	Olsbrücken	407.507	414.720	7.213
37	Otterbach	1.697.032	1.731.384	34.352
38	Otterberg, Stadt	2.200.091	2.585.994	385.903
39	Schallodenbach	353.511	351.973	-1.538
40	Schneckenhausen	221.711	221.369	-342
41	Sulzbachtal	170.621	172.716	2.095
				402.554
42	**VG Ramstein-Miesenbach**	1.260.445	1.175.955	-84.490
43	Hütschenhausen	1.614.371	1.644.892	30.521
44	Kottweiler-Schw.	497.512	516.770	19.258
45	Niedermohr	600.675	618.758	18.083
46	Ramstein-M., Stadt	4.572.404	4.969.044	396.640
47	Steinwenden	1.011.865	1.012.836	971
				380.983

48	**VG Weilerbach**	912.890	818.878	-94.012
49	Erzenhausen	323.155	327.306	4.151
50	Eulenbis	200.144	208.124	7.980
51	Kollweiler	223.540	225.715	2.175
52	Mackenbach	882.185	903.300	21.115
53	Rodenbach	1.593.219	1.629.688	36.469
54	Schwedelbach	458.089	457.185	-904
55	Weilerbach	2.716.906	2.976.063	259.157
56	Reichenbach-St.	582.503	595.369	12.866
				248.997
	Summe	**54.678.824**	**56.556.970**	

	Veränderungen bei den einzelnen Umlagegrundlagen				
	GrundSt A	*GundSt B*	*GewerbeSt+ Komp.*	*EinkSt-Anteil*	*UmsatzSt-Ant.*
2021	307.020	14.754.291	25.420.727	46.176.445	5.018.259
2022	307.406	15.135.354	28.529.809	48.392.556	5.304.894
Differenz	**386**	**381.063**	**3.109.082**	**2.216.111**	**286.635**

	Ausgl.leist.	***Steuerkraftmesszahl***	*Schlzuw A*	*Schlzuw B2*	***Umlagegrundl.***
2021	4.728.785	**96.405.527**	10.268.331	22.743.542	**129.417.400**
2022	5.085.964	**102.755.983**	9.300.144	21.806.591	**133.862.718**
Differenz	**357.179**	**6.350.456**	**-968.187**	**-936.951**	**4.445.318**

	Kreisumlageaufkommen
2021	54.678.824
2022	56.556.970
Differenz	**1.878.146**

1% Umlage = 1.338.627 €

Vorjahr: 1.294.174 €

Mehraufkommen Anstieg Umlagegrundlagen = **1.878.146 €**

TOP Ö 3.10

Übersichten zu Finanzdaten der Orts- und Verbandsgemeinden

- Freie Finanzspitzen und Jahres-ergebnisse Ergebnishaushalt gemäß Haushaltsplan / Hebesätze
- Entwicklung der Steuerkraftmess-zahl der Ortsgemeinden gem. § 13 LFAG
- Entwicklung der Gemeinde-bilanzen
- Umlageanspannung

Freie Finanzspitze, Jahresergebnis und Hebesätze

Gebietskörperschaft	2009								2010							
	Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			Nivellierungssätze 269 / 317 / 352			Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			Nivellierungssätze 269 / 317 / 352		
	lfd. Nr. 3 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO	Fehlbetragsquote	Umlage	Grundsteuer		Gew.-st.	lfd. Nr. 3 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO	Fehlbetragsquote	Umlage	Grundsteuer		Gew.-st.
	in Euro	%	in Euro	%		A	B		in Euro	%	in Euro	%		A	B	
VG Bruchmühlbach-M.	**-759.000**	**9,35**	**-958.424**	**18,17**	**43**				**-950.851**	**10,77**	**-1.058.474**	**19,25**	**43**			
Bruchmühlbach-Miesau	-1.798.000	17,60	-1.872.476	22,97		280	320	352	-1.813.417	18,47	-1.772.059	22,13		280	320	352
Gerhardsbrunn	6.520		-7.353	3,80		269	317	352	-7.920	6,36	-22.980	13,21		269	317	352
Lambsborn	-262.934	35,84	-301.416	36,78		280	320	352	-379.137	55,62	-421.051	54,02		280	320	352
Langwieden	-78.503	34,11	-103.142	45,58		280	320	352	-79.617	48,21	-97.775	54,97		280	320	352
Martinshöhe	-185.310	11,03	-338.160	23,33		280	320	352	-244.747	16,76	-426.819	30,92		280	320	352
VG Enkenbach-Alsenb.	**-168.238**	**2,41**	**-406.755**	**6,05**	**39**				**3.150**		**-252.897**	**3,64**	**39**			
Enkenbach-Alsenborn	-1.132.747	14,58	-1.821.347	28,28		260	290	330	-888.446	11,93	-787.149	12,29		260	290	352
Mehlingen	8.579		7.268			269	317	352	-537.192	19,36	-539.600	19,45		269	317	352
Neuhemsbach	-125.832	20,87	-219.967	36,08		269	317	352	-110.144	19,12	-111.692	20,41		269	317	352
Sembach	987.824		766.169			269	317	352	-906.479	52,73	-909.631	51,72		269	317	352
VG Hochspeyer	**-654.842**	**14,00**	**-591.047**	**17,41**	**46,16**				**-1.064.558**	**26,37**	**-1.136.855**	**34,44**	**46,2**			
Fischbach	-314.967	39,36	-394.875	53,69		280	320	352	-277.649	38,84	-359.815	55,49		280	320	352
Frankenstein	-1.057.214	134,82	-1.070.040	131,26		280	320	352	-867.431	110,12	-887.735	97,95		280	320	352
Hochspeyer	-2.624.303	73,12	-2.560.365	75,58		280	320	352	-2.541.031	66,51	-2.490.013	66,11		280	320	352
Waldleiningen	-204.450	63,85	-192.536	62,24		280	320	352	-299.992	107,51	-296.006	101,94		280	320	352
VG Kaiserslautern-Süd	**31.214**		**-116.231**	**2,31**	**38,5**	**+ Sonderumlage**			**-138.300**		**-293.115**	**5,78**	**38,5**	**+ Sonderumlage**		
Krickenbach	-79.466	4,86	-92.020	9,53		280	320	352	-155.635	14,65	-156.235	17,55		280	320	352
Linden	-126.780	9,26	-137.232	14,89		280	320	352	-117.320	8,51	-135.639	14,02		280	320	352
Queidersbach	53.851		-29.391	1,21		269	317	352	-235.255	8,14	-274.094	12,07		269	317	352
Stelzenberg	-68.370	5,90	-84.223	9,15		280	320	352	-151.805	15,42	-171.035	19,17		280	320	352
Trippstadt	-188.960	4,55	-182.497	6,91		269	317	352	-627.625	23,28	-613.140	23,68		269	317	352
Schopp	-222.138	15,85	-270.704	19,67		280	320	352	-256.649	18,39	-298.814	21,63		280	320	352
VG Landstuhl	**101.795**		**-96.750**	**0,88**	**45**				**-1.716.900**	**10,30**	**-1.892.450**	**18,77**	**45**			
Bann	-162.754	6,73	-277.300	16,83		269	317	352	-300.150	16,95	-421.480	27,69		269	317	352
Hauptstuhl	-14.146	0,52	-96.460	8,28		269	317	352	31.380		-23.040	1,88		269	317	352
Kindsbach	-474.690	18,05	-664.480	29,58		269	317	352	-481.680	19,04	-644.320	28,57		269	317	352
Landstuhl, Sickingenst.	-1.339.551	12,00	-1.946.650	18,68		269	317	352	-1.667.450	17,50	-2.668.200	28,58		269	317	352
Mittelbrunn	-1.377.330	106,61	-1.286.560	99,49		269	317	352	(-102.070)	6,42	4.440			269	317	352
Oberarnbach	-14.755	1,99	-33.050	8,75		269	317	352	-63.940	19,59	-86.550	28,36		269	317	352
VG Otterbach	**-213.244**	**1,40**	**-359.126**	**7,69**	**43**				**-602.640**	**10,79**	**-703.620**	**16,46**	**43**			
Frankelbach	-1.617		5.029			280	320	352	-85.803	38,02	-95.601	39,16		280	320	352
Hirschhorn/Pfalz	-160.607	16,94	-149.408	19,00		280	320	352	-277.820	40,34	-263.580	41,65		280	320	352
Katzweiler	-218.768	13,05	-265.728	16,56		280	320	352	-209.427	13,21	-274.065	18,52		280	320	352
Mehlbach	-246.935	17,62	-231.911	19,55		280	320	352	-219.207	16,72	-207.157	17,73		280	320	352
Olsbrücken	-136.372	14,56	-147.030	17,69		280	320	352	-287.236	40,09	-307.720	44,55		280	320	352
Otterbach	-277.309	6,57	-274.884	8,93		280	320	355	-361.941	9,29	-367.061	12,54		280	320	355
Sulzbachtal	-70.003	14,30	-67.111	18,56		280	320	352	-53.771	7,09	-46.846	12,10		280	320	352
VG Otterberg	**0**	**0,00**	**-50.384**	**1,14**	**42,2**				**-216.416**	**0,95**	**-418.696**	**9,58**	**42**			
Heiligenmoschel	-20.760	2,29	-72.515	11,86		280	320	352	-52.786	8,72	-89.677	15,37		280	320	352
Niederkirchen	-272.861	15,04	-412.549	22,22		280	320	360	-161.265	7,99	-331.741	17,60		280	320	360
Otterberg, St.	-518.332	8,47	-923.285	20,20		290	330	360	-443.591	6,34	-824.024	16,16		290	330	360
Schallodenbach	-146.146	25,20	-198.023	31,77		280	320	360	-84.422	13,49	-142.573	22,50		280	320	360
Schneckenhausen	-65.355	13,95	-114.790	27,00		280	320	352	5.831		-18.773	3,69		280	320	352
VG Ramstein-Miesenb.	**-467.942**	**2,79**	**-791.311**	**7,15**	**43**	**+ Sonderumlage**			**-492.156**	**3,44**	**-898.948**	**8,35**	**43**	**+ Sonderumlage**		
Hütschenhausen	-313.634	6,06	-707.277	20,14		280	320	352	-343.527	6,70	-690.076	20,29		280	320	352
Kottweiler-Schwanden	-15.048		-103.918	7,82		280	320	352	-268.542	20,78	-381.451	30,71		280	320	352
Niedermohr	-36.420	1,38	-354.977	25,02		269	317	352	-50.329	2,13	-302.881	22,18		269	317	352
Ramstein-Miesenb., St.	-904.050	7,76	-1.339.563	12,27		280	320	352	201.711		-1.848.691	17,33		280	320	352
Steinwenden	-359.500	17,10	-584.806	32,85		280	320	352	-55.250		-251.129	12,43		280	320	352
VG Weilerbach	**569.710**		**38.613**		**30**				**186.400**		**-299.323**	**4,78**	**30**			
Erzenhausen	16.535		-6.717	1,16		269	317	352	30.421		0			269	317	352
Eulenbis	-38.075	8,31	-67.651	12,99		269	317	352	-43.855	9,73	-72.071	13,80		269	317	352
Kollweiler	19.015		0			269	317	352	-26.557	2,61	-39.705	7,92		269	317	352
Mackenbach	-189.249	5,69	-108.385	9,12		269	317	352	-151.460	8,47	-269.909	13,87		269	317	352
Rodenbach	-146.150	4,44	-301.428	9,96		269	317	330	-238.079	8,31	-376.875	13,56		269	317	330
Schwedelbach	83.560		51.292			269	317	330	14.184		-17.564	1,89		269	317	330
Weilerbach	90		-407.752	6,14		260	300	330	-610.100	12,17	-992.397	18,43		260	300	330
Reichenbach-Steegen	-84.350	5,24	-167.695	11,41		269	317	352	-59.815	5,55	-164.765	10,84		269	317	352
	-16.459.314		-23.491.304						-21.804.238		-29.941.142					

Freie Finanzspitze, Jahresergebnis und Hebesätze

Gebietskörperschaft	2011								2012							
	Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			*Nivellierungssätze 285 / 338 / 352*			Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			*Nivellierungssätze 285 / 338 / 352*		
	lfd. Nr. 3 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO	Fehlbetragsquote	*Umlage*	*Grundsteuer*		*Gew.-st.*	lfd. Nr. 3 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO	Fehlbetragsquote	*Umlage*	*Grundsteuer*		*Gew.-st.*
	in Euro	%	in Euro	%		A	B		in Euro	%	in Euro	%		A	B	
VG Bruchmühlbach-M.	**-823.737**	**9,15**	**-796.027**	**13,85**	**43**				**-1.083.180**	**12,22**	**-884.833**	**14,95**	**44**			
Bruchmühlbach-Miesau	-2.024.276	21,83	-2.070.474	26,84		285	338	352	-1.431.356	11,20	-1.517.573	16,71		285	380	352
Gerhardsbrunn	-15.482	13,09	-28.694	19,02		269	317	352	-28.965	22,73	-38.245	23,82		269	317	352
Lambsborn	-119.474	13,07	-158.709	17,48		285	338	352	-53.292	4,67	-92.313	9,42		285	360	352
Langwieden	-79.256	46,64	-91.562	50,50		285	338	352	-84.315	42,20	-95.435	46,97		285	390	352
Martinshöhe	-219.982	14,77	-401.144	28,91		285	338	352	-269.802	16,95	-435.281	30,00		285	360	380
VG Enkenbach-Alsenb.	**-477.226**	**7,94**	**-530.701**	**8,82**	**39**				**-235.171**	**3,36**	**-998.718**	**15,10**	**39**			
Enkenbach-Alsenborn	-457.646	3,30	-292.511	4,00		285	338	352	-4.551.417	52,37	-2.205.824	25,74		285	338	352
Mehlingen	-295.678	10,37	-303.793	10,66		285	338	352	1.019.256		592.241			285	338	352
Neuhemsbach	380		2.080			285	338	352	49.973		-51.296	7,62		285	338	352
Sembach	-427.061	28,82	-461.784	31,00		285	338	352	734.733		424.339			285	338	352
VG Hochspeyer	**-1.315.036**	**33,97**	**-1.404.970**	**42,35**	**46,2**				**-742.989**	**12,63**	**-1.097.643**	**28,84**	**47,5**			
Fischbach	-220.580	27,60	-299.680	43,18		296	350	385	-160.500	14,87	-229.669	28,50		296	350	385
Frankenstein	-910.847	127,70	-927.685	112,60		296	343	352	-1.014.305	134,11	-1.042.055	118,70		296	454	360
Hochspeyer	-2.429.316	63,19	-2.421.981	62,88		290	350	365	-2.442.950	56,20	-2.467.674	57,47		290	390	380
Waldleiningen	-292.808	103,85	-291.757	98,90		296	343	352	-227.500	84,15	-224.030	81,15		450	450	388
VG Kaiserslautern-Süd	**-183.915**		**-227.555**	**4,51**	**39,0**	**+ Sonderumlage**			**-64.365**		**-271.905**	**5,21**	**39,0**	**+ Sonderumlage**		
Krickenbach	-153.875	13,79	-162.850	17,37		285	338	352	-209.575	19,30	-209.475	21,47		290	340	360
Linden	-307.090	38,84	-319.962	41,27		280	320	352	-196.395	17,75	-206.940	22,12		290	345	360
Queidersbach	-254.940	8,75	-296.041	12,85		285	338	352	-72.075		-90.150	3,36		285	338	352
Stelzenberg	-186.295	19,42	-214.005	23,21		285	338	352	31.450		785			295	350	380
Trippstadt	-635.485	22,79	-621.001	23,34		269	317	352	-406.845	12,09	-385.990	13,33		285	338	352
Schopp	-302.734	22,67	-341.389	24,87		285	338	352	-199.790	12,83	-267.010	17,45		285	338	360
VG Landstuhl	**-2.347.850**	**16,46**	**-2.620.850**	**25,35**	**45**				**-943.550**		**-973.000**	**8,60**	**45**			
Bann	-215.540	10,15	-330.820	20,07		285	338	352	-28.850		-147.060	7,76		300	355	360
Hauptstuhl	-153.490	13,99	-204.520	18,86		285	338	352	-202.220	13,40	-215.900	17,59		295	350	360
Kindsbach	-212.960	5,23	-371.960	14,81		285	338	352	-351.260	10,95	-485.280	19,93		290	350	360
Landstuhl, Sickingenst.	-1.678.700	14,03	-2.268.050	21,64		285	338	352	-2.428.350	19,96	-2.890.700	26,19		310	365	360
Mittelbrunn	225.090		248.350			285	338	352	-529.850	47,53	-507.710	41,75		285	338	352
Oberarnbach	-48.810	16,45	-73.930	24,84		285	338	352	14.970		3.480			285	338	352
VG Otterbach	**-717.221**	**13,02**	**-767.283**	**17,47**	**44**				**-242.017**	**1,01**	**-318.491**	**6,65**	**45**			
Frankelbach	299.751		-9.526	1,32		290	345	352	-189.326	40,18	98.147			290	360	355
Hirschhorn/Pfalz	-229.250	27,65	-204.209	29,90		285	340	352	-147.708	10,90	-122.873	14,19		285	370	355
Katzweiler	40.299		-23.705	1,35		285	338	352	-272.585	13,96	-294.289	16,26		285	360	355
Mehlbach	-287.039	23,95	-285.396	25,03		285	338	352	-227.697	15,39	-238.143	18,21		285	370	360
Olsbrücken	-226.599	28,24	-244.419	31,88		285	340	352	-203.257	20,67	-222.258	24,75		285	350	355
Otterbach	-378.744	10,54	-396.477	13,67		285	340	355	-356.698	9,13	-412.204	12,52		285	360	360
Sulzbachtal	-120.467	35,42	-111.347	37,43		285	338	352	-94.240	14,92	-89.310	19,55		295	370	370
VG Otterberg	**-306.643**	**2,90**	**-356.519**	**8,27**	**42**				**-195.987**		**-266.814**	**5,99**	**41**			
Heiligenmoschel	-62.779	11,83	-112.284	21,96		280	320	352	8.978		-47.475	7,77		290	360	360
Niederkirchen	-135.988	6,14	-314.212	16,50		280	320	360	45.476		-132.000	5,81		290	340	360
Otterberg, St.	-642.136	10,37	-944.782	18,64		290	330	360	-137.276		-522.257	9,37		300	360	365
Schallodenbach	-47.024	6,45	-99.835	15,39		280	320	360	-42.970	4,91	-101.360	13,84		290	360	360
Schneckenhausen	87.371		66.295			280	320	352	38.366					290	360	360
VG Ramstein-Miesenb.	**-924.730**	**8,19**	**-1.493.639**	**14,87**	**43**	**+ Sonderumlage**			**-401.107**	**2,35**	**-653.461**	**6,00**	**43**	**+ Sonderumlage**		
Hütschenhausen	-667.341	17,50	-939.152	28,26		285	338	352	-596.461	12,72	-863.369	22,44		285	338	352
Kottweiler-Schwanden	-86.013	4,37	-331.097	24,14		285	338	352	-414.454	0,80	-202.299	13,38		285	338	352
Niedermohr	-145.987	9,89	-405.286	29,37		285	338	352	-113.525	6,74	-342.115	23,00		285	338	352
Ramstein-Miesenb., St.	1.000.904		-1.458.374	11,39		285	338	352	-84.636		-1.567.629	12,48		285	338	352
Steinwenden	-56.774		-347.352	17,29		285	338	352	-193.592	6,39	-372.399	18,26		285	338	352
VG Weilerbach	**1.420**		**-463.184**	**7,05**	**32**				**208.916**		**-323.545**	**4,70**	**32**			
Erzenhausen	-19.706	3,92	-56.500	10,21		269	317	352	38.501		-13.892	2,05		285	338	352
Eulenbis	-16.203	3,47	-43.083	7,88		285	335	352	-25.216	5,20	-54.798	9,60		285	338	352
Kollweiler	-29.410	2,27	-48.202	9,47		269	317	352	-7.861		-28.496	5,26		269	317	352
Mackenbach	-56.623	3,06	-190.113	9,37		285	338	352	-29.904	1,46	-220.848	9,80		285	338	352
Rodenbach	-108.926	2,65	-263.307	8,47		285	338	352	-169.072	4,76	-338.077	10,98		285	338	352
Schwedelbach	-49.692	6,52	-116.465	13,27		269	317	330	-41.312	5,01	-119.273	12,19		285	338	352
Weilerbach	-74.735	1,51	-345.352	6,44		260	300	330	43.650		-257.378	4,07		268	313	337
Reichenbach-Steegen	-97.688	5,76	-171.330	11,05		285	338	352	-139.260	9,06	-227.356	13,40		285	338	352
	-20.622.592		-28.760.110						-20.050.759		-25.265.126					

Freie Finanzspitze, Jahresergebnis und Hebesätze

Gebietskörperschaft	2013								2014							
	Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			Nivellierungssätze 285 / 338 / 352			Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			Nivellierungssätze 300 / 365 / 365		
	lfd. Nr. 3 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO	Fehlbetragsquote	Umlage	Grundsteuer		Gew.-st.	lfd. Nr. 3 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO	Fehlbetragsquote	Umlage	Grundsteuer		Gew.-st.
	in Euro	%	in Euro	%		A	B		in Euro	%	in Euro	%		A	B	
VG Bruchmühlbach-M.	**-1.107.862**	**13,31**	**-956.985**	**16,29**	**44**				**-767.954**	**5,17**	**-1.168.528**	**19,14**	**44,5**			
Bruchmühlbach-Miesau	-1.233.483	8,51	-1.296.824	13,29		285	380	352	-1.394.287	10,48	-1.443.880	14,80		300	425	365
Gerhardsbrunn	-12.865	8,53	-23.992	13,06		269	317	352	-21.935	13,38	-22.403	10,84		269	317	352
Lambsborn	-90.048	9,57	-46.235	4,44		285	360	352	-81.610	9,91	-82.842	8,15		300	365	365
Langwieden	-101.881	59,96	-106.130	59,58		285	390	352	-56.100	19,21	-48.397	17,80		300	390	365
Martinshöhe	-317.990	20,09	-416.769	28,64		285	365	380	-280.005	15,33	-384.739	22,23		285	365	380
VG Enkenbach-Alsenb.	**-449.997**	**6,00**	**-430.939**	**5,60**	**39**				**197.096**		**59.631**		**39**			
Enkenbach-Alsenborn	-1.237.310	5,50	-2.394.925	26,20		285	338	352	-2.239.280	23,54	-1.909.848	20,57		300	365	365
Mehlingen	-52.344	1,44	-516.516	14,17		285	338	352	-2.216.171	90,66	-2.683.626	109,40		300	365	365
Neuhemsbach	-16.423	2,37	-104.347	15,97		285	338	352	-15.454	2,36	-107.171	15,77		300	365	365
Sembach	-53.284	1,48	-256.313	10,88		285	338	352	-730.130	34,41	-936.611	45,30		300	365	365
VG Hochspeyer	**-388.615**	**3,37**	**-675.965**	**16,79**	**47,5**				**-258.460**		**-533.230**	**12,99**	**47,5**			
Fischbach	-161.579	10,57	-234.849	19,45		350	420	405	-355.220	38,33	-429.409	50,68		350	420	405
Frankenstein	-942.057	92,31	-921.207	87,11		296	454	360	-939.204	88,10	-937.330	84,60		450	454	395
Hochspeyer	-1.763.804	31,27	-1.699.804	33,25		450	450	400	-2.222.305	42,30	-2.135.405	42,90		450	450	400
Waldleiningen	-137.923	33,88	-132.923	36,37		450	450	388	-106.550	21,48	-99.740	24,74		450	450	388
VG Kaiserslautern-Süd	**-24.530**		**4.900**		**40,0**	**+ Sonderumlage**			**65.875**		**15.870**		**40,0**	+ Sonderumlage		
Krickenbach	-160.665	12,19	-138.595	12,59		300	360	380	-162.120	12,35	-165.050	15,65		330	390	400
Linden	-115.855	6,17	-123.855	11,11		300	380	380	-185.940	13,66	-200.145	18,57		300	380	380
Queidersbach	-164.575	0,41	-161.485	5,87		290	350	360	-166.610	0,57	-167.755	6,10		290	350	360
Stelzenberg	-153.225	13,14	-179.925	17,63		295	350	380	33.295		190			300	365	380
Trippstadt	-244.680	5,19	-245.410	7,68		300	348	365	-429.100	11,32	-421.875	12,89		300	365	365
Schopp	-158.970	7,66	-194.380	12,19		285	338	360	-230.740	12,35	-269.750	16,59		300	365	365
VG Landstuhl	**-1.314.400**	**2,17**	**-1.125.050**	**9,65**	**45**				**-1.253.550**	**0,95**	**-685.000**	**5,48**	**45**			
Bann	-80.360	0,77	-194.100	10,39		300	365	365	-120.670	2,80	-236.170	11,72		300	365	365
Hauptstuhl	-117.580	3,92	-136.950	9,69		300	365	365	-148.354	2,81	-186.174	11,80		310	375	370
Kindsbach	-215.700	4,74	-327.870	12,79		300	365	365	-239.040	5,23	-369.820	13,40		305	370	370
Landstuhl, Sickingenst.	83.350		-879.350	6,51		310	392	373	-1.435.450	8,17	-1.905.300	14,16		310	392	373
Mittelbrunn	-361.704	60,42	-426.420	69,41		300	365	370	-380.719	37,77	-378.580	47,60		300	365	370
Oberarnbach	-12.033		-32.660	8,03		285	338	352	-30.245	4,86	-49.540	11,59		300	365	365
VG Otterbach	**-45.598**		**-90.075**	**1,80**	**45**				**509.371**		**558.184**		**45**			
Frankelbach	-276.630	173,95	-288.194	153,47		290	360	355	91.259		79.676			290	360	355
Hirschhorn/Pfalz	-157.882	11,98	-127.772	15,00		285	370	355	-208.728	17,24	-170.663	18,90		300	370	365
Katzweiler	26.167		2.877			285	360	355	-239.458	10,06	-286.188	13,50		300	365	365
Mehlbach	-105.384	4,20	-113.804	8,05		320	390	370	-113.939	4,58	-123.693	8,27		340	430	380
Olsbrücken	-96.429	7,81	-120.804	12,99		320	390	370	-100.339	7,38	-122.909	12,54		320	390	370
Otterbach	-1.885		-38.037	1,14		320	370	380	-201.700	3,17	-245.080	6,44		320	370	380
Sulzbachtal	-80.432	12,51	-66.175	16,82		295	370	370	-54.584	2,37	-33.466	7,07		380	450	400
VG Otterberg	**185.328**		**0**		**42**				**724.225**		**568.195**		**42**			
Heiligenmoschel	-43.210	5,32	-99.704	16,96		290	360	360	-125.435	18,42	-169.575	26,49		300	365	365
Niederkirchen	-64.810	1,47	-241.243	10,35		290	340	360	-152.402	4,94	-312.650	12,95		300	365	365
Otterberg, St.	-77.925		-401.345	6,71		300	360	365	-459.068	4,57	-450.945	7,24		300	365	365
Schallodenbach	-16.839	1,13	-77.127	9,85		290	360	360	-27.893	2,06	-84.380	10,26		330	400	380
Schneckenhausen	43.751		0			290	360	360	-14.825		-48.000	8,39		300	365	365
VG Ramstein-Miesenb.	**-216.317**	**0,13**	**-605.455**	**5,20**	**43**	**+ Sonderumlage**			**-115.484**		**-238.222**	**1,97**	**43**	**+ Sonderumlage**		
Hütschenhausen	-411.839	8,14	-634.113	15,56		315	380	380	-192.753	2,80	-339.288	7,80		315	380	380
Kottweiler-Schwanden	53.356		-113.456	7,56		310	370	370	-4.696		-141.452	8,96		310	370	370
Niedermohr	-151.514	8,80	-325.025	20,33		285	338	352	-160.956	7,88	-191.596	10,20		300	365	365
Ramstein-Miesenb., St.	1.474.890		-1.504.873	10,46		300	370	370	1.045.741		-704.291	5,00		300	370	370
Steinwenden	-144.020	4,30	-312.639	14,00		300	365	365	68.237		-45.642	1,76		300	365	365
VG Weilerbach	**7.313**		**-502.956**	**7,10**	**30**				**92.759**		**-399.813**	**5,40**	**32**			
Erzenhausen	37.287		-15.500	2,16		285	338	352	45.227		-8.358	1,00		300	365	365
Eulenbis	-8.261	1,60	-39.193	6,66		285	338	352	-26.875	5,10	-54.388	8,60		300	365	365
Kollweiler	-22.102	1,35	-45.384	7,90		285	338	352	2.912		-20.631	2,99		285	338	352
Mackenbach	52.448		-114.698	4,60		285	338	352	94.902		-73.468	2,80		300	365	365
Rodenbach	-50.885	0,48	-206.862	6,42		285	338	352	-19.095		-135.919	3,90		300	365	365
Schwedelbach	-28.042	3,16	-90.811	8,70		285	338	352	-70.787	7,90	171.767			300	365	365
Weilerbach	-345.072	5,70	-655.919	10,00		268	313	337	-507.624	8,19	-65.724	0,90		284	339	351
Reichenbach-Steegen	-100.974	3,08	-115.091	6,38		285	338	352	-38.979		-57.878	3,00		300	365	365
	-11.673.902		-21.319.251						-16.331.924		-21.029.024					

Freie Finanzspitze, Jahresergebnis und Hebesätze

Gebietskörperschaft	2015								2016							
	Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			Nivellierungssätze 300 / 365 / 365			Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			Nivellierungssätze 300 / 365 / 365		
	lfd. Nr. 3 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO	Fehlbetragsquote	Umlage	Grundsteuer		Gew.-st.	lfd. Nr. 3 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO	Fehlbetragsquote	Umlage	Grundsteuer		Gew.-st.
	in Euro	%	in Euro	%		A	B		in Euro	%	in Euro	%		A	B	
VG Bruchmühlbach-M.	-132.091		-567.417	7,94	46				-779.095	2,79	-927.207	12,85	46			
Bruchmühlbach-Miesau	-1.016.198	5,12	-915.764	8,38		300	425	365	-1.322.484	8,23	-1.230.503	11,41		300	425	365
Gerhardsbrunn	-28.338	19,35	-38.632	21,37		269	317	352	-29.370	20,88	-40.148	25,24		269	317	352
Lambsborn	-66.580	7,02	-113.020	10,90		300	365	365	-72.430	7,63	-118.850	11,46		300	365	365
Langwieden	-41.558	12,96	-43.540	16,61		300	390	365	290.417		33.276			300	390	365
Martinshöhe	-172.454	9,06	-280.478	16,20		300	365	380	-258.247	9,55	-279.264	16,52		350	400	390
VG Enkenbach-Alsenb.	2.719.354		2.687.148		42	+ Sonderumlage			-462.170	1,01	8.735		42	+ Sonderumlage		
Enkenbach-Alsenborn	-1.301.716	11,35	-1.450.666	13,60		300	420	375	-1.448.587	13,52	-1.505.257	14,84		300	420	375
Mehlingen	6.596		-254.804	6,10		300	365	365	-360.038	9,40	-548.244	13,50		300	365	365
Neuhemsbach	-149.585	23,00	-217.585	30,10		300	365	365	-70.365	9,70	-120.965	17,20		300	365	365
Sembach	-210.595	9,76	-357.485	17,34		310	375	370	-51.225	2,36	-214.655	10,15		310	375	370
Fischbach	-371.320	37,73	-440.120	49,55		350	420	405	-190.995	15,36	-234.197	22,98		350	420	405
Frankenstein	-952.700	92,80	-905.700	93,50		450	454	395	-354.420	25,41	-351.090	32,58		450	454	395
Hochspeyer	-1.837.055	36,37	-1.863.855	39,68		450	450	400	-1.098.477	16,77	-1.161.245	22,57		450	450	400
Waldleiningen	-189.160	31,82	-123.560	33,08		450	450	388	-199.360	18,50	-81.765	21,52		450	450	388
VG Kaiserslautern-Süd	29.245		198.255		40	+ Sonderumlage			194.915		8.195		40	+ Sonderumlage		
Krickenbach	-170.550	12,11	-153.335	13,43		340	400	400	-184.070	13,54	-195.750	17,75		340	400	400
Linden	-144.800	8,22	-145.510	12,70		320	400	400	-143.545	9,49	-176.700	15,55		425	425	400
Queidersbach	-48.205		-63.340	2,08		320	395	380	-76.455	0,49	-168.285	5,70		320	395	380
Stelzenberg	-116.820	7,47	-133.645	11,72		320	400	400	-123.355	7,97	-147.705	12,04		450	450	400
Trippstadt	-173.165	2,22	-217.860	6,35		330	395	395	-423.820	10,05	-449.500	13,14		330	395	395
Schopp	-222.330	10,54	-230.115	13,78		320	385	385	-248.420	11,92	-283.490	16,41		360	405	385
VG Landstuhl	-469.300		1.950		45,83				-265.920		56.730		45,83			
Bann	-318.260	13,89	-409.840	22,81		315	380	375	-182.060	5,12	-272.760	13,18		383	415	388
Hauptstuhl	-316.760	13,28	-256.200	17,12		310	380	375	-244.198	7,54	-193.680	12,17		350	390	385
Kindsbach	-85.850		-221.380	7,26		305	375	373	394.340		254.130			378	413	387
Landstuhl, Sickingenst.	-2.039.100	12,97	-2.258.650	16,66		325	407	388	-930.730	3,60	-961.970	6,72		450	450	400
Mittelbrunn	-1.170.006	102,0	-1.157.050	105,3		300	365	385	-223.230	7,30	-216.720	12,65		300	365	385
Oberarnbach	-16.935	1,69	-36.030	8,30		300	365	365	-47.680	10,85	-67.660	16,76		300	365	365
VG Otterbach-Otterberg	292.335		163.026		42				13.805		-76.385	0,60	42,5			
Frankelbach	-3.486		-15.520	4,08		320	380	380	-47.548	13,76	-59.845	17,85		320	380	380
Hirschhorn/Pfalz	-175.401	12,79	-152.740	16,84		350	430	380	-123.532	6,30	-100.550	10,80		350	430	380
Katzweiler	-327.451	15,68	-336.281	16,98		320	400	380	-302.566	11,31	-336.901	13,14		320	400	380
Mehlbach	-67.038	0,77	-62.638	4,17		340	430	380	-121.070	4,40	-121.700	6,97		340	430	380
Olsbrücken	-90.136	6,27	-111.446	11,63		340	430	380	-80.982	4,95	-94.440	9,40		340	430	380
Otterbach	-158.005	2,75	-226.742	6,32		360	390	395	42.385		-46.015	1,01		360	390	395
Sulzbachtal	-31.492		-13.152	2,59		380	450	400	-154.306	20,15	-141.827	23,04		380	450	400
Heiligenmoschel	-38.685	2,07	-78.665	12,29		365	430	385	-50.055	3,88	-90.365	13,44		365	430	385
Niederkirchen	-86.909	1,61	-233.340	9,80		300	365	365	-253.143	9,40	-417.543	17,92		300	365	365
Otterberg, St.	-593.580	7,33	-649.925	10,58		320	385	380	-465.510	5,11	-553.605	9,05		330	395	395
Schallodenbach	-22.127	1,23	-79.685	9,82		330	400	380	-126.039	16,24	-180.224	24,10		330	400	380
Schneckenhausen	-45.676	5,29	-76.535	13,60		300	365	365	-80.133	11,78	-111.210	20,72		300	365	365
VG Ramstein-Miesenb.	659.434		280.814		43	+ Sonderumlage			469.821		381.333		42	+ Sonderumlage		
Hütschenhausen	-202.279	3,07	-406.394	9,12		315	380	380	-191.091	2,80	-415.752	9,54		315	380	380
Kottweiler-Schwanden	-3.811		-87.700	5,22		310	370	370	-21.157		-22.357	1,31		310	370	370
Niedermohr	-219.285	11,00	-230.926	12,10		300	365	365	-282.188	14,80	-291.131	15,20		300	365	365
Ramstein-Miesenb., St.	-130.337		-1.046.076	6,20		300	370	370	266.414		-1.115.658	6,95		300	370	370
Steinwenden	76.952		-18.277	0,70		300	365	365	129.832		-96.925	3,71		300	365	365
VG Weilerbach	15		-567.756	7,27	34				291.314		-214.125	2,40	34			
Erzenhausen	42.587		-12.826	1,60		300	365	365	26.791		-25.033	3,00		300	365	365
Eulenbis	-41.062	7,55	-73.850	11,80		330	390	390	-45.345	7,50	-86.850	12,60		330	390	390
Kollweiler	-51.856	7,00	-50.046	7,40		293	352	359	7.345		-31.469	4,60		300	365	365
Mackenbach	36.624		-133.024	5,15		300	365	365	-23.522	0,10	-178.813	6,80		300	365	365
Rodenbach	-108.342	0,53	-510.247	11,22		300	365	365	-240.689	4,19	0			300	365	365
Schwedelbach	-99.905	10,45	98.818			300	365	365	-125.401	13,40	-84.313	7,00		300	365	365
Weilerbach	41.090		1.347.718			284	339	351	-606.775	8,80	660.802			300	365	365
Reichenbach-Steegen	-72.442	0,71	-101.615	5,20		330	390	390	-50.815		-78.166	3,90		330	390	390
	-10.426.504		-13.353.258						-11.055.234		-13.515.611					

Freie Finanzspitze, Jahresergebnis und Hebesätze

Gebietskörperschaft	2017								2018							
	Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			*Nivellierungssätze 300 / 365 / 365*			Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			*Nivellierungssätze 300 / 365 / 365*		
	lfd. Nr. 3 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO	Fehlbetragsquote	*Umlage*	*Grundsteuer*		*Gew.-st.*	lfd. Nr. 3 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO	Fehlbetragsquote	*Umlage*	*Grundsteuer*		*Gew.-st.*
	in Euro	%	in Euro	%		A	B		in Euro	%	in Euro	%		A	B	
VG Bruchmühlbach-M.	-874.990	3,93	-928.986	12,32	46				-735.993	- -	-695.745	9,61	46			
Bruchmühlbach-Miesau	-1.563.499	10,44	-1.413.711	12,81		450	450	400	-1.544.415	10,22	-1.377.695	12,46		450	450	400
Gerhardsbrunn	-29.252	20,73	-35.380	22,89		269	317	352	-38.102	- -	-41.230	24,81		269	317	352
Lambsborn	-124.225	6,75	-116.032	10,71		350	400	400	-109.335	5,13	-98.260	8,99		350	400	400
Langwieden	36.781		49.109			300	390	365	239.188	- -	-50.130	17,49		300	390	365
Martinshöhe	-205.456	6,10	-225.445	12,99		450	450	400	-204.987	- -	-195.581	10,51		450	450	400
VG Enkenbach-Alsenb.	-357.647		-273.680	1,99	42	+ Sonderumlage			296.115		39.042					
Enkenbach-Alsenborn	-571.242	4,30	-586.240	5,44		300	420	375	400.175		378.924			300	420	375
Mehlingen	-343.388	7,37	-493.690	11,05		300	400	385	-295.638	6,17	-478.650	10,86		300	400	385
Neuhemsbach	-156.975	20,70	-210.175	26,80		300	400	365	-44.685	5,20	-102.245	13,90		300	400	365
Sembach	-2.106		-167.210	6,16		310	385	380	36.574		-133.600	4,93		310	385	380
Fischbach	-146.690	9,38	-193.850	17,44		350	420	405	-284.610	21,80	-299.410	26,06		350	420	405
Frankenstein	-416.170	34,47	-409.530	40,63		450	454	395	493.641	21,50	-332.915	23,80		450	454	395
Hochspeyer	-1.222.640	16,60	-1.222.625	22,37		450	450	400	-1.283.549	9,80	-937.595	15,20		450	450	400
Waldleiningen	-99.360	18,80	-83.335	21,86		450	450	388	-87.741	7,60	-50.430	12,30		450	450	388
VG Kaiserslautern-Süd	117.970		1.290		45,95				199.865		1.745		43,7			
Krickenbach	-173.170	11,68	-176.045	15,23		450	450	400	500.355		525.430			450	450	400
Linden	-65.400	1,27	-89.125	7,02		450	450	400	-177.430	10,71	-194.345	15,78		450	450	400
Queidersbach	-97.855	0,59	-149.225	4,86		320	395	380	-67.810		-119.665	3,82		320	395	380
Stelzenberg	-166.530	11,75	-191.935	16,24		450	450	400	-251.715	19,69	-277.515	23,82		450	450	400
Trippstadt	-248.785	3,41	-205.750	5,60		430	430	410	-647.330	7,18	-373.350	9,93		460	460	410
Schopp	-244.580	11,38	-290.045	16,49		360	405	385	-250.820	10,43	-273.895	15,16		450	450	400
VG Landstuhl	-281.360		84.460		45,83				-198.090		377.860		45,5			
Bann	-203.000	5,75	-277.410	13,12		450	450	400	-176.160	4,35	-241.160	11,05		450	450	400
Hauptstuhl	-332.911	13,67	-282.580	18,16		450	450	400	-238.410	6,64	-289.510	17,21		450	450	400
Kindsbach	106.140		-32.410	0,99		450	450	400	-84.590		716.670	-		450	450	400
Landstuhl, Sickingenst.	-2.273.010	13,12	-2.372.240	15,78		450	450	400	-1.344.360	6,42	-1.471.500	8,33		450	450	400
Mittelbrunn	9.151		11.220			300	365	385	-175.040	3,83	-137.880	6,76		400	420	450
Oberarnbach	-8.090		-27.330	5,82		360	400	385	-16.230	1,43	-44.300	9,63		360	400	385
VG Otterbach-Otterberg	189.485		29.373		42,50				318.840	-	0	-	42,5			
Frankelbach	36.355		19.825			330	420	390	-23.480	5,12	-38.610	10,03		330	420	390
Hirschhorn/Pfalz	-259.821	20,37	-222.846	22,53		350	430	380	-280.561	22,03	-245.221	25,49		400	450	400
Katzweiler	-201.367	5,70	-301.056	11,13		380	450	380	-217.515	-	-269.040	9,82		380	450	380
Mehlbach	-92.325	2,62	-101.135	6,25		340	430	380	-88.085	-	-106.195	6,31		340	430	380
Olsbrücken	-143.494	11,47	-165.687	15,18		340	430	380	-162.019	12,87	-181.289	17,25		450	450	400
Otterbach	-301.580	5,96	-390.300	9,26		360	390	395	245.635	-	183.305			400	430	395
Sulzbachtal	-136.595	25,61	-130.245	26,81		380	450	400	-137.954	24,87	-134.828	27,04		380	450	400
Heiligenmoschel	-32.010	0,79	-76.260	11,07		365	430	385	-30.865	- -	-27.375	3,91				
Niederkirchen	-210.484	6,55	-344.433	14,70		340	400	380	-131.912	- -	-215.272	8,65		340	400	380
Otterberg, St.	-230.935		-399.025	5,97		330	395	395	-313.910	0,82	-485.180	7,26		345	410	400
Schallodenbach	20.269		-23.081	2,76		330	400	380	-22.637	- -	-56.917	6,53		400	450	390
Schneckenhausen	-67.056	8,03	-97.445	17,83		330	400	390	-27.663		-47.132	7,87		330	400	390
VG Ramstein-Miesenb.	-102.774		132.372		42	+ Sonderumlage			12.269		188.849		42	+ Sonderumlage		
Hütschenhausen	898.440		225.117			320	390	380	222.757		-294.716	5,60		320	390	380
Kottweiler-Schwanden	69.229		-25.092	1,38		320	390	380	16.596		-46.167	2,49		320	390	380
Niedermohr	-70.206	2,26	-32.548	1,44		310	375	375	-169.652	8,10	-209.288	10,40		310	375	375
Ramstein-Miesenb., St.	566.843		-815.472	5,03		320	390	380	1.239.906		-407.935	2,50		320	390	380
Steinwenden	373.396		-62.620	2,10		320	390	380	454.353		-227.749	7,00		320	390	380
VG Weilerbach	275.895		-225.703	2,50	34				470.858		-223.011	2,30	35			
Erzenhausen	-16.193	2,30	-67.775	8,40		300	365	365	31.574		-16.779	1,90		320	380	380
Eulenbis	-46.136	6,80	-77.194	10,00		330	390	390	-62.428	8,90	-88.720	11,30		330	390	390
Kollweiler	30.370		-8.191	1,13		300	365	365	45.045		0			300	365	365
Mackenbach	26.454		-122.848	4,40		300	365	365	-28.240	- -	-169.305	5,90		300	365	365
Rodenbach	-362.652	7,83	-148.311	3,46		300	365	365	-284.398	- -	-510.913	11,70		300	365	365
Schwedelbach	-130.427	13,23	-182.170	15,78		300	365	365	-174.773	16,40	-225.557	18,20		300	365	365
Weilerbach	-3.151	0,04	-129.308	1,60		300	365	365	-180.347	2,50	-486.192	6,00		300	365	365
Reichenbach-Steegen	-70.368	0,36	-95.417	4,45		330	390	390	-97.198	1,60	-121.124	5,50		450	450	450
	-9.929.127		-14.145.380						-5.466.931		-10.639.296					

Freie Finanzspitze, Jahresergebnis und Hebesätze

Gebietskörperschaft	2019								2020							
	Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			Nivellierungssätze 300 / 365 / 365			Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			Nivellierungssätze 300 / 365 / 365		
	lfd. Nr. 5 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. E23 GemHVO	Fehlbetragsquote	Umlage	Grundsteuer		Gew.-st.	lfd. Nr. 5 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. E23 GemHVO	Fehlbetragsquote	Umlage	Grundsteuer		Gew.-st.
	in Euro	%	in Euro	%		A	B		in Euro	%	in Euro	%		A	B	
VG Bruchmühlbach-M.	-645.266		-468.150	6,35	46				-422.430	- -	-708.672	8,76	46			
Bruchmühlbach-Miesau	1.591.171		1.344.876			450	450	400	-619.340	- -	-731.209	5,07		450	450	400
Gerhardsbrunn	-5.632	- -	-8.640	4,86		269	317	352	-9.407	- -	-16.080	7,26		269	317	352
Lambsborn	-193.470	- -	-196.078	16,71		350	400	400	-168.622	- -	-165.811	13,85		350	400	400
Langwieden	122.216		120.576			300	390	365	-10.645	- -	-6.075	1,50		300	390	365
Martinshöhe	-166.372	- -	-167.050	8,93		450	450	400	-300.257	- -	-280.219	13,37		450	450	400
VG Enkenbach-Alsenb.	51.430		852.980		42	+ Sonderumlage			-460.315	- -	-491.923	3,29	37			
Enkenbach-Alsenborn	605.664		46.525			300	420	375	108.374		327.381			300	420	375
Mehlingen	-724.868	- -	-184.380	3,07		300	400	385	-474.460	- -	-604.140	10,70		300	400	385
Neuhemsbach	-111.255	- -	-169.105	18,20		300	365	365	-134.945	- -	-169.605	19,77		300	400	365
Sembach	-1.554.075	- -	-1.219.895	40,11		310	385	380	-396.445	- -	-558.955	19,08		310	385	380
Fischbach	-224.037	16,20	-255.370	23,09		350	420	405	-311.120	- -	-361.640	30,96		350	420	405
Frankenstein	-351.225	- -	-282.165	24,00		450	454	395	-779.700	- -	-691.700	49,60		450	454	395
Hochspeyer	-1.900.385	- -	-1.909.365	29,50		450	450	400	-1.428.630	- -	-1.380.660	21,58		450	450	400
Waldleiningen	-96.781	6,40	-46.500	11,30		450	450	388	-323.705	- -	-306.875	70,79		450	450	388
VG Kaiserslautern-Süd	269.870		19.695		43,70											
Krickenbach	-157.435	10,04	-123.120	9,72		450	450	400	-16.790	- -	-127.860	8,58		450	450	400
Linden	-110.710	4,07	-89.465	6,79		450	468	400	-10.990	- -	-12.720	0,87		450	468	400
Queidersbach	-62.945		-110.580	3,24		320	395	380	-130.700	- -	-133.240	3,76		320	395	380
Stelzenberg	187.780		163.965			450	450	400	130.500		23.820			450	450	400
Trippstadt	-234.775	2,05	-207.285	5,35		460	460	410	241.840		19.140			460	460	410
Schopp	-158.180	4,41	-171.980	9,18		450	450	400	-164.240	- -	-221.230	10,78		450	450	400
VG Landstuhl	10.010		-315.840	2,05	45,50				1.026.310		33.700		43,7			
Bann	-209.640	- -	-286.920	12,13		450	450	400	-98.630	- -	-131.410	5,08		450	450	400
Hauptstuhl	-255.220	- -	-288.440	15,71		450	450	400	-138.160	- -	-125.680	6,60		450	450	400
Kindsbach	71.820		-79.230	2,23		450	450	400	296.420		123.580			450	450	400
Landstuhl, Sickingenst.	-1.364.360	- -	-3.482.270	20,62		450	450	400	-1.433.840	- -	-2.296.260	13,43		460	460	400
Mittelbrunn	356.560		334.330			400	420	450	2.270		-86.190	4,93		400	420	450
Oberarnbach	-4.490		-68.020	13,26		360	400	385	-48.500	- -	-22.970	4,43		360	400	385
VG Otterbach-Otterberg	422.175		44.425		39,50				532.950		0		39,5			
Frankelbach	-97.990	- -	-111.140	30,65		330	420	390	-70.415	- -	-82.275	22,30		400	450	400
Hirschhorn/Pfalz	-127.611	- -	-91.971	8,42		400	450	400	-169.677	- -	-127.886	11,57		400	450	400
Katzweiler	-255.576	- -	-265.551	9,63		380	450	380	-329.219	- -	-370.065	12,19		380	450	380
Mehlbach	-57.085		-70.545	4,15		450	450	400	-187.445	- -	-174.205	9,87		450	450	400
Olsbrücken	-85.645		-94.900	7,92		450	450	400	-75.166	- -	-103.415	8,77		450	450	400
Otterbach	16.470		-18.610	0,41		450	450	400	-175.050	- -	-205.410	4,44		450	450	400
Sulzbachtal	-56.377	- -	-53.520	10,16		380	450	400	-47.135	- -	-46.165	8,38		450	450	400
Heiligenmoschel	-73.350	- -	-102.770	15,02		450	450	400	-66.005	- -	-91.225	12,25		450	450	400
Niederkirchen	-212.480	- -	-291.800	11,66		390	440	390	-173.973	- -	-256.155	9,92		390	440	390
Otterberg, St.	-475.370	- -	-539.530	7,44		400	450	400	-348.230	- -	-381.420	5,15		400	450	400
Schallodenbach	-12.088		-41.932	4,75		400	450	390	-66.398	- -	-100.498	10,83		400	450	390
Schneckenhausen	-58.299	- -	-77.389	13,43		330	400	390	-54.849	- -	-80.024	13,00		330	400	390
VG Ramstein-Miesenb.	361.004		12.737		41	+ Sonderumlage			698.165		287.552		41	+ Sonderumlage		
Hütschenhausen	-9.862		-288.320	5,30		320	390	380	-132.139	0,17	-328.440	6,08		320	390	380
Kottweiler-Schwanden	150.569		14.500			320	390	380	312.000		305.750			320	390	380
Niedermohr	-88.829	3,15	-263.637	11,19		310	375	375	-89.845	3,06	-194.610	7,87		310	375	375
Ramstein-Miesenb., St.	1.702.472		-150.230	0,90		320	390	380	-475.002	0,72	-2.109.270	13,77		320	390	380
Steinwenden	345.327		22.000			320	390	380	386.500		251.000			320	390	380
VG Weilerbach	274.624		-396.184	4,14	36				696.752		9.776		36			
Erzenhausen	-63.944	8,32	-111.838	12,70		320	380	380	-98.150	12,27	-145.016	15,77		320	380	380
Eulenbis	-27.994	3,45	-53.745	6,10		360	420	420	-40.289	3,83	-51.852	6,02		360	420	420
Kollweiler	6.755		-40.975	5,30		300	365	365	-24.240	3,65	-82.689	10,30		300	365	365
Mackenbach	-175.847	5,64	-315.798	10,60		300	365	365	-232.542	7,43	-355.578	11,52		300	365	365
Rodenbach	-549.200	7,74	-585.831	12,80		330	380	390	-717.145	5,36	-468.413	10,11		330	380	390
Schwedelbach	-165.283	14,80	-231.093	18,30		300	365	365	-68.016	5,43	-129.102	9,25		300	365	365
Weilerbach	501.448		85.005			300	365	365	530.042		121.440			300	365	365
Reichenbach-Steegen	-253.800	8,73	-263.435	11,96		450	450	400	-283.430	7,01	-230.884	10,28		450	450	400
	-4.330.386		-11.528.978						-6.844.108		-14.242.582					

Freie Finanzspitze, Jahresergebnis und Hebesätze

Gebietskörperschaft	2021								2022							
	Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			*Nivellierungssätze 300 / 365 / 365*			Freie Finanzspitze gem. Haushaltsplan		Jahresergebnis des Ergebnishaushalts gem. Haushaltsplan			*Nivellierungssätze 300 / 365 / 365*		
	lfd. Nr. 5 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. E23 GemHVO	Fehlbetragsquote	*Umlage*	*Grundsteuer*		*Gew.-st.*	lfd. Nr. 5 des Musters 14 zu § 103 Abs. 2 Satz 3 GemO	neg. Saldo FH	gem. § 2 Abs. 1 Nr. E23 GemHVO	Fehlbetragsquote	*Umlage*	*Grundsteuer*		*Gew.-st.*
	in Euro	%	in Euro	%		A	B		in Euro	%	in Euro	%		A	B	
VG Bruchmühlbach-M.	-328.525		-493.873	5,77	46											
Bruchmühlbach-Miesau	-22.859		-416.656	2,80		450	450	400								
Gerhardsbrunn	15.768		12.403			269	317	352								
Lambsborn	-245.904	- -	-249.064	20,82		450	450	400								
Langwieden	-33.932	- -	-43.117	11,40		300	390	365								
Martinshöhe	-371.916	- -	-349.528	16,29		450	450	400								
VG Enkenbach-Alsenb.	-311.773		-573.312	3,73	37											
Enkenbach-Alsenborn						300	420	375								
Mehlingen	-209.360	- -	-397.430	6,87		300	400	385								
Neuhemsbach	174.480		121.170			300	400	365								
Sembach	-422.425	- -	-612.825	19,52		310	385	380								
Fischbach	-245.000	- -	-269.900	23,18		350	420	405								
Frankenstein	-567.020	- -	-417.790	21,30		450	454	395								
Hochspeyer	-1.051.270	- -	-954.600	14,03		450	450	400								
Waldleiningen	-88.345	- -	-67.835	16,04		450	450	388								
Krickenbach	-254.660	- -	-269.870	20,73		450	450	400								
Linden	-70.420		-80.910	5,35		485	485	400								
Queidersbach	-308.350	- -	-331.190	9,36		320	395	380								
Stelzenberg	63.460		-106.020	6,67		450	450	400								
Trippstadt	518.190		30.880			460	460	410								
Schopp	-480.860	- -	-358.320	17,29		450	450	400								
VG Landstuhl	-128.680		-61.250	0,25	43,70											
Bann	121.140		-476.050	12,88		450	450	400								
Hauptstuhl	-376.880	- -	-255.780	13,98		450	450	400								
Kindsbach	-74.090		31.210			450	450	400								
Landstuhl, Sickingenst.	-1.222.640	- -	-3.995.510	22,12		460	460	400								
Mittelbrunn	-306.230	- -	12.230			400	420	450								
Oberarnbach	-66.860	- -	-82.370	16,78		360	400	385								
VG Otterbach-Otterberg	306.290		7.960		38,50											
Frankelbach	-81.205	- -	-111.035	32,27		400	450	400								
Hirschhorn/Pfalz	-134.235	- -	-94.441	8,17		400	450	400								
Katzweiler	-293.398	- -	-302.545	10,01		380	450	380								
Mehlbach	-97.230		-70.330	3,93		450	450	400								
Olsbrücken	-99.886	- -	-108.686	8,76		450	450	400								
Otterbach	-333.895	- -	-359.345	7,35		450	450	400								
Sulzbachtal	-52.788	- -	-48.031	8,79		450	450	400								
Heiligenmoschel	-31.690		-40.570	5,33		450	450	400								
Niederkirchen	-137.693	- -	-193.165	7,02		390	440	390								
Otterberg, St.	596.175		586.625			400	460	400								
Schallodenbach	11.782		-24.008	2,38		400	450	390								
Schneckenhausen	-25.759		-50.409	7,59		330	400	390								
VG Ramstein-Miesenb.	844.580		152.549		39	+ Sonderumlage										
Hütschenhausen	-240.458	- -	-487.435	8,94		320	390	380								
Kottweiler-Schwanden	303.000		230.300			320	390	380								
Niedermohr	-111.130	- -	-198.246	7,41		310	375	375								
Ramstein-Miesenb., St.	68.157		-1.001.720	5,76		320	390	380								
Steinwenden	404.700		207.100			320	390	380								
VG Weilerbach	661.433		35.299		36											
Erzenhausen	-21.277	2,58	-63.734	6,74		320	380	380								
Eulenbis	-108.786	12,50	-128.109	14,46		360	420	420								
Kollweiler	-121.885	18,49	-172.880	21,77		300	365	365								
Mackenbach	-223.258	6,80	-367.597	11,07		300	365	365								
Rodenbach	-1.082.058	14,81	-870.341	19,36		330	380	390								
Schwedelbach	-95.521	7,64	-161.487	11,48		300	365	365								
Weilerbach	480.053		74.163			300	365	365								
Reichenbach-Steegen	-336.765	11,93	-346.426	15,06		450	450	400								
	-6.247.708		-14.561.851						0		0					

Übersicht über die Entwicklung der Steuerkraftmesszahl der Ortsgemeinden gem. § 13 LFAG

	Jahre														
Gebietskörperschaft	**2008**	**2009**	**2010**	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022 (vorl.)**
VG Bruchmühlbach-M.															
Bruchmühlbach-M.	3.402.730	3.816.751	3.257.444	3.423.620	3.764.819	4.018.597	4.365.741	4.346.913	4.347.084	4.420.734	4.583.348	5.022.287	5.477.075	5.297.768	5.813.798
Gerhardsbrunn	44.943	49.452	51.308	57.246	63.466	72.376	82.931	84.005	101.967	106.808	115.454	122.260	128.443	133.652	127.411
Lambsborn	540.231	601.538	360.867	320.643	380.723	433.693	435.353	444.132	439.461	450.670	496.288	497.500	547.415	550.057	548.535
Langwieden	96.029	109.927	138.351	115.942	159.399	123.721	135.247	151.798	156.525	150.037	158.511	180.574	184.840	227.526	201.761
Martinshöhe	565.087	633.277	613.897	631.191	710.336	810.145	741.572	795.920	847.364	803.352	904.290	916.222	978.108	968.829	1.041.939
SUMME	**4.649.020**	**5.210.945**	**4.421.867**	**4.548.642**	**5.078.743**	**5.458.532**	**5.760.844**	**5.822.768**	**5.892.401**	**5.931.601**	**6.257.891**	**6.738.843**	**7.315.881**	**7.177.832**	**7.733.444**
VG Enkenbach-A.															
Enkenbach-Alsenb.	4.166.885	4.679.368	4.401.349	3.975.492	4.628.881	5.020.970	5.390.978	5.586.088	5.607.729	5.726.109	6.857.621	6.373.118	8.650.435	7.254.163	7.150.242
Fischbach	609.214	573.172	546.577	356.794	462.689	813.920	648.919	614.201	673.908	496.573	655.270	714.318	735.543	808.926	782.462
Frankenstein	477.642	502.959	460.799	479.473	526.324	502.844	493.685	515.975	567.911	526.480	594.313	631.421	665.500	671.628	655.124
Hochspeyer	2.133.187	2.395.693	2.302.503	2.352.122	2.640.457	2.550.168	2.921.045	2.799.119	2.972.344	2.963.165	3.339.544	3.504.234	3.490.995	3.577.660	3.634.603
Mehlingen	2.100.356	2.381.445	2.847.849	2.190.820	2.334.469	2.816.886	3.745.994	1.889.009	2.338.707	2.576.841	3.049.608	3.894.470	3.670.285	3.772.265	4.419.597
Neuhemsbach	368.122	417.071	400.634	388.886	440.597	482.992	508.994	514.314	569.588	601.363	679.699	631.105	672.477	666.568	682.740
Waldleiningen	167.166	164.097	195.111	173.679	185.437	193.871	178.498	205.790	206.143	206.830	230.140	246.642	252.205	254.313	263.757
Sembach	1.294.608	1.236.829	1.873.298	1.357.918	1.025.626	1.602.232	1.877.132	1.204.362	1.443.821	1.474.934	2.299.936	2.598.564	2.274.400	2.025.980	1.819.731
SUMME	**11.317.180**	**12.350.634**	**13.028.120**	**11.275.184**	**12.244.480**	**13.983.883**	**15.765.245**	**13.328.858**	**14.380.151**	**14.572.295**	**17.706.131**	**18.593.872**	**20.411.840**	**19.031.503**	**19.408.256**
VG Landstuhl															
Bann	958.868	1.087.395	923.078	1.011.057	1.070.366	1.093.944	1.126.975	1.376.088	1.280.395	1.350.629	1.449.445	1.514.862	1.608.286	1.555.957	1.682.981
Haupstuhl	549.487	611.720	507.088	564.281	672.587	647.904	785.186	794.008	831.943	830.532	852.107	910.766	846.565	972.128	882.817
Kindsbach	1.709.335	1.781.682	1.714.306	1.646.941	1.874.820	1.776.754	1.966.499	2.096.839	1.976.063	2.031.974	2.644.811	2.368.966	2.225.240	2.609.297	2.689.204
Krickenbach	548.911	631.359	608.403	629.409	690.828	697.775	711.149	755.170	789.074	794.122	873.634	925.013	912.126	952.273	969.514
Landstuhl, Stadt	5.824.314	6.101.036	5.186.223	5.187.642	7.297.784	6.845.896	7.497.424	7.215.184	6.992.368	7.925.499	8.741.994	8.873.919	9.232.514	9.597.297	10.807.337
Linden	454.231	542.481	492.773	645.690	528.487	556.726	630.873	553.411	679.526	581.060	720.406	711.748	778.403	796.870	1.101.586
Mittelbrunn	618.497	2.112.963	1.181.084	262.035	1.060.707	441.689	421.730	1.540.503	1.103.264	836.744	1.148.709	328.371	838.528	1.054.172	883.305
Oberarnbach	177.049	211.664	226.969	231.109	201.558	240.921	260.641	256.260	285.499	280.991	275.660	309.604	369.496	351.731	445.556
Queidersbach	1.251.239	1.405.188	1.424.523	1.430.782	1.461.474	1.608.971	1.704.849	1.741.319	1.948.467	1.955.681	2.070.887	2.149.290	2.293.322	2.256.409	2.370.047
Stelzenberg	648.873	742.431	705.386	733.551	765.126	735.393	781.936	839.866	914.275	873.594	961.967	946.899	940.410	995.205	971.254
Trippstadt	1.675.030	1.886.276	1.840.147	1.862.143	1.842.672	1.897.942	2.139.427	2.067.746	2.252.197	2.256.115	2.515.099	2.488.183	2.566.599	2.566.265	2.748.422
Schopp	795.626	918.915	888.440	860.392	899.810	895.079	986.965	1.005.498	1.038.367	1.002.520	1.161.280	1.170.633	1.192.990	1.355.552	1.468.937
SUMME	**15.211.460**	**18.033.110**	**15.698.420**	**15.065.032**	**18.366.219**	**17.438.994**	**19.013.654**	**20.241.892**	**20.091.438**	**20.719.461**	**23.415.999**	**22.698.254**	**23.804.479**	**25.063.156**	**27.020.960**
VG Otterbach-Otterberg															
Frankelbach	166.122	196.128	204.662	156.141	496.973	344.748	128.675	235.478	307.623	160.476	193.619	289.128	252.167	291.368	255.852
Heiligenmoschel	291.596	219.075	283.737	296.403	310.811	340.904	356.084	354.171	387.199	414.897	433.993	445.782	480.302	504.876	510.429
Hirschhorn/Pfalz	349.483	349.036	366.141	363.398	335.929	371.848	396.648	406.916	418.000	413.375	441.617	465.307	504.645	498.636	550.600
Katzweiler	718.394	879.516	847.800	788.705	879.067	876.173	981.503	1.006.439	1.093.593	1.057.817	1.183.132	1.223.729	1.298.261	1.319.506	1.484.164
Mehlbach	452.674	498.545	501.849	543.005	563.916	566.228	589.147	608.839	657.618	658.655	706.921	735.993	758.824	785.800	799.516
Niederkirchen	942.080	1.113.246	1.005.869	1.036.844	953.784	1.063.745	1.118.347	1.106.697	1.263.693	1.204.426	1.238.459	1.355.881	1.360.282	1.422.850	1.466.111
Olsbrücken	447.133	556.772	602.957	536.663	556.328	586.262	611.028	614.598	586.711	611.903	676.153	651.995	712.492	733.802	794.050
Otterbach	1.879.405	2.174.399	2.029.905	2.178.803	2.374.147	2.372.027	2.485.622	2.606.949	3.129.099	2.951.324	3.153.742	3.353.249	3.631.972	3.576.002	3.557.646
Otterberg, Stadt	2.687.595	3.031.265	2.940.497	3.167.997	3.125.199	3.398.877	3.870.487	3.704.267	3.732.897	3.653.305	4.454.802	4.442.373	4.342.124	4.637.302	5.804.937
Schallodenbach	339.681	415.542	384.650	362.418	393.854	416.573	452.523	454.714	458.546	436.120	480.401	500.816	519.414	541.456	560.196
Schneckenhausen	238.172	273.267	260.954	289.454	288.351	272.963	364.442	356.527	379.082	364.466	380.766	417.336	437.522	454.096	453.193
Sulzbachtal	152.446	184.619	168.622	198.982	163.730	191.423	186.859	208.370	247.658	227.267	244.746	263.020	275.363	280.960	283.899
SUMME	**8.664.781**	**9.891.410**	**9.597.643**	**9.918.813**	**10.442.089**	**10.801.771**	**11.541.365**	**11.663.965**	**12.661.719**	**12.154.031**	**13.588.351**	**14.144.609**	**14.573.368**	**15.046.654**	**16.520.593**
VG Ramstein-M.															
Hütschenhausen	1.667.623	1.810.924	1.669.526	1.782.081	1.888.926	1.922.643	2.048.912	2.125.460	2.258.551	2.118.989	2.331.035	2.459.540	2.498.703	2.588.093	2.694.768
Kottweiler-Schw.	527.706	594.983	548.184	638.072	641.589	706.030	698.375	720.246	774.779	764.684	810.508	861.125	882.728	883.391	889.044
Niedermohr	568.538	650.509	612.187	630.793	724.637	781.059	769.518	787.877	840.408	771.182	880.537	883.540	905.175	942.878	991.083
Ramstein-M., Stadt	5.036.975	5.987.518	6.264.416	5.882.293	6.934.035	6.916.311	6.794.327	8.558.150	8.654.134	7.799.436	7.777.951	7.604.792	9.069.031	9.576.467	10.513.802
Steinwenden	1.130.739	1.285.454	1.023.865	1.236.370	1.446.080	1.605.667	1.530.474	1.507.608	1.420.421	1.456.544	1.686.143	1.790.876	1.865.922	1.961.117	1.988.841
SUMME	**8.931.581**	**10.329.388**	**10.118.178**	**10.169.609**	**11.635.267**	**11.931.710**	**11.841.606**	**13.699.341**	**13.948.293**	**12.910.835**	**13.486.174**	**13.599.873**	**15.221.559**	**15.951.946**	**17.077.538**
VG Weilerbach															
Erzenhausen	369.525	418.380	385.399	452.355	431.588	460.900	462.781	499.747	547.164	564.339	599.401	671.881	664.345	656.815	709.949
Eulenbis	260.379	312.951	284.568	278.515	289.773	288.903	305.933	307.051	308.978	303.899	325.171	342.470	364.950	363.780	368.828
Kollweiler	180.743	200.442	224.411	244.126	254.015	256.333	265.456	297.152	315.926	316.360	348.351	381.633	434.981	412.751	416.565
Mackenbach	919.020	1.048.839	1.045.420	1.005.753	1.079.167	1.090.864	1.129.699	1.176.365	1.255.971	1.246.527	1.351.520	1.366.979	1.567.516	1.436.399	1.484.701
Reichenbach-St.	590.915	636.472	560.326	608.306	623.613	670.650	700.023	713.258	759.356	741.863	807.873	890.600	905.630	926.787	966.506
Rodenbach	1.933.159	2.325.931	2.107.594	2.274.079	2.203.088	2.244.026	2.263.799	2.251.223	2.533.894	2.535.882	2.924.310	3.200.339	3.192.969	3.620.213	3.705.578
Schwedelbach	496.707	535.095	552.114	612.330	621.490	697.217	734.846	669.649	715.828	693.481	736.543	801.363	845.673	863.639	870.415
Weilerbach	4.737.746	5.908.560	5.013.326	4.114.051	4.470.936	5.109.925	5.149.143	3.890.685	5.278.967	4.409.822	4.690.686	5.487.700	6.128.414	5.854.052	6.472.650
SUMME	**9.488.194**	**11.386.670**	**10.173.158**	**9.589.515**	**9.973.670**	**10.818.818**	**11.011.680**	**9.805.130**	**11.716.084**	**10.812.173**	**11.783.855**	**13.142.965**	**14.104.478**	**14.134.436**	**14.995.192**
INSGESAMT	**58.262.216**	**67.202.157**	**63.037.386**	**60.566.795**	**67.740.468**	**70.433.708**	**74.934.394**	**74.561.954**	**78.690.086**	**77.100.396**	**86.238.401**	**88.918.416**	**95.431.605**	**96.405.527**	**102.755.983**

Quelle: Steuerkraft entsprechend der Kreisumlagefestsetzungsbescheide

Übersicht über die Entwicklung der Gemeindebilanzen

Eröffnungsbilanz

Gebietskörperschaft	Bilanz-summe	Eigen-kapital	Anlage-vermögen	Investitions-kredite	Verbindlich-keiten für Liquidität abzgl. Forder-ungen	Rück-stellungen	Sonder-posten
VG Bruchmühlbach-Miesau	24.599.343	6.138.362	16.901.976	4.310.924	(-2.334.992)	3.024.717	5.758.726
Bruchmühlbach-Miesau	43.309.032	13.753.974	42.257.978	6.328.314	6.782.040	439.545	15.884.705
Gerhardsbrunn	1.313.344	606.629	1.073.295	0	-228.313	16.521	683.709
Lambsborn	5.657.289	3.316.614	5.309.069	80.528	199.045	25.499	1.940.839
Langwieden	984.369	320.897	967.812	128.566	55.963	12.685	416.221
Martinshöhe	6.765.276	3.121.201	6.673.248	526.994	426.492	120.546	2.458.140
VG Enkenbach-Alsenborn	53.841.313	25.459.197	36.273.242	0	1.095.000	5.679.254	5.130.531
Enkenbach-Alsenborn	60.036.219	40.625.462	58.502.830	3.749.487	2.061.116	1.191.346	12.125.601
Mehlingen	25.754.161	16.966.000	24.971.464	0	-660.441	335.870	8.409.750
Neuhemsbach	5.522.893	3.033.852	5.137.973	271.449	-361.425	112.828	2.100.960
Sembach	19.705.258	9.066.614	17.000.818	169.255	-382.203	262.209	7.891.305
VG Hochspeyer	27.196.250	6.387.962	21.125.247	5.411.542	3.108.756	3.618.855	2.694.290
Fischbach	3.430.164	2.181.650	3.405.064	403.322	173.205	30.440	604.419
Frankenstein	8.846.264	767.765	8.781.520	2.261.239	1.122.458	47.083	4.529.864
Hochspeyer	28.841.653	12.292.840	28.637.930	6.297.342	3.605.382	47.195	6.557.210
Waldleiningen	1.919.602	-180.519	1.732.429	693.113	425.452	10.405	786.522
VG Kaiserslautern-Süd	26.650.537	7.760.455	24.534.049	6.565.191	-359.137	4.587.765	5.963.282
Krickenbach	6.400.348	1.942.089	6.021.739	555.199	127.279	61.195	3.609.179
Linden	5.981.663	1.464.926	5.809.619	604.025	594.773	63.851	3.219.351
Queidersbach	19.196.438	7.536.969	18.524.717	1.791.081	-412.818	11.560	9.800.566
Stelzenberg	6.165.581	3.135.879	5.570.163	144.001	43.845	33.961	2.783.679
Trippstadt	11.643.610	3.060.825	11.074.029	987.673	594.643	88.750	6.904.738
Schopp	13.190.391	8.539.481	13.103.193	363.779	376.621	491.465	3.392.464
VG Landstuhl	57.404.072	20.147.465	49.356.689	8.167.386	5.214.417	9.744.396	6.433.551
Bann	9.074.300	5.704.072	9.012.589	780.885	215.522	43.548	2.296.886
Hauptstuhl	4.801.587	2.930.587	4.688.305	55.513	66.230	23.083	1.721.767
Kindsbach	16.678.274	10.147.812	16.472.852	1.116.245	150.103	70.137	5.158.466
Landstuhl,Sickingenstadt	83.500.640	69.010.332	81.608.996	1.226.080	1.451.316	531.892	11.010.624
Mittelbrunn	5.168.299	3.519.492	4.596.171	0	-530.625	25.482	1.583.586
Oberarnbach	2.016.302	914.190	2.001.522	93.542	13.867	38.204	953.705
VG Otterbach	19.134.001	3.054.159	14.221.341	2.948.965	1.666.891	4.645.193	1.866.711
Frankelbach	2.092.042	849.109	2.054.517	108.624	168.867	17.714	919.696
Hirschhorn/Pfalz	2.726.289	78.911	2.264.174	1.080.681	531.741	33.904	965.484
Katzweiler	7.895.880	2.899.635	7.564.027	623.486	903.624	137.193	3.309.567
Mehlbach	8.919.052	4.452.557	8.553.681	582.904	701.595	122.929	3.026.588
Olsbrücken	3.763.818	823.328	3.675.323	499.035	620.318	52.202	1.735.370
Otterbach	11.534.170	5.163.563	11.201.007	536.910	1.354.000	31.132	4.406.196
Sulzbachtal	2.353.538	492.247	2.323.310	515.664	302.701	22.106	989.690
VG Otterberg	19.550.521	8.278.232	17.582.565	2.147.259	-321.225	5.074.208	2.070.261
Heiligenmoschel	3.024.701	983.545	2.958.974	214.393	-4.035	25.248	1.741.558
Niederkirchen	10.069.360	4.970.776	9.702.248	544.172	-169.124	130.055	4.459.665
Otterberg,St	26.207.639	10.749.614	25.061.865	2.975.661	675.305	164.216	11.299.937
Schallodenbach	3.232.019	1.141.342	3.137.086	121.287	86.214	33.231	1.799.102
Schneckenhausen	2.063.061	781.747	1.819.570	237.306	196.195	30.101	734.859
VG Ramstein-Miesenbach	53.129.792	19.877.811	41.752.905	2.509.428	-38.872	10.031.520	9.792.208
Hütschenhausen	34.514.774	27.054.894	33.325.588	970.593	-612.584	80.418	6.270.433
Kottweiler-Schwanden	10.963.681	7.864.851	10.230.123	475.938	-464.886	83.984	2.524.285
Niedermohr	12.093.189	8.775.047	11.386.635	216.355	-466.662	72.057	3.016.531
Ramstein-Miesenbach,St	96.123.610	73.842.146	83.940.034	4.233.985	-4.717.543	423.159	13.149.356
Steinwenden	21.098.782	15.473.005	19.279.360	616.016	-942.638	77.704	4.908.723
VG Weilerbach	63.952.924	22.537.574	35.150.314	0	-1.946.752	3.614.127	11.007.313
Erzenhausen	7.060.289	3.813.664	6.597.824	55.718	-458.874	33.487	3.155.006
Eulenbis	4.537.088	1.951.585	4.322.774	0	-211.565	34.008	2.547.912
Kollweiler	7.161.715	1.957.129	6.785.336	635.289	-296.489	29.675	4.501.172
Mackenbach	21.092.901	13.503.483	19.485.938	0	-1.521.779	81.964	7.387.012
Rodenbach	22.698.998	14.899.915	21.034.075	971.641	-1.500.165	135.981	6.594.503
Schwedelbach	10.469.215	6.504.352	10.040.386	0	-340.396	124.480	3.786.100
Weilerbach	46.837.720	35.590.766	35.817.732	0	-10.544.894	98.260	10.879.454
Reichenbach-Steegen	9.483.805	3.879.243	9.284.530	1.022.577	-75.203	69.223	4.449.210

*) EB VG Br.-M. nicht korrekt und deshalb nur begrenzt aussagekräftig

Übersicht über die Entwicklung der Gemeindebilanzen

Gebietskörperschaft	Bilanz 2009					Bilanz 2010				
	Bilanzsumme	Eigenkapital (inkl. Ergebnis)	Überschuss/ Fehlbetrag	Investitionskredite	Verbindlichkeiten für Liquidität abzgl. Forderungen	Bilanzsumme	Eigenkapital (inkl. Ergebnis)	Überschuss/ Fehlbetrag	Investitionskredite	Verbindlichkeiten für Liquidität abzgl. Forderungen
VG Bruchmühlbach-M.	**40.078.973**	**6.842.191**	**-357.049**	**4.428.475**	**5.762.451**	**42.020.429**	**6.313.202**	**-528.990**	**7.222.262**	**5.939.880**
Bruchmühlb.-Miesau	50.237.817	14.488.588	-1.726.638	6.547.231	9.242.468	50.014.786	13.768.946	-719.642	6.976.168	9.367.845
Gerhardsbrunn	1.083.729	630.595	-1.105	0	-282.031	1.064.413	639.369	8.774	0	-300.989
Lambsborn	5.175.392	2.368.842	-225.191	46.016	278.730	5.270.647	2.407.549	39.371	34.294	276.964
Langwieden	1.264.085	212.479	-57.173	96.617	324.717	1.298.169	217.684	5.205	266.788	170.191
Martinshöhe	7.073.492	3.445.714	-208.174	422.986	638.098	6.887.053	3.303.051	-142.663	843.883	221.446
VG Enkenbach-Alsenb.	**56.314.656**	**25.490.641**	**-62.503**	**0**	**-6.208.517**	**60.975.493**	**25.620.688**	**120.576**	**0**	**-10.441**
Enkenbach-Alsenborn	58.278.976	40.585.783	-2.386.705	3.563.635	2.238.946	59.048.494	33.511.683	**-3.943.477**	3.342.553	8.382.531
Mehlingen	25.344.962	16.745.896	21.101	0	-798.853	24.555.952	15.947.621	-798.275	0	-83.107
Neuhemsbach	5.422.203	2.974.309	-50.543	267.736	-321.132	5.328.695	2.957.775	-16.533	263.869	-258.752
Sembach	20.723.528	9.938.927	872.313	148.648	109.954	20.260.243	8.998.064	-940.863	0	626.444
VG Hochspeyer	**34.081.686**	**1.709.873**	**-398.030**	**5.032.677**	**9.262.017**	**36.783.964**	**861.342**	**-359.840**	**5.679.887**	**6.305.192**
Fischbach	3.447.260	1.541.017	-203.042	352.742	569.573	3.272.719	1.337.829	-203.188	323.658	649.711
Frankenstein	9.394.096	-190.017	-529.304	2.121.695	2.209.328	9.567.106	-192.483	-378.519	2.026.365	2.489.118
Hochspeyer	27.495.263	5.423.832	-1.409.251	5.699.860	5.813.459	27.504.619	4.487.439	-937.528	5.387.005	7.120.932
Waldleiningen	2.046.821	-130.401	-73.941	659.786	628.639	2.574.471	-266.941	-126.518	634.656	922.747
VG Kaiserslautern-Süd	**29.940.455**	**7.207.298**	**-168.783**	**6.122.807**	**430.454**	**27.907.328**	**6.854.077**	**-650.596**	**5.884.013**	**675.440**
Krickenbach	6.270.274	1.962.450	-19.614	579.421	160.695	6.082.663	1.900.298	-62.152	656.660	86.189
Linden	6.126.209	1.387.145	7.166	726.540	563.064	6.006.220	1.229.272	-159.977	875.605	472.326
Queidersbach	19.580.950	7.791.226	67.077	2.083.205	-159.373	19.034.979	7.685.140	-104.415	2.040.807	58.858
Stelzenberg	6.409.174	2.982.198	-146.717	111.170	445.332	6.246.260	2.782.695	-63.157	421.283	132.089
Trippstadt	11.281.172	2.708.395	-177.558	1.235.669	674.721	11.018.752	2.408.761	-299.634	1.380.783	786.728
Schopp	12.997.477	8.365.321	-278.555	462.204	226.105	12.780.318	8.237.716	-127.604	555.894	126.055
VG Landstuhl	**61.610.103**	**20.474.470**	**465.106**	**7.412.247**	**7.516.718**	**67.341.958**	**18.712.398**	**-1.759.945**	**6.682.529**	**13.316.173**
Bann	9.021.048	5.456.681	-380.035	711.417	629.905	8.756.740	5.204.941	-270.184	655.089	767.371
Hauptstuhl	4.986.797	2.709.845	-227.505	36.928	471.024	5.421.938	2.664.798	-50.061	81.374	514.942
Kindsbach	16.886.507	9.056.695	-357.451	945.577	764.976	16.733.453	8.711.896	-404.955	987.833	1.100.217
Landstuhl, Sickingenst.	85.141.909	63.962.354	-2.601.884	991.709	6.108.134	85.764.124	62.963.519	-2.081.007	2.388.255	6.668.424
Mittelbrunn	5.903.567	3.076.950	-783.997	0	-917.100	5.338.517	3.429.854	352.904	0	110.902
Oberarnbach	1.911.420	908.191	-125.583	75.515	-4.963	1.904.004	821.564	-86.627	59.106	76.087
VG Otterbach	**20.317.409**	**2.418.616**	**-272.947**	**3.131.889**	**2.184.454**	**22.183.622**	**1.590.328**	**-859.625**	**3.113.187**	**2.823.982**
Frankelbach	1.987.739	791.349	-13.428	77.804	219.080	1.956.280	708.604	-83.965	71.859	298.711
Hirschhorn	2.955.954	-48.566	-118.040	1.141.723	809.951	3.170.447	-211.772	-163.206	1.102.113	985.429
Katzweiler	8.133.958	2.744.600	-318.189	780.470	1.146.351	9.040.265	2.613.158	-131.446	751.015	1.785.234
Mehlbach	9.664.448	4.315.947	-139.728	1.059.552	1.012.031	10.043.757	4.204.445	-111.502	1.014.896	1.356.190
Olsbrücken	4.130.678	846.901	-139.338	639.954	747.033	4.099.434	613.369	-233.532	617.267	880.522
Otterbach	13.940.168	5.473.597	-337.255	1.775.543	1.363.352	14.235.619	5.439.802	-33.798	1.667.773	1.078.714
Sulzbachtal	2.236.360	365.387	-76.632	480.859	434.118	2.182.264	356.143	-9.244	453.413	447.341
VG Otterberg	**21.001.355**	**8.258.406**	**-306.213**	**1.972.599**	**-473.853**	**22.257.717**	**8.006.447**	**-251.959**	**2.065.452**	**-593.056**
Heiligenmoschel	3.181.145	755.790	-36.723	268.204	287.331	3.425.135	721.166	-35.326	424.846	450.360
Niederkirchen	10.054.360	4.667.922	-265.506	487.239	-184.039	9.660.563	4.340.643	-327.279	566.030	106.930
Otterberg, St	26.756.549	9.177.266	-821.230	3.089.045	1.917.951	27.763.994	8.603.179	-574.262	3.648.276	1.870.027
Schallodenbach	3.001.282	963.211	-121.090	167.748	152.201	2.863.686	845.393	-117.818	157.555	205.098
Schneckenhausen	2.210.679	798.541	60.456	361.859	144.436	2.185.569	778.873	-19.668	331.882	121.555
VG Ramstein-Miesenb.	**50.990.160**	**20.077.537**	**189.170**	**1.767.370**	**-7.099.973**	**52.499.374**	**19.723.829**	**-335.909**	**1.975.982**	**-709.169**
Hütschenhausen	33.964.009	24.790.948	-497.374	712.874	51.518	34.195.747	24.787.107	-32.037	1.317.841	-698.469
Kottweiler-Schwanden	10.714.557	7.721.445	-143.405	229.951	-460.521	10.599.460	7.644.396	-77.048	216.046	-518.204
Niedermohr	12.700.088	8.911.208	196.794	199.577	-1.604.121	12.725.048	8.691.979	-219.229	182.060	-1.665.930
Ramstein-Miesenb, St.	99.984.107	73.561.419	-693.919	912.545	-2.016.255	99.391.780	74.866.933	930.805	1.358.586	-1.878.535
Steinwenden	21.751.601	15.122.697	-335.359	324.246	-1.516.249	21.515.812	15.301.753	161.258	296.770	-2.236.001
VG Weilerbach	**56.381.057**	**22.229.046**	**-304.578**	**0**	**-2.023.213**	**65.898.775**	**21.722.529**	**-506.517**	**75.000**	**-3.501.162**
Erzenhausen	7.032.821	3.783.949	-29.714	55.006	-294.288	7.142.152	3.872.433	88.484	53.361	-356.700
Eulenbis	4.444.591	1.932.379	-19.205	0	-187.979	4.366.086	1.915.236	-17.143	0	-186.246
Kollweiler	7.084.440	2.025.271	68.142	619.254	-409.059	7.019.664	2.050.358	24.890	602.329	-203.155
Mackenbach	20.759.063	13.444.749	-58.734	0	-1.460.764	20.590.706	13.368.220	-76.529	0	-664.813
Rodenbach	23.203.753	15.021.106	14.831	949.656	-1.123.712	23.828.837	15.462.433	432.321	917.495	-2.011.788
Schwedelbach	10.932.747	6.996.635	492.743	0	-1.075.604	10.973.637	7.123.497	126.861	0	-773.334
Weilerbach	48.814.280	37.730.887	324.852	0	-9.342.494	48.968.692	37.964.493	233.605	0	-9.914.512
Reichenbach-Steegen	9.201.957	3.734.307	-144.935	1.008.951	-4.656	9.181.731	3.707.431	-26.876	1.117.453	-26.915

Übersicht über die Entwicklung der Gemeindebilanzen

Gebietskörperschaft	Bilanz 2011					Bilanz 2012				
	Bilanzsumme	Eigenkapital (inkl. Ergebnis)	Überschuss/ Fehlbetrag	Investitionskredite	Verbindlichkeiten für Liquidität abzgl. Forderungen	Bilanzsumme	Eigenkapital (inkl. Ergebnis)	Überschuss/ Fehlbetrag	Investitionskredite	Verbindlichkeiten für Liquidität abzgl. Forderungen
VG Bruchmühlbach-M.	**41.652.401**	**5.215.359**	**-1.097.843**	**6.781.667**	**7.231.630**	**42.059.090**	**4.526.250**	**-689.037**	**6.327.543**	**8.387.810**
Bruchmühlb.-Miesau	49.874.496	13.698.501	-70.445	6.496.105	9.604.830	49.220.920	13.303.980	-378.278	6.007.042	9.975.544
Gerhardsbrunn	1.103.241	714.553	75.183	0	-301.505	1.141.826	781.914	67.361	0	-299.607
Lambsborn	5.169.690	2.433.885	26.337	22.790	269.943	5.178.822	2.474.390	67.442	11.286	218.413
Langwieden	1.294.861	246.524	28.840	257.179	76.115	1.443.320	208.869	-29.280	245.790	-236.372
Martinshöhe	6.694.673	3.222.137	-80.914	804.664	146.593	6.483.844	2.983.705	-129.576	760.894	142.701
VG Enkenbach-Alsenb.	**50.089.003**	**25.570.286**	**-49.052**	**0**	**98.314**	**52.449.570**	**25.684.409**	**114.141**	**0**	**385.398**
Enkenbach-Alsenborn	58.279.115	29.845.761	-3.666.693	3.097.284	11.192.108	57.424.538	27.175.065	-2.670.966	2.878.585	13.784.894
Mehlingen	24.339.482	15.988.615	38.728	0	-371.778	24.901.618	16.899.926	911.311	0	-1.649.559
Neuhemsbach	5.322.689	2.965.553	7.777	258.574	-331.322	5.240.288	2.971.544	5.990	252.661	-386.189
Sembach	19.298.689	10.187.009	1.188.944	74.325	653.553	19.525.101	9.915.676	-271.332	55.743	88.077
VG Hochspeyer	**39.731.560**	**195.740**	**-665.871**	**5.427.569**	**7.414.375**	**39.800.824**	**143.291**	**-52.179**	**5.157.811**	**8.525.627**
Fischbach	3.143.067	1.486.478	148.649	293.558	484.923	3.014.800	1.693.524	206.980	261.712	204.245
Frankenstein	10.003.729	-1.649.671	-225.582	1.922.712	2.706.617	10.007.638	-1.873.965	-224.294	1.805.557	2.888.407
Hochspeyer	27.790.596	3.805.422	-670.633	5.084.520	7.757.957	27.484.269	3.490.849	-600.644	4.756.359	8.357.667
Waldleiningen	2.728.735	-574.715	-50.854	612.964	1.088.266	2.767.899	-636.260	-61.545	586.433	1.117.170
VG Kaiserslautern-Süd	**29.419.547**	**6.284.592**	**-569.485**	**7.058.699**	**446.703**	**30.762.025**	**6.565.946**	**-75.203**	**7.737.868**	**500.975**
Krickenbach	6.131.060	1.873.277	-27.021	616.149	287.529	6.068.917	1.776.527	-117.832	722.795	219.407
Linden	5.969.419	968.880	-260.392	838.743	833.903	5.993.796	856.035	-118.175	1.081.937	747.319
Queidersbach	18.950.099	7.715.901	21.941	2.139.503	18.855	19.012.708	7.800.366	85.998	1.987.453	366.811
Stelzenberg	6.235.769	2.711.933	-74.085	397.272	151.832	6.556.163	2.819.854	-40.544	435.889	190.550
Trippstadt	10.871.029	2.052.637	-356.124	1.320.682	1.170.162	10.869.828	1.751.953	-228.926	1.235.369	1.564.356
Schopp	12.920.072	8.193.107	-47.146	530.715	408.136	14.199.899	8.977.066	187.593	858.598	416.440
VG Landstuhl	**69.640.811**	**16.168.593**	**-2.034.963**	**10.945.674**	**11.198.773**	**72.426.214**	**16.452.465**	**145.942**	**11.646.020**	**10.184.965**
Bann	8.974.940	5.458.400	87.663	749.445	553.909	9.118.670	5.582.427	-402.328	701.482	631.604
Hauptstuhl	6.303.483	3.020.741	-97.901	790.819	181.744	6.731.970	2.819.206	-201.536	1.107.274	229.925
Kindsbach	16.829.379	8.289.370	46.702	1.223.651	777.962	16.518.774	7.988.822	-338.902	1.195.982	681.905
Landstuhl, Sickingenst.	89.223.580	66.141.018	571.402	4.750.642	4.059.766	90.647.064	66.390.919	-2.436.384	5.773.637	4.588.788
Mittelbrunn	6.990.661	4.708.102	934.293	577.000	-1.144.376	6.557.676	3.671.519	-1.036.696	605.287	436.856
Oberarnbach	2.010.471	754.342	-67.432	82.656	105.808	3.237.931	1.432.301	480	138.827	27.623
VG Otterbach	**22.022.287**	**1.115.847**	**-474.481**	**3.759.461**	**2.424.942**	**22.636.081**	**1.305.553**	**189.655**	**3.862.829**	**2.340.920**
Frankelbach	2.147.792	721.675	13.071	67.072	57.044	2.105.452	848.126	126.452	62.113	276.736
Hirschhorn	3.508.490	-349.484	-137.712	1.185.506	1.149.917	3.539.627	-424.221	-74.737	1.128.217	1.182.843
Katzweiler	9.226.844	270.410	157.252	1.191.386	1.177.134	9.093.492	2.654.914	-115.496	1.150.219	1.305.219
Mehlbach	9.680.569	4.061.721	-142.724	1.080.702	1.180.052	9.668.545	3.970.852	-90.869	1.035.069	1.058.352
Olsbrücken	4.351.969	437.516	-175.853	865.393	745.713	4.467.125	210.484	-228.435	836.653	1.238.070
Otterbach	14.516.642	5.551.237	111.435	1.574.026	903.885	15.108.919	5.348.489	-202.748	1.500.852	1.296.497
Sulzbachtal	2.146.715	288.176	-67.968	403.036	596.508	2.328.725	269.210	-18.584	403.036	596.508
VG Otterberg	**23.676.661**	**8.267.318**	**260.871**	**1.928.279**	**-308.842**	**22.117.044**	**8.183.602**	**-55.887**	**1.724.456**	**-217.761**
Heiligenmoschel	3.027.588	625.416	-95.750	440.521	160.078	2.852.703	565.612	-59.804	424.353	135.368
Niederkirchen	11.339.344	4.125.646	-214.997	1.361.791	-115.270	10.275.200	3.977.317	-148.329	1.326.509	-76.131
Otterberg, St	28.142.481	7.766.297	-836.883	4.270.592	2.202.216	27.641.314	7.767.960	1.663	4.088.637	2.455.678
Schallodenbach	2.823.404	782.762	-62.631	146.905	161.109	2.721.571	728.893	-53.869	135.795	264.325
Schneckenhausen	2.340.454	864.318	85.446	367.789	-15.295	2.287.392	862.475	-1.843	278.118	151.343
VG Ramstein-Miesenb.	**55.770.225**	**20.021.104**	**300.971**	**2.115.074**	**-2.310.438**	**54.413.504**	**19.492.061**	**-529.043**	**2.420.955**	**-659.603**
Hütschenhausen	34.197.921	24.788.693	-18.414	1.196.398	-801.617	33.567.671	24.516.932	-271.760	1.068.614	-809.817
Kottweiler-Schwanden	10.676.169	7.657.891	13.494	201.643	-906.426	10.606.868	7.577.938	-79.952	186.721	-740.109
Niedermohr	12.576.832	8.469.621	-222.357	163.774	-1.620.230	12.634.300	8.253.454	-216.167	144.682	-1.679.931
Ramstein-Miesenb, St.	99.902.903	74.306.549	-139.202	1.293.040	-4.223.658	101.039.844	73.545.191	-1.340.477	1.224.356	-2.894.688
Steinwenden	21.976.641	15.365.451	63.697	306.669	-2.231.130	22.117.713	15.235.968	-129.483	251.646	-1.913.951
VG Weilerbach	**54.683.159**	**21.354.068**	**-368.461**	**0**	**-3.808.141**	**53.006.269**	**20.881.299**	**-472.768**	**0**	**-2.268.113**
Erzenhausen	7.115.731	3.813.664	6.764	51.501	-147.183	7.124.823	3.813.664	42.231	49.603	-396.619
Eulenbis	4.324.316	1.898.765	-16.470	0	-172.243	4.243.950	1.877.123	-21.641	0	-121.329
Kollweiler	7.231.994	2.319.339	268.981	580.953	-584.536	6.984.471	2.311.307	-8.032	481.481	-458.831
Mackenbach	20.524.433	13.310.248	-57.971	0	-385.041	20.528.449	13.413.034	102.785	0	-538.981
Rodenbach	24.126.493	15.484.702	22.269	882.472	-1.765.049	24.861.841	16.071.380	586.677	845.375	-1.843.722
Schwedelbach	10.921.440	7.129.457	5.960	0	-759.712	10.807.619	7.116.060	-13.397	0	-624.592
Weilerbach	49.615.606	38.521.849	557.356	0	-9.561.134	50.908.166	39.861.312	1.339.463	0	-9.182.512
Reichenbach-Steegen	9.007.645	3.656.695	-50.735	1.072.721	-17.867	9.206.216	3.623.778	-32.917	1.216.638	129.986

Übersicht über die Entwicklung der Gemeindebilanzen

	Bilanz 2013					Bilanz 2014				
Gebietskörperschaft	Bilanz-summe	Eigen-kapital (inkl. Ergebnis)	Über-schuss/ Fehlbetrag	Investitions-kredite	Verbindlich-keiten für Liquidität abzgl. For-derungen	Bilanz-summe	Eigen-kapital (inkl. Ergebnis)	Über-schuss/ Fehlbetrag	Investitions-kredite	Verbindlich-keiten für Liquidität abzgl. For-derungen
VG Bruchmühlbach-M.	**42.680.841**	**4.221.083**	**-305.167**	**5.868.683**	**8.319.080**	**45.462.624**	**4.208.062**	**-13.021**	**5.404.927**	**9.556.875**
Bruchmühlb.-Miesau	49.232.491	12.715.027	-588.953	5.543.544	11.109.060	50.690.279	11.594.946	-551.834	5.080.045	13.862.728
Gerhardsbrunn	1.119.854	784.661	2.747	0	-274.408	1.008.102	665.357	-98.066	0	-252.382
Lambsborn	5.097.550	2.441.324	-33.066	0	187.932	5.381.015	2.444.435	21.137	0	449.818
Langwieden	1.411.639	203.221	-5.648	234.401	-160.101	1.411.390	155.051	-5.935	223.012	-142.953
Martinshöhe	6.732.047	2.745.169	-238.536	717.125	643.338	7.092.972	2.242.967	-132.959	673.356	1.108.950
VG Enkenbach-Alsenb.	**56.445.961**	**25.822.972**	**116.093**	**0**	**-84.816**	**fehlt**				
Enkenbach-Alsenborn	55.147.650	24.584.040	-2.888.656	2.759.296	14.606.202	fehlt				
Mehlingen	24.326.572	16.664.771	-225.422	0	-1.033.386	23.702.103	14.724.545	-1.940.226	456.126	849.602
Neuhemsbach	4.942.701	2.967.486	-2.115	0	-36.404	5.190.996	2.757.080	-210.405	72.622	227.383
Sembach	19.793.733	9.223.086	-12.009	37.162	191.865	18.870.915	8.319.420	-903.666	130.059	811.597
VG Hochspeyer	**40.943.938**	**468.649**	**325.357**	**4.870.423**	**8.266.013**	**fehlt**				
Fischbach	2.878.146	1.341.652	-351.872	228.510	489.552	2.896.296	1.197.625	-144.027	193.939	644.722
Frankenstein	10.100.649	-2.105.987	-229.228	1.709.327	3.242.994	10.106.112	-2.249.732	-143.745	1.559.280	3.343.595
Hochspeyer	26.541.876	2.940.300	-550.549	4.424.381	8.713.958	26.627.734	2.774.995	-165.305	4.180.521	9.339.124
Waldleiningen	2.510.401	-604.820	23.594	656.479	918.368	2.503.474	-621.375	-16.554	578.178	1.041.247
VG Kaiserslautern-Süd	**31.904.584**	**6.741.445**	**175.498**	**9.086.152**	**236.579**	**34.653.274**	**6.734.847**	**-6.597**	**9.932.513**	**943.715**
Krickenbach	6.015.884	1.688.830	-87.697	744.484	278.866	5.953.000	1.627.491	-61.339	751.291	321.087
Linden	5.899.581	715.892	-140.142	1.145.745	841.383	5.858.296	607.062	-108.830	1.201.247	965.747
Queidersbach	18.748.485	7.692.296	-108.070	2.173.833	-46.028	18.174.825	7.536.522	-155.774	2.014.074	39.321
Stelzenberg	6.546.631	2.676.041	-143.813	647.490	59.049	6.759.337	2.604.946	-71.095	897.006	134.922
Trippstadt	10.510.077	1.672.602	-103.674	1.341.552	1.362.467	11.290.860	1.381.961	-290.641	1.749.547	1.941.578
Schopp	14.452.968	8.973.346	-3.720	1.003.803	383.887	14.532.128	8.755.343	-218.003	1.242.677	383.286
VG Landstuhl	**67.699.836**	**12.243.276**	**331.224**	**49.960.106**	**10.180.586**	**63.012.977**	**12.269.505**	**157.167**	**12.848.987**	**9.743.677**
Bann	8.658.869	5.187.913	750	802.632	569.312	8.470.046	5.153.790	-231.838	767.012	487.651
Hauptstuhl	7.166.442	2.841.059	58.725	1.546.855	76.395	7.276.583	2.653.714	-187.345	1.870.150	-15.791
Kindsbach	16.572.619	8.388.758	-66.854	1.093.684	753.265	16.361.040	8.178.648	-210.111	991.065	914.380
Landstuhl, Sickingenst.	91.900.283	69.363.634	29.865	5.454.882	3.444.732	92.066.126	66.666.808	-2.770.427	5.248.755	5.470.926
Mittelbrunn	10.280.271	4.854.759	1.126.157	1.289.812	459.421	9.766.177	4.870.591	13.635	1.392.544	-389.728
Oberarnbach	3.155.838	1.395.794	-36.515	126.464	89.144	3.141.815	1.360.471	-35.323	170.042	78.343
VG Otterbach	**23.188.544**	**1.757.923**	**452.370**	**3.899.683**	**2.150.722**	**28.136.377**	**1.697.745**	**-60.382**	**3.664.781**	**1.144.664**
Frankelbach	2.018.420	639.595	-208.532	56.975	430.398	fehlt				
Hirschhorn	3.772.592	-452.506	-28.285	1.066.682	1.218.934	4.212.112	-390.729	-100.068	1.002.516	1.711.649
Katzweiler	9.666.361	2.692.594	37.680	1.107.692	1.363.599	10.970.718	2.582.579	-99.033	1.062.143	1.759.399
Mehlbach	9.582.621	3.918.297	-52.555	986.203	1.151.727	10.595.735	3.809.653	-102.705	935.522	1.461.729
Olsbrücken	4.366.587	97.932	-112.552	806.101	1.283.207	5.224.528	-25.229	-103.454	774.001	1.519.910
Otterbach	fehlt					fehlt				
Sulzbachtal	fehlt					fehlt				
VG Otterberg	**22.053.067**	**8.654.306**	**470.704**	**1.523.444**	**-184.589**	**24.267.437**	**8.639.118**	**-15.188**	**1.702.187**	**103.822**
Heiligenmoschel	2.752.012	540.508	-25.104	438.273	94.135	2.687.829	8.639.118	-80.647	423.045	195.904
Niederkirchen	10.244.099	3.831.702	-145.615	1.470.770	-154.649	10.210.106	3.515.089	-316.613	1.539.777	319.007
Otterberg, St	27.066.898	7.539.714	-241.834	4.880.048	2.028.415	27.027.179	6.764.830	-774.884	5.315.916	2.162.042
Schallodenbach	2.573.995	675.986	-52.907	201.863	170.222	2.551.117	652.244	-23.742	198.169	255.010
Schneckenhausen	2.203.720	877.385	14.910	371.818	-14.266	fehlt				
VG Ramstein-Miesenb.	**55.872.458**	**20.400.702**	**908.641**	**2.728.019**	**-152.297**	**53.976.924**	**20.317.631**	**825.569**	**2.583.508**	**-261.506**
Hütschenhausen	32.895.140	24.172.267	-344.665	977.211	-520.467	32.710.491	24.114.770	-57.496	916.142	-427.893
Kottweiler-Schwanden	10.625.700	7.537.136	-40.802	171.263	-718.967	10.429.679	7.367.990	-169.145	157.191	-558.179
Niedermohr	12.397.802	8.058.950	-194.503	124.751	-1.131.756	12.191.379	7.987.287	-71.663	103.942	-959.950
Ramstein-Miesenb, St.	98.863.637	74.682.347	1.188.170	1.153.037	-1.462.759	100.084.930	74.032.226	-670.382	1.078.990	-1.209.944
Steinwenden	21.873.462	15.336.954	100.986	212.898	-2.034.395	21.825.756	15.182.475	-154.479	188.094	-1.841.478
VG Weilerbach	**50.399.040**	**21.395.105**	**513.806**	**0**	**-1.834.186**	**50.286.105**	**20.680.351**	**-714.753**	**0**	**-3.281.477**
Erzenhausen	7.048.770	3.965.008	43.579	0	-283.370	7.024.847	3.962.109	-2.899	0	-448.760
Eulenbis	4.155.729	1.866.295	-10.828	0	-77.883	4.049.053	1.827.427	-38.868	0	-55.303
Kollweiler	6.961.467	2.298.343	-12.964	465.102	-442.658	6.971.179	2.332.310	33.966	448.233	-758.917
Mackenbach	20.401.417	13.437.849	24.815	0	-645.268	20.902.972	13.471.034	33.184		-1.041.983
Rodenbach	25.276.742	16.135.521	64.141	1.309.413	-1.029.744	fehlt				
Schwedelbach	10.654.899	7.070.368	-45.691	0	-176.181	fehlt				
Weilerbach	51.212.767	39.505.491	-355.821	0	-6.721.580	50.025.127	38.712.018	-793.472	0	-4.390.183
Reichenbach-Steegen	9.051.912	3.588.682	-35.095	1.165.864	70.834	fehlt				

Übersicht über die Entwicklung der Gemeindebilanzen

	Bilanz 2015					Bilanz 2016				
Gebietskörperschaft	Bilanz-summe	Eigen-kapital (inkl. Ergebnis)	Über-schuss/ Fehlbetrag	Investitions-kredite	Verbindlich-keiten für Liquidität abzgl. For-derungen	Bilanz-summe	Eigen-kapital (inkl. Ergebnis)	Über-schuss/ Fehlbetrag	Investitions-kredite	Verbindlich-keiten für Liquidität abzgl. For-derungen
VG Bruchmühlbach-M.	**46.565.774**	**4.055.231**	**-152.831**	**5.451.989**	**9.283.911**	**52.189.574**	**6.560.263**	**22.024**	**5.863.658**	**9.308.570**
Bruchmühlb.-Miesau	48.975.353	11.001.564	-593.381	4.915.006	12.874.218	fehlt				
Gerhardsbrunn	959.234	678.309	12.952	0	-301.396	935.585	672.756	-5.553	0	-293.378
Lambsborn	5.377.891	2.415.797	-28.637	243.000	333.813	5.235.030	2.351.367	-64.430	513.645	16.946
Langwieden	1.331.870	126.788	-28.263	211.623	-84.472	1.702.778	59.498	-67.290	200.234	453.419
Martinshöhe	6.956.508	2.074.674	-168.293	635.667	1.097.946	6.889.588	1.847.019	-234.126	1.213.079	553.792
VG Enkenbach-Alsenb.	**fehlt**					**fehlt**				
Enkenbach-Alsenborn	fehlt					fehlt				
Mehlingen	24.144.994	14.708.242	-16.303	456.126	1.251.476	23.452.034	14.637.293	-70.949	399.967	1.080.006
Neuhemsbach	5.038.874	2.757.420	-9.054	72.622	303.194	4.949.957	2.896.704	139.283	63.542	166.385
Sembach	fehlt					fehlt				
VG Hochspeyer	**entfällt**					**entfällt**				
Fischbach	2.741.976	1.019.944	-177.681	153.680	789.175	2.667.625	696.406	-323.537	237.595	983.555
Frankenstein	10.087.542	-2.519.760	-270.028	1.405.509	3.742.158	10.825.054	-2.742.335	-222.574	1.294.876	4.402.327
Hochspeyer	fehlt					fehlt				
Waldleiningen	2.456.229	-666.852	-45.477	498.821	1.132.510	2.431.420	-696.046	-29.194	465.110	1.186.415
VG Kaiserslautern-Süd	**37.454.984**	**7.086.760**	**351.913**	**9.927.468**	**1.099.398**	**38.969.745**	**7.288.657**	**201.896**	**9.474.626**	**811.183**
Krickenbach	6.134.712	1.554.176	-73.315	702.748	595.349	6.405.355	1.429.609	-124.567	652.439	1.040.769
Linden	5.844.888	559.462	-47.587	1.331.190	963.396	6.551.954	310.837	-248.625	1.283.549	1.530.532
Queidersbach	17.826.172	7.690.432	153.910	1.863.116	160.166	17.478.209	7.617.649	-72.783	1.800.105	-176.876
Stelzenberg	6.669.944	2.586.915	-18.049	858.424	132.037	6.544.344	2.479.501	-107.414	820.085	210.449
Trippstadt	12.427.464	1.276.187	-105.774	1.649.275	2.895.273	12.696.857	1.017.453	-258.734	2.738.805	2.459.675
Schopp	14.346.374	8.572.458	-182.885	1.179.214	327.909	14.655.053	8.374.137	-199.768	1.115.642	798.827
VG Landstuhl	**66.876.755**	**13.212.062**	**945.175**	**13.478.636**	**10.218.303**	**73.013.622**	**14.096.337**	**917.541**	**14.891.048**	**9.518.077**
Bann	8.456.088	4.772.795	-240.617	686.796	821.386	8.225.055	4.541.902	-230.893	726.437	894.392
Hauptstuhl	7.125.090	2.414.210	-242.123	1.744.277	479.696	7.366.181	2.195.206	-219.003	1.629.360	1.109.180
Kindsbach	16.428.499	7.944.953	-233.954	959.070	1.185.947	16.555.782	7.808.088	-170.132	1.228.193	1.166.769
Landstuhl, Sickingenst.	96.862.787	68.664.383	-2.078.176	5.916.556	7.480.292	96.405.531	67.365.994	-1.298.389	6.367.111	7.587.325
Mittelbrunn	8.461.392	3.503.638	-1.366.953	1.290.308	180.921	8.230.488	3.251.899	-251.739	1.220.359	459.566
Oberarnbach	3.037.706	1.304.917	-55.554	158.390	93.861	2.979.579	1.243.317	-61.600	158.989	150.055
VG Otterbach-Otterberg	**50.590.334**	**10.547.645**	**38.951**	**4.970.555**	**3.754.164**	**52.939.430**	**11.448.161**	**874.499**	**4.630.585**	**3.349.907**
VG Otterbach	**entfällt**					**entfällt**				
Frankelbach	fehlt					fehlt				
Hirschhorn	4.235.008	-463.821	-93.182	936.139	1.843.647	4.241.046	-568.970	-121.023	867.727	1.973.354
Katzweiler	fehlt					fehlt				
Mehlbach	10.213.235	3.940.123	119.587	883.147	1.256.647	10.180.572	3.927.262	-55.395	829.111	1.430.473
Olsbrücken	4.999.539	-68.495	-169.212	740.556	1.488.848	5.118.560	-113.523	-54.707	705.842	1.625.445
Otterbach	fehlt					fehlt				
Sulzbachtal	fehlt					fehlt				
VG Otterberg	**entfällt**					**entfällt**				
Heiligenmoschel	2.477.297	432.831	-27.030	398.142	143.882	2.454.005	385.301	-47.530	370.588	157.283
Niederkirchen	9.967.186	3.384.335	-130.754	1.486.840	149.048	fehlt				
Otterberg, St	fehlt					fehlt				
Schallodenbach	fehlt					fehlt				
Schneckenhausen	fehlt					fehlt				
VG Ramstein-Miesenb.	**52.459.214**	**20.916.411**	**598.780**	**2.430.200**	**255.075**	**49.562.104**	**20.593.796**	**40.340**	**2.261.501**	**-267.019**
Hütschenhausen	32.787.587	24.129.186	14.415	864.500	-291.055	fehlt				
Kottweiler-Schwanden	10.568.321	7.644.604	276.613	140.508	-580.127	10.372.689	7.507.166	-137.438	123.241	-331.976
Niedermohr	12.020.490	7.965.004	-22.282	82.218	-955.487	fehlt				
Ramstein-Miesenb, St.	98.262.242	73.093.560	-938.666	1.002.110	1.249.192	97.933.262	72.807.979	-1.663.672	922.289	3.009.731
Steinwenden	21.667.388	14.374.683	-207.791	162.335	-1.527.068	21.363.167	14.846.844	-127.839	142.598	-1.535.827
VG Weilerbach	**fehlt**					**fehlt**				
Erzenhausen	fehlt					fehlt				
Eulenbis	fehlt					fehlt				
Kollweiler	fehlt					fehlt				
Mackenbach	fehlt					fehlt				
Rodenbach	fehlt					fehlt				
Schwedelbach	fehlt					fehlt				
Weilerbach	fehlt					fehlt				
Reichenbach-Steegen	fehlt					fehlt				

Übersicht über die Entwicklung der Gemeindebilanzen

	Bilanz 2017					Bilanz 2018				
Gebietskörperschaft	Bilanz-summe	Eigen-kapital (inkl. Ergebnis)	Über-schuss/ Fehlbetrag	Investitions-kredite	Verbindlich-keiten für Liquidität abzgl. For-derungen	Bilanz-summe	Eigen-kapital (inkl. Ergebnis)	Über-schuss/ Fehlbetrag	Investitions-kredite	Verbindlich-keiten für Liquidität abzgl. For-derungen
VG Bruchmühlbach-M.	**fehlt**					**fehlt**				
Bruchmühlb.-Miesau	fehlt					fehlt				
Gerhardsbrunn	928.093	664.090	-8.666	0	-302.436	fehlt				
Lambsborn	5.101.534	2.313.803	-37.564	456.128	48.480	fehlt				
Langwieden	1.640.681	31.953	-27.545	185.910	467.361	fehlt				
Martinshöhe	6.642.992	1.790.234	-50.785	1.107.906	482.947	6.775.901	1.776.628	-13.606	1.002.117	718.548
VG Enkenbach-Alsenb.	**fehlt**					**fehlt**				
Enkenbach-Alsenborn	fehlt					fehlt				
Mehlingen	23.790.804	15.025.185	387.892	356.859	749.459	22.805.328	14.608.278	-416.907	313.751	77.322
Neuhemsbach	4.948.421	3.044.666	147.942	54.462	-262.317	4.979.156	3.068.492	23.826	45.382	-377.962
Sembach	fehlt					fehlt				
VG Hochspeyer	**entfällt**					**entfällt**				
Fischbach	3.128.902	802.831	101.151	216.859	1.327.588	fehlt				
Frankenstein	11.242.634	-3.103.161	-360.825	1.166.479	4.644.130	10.884.840	-3.195.958	-92.797	1.099.431	4.456.099
Hochspeyer	fehlt					fehlt				
Waldleiningen	fehlt					fehlt				
VG Kaiserslautern-Süd	**40.860.581**	**8.351.453**	**106.279**	**9.437.327**	**136.585**	**fehlt**				
Krickenbach	6.601.750	1.394.760	-34.849	598.614	1.158.600	fehlt				
Linden	7.141.272	39.639	4.537	1.232.565	2.334.459	7.513.641	-84.455	-124.094	2.329.412	1.383.258
Queidersbach	15.747.440	6.834.714	-102.165	1.618.846	-156.398	15.468.250	6.913.893	79.180	1.524.638	-380.377
Stelzenberg	6.720.456	2.457.347	-22.153	780.757	430.244	6.677.937	2.395.544	-61.803	996.164	202.401
Trippstadt	12.611.831	1.133.083	115.631	3.100.724	2.135.618	12.476.404	1.011.819	-121.264	2.958.653	2.436.500
Schopp	14.368.348	8.339.141	-34.996	1.050.660	758.627	14.278.056	8.168.888	-170.253	1.273.037	771.767
VG Landstuhl	**76.134.981**	**15.090.690**	**994.354**	**15.171.050**	**8.068.652**	**fehlt**				
Bann	8.031.001	4.388.634	-153.268	640.615	1.025.939	7.863.672	3.982.628	-406.006	553.982	1.379.804
Hauptstuhl	7.314.914	1.986.617	-208.589	1.497.449	1.244.222	6.578.828	1.487.036	-499.581	1.365.032	1.196.155
Kindsbach	17.189.243	7.684.512	-123.766	1.149.289	939.665	18.122.777	8.014.364	329.852	1.064.028	1.169.008
Landstuhl, Sickingenst.	95.423.359	66.717.857	-648.137	5.898.667	7.648.937	fehlt				
Mittelbrunn	7.928.688	3.210.591	-41.308	1.114.760	213.052	7.595.967	2.160.347	-1.050.244	1.065.411	1.200.313
Oberarnbach	3.005.765	1.205.712	-37.605	147.481	261.108	2.889.207	1.298.658	92.945	136.900	119.702
VG Otterbach-Otterberg	**fehlt**					**fehlt**				
VG Otterbach	**entfällt**					**entfällt**				
Frankelbach	fehlt					fehlt				
Hirschhorn	fehlt					fehlt				
Katzweiler	fehlt					fehlt				
Mehlbach	10.147.685	3.652.118	-14.724	773.359	1.546.816	fehlt				
Olsbrücken	5.004.241	-168.350	-64.016	669.806	1.702.436	fehlt				
Otterbach	fehlt					fehlt				
Sulzbachtal	fehlt					fehlt				
VG Otterberg	**entfällt**					**entfällt**				
Heiligenmoschel	fehlt					fehlt				
Niederkirchen	fehlt					fehlt				
Otterberg, St	fehlt					fehlt				
Schallodenbach	fehlt					fehlt				
Schneckenhausen	fehlt					fehlt				
VG Ramstein-Miesenb.	**51.474.075**	**21.213.795**	**619.998**	**2.086.054**	**-1.016.984**	**54.484.377**	**21.688.390**	**474.594**	**1.901.625**	**1.933.114**
Hütschenhausen	fehlt					fehlt				
Kottweiler-Schwanden	10.164.602	7.490.876	-16.290	60.049	-368.318	10.011.888	7.519.254	28.377	105.370	-471.743
Niedermohr	fehlt					fehlt				
Ramstein-Miesenb, St.	94.086.062	69.640.864	-3.167.114	1.339.414	2.788.940	95.832.871	69.948.744	307.880	1.236.767	881.098
Steinwenden	21.138.000	14.496.457	-350.387	130.790	-2.440.792	fehlt				
VG Weilerbach	**fehlt**					**fehlt**				
Erzenhausen	fehlt					fehlt				
Eulenbis	fehlt					fehlt				
Kollweiler	fehlt					fehlt				
Mackenbach	fehlt					fehlt				
Rodenbach	fehlt					fehlt				
Schwedelbach	fehlt					fehlt				
Weilerbach	fehlt					fehlt				
Reichenbach-Steegen	fehlt					fehlt				

Übersicht über die Entwicklung der Gemeindebilanzen

	Bilanz 2019					Bilanz 2020				
Gebietskörperschaft	**Bilanz-summe**	**Eigen-kapital (inkl. Ergebnis)**	**Über-schuss/ Fehlbetrag**	**Investitions-kredite**	**Verbindlich-keiten für Liquidität abzgl. For-derungen**	**Bilanz-summe**	**Eigen-kapital (inkl. Ergebnis)**	**Über-schuss/ Fehlbetrag**	**Investitions-kredite**	**Verbindlich-keiten für Liquidität abzgl. For-derungen**
VG Bruchmühlbach-M.										
Bruchmühlb.-Miesau										
Gerhardsbrunn										
Lambsborn										
Langwieden										
Martinshöhe										
VG Enkenbach-Alsenb.										
Enkenbach-Alsenborn										
Mehlingen										
Neuhemsbach										
Sembach										
VG Hochspeyer	**entfällt**									
Fischbach										
Frankenstein										
Hochspeyer										
Waldleiningen										
VG Kaiserslautern-Süd										
Krickenbach										
Linden										
Queidersbach										
Stelzenberg										
Trippstadt										
Schopp										
VG Landstuhl										
Bann										
Hauptstuhl	6.463.183	1.341.984	-145.052	1.232.098	1.356.299					
Kindsbach										
Landstuhl, Sickingenst.										
Mittelbrunn										
Oberarnbach										
VG Otterbach-Otterberg										
VG Otterbach	**entfällt**									
Frankelbach										
Hirschhorn										
Katzweiler										
Mehlbach										
Olsbrücken										
Otterbach										
Sulzbachtal										
VG Otterberg	**entfällt**									
Heiligenmoschel										
Niederkirchen										
Otterberg, St										
Schallodenbach										
Schneckenhausen										
VG Ramstein-Miesenb.										
Hütschenhausen										
Kottweiler-Schwanden										
Niedermohr										
Ramstein-Miesenb, St.										
Steinwenden										
VG Weilerbach										
Erzenhausen										
Eulenbis										
Kollweiler										
Mackenbach										
Rodenbach										
Schwedelbach										
Weilerbach										
Reichenbach-Steegen										

Finanzdaten im Rahmen der vorläufigen Kreisumlagefestsetzung 2022

Landkreis Kaiserslautern

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	31.12	30.06	30.06
Einwohner	108.938	108.532	107.842	106.909	106.297	105.554	105.244	105.005	105.226	105.886	106.690	106.890	107.042	106.623	106.658	106.754	106.754
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-16.438.570,35 €	-13.362.162,66 €	-20.478.996,26 €	-15.760.124,61 €	-17.651.460,76 €	-17.566.748,10 €	-11.403.884,82 €	-5.045.700,38 €	-8.090.573,58 €	-3.006.959,87 €	-781.641,11 €	-5.132.847,34 €	-1.787.159,74 €	2.243.194,07 €	2.275.326,87 €	-7.240.484,00 €	-7.101.220,00 €
ordentliches Erg. je Ew.	-150,90 €	-123,12 €	-189,90 €	-147,42 €	-166,06 €	-166,42 €	-108,36 €	-48,05 €	-76,89 €	-28,40 €	-7,33 €	-48,02 €	-16,70 €	21,04 €	21,33 €	-67,82 €	-66,52 €
Liquiditätskredite	65.750.000,00 €	80.350.000,00 €	106.000.000,00 €	122.700.000,00 €	140.727.581,00 €	153.774.446,00 €	167.755.835,00 €	171.472.029,54 €	174.673.163,50 €	173.217.567,21 €	169.618.873,88 €	171.802.440,22 €	170.003.805,56 €	165.678.749,82 €	163.846.000,00 €	170.301.321,00 €	176.837.482,00 €
Liquiditätskredite je Ew.	603,55 €	740,33 €	982,92 €	1.147,71	1.323,91	1.456,83	1.593,97	1.632,99	1.659,98	1.635,89	1.589,83	1.607,28	1.588,20	1.553,87	1.536,18	1.595,27	1.656,50

Legende:																	
festgestellter Jahresabschluss		vorläufiger Jahresabschluss			Planwerte		Liquiditätskredite > 1.000 €					Ab 2013 Darstellung Liquiditätskredite unter Berücksichtigung Bankbestand.					

TOP Ö 3.10

Anforderung Finanzdaten im Rahmen der vorläufigen Kreisumlagefestsetzung 2022

VG Bruchmühlbach-Miesau

Einwohnerzahl jeweils zum 31.12.

Ist-Zahlen Liquiditätskredit 20.10.20

Einwohner 30.06.21

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	10 Jahre > 1.000 €/EW	2020> 1.000/EW	2021>1.000/ EW	neg. ordentl. Erg. 21/EW
																	Kommune	1	1	1	6
VG Bruchmühlbach-Miesau														vorl.	vorl.	Plan	Plan				
Einwohner	10.628	10.513	10.427	10.270	10.256	10.384	10.350	10.335	10.330	10.447	10.478	10.452	10.463	10.484	10.433	10.412					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-528.698,92	-645.404,86	-328.540,98	-357.048,82	-529.061,36	-1.097.843,03	-689.037,43	-305.166,67	-13.021,40	-152.830,76	22.024,38	-407.284,33	335.388,37	-451.700,00	-708.672,00	-493.873,00	-217.618,00				
ordentliches Erg. je Ew.	-49,75	-61,39	-31,51	-34,77	-51,59	-105,72	-66,57	-29,53	-1,26	-14,63	2,10	-38,97	32,05	-43,08	-67,93	-47,43	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite	3.500.000,00	2.490.209,86	1.417.697,17	4.384.582,00	3.726.861,03	4.932.650,93	6.075.518,15	5.633.697,78	7.318.444,43	7.613.808,96	*7.523.035,53*	*7.648.070,98*	*6.565.587,42*	*9.463.355,48*	*9.116.313,26*	*6.840.790,03*					
Liquiditätskredite je Ew.	329,32	236,87	135,96	426,93	363,38	475,02	587,01	545,11	708,47	728,80	*717,98*	*731,73*	*627,51*	*902,65*	*873,80*	*657,01*	#DIV/0!				
Bruchmühlbach-Miesau											vorl.	vorl.	vorl.	Plan	Plan						
Einwohner	7.667	7.582	7.494	7.341	7.403	7.595	7.606	7.611	7.605	7.720	7.799	7.800	7.793	7.834	7.819	7.798					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-1.355.994,46	-1.096.720,64	-985.607,46	-1.738.009,09	-719.641,78	-70.445,22	-378.317,56	-588.953,37	-585.883,93	-593.381,47	-792.146,41	532.771,94	483.291,11	1.344.876,41	-431.209,00	-166.656,09	-1.481.631,00				
ordentliches Erg. je Ew.	-176,86	-144,65	-131,52	-236,75	-97,21	-9,28	-49,74	-77,38	-77,04	-76,86	-101,57	68,30	62,02	171,67	-55,15	-21,37	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite		7.080.842,37	7.780.912,92	9.201.692,63	8.675.652,00	9.116.563,76	9.398.461,01	10.099.766,94	12.206.766,93	12.460.433,01	*13.808.124,61*	*14.433.989,44*	*14.329.686,84*	*14.010.406,09*	*11.543.199,62*	*13.415.787,44*					
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	933,90	1.038,29	1.253,47	1.171,91	1.200,34	1.235,66	1.327,00	1.605,10	1.614,05	*1.770,50*	*1.850,51*	*1.838,79*	*1.788,41*	*1.476,30*	*1.720,41*	#DIV/0!	X	X	X	
Gerhardsbrunn													Plan	Plan	Plan	Plan	Plan				
Einwohner	160	161	162	157	154	174	176	174	173	171	170	173	175	167	171	165					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-114.007,72	2.262,93	6.717,82	-1.104,99	8.774,27	75.183,43	67.361,35	2.746,78	-98.065,52	12.952,06	-5.553,00	-8.666,30	-41.230,00	-8.640,00	-16.080,00	-97,00	16.331,00				X
ordentliches Erg. je Ew.	-712,55	14,06	41,47	-7,04	56,98	432,09	382,73	15,79	-566,85	75,74	-32,66	-50,09	-235,60	-51,74	-94,04	-0,59	#DIV/0!				
Liquiditätskredite		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	*0,00*	*0,00*	0,00	*0,00*	*0,00*	*0,00*					
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	#DIV/0!				
Lambsborn											endg.	endg.	Plan	Plan	Plan						
Einwohner	804	781	761	763	734	744	722	705	719	735	736	721	717	711	689	704					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	193.027,09	-30.233,57	-64.503,85	-225.190,95	39.370,74	26.336,61	67.441,97	-33.065,84	21.136,71	-28.637,21	-64.430,29	-37.563,82	-241.210,00	-225.078,00	-245.439,00	-249.064,37	-177.298,37				
ordentliches Erg. je Ew.	240,08	-38,71	-84,76	-295,14	53,64	35,40	93,41	-46,90	29,40	-38,96	-87,54	-52,10	-336,42	-316,57	-356,22	-353,78	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite		93.881,13	87.273,46	283.813,00	265.919,42	272.584,42	205.357,62	152.714,84	361.328,70	328.400,07	*43.384,24*	*54.240,15*	*46.735,74*	*253.278,28*	*204.800,26*	*336.377,63*					
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	120,21	114,68	371,97	362,29	366,38	284,43	216,62	502,54	446,80	*58,95*	*75,23*	*65,18*	*356,23*	*297,24*	*477,81*	#DIV/0!				
Langwieden											endg.	endg.	Plan	Plan	Plan						
Einwohner	267	275	272	273	262	269	275	272	287	277	272	271	265	270	267	266					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-28.471,20	-95.469,11	-18.601,87	-57.172,72	5.205,03	28.840,29	-29.280,21	-5.648,03	-5.935,18	-28.263,13	-67.290,02	-27.545,41	-50.130,00	120.576,00	-6.075,00	-43.137,00					
ordentliches Erg. je Ew.	-106,63	-347,16	-68,39	-209,42	19,87	107,21	-106,47	-20,76	-20,68	-102,03	-247,39	-101,64	-189,17	446,58	-22,75	-162,17	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite		100.307,90	77.818,67	326.154,12	161.753,40	77.667,22	0,00	0,00	0,00	0,00	*424.365,38*	*520.463,45*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*					
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	364,76	286,10	1.194,70	617,38	288,73	0,00	0,00	0,00	0,00	*1.560,17*	*1.920,53*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	*0,00*	#DIV/0!				
Martinshöhe											endg.	endg.	Plan	Plan	Plan						
Einwohner	1.730	1.714	1.738	1.736	1.703	1.602	1.571	1.573	1.546	1.544	1.501	1.487	1.513	1.502	1.487	1.479					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-125.285,90	-141.968,45	-143.502,38	-208.174,14	-142.663,11	-80.913,59	-129.575,93	-238.536,31	-132.959,10	-168.292,61	-234.126,04	-50.784,83	-13.605,96	-167.050,00	-280.219,00	-349.528,00					
ordentliches Erg. je Ew.	-72,42	-82,83	-82,57	-119,92	-83,77	-50,51	-82,48	-151,64	-86,00	-109,00	-155,98	-34,15	-8,99	-111,22	-188,45	-236,33	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite		318.424,99	331.695,88	632.172,63	193.871,04	144.380,80	134.972,09	588.785,43	840.449,99	1.075.210,59	*518.399,56*	*467.120,60*	*702.229,47*	*804.434,19*	*769.381,34*	*1.070.482,33*					
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	185,78	190,85	364,15	113,84	90,13	85,91	374,31	543,63	696,38	*345,37*	*314,14*	*464,13*	*535,58*	*517,41*	*723,79*	#DIV/0!				
VG Bruchmühlbach-Miesau (nur Ortsgemeinden)																					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	**-1.430.732,19**	**-1.362.128,84**	**-1.205.497,74**	**-2.229.651,89**	**-808.954,85**	**-20.998,48**	**-402.370,38**	**-863.456,77**	**-801.707,02**	**-805.622,36**	**-1.163.545,76**	**408.211,58**	**137.115,15**	**1.064.684,41**	**-979.022,00**	**-808.482,46**	**-1.642.598,37**				
ordentliches Erg. je Ew.	**-134,62**	**-129,57**	**-115,61**	**-217,10**	**-78,88**	**-2,02**	**-38,88**	**-83,55**	**-77,61**	**-77,12**	**-111,05**	**39,06**	**13,10**	**101,55**	**-93,84**	**-77,65**	**#DIV/0!**				
Liquiditätskredite	**0,00**	**7.593.456,39**	**8.277.700,93**	**10.443.832,38**	**9.297.195,86**	**9.611.196,20**	**9.738.790,72**	**10.841.267,21**	**13.408.545,62**	**13.864.043,67**	**14.794.273,79**	**15.475.813,64**	**15.078.652,05**	**15.068.118,56**	**12.517.381,22**	**14.822.647,40**	**0,00**				
Liquiditätskredite je Ew.	**0,00**	**722,29**	**793,87**	**1.016,93**	**906,51**	**925,58**	**940,95**	**1.048,99**	**1.298,02**	**1.327,08**	**1.411,94**	**1.480,66**	**1.441,14**	**1.437,25**	**1.199,79**	**1.423,61**	**#DIV/0!**				

Legende:

festgestellter Jahresabschluss	vorläufiger Jahresabschluss	Planwerte	*Ist-Zahlen*
10 Jahreszeitraum	Liquiditätskredite > 1.000 €		

Anforderung Finanzdaten im Rahmen der vorläufigen Kreisumlagefestsetzung 2022

VG Enkenbach-Alsenborn-Hochspeyer

Nach Eingliederung: VG Enkenbach-Alsenborn und VG Hochspeyer

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	10 Jahre > 1.000 €/EW	2020> 1.000/EW	2021>1.000/EW	neg. ordentl. Erg. 21/EW
																	Kommune	4	5	5	7
VG Enkenbach-Alsenborn									Vorläufiges Ergebnis	Vorläufiges Ergebnis	Vorläufiges Ergebnis	Vorläufiges Ergebnis	Vorläufiges Ergebnis	Planzahlen	Planzahlen	Planzahlen					
Einwohner	12.892	12.921	12.951	12.906	12.802	12.573	12.495	12.521	12.635	19.434	19.539	19.557	19.641	19.617	19.752	19.752					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)				-62.503,61	120.576,80	-49.052,01	114.141,04	116.093,65	-189.920,28	2.026.848,07	1.567.446,11	1.126.959,19	2.232.091,02	852.980,00	-491.923,00	-595.127,00					
ordentliches Erg. Je Ew.				-4,84	9,42	-3,90	9,13	9,27	-15,03	104,29	80,22	57,62	113,64	43,48	-24,90	-30,13					X
Liquiditätskredite			245.031,16	460.847,53	648.582,72	414.284,04	662.007,97	0,00	136.127,55	7.022.856,86	6.167.769,13	3.488.873,83	1.675.575,35	1.357.936,20	89.116,04	145.484,79					
Liquiditätskredite je Ew.				35,71	50,66	32,95	52,98	0,00	10,77	361,37	315,66	178,40	85,31	69,22	4,51	7,37					
VG Hochspeyer																					
Einwohner	6.999	6.954	6.920	6.776	6.723	6.720	6.720	6.760	6.672												
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)			-714.455,06	-398.030,03	-359.840,84	-665.871,49	-52.179,65	325.357,68	257.857,18												
ordentliches Erg. Je Ew.			-103,24	-58,74	-53,52	-99,09	-7,76	48,13	38,65												
Liquiditätskredite		3.114.258,93	4.692.935,42	5.772.041,38	6.389.103,87	7.512.729,11	8.169.885,57	8.268.736,68	8.311.009,76												
Liquiditätskredite je Ew.						1.117,97	1.215,76	1.223,19	1.245,65												
Enkenbach-Alsenborn								Vorläufiges Ergebnis	Vorläufiges Ergebnis	Vorläufiges Ergebnis	Vorläufiges Ergebnis	Vorläufiges Ergebnis	Vorläufiges Ergebnis	Planzahlen	Planzahlen	Planzahlen					
Einwohner	7.000	7.042	7.027	7.010	6.954	6.855	6.803	6.852	6.903	6.959	7.034	7.048	7.086	7.076	7.088	7.088					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-1.113.659,01	-1.120.998,97	-2.237.329,87	-2.386.913,41	-3.943.477,08	-3.666.693,75	-2.670.966,60	-2.889.296,94	-2.641.007,05	2.163.743,39	-541.997,55	-202.869,21	707.872,23	46.525,00	327.381,00	393.095,00					
ordentliches Erg. Je Ew.	-159,09	-159,19	-318,39	-340,50	-567,08	-534,89	-392,62	-421,67	-382,59	310,93	-77,05	-28,78	99,90	6,58	46,19	55,46					
Liquiditätskredite			2.237.329,87	2.931.020,79	3.228.930,41	3.323.641,30	8.287.201,30	8.203.394,21	10.327.506,59	10.859.450,03	18.767.188,12	19.964.980,68	20.523.170,97	20.512.211,65	16.238.981,85	17.901.344,48					
Liquiditätskredite je Ew.			318,39	418,12	464,33	484,85	1.218,17	1.197,23	1.496,09	1.560,49	2.668,07	2.832,72	2.896,30	2.898,84	2.291,05	2.525,58					
Fischbach														Planzahlen	Planzahlen	Planzahlen					
Einwohner	828	818	822	800	794	783	780	770	750	743	728	724	739	725	747	747					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	1.926,37		-190.085,42	-203.042,29	-203.188,51	148.649,45	206.980,81	-351.872,12	-144.027,26	-177.681,07	-323.537,98	101.151,21	-20.053,94	-255.370,00	-361.640,00	-269.900,00					
ordentliches Erg. Je Ew.	2,33	0,00	-231,25	-253,80	-255,90	189,85	265,36	-456,98	-192,04	-239,14	-444,42	139,71	-27,14	-352,23	-484,12	-361,31					X
Liquiditätskredite		200.227,70	253.771,01	629.821,83	659.607,65	445.357,52	151.733,12	440.601,73	605.566,85	756.248,06	937.589,70	1.313.334,14	1.525.983,65	1.387.213,73	1.054.246,93	819.990,23					
Liquiditätskredite je Ew.		244,78	308,72	787,28	830,74	568,78	194,53	572,21	807,42	1.017,83	1.287,90	1.814,00	2.064,93	1.913,40	1.411,31	1.097,71			X	X	
Frankenstein														Vorläufiges Ergebnis	Planzahlen	Planzahlen					
Einwohner	1.072	1.058	1.040	1.016	994	990	968	965	953	965	966	959	950	926	945	945					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-398.289,62		-323.781,75	-529.304,45	-378.519,29	-225.582,75	-224.294,27	-229.228,43	-143.745,40	-270.028,48	-222.574,88	-360.825,42	-92.797,37	223,00	-691.700,00	-417.790,00					
ordentliches Erg. Je Ew.	-371,54	0,00	-311,33	-520,97	-380,80	-227,86	-231,71	-237,54	-150,83	-279,82	-230,41	-376,25	-97,68	0,24	-731,96	-442,11					X
Liquiditätskredite		1.175.665,24	1.491.900,38	2.176.371,72	2.445.268,08	2.629.874,49	2.814.895,72	3.217.966,00	3.322.571,07	3.690.764,79	4.375.107,89	4.612.222,46	4.442.488,37	4.237.366,90	4.598.019,92	4.785.523,15					
Liquiditätskredite je Ew.		1.111,21	1.434,52	2.142,10	2.460,03	2.656,44	2.907,95	3.334,68	3.486,43	3.824,63	4.529,10	4.809,41	4.676,30	4.575,99	4.865,63	5.064,05		X	X	X	

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022				
Hochspeyer												Planzahlen	Planzahlen	Planzahlen	Planzahlen	Planzahlen					
Einwohner	4.680	4.653	4.637	4.552	4.527	4.533	4.560	4.611	4.568	4.533	4.533	4.560	4.579	4.587	4.622	4.622					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-2.361.953,75	-3.581.411,82	-419.239,59	-1.409.251,28	-937.528,99	-670.266,78	-600.644,73	-550.587,75	-512.367,03	-578.086,86	-809.407,63	-1.222.625,00	-937.595,00	-1.909.365,00	-1.380.660,00	-954.600,00					
ordentliches Erg. Je Ew.	-504,69	-769,70	-90,41	-309,59	-207,10	-147,86	-131,72	-119,41	-112,16	-127,53	-178,56	-268,12	-204,76	-416,26	-298,71	-206,53					x
Liquiditätskredite		3.581.441,82	4.073.660,03	5.660.969,27	6.970.280,42	7.681.156,01	8.114.570,91	8.627.490,26	9.303.323,12	9.651.345,02	10.312.690,32	10.594.449,03	11.214.713,99	11.897.670,62	11.666.797,84	12.131.922,15					
Liquiditätskredite je Ew.		769,71	878,51	1.243,62	1.539,71	1.694,50	1.779,51	1.871,07	2.036,63	2.129,13	2.275,03	2.323,34	2.449,16	2.593,78	2.524,19	2.624,82		x	x	x	
Mehlingen														Planzahlen	Planzahlen	Planzahlen					
Einwohner	3.888	3.847	3.913	3.859	3.849	3.752	3.730	3.735	3.775	3.862	3.883	3.828	3.856	3.856	3.850	3.850					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-233.185,37	-111.504,32	605.831,44	20.576,95	-798.275,06	38.728,84	911.311,63	-225.434,98	-1.940.226,02	-16.303,14	-70.949,74	707.892,65	-26.907,63	9.870,00	-604.140,00	-397.430,00					
ordentliches Erg. Je Ew.	-59,98	-28,98	154,83	5,33	-207,40	10,32	244,32	-60,36	-513,97	-4,22	-18,27	184,92	-6,98	2,56	-156,92	-103,23					x
Liquiditätskredite			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	829.550,63	1.171.221,66	1.066.893,72	784.785,59	0,00	0,00	518.656,55	440.228,29					
Liquiditätskredite je Ew.			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	219,75	303,27	274,76	205,01	0,00	0,00	134,72	114,35					
Neuhemsbach														Planzahlen	Planzahlen	Planzahlen					
Einwohner	834	845	861	865	856	839	826	805	816	825	834	871	876	896	939	939					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-25.146,48	-10.811,44	-11.505,00	-51.378,27	-16.533,92	7.777,77	4.047,49	-2.115,07	-210.405,80	-9.054,30	139.283,38	147.962,04	23.826,28	-169.105,00	-169.605,00	121.170,00					
ordentliches Erg. Je Ew.	-30,15	-12,79	-13,36	-59,40	-19,32	9,27	4,90	-2,63	-257,85	-10,97	167,01	169,88	27,20	-188,73	-180,62	129,04					
Liquiditätskredite			11.505,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	217.512,44	282.048,98	135.273,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Liquiditätskredite je Ew.			13,36	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	266,56	341,88	162,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Sembach													Planzahlen	Planzahlen	Planzahlen	Planzahlen					
Einwohner	1.170	1.187	1.150	1.172	1.143	1.127	1.136	1.129	1.141	1.143	1.170	1.197	1.176	1.159	1.155	1.155					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-31.655,32	-49.100,29	-2.275.396,05	871.311,18	-940.863,25	-200.250,76	518.284,81	-64.658,41	-797.351,72	-20.917,75	182.881,56	1.249.348,24	-133.600,00	-1.219.895,00	-558.955,00	-612.825,00					
ordentliches Erg. Je Ew.	-27,06	-41,37	-1.978,61	743,44	-823,15	-177,68	456,24	-57,27	-698,82	-18,30	156,31	1.043,73	-113,61	-1.052,54	-483,94	-530,58					x
Liquiditätskredite			2.275.396,05	1.789.312,46	1.542.093,48	237.113,36	0,00	111.864,37	661.367,79	471.962,70	354.731,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Liquiditätskredite je Ew.			1.978,61	1.526,72	1.349,16	210,39	0,00	99,08	579,64	412,92	303,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Waldleiningen															Planzahlen	Planzahlen					
Einwohner	419	425	421	408	408	414	412	414	401	404	391	370	379	392	406	406					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-260.701,38	-425.451,96	-56.459,77	-73.941,77	-126.518,49	-44.500,18	-60.053,36	23.594,52	-16.554,98	-45.477,33	-29.194,22	-9.021,44	7.204,80	-18.432,91	-306.875,00	-67.835,00					
ordentliches Erg. Je Ew.	-622,20	-1.001,06	-134,11	-181,23	-310,09	-107,49	-145,76	56,99	-41,28	-112,57	-74,67	-24,38	19,01	-47,02	-755,85	-167,08					x
Liquiditätskredite		425.451,96	469.978,71	641.236,42	909.931,61	887.824,73	960.057,07	908.729,96	999.671,33	1.121.712,31	1.180.730,81	1.205.700,52	1.217.985,54	1.080.472,68	1.142.327,20	1.171.815,20					
Liquiditätskredite je Ew.		1.001,06	1.116,34	1.571,66	2.230,22	2.144,50	2.330,24	2.195,00	2.492,95	2.776,52	3.019,77	3.258,65	3.213,68	2.756,31	2.813,61	2.886,24		x	x	x	
VG Enkenbach-Alsenborn-Hochspeyer (nur Ortsgemeinden)																					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	**-4.422.664,56**	**-5.299.278,80**	**-4.907.966,01**	**-3.761.943,34**	**-7.344.904,59**	**-4.612.138,16**	**-1.915.334,22**	**-4.289.599,18**	**-6.405.685,26**	**1.046.194,46**	**-1.675.497,06**	**411.013,07**	**-472.050,63**	**-3.515.549,91**	**-3.746.194,00**	**-2.206.115,00**	**0,00**				
ordentliches Erg. je. Ew.	**-222,35**	**-266,63**	**-246,99**	**-191,14**	**-376,18**	**-239,06**	**-99,68**	**-222,48**	**-331,78**	**53,83**	**-85,75**	**21,02**	**-24,03**	**-179,21**	**-189,66**	**-111,69**	**#DIV/0!**				
Liquiditätskredite	**0,00**	**8.497.045,65**	**15.751.507,63**	**20.061.621,40**	**22.793.798,24**	**23.131.980,56**	**29.160.351,66**	**29.778.783,21**	**34.714.207,13**	**35.027.610,41**	**43.297.974,95**	**41.964.346,25**	**40.599.917,87**	**40.472.871,78**	**35.308.146,33**	**37.396.308,29**	**0,00**				
Liquiditätskredite je Ew.	**0,00**	**427,52**	**792,69**	**1.019,29**	**1.167,42**	**1.198,98**	**1.517,58**	**1.544,46**	**1.798,01**	**1.802,39**	**2.215,98**	**2.145,75**	**2.067,10**	**2.063,15**	**1.787,57**	**1.893,29**	**#DIV/0!**				

Legende:

festgestellter Jahresabschluss	vorläufiger Jahresabschluss	Planwerte
10 Jahreszeitraum	Liquiditätskredite > 1.000 €	

Anforderung Finanzdaten im Rahmen der vorläufigen Kreisumlagefestsetzung 2022

VG Landstuhl

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	10 Jahre > 1.000 €/EW	2020> 1.000/EW	2021>1.000/ EW	neg. ordentl. Erg. 21/EW
																	Kommune	0	4	3	10
VG Landstuhl																					
Einwohner	16.117	16.027	15.892	15.771	15.683	15.529	15.497	15.372	15.376	15.444	15.598	15.554	15.590	15.545	26.189	26.219					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-665.193,13	349.016,76	-543.321,33	465.106,36	-1.759.944,66	-2.034.962,62	145.942,30	329.493,64	157.166,56	945.175,32	917.541,06	993.082,58	377.860,00	-315.840,00	33.700,00	-61.250,00					
ordentliches Ergenis je Ew.	-41,27	21,78	-34,19	29,49	-112,22	-131,04	9,42	21,43	10,22	61,20	58,82	63,85	24,24	-20,32	1,29	-2,34	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite		5.951.861,61	3.516.387,17	8.368.227,87	14.864.982,94	16.950.847,36	11.587.000,90	10.157.735,70	9.944.141,84	10.353.716,30	9.626.069,91	8.146.291,01	8.140.521,01	8.130.511,01	7.134.201,01	7.277.881,01					
Liquiditätskredite je Ew.		371,36	221,27	530,61	947,84	1.091,56	747,69	660,79	646,73	670,40	617,13	523,74	522,16	523,03	272,41	277,58	#DIV/0!				
VG Kaiserslautern-Süd																					
Einwohner	11.083	11.014	11.001	10.908	10.860	10.812	10.731	10.655	10.625	10.724	10.804	10.873	10.793	10.706							
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	35.487,82	0,00	-437.715,70	-168.783,11	-650.595,72	-569.484,78	-75.202,63	175.498,40	-6.597,43	351.913,06	201.896,33	-624.693,34	1.745,00	19.695,00							
ordentliches Ergebnis je Ew.	3,20	0,00	-39,79	-15,47	-59,91	-52,67	-7,01	16,47	-0,62	32,82	18,69	-57,45	0,16	1,84							
Liquiditätskredite	45.701,24	1.115.002,03	0,00	3.159.894,00	1.363.699,26	2.383.358,05	2.547.475,44	2.649.624,00	4.119.398,43	5.231.382,59	5.743.555,27	4.822.943,03	6.890.224,79	4.468.129,79							
Liquiditätskredite je Ew.	4,12	101,23	0,00	289,69	125,57	220,44	237,39	248,67	387,71	487,82	531,61	443,57	638,40	417,35							
				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00							
Bann																					
Einwohner	2.326	2.291	2.267	2.242	2.234	2.217	2.184	2.194	2.175	2.210	2.211	2.253	2.258	2.274	2.228	2.234					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-71.281,80	0,00	-124.556,85	-380.034,72	-270.184,05	87.341,48	-402.328,26	750,31	-231.838,19	-240.616,95	-200.680,30	-164.140,64	-425.346,74	-286.920,00	-131.410,00	-476.050,00					
ordentliches Ergenis je Ew.	-30,65	0,00	-54,94	-169,51	-120,94	39,40	-184,22	0,34	-106,59	-108,88	-90,76	-72,85	-188,37	-126,17	-58,98	-213,09	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite		211.509,22	178.729,96	617.994,79	701.025,83	548.618,60	615.151,83	545.564,33	443.590,04	757.857,48	889.283,75	1.021.125,22	1.377.459,38	1.593.099,38	1.697.729,38	1.581.589,38					
Liquiditätskredite je Ew.		92,32	78,84	275,64	313,80	247,46	281,66	248,66	203,95	342,92	402,21	453,23	610,04	700,57	762,00	707,96	#DIV/0!				
Hauptstuhl																					
Einwohner	1.274	1.294	1.275	1.270	1.224	1.228	1.199	1.188	1.172	1.182	1.167	1.164	1.177	1.164	1.176	1.178					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)			-21.062,34	-227.594,10	-50.060,78	-97.900,84	-201.535,56	58.725,19	-196.372,76	-227.028,06	-194.308,96	-239.350,23	-484.761,37	-145.051,96	-125.680,00	-255.780,00					
ordentliches Ergenis je Ew.			-16,52	-179,21	-40,90	-79,72	-168,09	49,43	-167,55	-192,07	-166,50	-205,63	-411,86	-124,62	-106,87	-217,13	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite		73.221,38	49.776,30	457.282,51	478.417,08	175.636,56	226.435,72	67.655,10	0,00	438.039,33	1.085.702,54	1.222.661,57	1.194.801,69	1.339.427,93	1.475.087,93	900.237,93					
Liquiditätskredite je Ew.		56,59	39,04	360,06	390,86	143,03	188,85	56,95	0,00	370,59	930,34	1.050,40	1.015,12	1.150,71	1.254,33	764,21	#DIV/0!		X		
Kindsbach																					
Einwohner	2.525	2.524	2.538	2.502	2.491	2.440	2.452	2.450	2.427	2.407	2.463	2.432	2.421	2.430	2.423	2.480					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-69.964,69	69.964,69	-389.040,11	-357.451,22	-404.955,37	46.701,90	-338.901,93	-66.854,46	-210.110,74	-233.954,06	-162.278,81	370.143,51	-171.910,94	-74.240,00	128.570,00	36.200,00					
ordentliches Ergenis je Ew.	-27,71	27,72	-153,29	-142,87	-162,57	19,14	-138,21	-27,29	-86,57	-97,20	-65,89	152,20	-71,01	-30,55	53,06	14,60	#DIV/0!				
Liquiditätskredite		154.989,81	443.512,97	742.916,41	1.073.574,12	778.550,80	647.499,98	790.650,89	896.051,30	1.165.236,92	1.157.128,91	980.568,99	1.159.635,47	1.084.815,47	702.395,47	759.985,47					
Liquiditätskredite je Ew.		61,41	174,75	296,93	430,98	319,08	264,07	322,71	369,20	484,10	469,80	403,19	478,99	446,43	289,89	306,45	#DIV/0!				

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022			
Krickenbach																				
Einwohner	1.235	1.239	1.250	1.230	1.227	1.193	1.170	1.162	1.148	1.169	1.168	1.175	1.164	1.180	1.200	1.198				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-8.171,87	48.488,87	40.835,96	-19.614,49	-62.152,14	-27.020,90	-117.832,44	-87.697,04	-87.468,18	-73.315,05	-124.566,54	-34.849,10	525.430,00	-123.120,00	-127.860,00	-269.870,00				
ordentliches Ergebnis je Ew.	-6,62	39,14	32,67	-15,95	-50,65	-22,65	-100,71	-75,47	-76,19	-62,72	-106,65	-29,66	451,40	-104,34	-106,55	-225,27	#DIV/0!			X
Liquiditätskredite	354.834,94	126.471,46	166.320,70	153.250,84	83.805,58	282.352,39	210.667,02	265.360,36	277.359,47	585.147,27	1.066.164,73	1.312.686,14	890.091,14	846.726,14	863.516,14	118.176,14				
Liquiditätskredite je Ew.	287,32	102,08	133,06	124,59	68,30	236,67	180,06	228,37	241,60	500,55	912,81	1.117,18	764,68	717,56	719,60	98,64	#DIV/0!			
Landstuhl Stadt																				
Einwohner	8.838	8.794	8.687	8.643	8.630	8.539	8.547	8.411	8.481	8.508	8.612	8.560	8.584	8.531	8.516	8.521				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	0,00	724.609,24	-1.291.536,66	-2.601.884,41	-2.081.007,26	571.402,25	-2.436.328,85	13.865,45	-2.777.426,51	-2.104.041,73	-514.083,83	-597.740,35	-1.766.540,00	-3.482.270,00	-2.296.260,00	-3.995.510,00				
ordentliches Ergenis je Ew.		82,40	-148,67	-301,04	-241,14	66,92	-285,05	1,65	-327,49	-247,30	-59,69	-69,83	-205,79	-408,19	-269,64	-468,90	#DIV/0!			X
Liquiditätskredite		1.581.810,27	2.811.593,60	6.013.578,42	5.231.408,31	3.442.877,71	3.816.376,19	2.610.948,37	4.602.068,03	6.298.812,42	6.490.951,50	6.495.121,04	7.839.481,04	9.203.851,04	10.637.691,04	13.673.941,04				
Liquiditätskredite je Ew.		179,87	323,66	695,77	606,19	403,19	446,52	310,42	542,63	740,34	753,71	758,78	913,27	1.078,87	1.249,14	1.604,73	#DIV/0!	X	X	
Linden																				
Einwohner	1.239	1.240	1.211	1.210	1.203	1.179	1.151	1.141	1.128	1.156	1.162	1.169	1.148	1.134	1.129	1.110				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-111.362,84	7.095,38	10.762,10	7.165,78	-159.976,77	-260.392,42	-118.175,38	-140.142,31	-108.829,77	-47.586,98	-248.624,68	4.537,31	-124.094,13	-129.465,00	-12.720,00	-80.910,00				
ordentliches Ergebnis je Ew.	-89,88	5,72	8,89	5,92	-132,98	-220,86	-102,67	-122,82	-96,48	-41,17	-213,96	3,88	-108,10	-114,17	-11,27	-72,89	#DIV/0!			X
Liquiditätskredite	271.062,91	489.139,42	467.331,74	413.735,07	345.598,25	720.553,80	594.613,02	820.542,90	940.825,59	964.491,23	1.505.289,39	2.325.687,39	1.386.157,14	1.294.047,14	1.314.017,14	1.186.437,14				
Liquiditätskredite je Ew.	218,78	394,47	385,91	341,93	287,28	611,16	516,61	719,14	834,07	834,33	1.295,43	1.989,47	1.207,45	1.141,14	1.163,88	1.068,86	#DIV/0!	X	X	
Mittelbrunn																				
Einwohner	707	688	693	685	675	673	681	687	695	722	726	728	724	723	724	727				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)			336.213,21	-783.996,89	-872.544,83	934.293,00	-1.036.695,97	1.125.933,71	13.634,91	-1.296.121,81	-322.570,13	91.054,92	-1.182.607,39	334.330,00	-86.190,00	12.230,00				
ordentliches Ergenis je Ew.			485,16	-1.144,52	-1.292,66	1.388,25	-1.522,31	1.638,91	19,62	-1.795,18	-444,31	125,08	-1.633,44	462,42	-119,05	16,82	#DIV/0!			
Liquiditätskredite		12.571,07	0,00	0,00	20.606,60	0,00	429.056,84	457.713,51	0,00	173.457,78	463.872,01	211.958,28	1.144.740,90	788.180,90	738.910,90	1.045.140,90				
Liquiditätskredite je Ew.		18,27	0,00	0,00	30,53	0,00	630,04	666,25	0,00	240,25	638,94	291,15	1.581,13	1.090,15	1.020,60	1.437,61	#DIV/0!	X	X	
Oberarnbach																				
Einwohner	447	436	432	429	429	432	434	442	426	415	419	417	426	423	418	416				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-24.081,13	23.992,66	114.148,87	-125.583,38	-86.626,59	-67.431,73	480,23	-36.515,12	-35.322,54	-40.317,77	-58.950,16	-55.491,04	92.945,33	-68.020,00	-22.970,00	-82.370,00				
ordentliches Ergenis je Ew.	-53,87	55,03	264,23	-292,74	-201,93	-156,09	1,11	-82,61	-82,92	-97,15	-140,69	-133,07	218,18	-160,80	-54,95	-198,00	#DIV/0!			X
Liquiditätskredite		14.036,64	0,00	0,00	79.985,12	103.468,97	21.989,92	92.855,89	73.708,74	95.710,57	134.679,86	258.694,38	112.277,27	120.767,27	173.267,27	245.127,27				
Liquiditätskredite je Ew.		32,19	0,00	0,00	186,45	239,51	50,67	210,08	173,03	230,63	321,43	620,37	263,56	285,50	414,52	589,25	#DIV/0!			

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	
Queidersbach																		
Einwohner	2.848	2.855	2.844	2.853	2.847	2.816	2.822	2.794	2.795	2.803	2.815	2.821	2.795	2.779	2.828	2.796		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	205.272,19	282.978,75	194.384,54	67.077,13	-104.414,91	21.941,04	85.998,49	-108.069,71	-155.774,16	153.910,10	-72.783,36	-102.165,08	92.857,63	-110.580,00	-133.240,00	-331.190,00		
ordentliches Ergebnis je Ew.	72,08	99,12	68,35	23,51	-36,68	7,79	30,47	-38,68	-55,73	54,91	-25,86	-36,22	33,22	-39,79	-47,11	-118,45	#DIV/0!	x
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	56.432,40	1.849,38	344.087,10	0,00	26.680,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	188.463,83	609.163,83		
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	19,82	0,66	121,93	0,00	9,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	66,64	217,87	#DIV/0!	
Stelzenberg																		
Einwohner	1.197	1.167	1.204	1.203	1.157	1.150	1.149	1.156	1.159	1.153	1.187	1.174	1.194	1.200	1.224	1.235		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	43.505,71	72.989,80	27.600,48	-146.717,10	-63.156,99	-74.085,06	-40.543,94	-143.813,33	-71.094,72	-18.049,12	-107.414,37	-22.153,47	-61.803,27	163.965,00	23.820,00	-106.020,00		
ordentliches Ergebnis je Ew.	36,35	62,54	22,92	-121,96	-54,59	-64,42	-35,29	-124,41	-61,34	-15,65	-90,49	-18,87	-51,76	136,64	19,46	-85,85	#DIV/0!	x
Liquiditätskredite	65.454,65	42.660,38	142.954,15	515.684,90	224.770,33	237.342,49	420.806,89	265.417,50	299.073,73	336.743,98	438.696,72	659.449,75	362.968,69	90.328,69	0,00	0,00		
Liquiditätskredite je Ew.	54,68	36,56	118,73	428,67	194,27	206,38	366,24	229,60	258,04	292,06	369,58	561,71	303,99	75,27	0,00	0,00	#DIV/0!	
Trippstadt																		
Einwohner	3.048	3.036	3.022	2.971	2.983	3.052	3.036	3.004	2.978	3.007	3.017	3.038	3.003	2.944	2.839	2.846		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	113.758,26	115.198,08	-43.569,07	-177.558,06	-299.633,54	-356.123,73	-228.925,86	-103.673,97	-290.641,01	-105.773,98	-258.734,10	115.630,64	-97.187,26	-207.285,00	19.140,00	30.880,00		
ordentliches Ergebnis je Ew.	37,32	37,94	-14,42	-59,76	-100,45	-116,69	-75,40	-34,51	-97,60	-35,18	-85,76	38,06	-32,36	-70,41	6,74	10,85	#DIV/0!	
Liquiditätskredite	646.388,52	535.863,65	641.353,65	595.557,84	720.178,39	1.073.975,96	1.459.976,39	1.303.276,29	1.753.124,00	2.854.333,56	2.450.665,30	2.117.964,30	2.413.157,60	2.647.932,60	2.406.092,60	1.887.902,60		
Liquiditätskredite je Ew.	212,07	176,50	212,23	200,46	241,43	351,89	480,89	433,85	588,69	949,23	812,29	697,16	803,58	899,43	847,51	663,35	#DIV/0!	
Schopp																		
Einwohner	1.516	1.477	1.470	1.441	1.443	1.422	1.403	1.398	1.417	1.436	1.455	1.496	1.489	1.469	1.484	1.478		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	15.424,74	69.838,35	102.806,90	-278.555,30	-127.604,25	-47.145,58	187.592,87	-3.719,59	-218.003,43	-182.884,83	-199.767,51	-34.996,05	-170.253,42	-191.480,00	-221.230,00	-358.320,00		x
ordentliches Ergebnis je Ew.	10,17	47,28	69,94	-193,31	-88,43	-33,15	133,71	-2,66	-153,85	-127,36	-137,30	-23,39	-114,34	-130,35	-149,08	-242,44	#DIV/0!	
Liquiditätskredite	239.359,89	266.125,91	138.096,41	261.877,35	205.515,79	430.567,93	422.374,14	395.778,95	383.538,24	327.901,37	795.628,59	761.269,39	765.913,69	636.193,69	800.433,69	1.286.293,69		
Liquiditätskredite je Ew.	157,89	180,18	93,94	181,73	142,42	302,79	301,05	283,10	270,67	228,34	546,82	508,87	514,38	433,08	539,38	870,29	#DIV/0!	
VG Landstuhl (nur Ortsgemeinden + Stadt)																		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	**93.098,57**	**1.415.155,82**	**-1.043.012,97**	**-5.024.746,76**	**-4.582.317,48**	**731.579,41**	**-4.647.196,60**	**508.789,13**	**-4.369.247,10**	**-4.415.780,24**	**-2.464.762,75**	**-669.519,58**	**-3.773.271,56**	**-4.320.136,96**	**-2.986.030,00**	**-5.876.710,00**	**0,00**	
ordentliches Ergenis je Ew.	**3,42**	**52,33**	**-38,78**	**-188,34**	**-172,64**	**27,77**	**-177,18**	**19,55**	**-168,04**	**-168,75**	**-93,36**	**-25,33**	**-143,02**	**-164,57**	**-114,02**	**-224,14**	**#DIV/0!**	
Liquiditätskredite	**1.577.100,91**	**3.508.399,21**	**5.039.669,48**	**9.771.878,13**	**9.221.317,80**	**7.795.794,59**	**9.209.035,04**	**7.615.764,09**	**9.696.019,68**	**13.997.731,91**	**16.478.063,30**	**17.367.186,45**	**18.646.684,01**	**19.645.370,25**	**20.997.605,39**	**23.293.995,39**	**0,00**	
Liquiditätskredite je Ew.	**57,98**	**129,74**	**187,40**	**366,28**	**347,41**	**295,96**	**351,11**	**292,61**	**372,91**	**534,92**	**624,12**	**657,18**	**706,77**	**748,37**	**801,77**	**888,44**	**#DIV/0!**	

Legende:

festgestellter Jahresabschluss	vorläufiger Jahresabschluss	Planwerte

10 Jahreszeitraum

Liquiditätskredite > 1.000 €

Anforderung Finanzdaten im Rahmen der vorläufigen Kreisumlagefestsetzung 2022

VG Otterbach-Otterberg

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	10 Jahre > 1.000 €/EW	2020> 1.000/EW	2021>1.000/ EW	neg. ordentl. Erg. 21/EW
																	Kommune	3	3	3	13
VG Otterbach-Otterberg																					
Einwohner									18.725	18.835	18.945	19.007	19.008	18.984	18.865	18.904	18.904				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)									-75.569,36 €	38.950,55 €	874.499,35 €	-132.436,17 €	998.024,73 €	-22.588,17 €	508.018,20 €	95.460,00 €	-64.890,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.									-4,04 €	2,07 €	46,16 €	-6,97 €	52,51 €	-1,19 €	26,93 €	5,05 €	-3,43 €				X
Liquiditätskredite									1.713.599,16 €	3.458.967,53 €	3.526.128,56 €	3.155.092,11 €	1.774.821,84 €	1.568.526,58 €	1.014.374,73 €	*2.696.567,28 €*	1.722.264,73 €				
Liquiditätskredite je Ew.									91,51 €	183,65 €	186,12 €	166,00 €	93,37 €	82,62 €	53,77 €	142,65 €	91,11 €				
VG Otterbach																					
Einwohner	9.635	9.579	9.580	9.512	9.420	9.373	9.317	9.395	9.384												
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-446.157,47 €	-764.024,32 €	-504.218,14 €	-272.947,43 €	-859.624,72 €	-474.480,98 €	189.655,39 €	452.370,08 €	-60.381,56 €												
ordentliches Erg. je Ew.	-46,31 €	-79,76 €	-52,63 €	-28,70 €	-91,26 €	-50,62 €	20,36 €	48,15 €	-6,43 €												
Liquiditätskredite	1.110.874,33 €	1.622.485,48 €	1.721.917,71 €	2.100.765,63 €	2.745.177,54 €	2.403.106,54 €	2.452.472,94 €	2.251.971,65 €	1.245.520,35 €												
Liquiditätskredite je Ew.	115,30 €	169,38 €	179,74 €	220,85 €	291,42 €	256,39 €	263,23 €	239,70 €	132,73 €												
VG Otterberg																					
Einwohner	9.503	9.451	9.379	9.321	9.348	9.309	9.348	9.356	9.341												
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-30.694,64 €	36.256,76 €	284.840,80 €	-306.213,32 €	-251.958,86 €	260.870,63 €	-55.887,12 €	470.704,30 €	-15.187,80 €												
ordentliches Erg. je Ew.	-3,23 €	3,84 €	30,37 €	-32,85 €	-26,95 €	28,02 €	-5,98 €	50,31 €	-1,63 €												
Liquiditätskredite	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	15.494,46 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	468.078,81 €												
Liquiditätskredite je Ew.	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1,66 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	50,11 €												
Frankelbach																					
Einwohner	352	341	333	330	337	326	319	318	305	319	336	328	311	290	292	300	300				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-144.071,47 €	-43.932,63 €	-6.410,94 €	-13.427,80 €	-83.965,12 €	13.070,81 €	126.451,72 €	-208.531,83 €	121.562,05 €	17.411,46 €	-133.798,16 €	-14.475,82 €	105.046,90 €	-64.123,52 €	18.997,46 €	-111.035,00 €	-96.495,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	-409,29 €	-128,83 €	-19,25 €	-40,69 €	-249,15 €	40,09 €	396,40 €	-655,76 €	398,56 €	54,58 €	-398,21 €	-44,13 €	337,77 €	-221,12 €	65,06 €	-370,12 €	-321,65 €				X
Liquiditätskredite	192.514,09 €	188.492,08 €	181.094,31 €	207.733,61 €	286.455,15 €	52.319,81 €	273.747,86 €	421.159,56 €	317.562,40 €	224.125,63 €	398.461,89 €	378.700,78 €	261.902,61 €	263.822,01 €	65.678,74 €	*103.019,66 €*	215.428,74 €				
Liquiditätskredite je Ew.	546,92 €	552,76 €	543,83 €	629,50 €	850,02 €	160,49 €	858,14 €	1.324,40 €	1.041,19 €	702,59 €	1.185,90 €	1.154,58 €	842,13 €	909,73 €	224,93 €	343,40 €	718,10 €				
Heiligenmoschel																					
Einwohner	705	707	704	689	672	675	652	643	644	650	633	620	621	613	612	592	592				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	0,00 €	-69.507,24 €	-180.591,47 €	-36.723,03 €	-35.326,47 €	-95.749,78 €	-59.804,11 €	-25.103,97 €	-80.646,81 €	-27.030,21 €	-47.529,88 €	-34.043,46 €	-17.468,42 €	43.398,61 €	-5.427,92 €	-40.570,00 €	-28.095,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	0,00 €	-98,31 €	-256,52 €	-53,30 €	-52,57 €	-141,85 €	-91,72 €	-39,04 €	-125,23 €	-41,58 €	-75,09 €	-54,91 €	-28,13 €	70,80 €	-8,87 €	-68,53 €	-47,46 €				X
Liquiditätskredite	47.458,49 €	142.339,69 €	44.379,51 €	266.246,10 €	428.535,10 €	158.429,79 €	120.345,26 €	83.733,81 €	183.056,45 €	97.578,14 €	142.117,97 €	282.955,41 €	269.202,40 €	96.509,65 €	30.794,91 €	*105.734,90 €*	110.709,91 €				
Liquiditätskredite je Ew.	67,32 €	201,33 €	63,04 €	386,42 €	637,70 €	234,71 €	184,58 €	130,22 €	284,25 €	150,12 €	224,51 €	456,38 €	433,50 €	157,44 €	50,32 €	178,61 €	187,01 €				

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022				
Hirschhorn																					
Einwohner	820	802	811	788	791	787	770	767	770	741	741	769	761	754	752	771	771				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-297.300,36 €	-152.379,64 €	-180.430,18 €	-118.039,56 €	-163.206,38 €	-137.711,57 €	-74.737,12 €	-28.285,26 €	-100.068,38 €	-93.181,57 €	-121.022,70 €	-83.855,47 €	-10.172,46 €	40.593,17 €	-31.762,45 €	-94.441,00 €	-50.545,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	-362,56 €	-190,00 €	-222,48 €	-149,80 €	-206,33 €	-174,98 €	-97,06 €	-36,88 €	-129,96 €	-125,75 €	-163,32 €	-109,04 €	-13,37 €	53,84 €	-42,24 €	-122,49 €	-65,56 €				X
Liquiditätskredite	493.431,67 €	451.297,04 €	654.312,86 €	768.419,61 €	940.283,58 €	1.126.332,54 €	1.166.691,81 €	1.192.804,84 €	1.679.649,20 €	1.708.938,49 €	1.900.769,94 €	2.001.786,20 €	2.126.042,84 €	2.327.933,21 €	2.047.243,95 €	*1.704.478,90 €*	2.302.725,95 €				
Liquiditätskredite je Ew.	601,75 €	562,71 €	806,80 €	975,15 €	1.188,73 €	1.431,17 €	1.515,18 €	1.555,16 €	2.181,36 €	2.306,26 €	2.565,14 €	2.603,10 €	2.793,75 €	3.087,44 €	2.722,40 €	2.210,74 €	2.986,67 €	X	X	X	
Katzweiler																					
Einwohner	1.713	1.716	1.699	1.656	1.661	1.689	1.685	1.726	1.763	1.857	1.907	1.921	1.922	1.921	1.914	1.903	1.903				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-175.174,15 €	-290.755,38 €	-68.976,04 €	-318.188,90 €	-131.446,07 €	157.251,81 €	-115.496,07 €	37.679,94 €	-99.032,73 €	-206.785,97 €	-158.054,28 €	-56.971,10 €	-170.865,00 €	-52.592,58 €	25.105,86 €	-302.545,00 €	-214.570,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	-102,26 €	-169,44 €	-40,60 €	-192,14 €	-79,14 €	93,10 €	-68,54 €	21,83 €	-56,17 €	-111,35 €	-82,88 €	-29,66 €	-88,90 €	-27,38 €	13,12 €	-158,98 €	-112,75 €				X
Liquiditätskredite	880.502,20 €	772.335,56 €	785.830,16 €	1.055.856,94 €	1.460.451,37 €	753.023,08 €	1.274.115,18 €	800.193,80 €	1.700.184,06 €	2.094.721,96 €	2.393.523,68 €	2.242.198,50 €	2.306.703,43 €	2.761.676,61 €	1.062.067,25 €	*1.335.540,05 €*	1.583.695,25 €				
Liquiditätskredite je Ew.	514,01 €	450,08 €	462,53 €	637,59 €	879,26 €	445,84 €	756,15 €	463,61 €	964,37 €	1.128,01 €	1.255,13 €	1.167,20 €	1.200,16 €	1.437,62 €	554,89 €	701,81 €	832,21 €				
Mehlbach																					
Einwohner	1.165	1.157	1.131	1.145	1.126	1.110	1.123	1.132	1.092	1.080	1.097	1.082	1.072	1.077	1.072	1.077	1.077				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-379.406,20 €	-250.363,55 €	-116.037,64 €	-139.727,55 €	-111.501,97 €	-142.724,44 €	-90.869,44 €	-52.554,96 €	-102.705,03 €	119.586,74 €	-55.394,51 €	-14.724,33 €	39.676,14 €	-169.928,85 €	-11.935,75 €	-70.330,00 €	-64.750,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	-325,67 €	-216,39 €	-102,60 €	-122,03 €	-99,02 €	-128,58 €	-80,92 €	-46,43 €	-94,05 €	110,73 €	-50,50 €	-13,61 €	37,01 €	-157,78 €	-11,13 €	-65,30 €	-60,12 €				X
Liquiditätskredite	580.006,55 €	634.721,65 €	746.715,63 €	969.364,12 €	1.126.731,93 €	1.138.752,17 €	1.035.589,99 €	1.140.080,08 €	1.402.512,26 €	1.222.948,33 €	1.348.023,56 €	1.353.860,86 €	1.361.972,12 €	1.465.595,63 €	665.036,85 €	*922.973,30 €*	823.226,85 €				
Liquiditätskredite je Ew.	497,86 €	548,59 €	660,23 €	846,61 €	1.000,65 €	1.025,90 €	922,16 €	1.007,14 €	1.284,35 €	1.132,36 €	1.228,83 €	1.251,26 €	1.270,50 €	1.360,81 €	620,37 €	856,99 €	764,37 €				
Niederkirchen																					
Einwohner	2.116	2.091	2.044	2.080	2.025	1.998	1.996	1.948	1.972	1.985	1.943	1.925	1.903	1.888	1.865	1.881	1.881				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	0,00 €	0,00 €	-35.086,37 €	-265.505,76 €	-327.279,49 €	-214.996,62 €	-148.328,98 €	-145.614,79 €	-316.613,46 €	-130.753,77 €	-425.344,42 €	-100.179,90 €	-107.632,20 €	-67.027,80 €	30.394,07 €	-193.165,00 €	-101.110,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	0,00 €	0,00 €	-17,17 €	-127,65 €	-161,62 €	-107,61 €	-74,31 €	-74,75 €	-160,55 €	-65,87 €	-218,91 €	-52,04 €	-56,56 €	-35,50 €	16,30 €	-102,69 €	-53,75 €				X
Liquiditätskredite	225.347,55 €	236.225,19 €	0,00 €	0,00 €	202.522,32 €	710.401,46 €	0,00 €	0,00 €	281.989,42 €	131.983,96 €	547.882,36 €	536.646,87 €	879.814,77 €	708.419,14 €	422.737,87 €	*508.981,37 €*	657.135,87 €				
Liquiditätskredite je Ew.	106,50 €	112,97 €	0,00 €	0,00 €	100,01 €	355,56 €	0,00 €	0,00 €	143,00 €	66,49 €	281,98 €	278,78 €	462,33 €	375,22 €	226,67 €	270,59 €	349,35 €				
Olsbrücken																					
Einwohner	1.145	1.151	1.153	1.150	1.102	1.084	1.067	1.058	1.036	1.021	1.044	1.009	1.036	1.041	1.044	1.042	1.042				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-251.218,02 €	-198.124,90 €	62.797,75 €	-139.338,42 €	-233.532,07 €	-175.853,47 €	-228.434,67 €	-112.551,75 €	-103.453,53 €	-169.212,05 €	-54.707,37 €	-64.016,05 €	-141.524,03 €	-57.203,91 €	-7.288,72 €	-108.686,00 €	-6.259,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	-219,40 €	-172,13 €	54,46 €	-121,16 €	-211,92 €	-162,23 €	-214,09 €	-106,38 €	-99,86 €	-165,73 €	-52,40 €	-63,45 €	-136,61 €	-54,95 €	-6,98 €	-104,31 €	-6,01 €				X
Liquiditätskredite	408.981,39 €	563.464,37 €	518.858,50 €	705.678,08 €	850.515,30 €	712.991,50 €	1.222.926,81 €	1.257.927,44 €	1.488.479,22 €	1.455.656,33 €	1.578.545,46 €	1.648.105,13 €	1.622.111,43 €	1.696.401,36 €	1.459.636,04 €	*1.651.879,22 €*	1.552.614,04 €				
Liquiditätskredite je Ew.	357,19 €	489,54 €	450,01 €	613,63 €	771,79 €	657,74 €	1.146,14 €	1.188,97 €	1.436,76 €	1.425,72 €	1.512,02 €	1.633,40 €	1.565,74 €	1.629,59 €	1.398,12 €	1.585,30 €	1.490,03 €	X	X	X	

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022				
Otterbach																					
Einwohner	3.977	3.962	4.011	3.984	3.938	3.911	3.907	3.946	3.972	3.994	4.010	4.020	4.033	4.094	4.080	4.084	4.084				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-759.654,03 €	-307.515,85 €	106.256,22 €	-337.255,35 €	-33.798,07 €	111.434,89 €	-202.748,45 €	-113.909,89 €	-21.145,99 €	340.059,60 €	-258.856,46 €	318.554,71 €	629.912,00 €	763.039,82 €	197.622,12 €	-359.345,00 €	-276.145,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	-191,01 €	-77,62 €	26,49 €	-84,65 €	-8,58 €	28,49 €	-51,89 €	-28,87 €	-5,32 €	85,14 €	-64,55 €	79,24 €	156,19 €	186,38 €	48,44 €	-87,99 €	-67,62 €				X
Liquiditätskredite	1.403.494,35 €	1.094.675,91 €	1.107.090,43 €	1.284.671,71 €	1.009.906,38 €	763.482,10 €	1.159.441,04 €	1.129.089,80 €	2.083.875,17 €	772.826,53 €	1.398.844,26 €	758.438,13 €	70.931,19 €	0,00 €	0,00 €	*315.921,71 €*	0,00 €				
Liquiditätskredite je Ew.	352,90 €	276,29 €	276,01 €	322,46 €	256,45 €	195,21 €	296,76 €	286,14 €	524,64 €	193,50 €	348,84 €	188,67 €	17,59 €	0,00 €	0,00 €	77,36 €	0,00 €				
Otterberg Stadt																					
Einwohner	5.202	5.171	5.182	5.092	5.113	5.298	5.212	5.228	5.225	5.260	5.305	5.412	5.447	5.405	5.335	5.389	5.389				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-364.336,48 €	-815.942,61 €	-418.252,86 €	-821.230,27 €	-574.262,01 €	-836.882,83 €	1.663,17 €	-241.834,38 €	-774.880,52 €	-833.369,86 €	-386.349,16 €	376.381,11 €	-502.703,60 €	-146.875,41 €	371.453,94 €	588.825,00 €	-1.496.795,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	-70,04 €	-157,79 €	-80,71 €	-161,28 €	-112,31 €	-157,96 €	0,32 €	-46,26 €	-148,30 €	-158,44 €	-72,83 €	69,55 €	-92,29 €	-27,17 €	69,63 €	109,26 €	-277,75 €				X
Liquiditätskredite	816.867,44 €	875.356,01 €	1.357.491,47 €	1.786.599,85 €	2.470.045,86 €	2.691.851,44 €	2.278.328,34 €	1.946.014,80 €	1.080.190,94 €	1.287.881,01 €	1.502.028,12 €	1.724.089,98 €	1.723.425,13 €	1.825.397,41 €	2.268.589,86 €	*921.010,08 €*	3.188.859,86 €				
Liquiditätskredite je Ew.	157,03 €	169,28 €	261,96 €	350,86 €	483,09 €	508,09 €	437,13 €	372,23 €	206,74 €	244,84 €	283,13 €	318,57 €	316,40 €	337,72 €	425,23 €	170,91 €	591,73 €				
Schallodenbach																					
Einwohner	890	882	904	894	883	883	891	873	879	892	910	917	891	882	899	880	880				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-60.262,22 €	-108.950,93 €	-36.268,71 €	-121.089,75 €	-117.817,55 €	-62.631,36 €	-53.869,03 €	-52.906,72 €	-23.741,98 €	-99.826,07 €	-130.040,08 €	-20.595,98 €	-4.003,90 €	12.501,47 €	25.141,43 €	-24.008,00 €	727,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	-67,71 €	-123,53 €	-40,12 €	-135,45 €	-133,43 €	-70,93 €	-60,46 €	-60,60 €	-27,01 €	-111,91 €	-142,90 €	-22,46 €	-4,49 €	14,17 €	27,97 €	-27,28 €	0,83 €				X
Liquiditätskredite	244.594,01 €	186.664,78 €	97.707,12 €	129.767,87 €	184.439,80 €	134.817,02 €	247.565,55 €	147.752,55 €	246.039,15 €	189.741,69 €	293.403,50 €	260.545,07 €	205.412,73 €	143.376,45 €	753.519,92 €	*415.447,95 €*	750.272,92 €				
Liquiditätskredite je Ew.	274,82 €	211,64 €	108,08 €	145,15 €	208,88 €	152,68 €	277,85 €	169,25 €	279,91 €	212,71 €	322,42 €	284,13 €	230,54 €	162,56 €	838,18 €	472,10 €	852,58 €				
Schneckenhausen																					
Einwohner	612	594	603	597	592	603	606	609	597	595	583	572	590	579	564	553	553				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-71.230,08 €	-90.783,22 €	-52.360,16 €	60.456,36 €	-19.667,94 €	85.445,53 €	-1.843,19 €	14.910,08 €	-43.468,02 €	-39.055,18 €	-95.121,67 €	-57.915,08 €	13.396,67 €	-3.331,57 €	4.065,88 €	-50.409,00 €	-15.564,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	-116,39 €	-152,83 €	-86,83 €	101,27 €	-33,22 €	141,70 €	-3,04 €	24,48 €	-72,81 €	-65,64 €	-163,16 €	-101,25 €	22,71 €	-5,75 €	7,21 €	-91,16 €	-28,14 €				X
Liquiditätskredite	403.239,45 €	282.356,32 €	106.011,34 €	125.541,23 €	109.863,46 €	31.813,21 €	130.187,40 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	81.128,32 €	262.370,56 €	365.433,98 €	253.186,50 €	253.595,94 €	*291.596,84 €*	274.461,94 €				
Liquiditätskredite je Ew.	658,89 €	475,35 €	175,81 €	210,29 €	185,58 €	52,76 €	214,83 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	139,16 €	458,69 €	619,38 €	437,28 €	449,64	527,30	496,31				
Sulzbachtal																					
Einwohner	463	450	442	459	465	466	446	448	446	441	436	432	421	440	436	432	432				
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	-196.226,52 €	-120.649,80 €	-40.352,78 €	-76.631,58 €	-9.244,30 €	-67.967,77 €	-18.584,18 €	-32.404,91 €	31.798,09 €	11.142,18 €	-57.546,00 €	-6.327,51 €	6.138,98 €	7.212,75 €	17.583,46 €	-48.031,00 €	-36.716,00 €				
ordentliches Erg. je Ew.	-423,82 €	-268,11 €	-91,30 €	-166,95 €	-19,88 €	-145,85 €	-41,67 €	-72,33 €	71,30 €	25,27 €	-131,99 €	-14,65 €	14,58 €	16,39 €	40,33 €	-111,18 €	-84,99 €				X
Liquiditätskredite	309.238,50 €	301.803,55 €	336.928,81 €	413.666,65 €	432.623,83 €	499.332,68 €	523.100,62 €	654.547,62 €	756.652,19 €	659.970,63 €	719.720,30 €	767.379,82 €	743.971,87 €	760.672,96 €	575.862,01 €	*709.866,70 €*	768.088,01 €				
Liquiditätskredite je Ew.	667,90 €	670,67 €	762,28 €	901,23 €	930,37 €	1.071,53 €	1.172,87 €	1.461,04 €	1.696,53 €	1.496,53 €	1.650,73 €	1.776,34 €	1.767,15 €	1.728,80 €	1.320,78	1.643,21	1.777,98	X	X	X	
VG Otterbach-Otterberg (nur Ortsgemeinden)																					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	**-2.698.879,53**	**-2.448.905,75**	**-965.713,18**	**-2.326.701,61**	**-1.841.047,44**	**-1.367.314,80**	**-866.600,35**	**-961.108,44**	**-1.512.396,31**	**-1.111.014,70**	**-1.923.764,69**	**241.831,12**	**-160.198,92**	**305.662,18**	**633.949,38**	**-813.740,00**	**-2.386.317,00**				
ordentliches Erg. je Ew.	**-140,86**	**-128,73**	**-50,78**	**-123,34**	**-98,43**	**-72,61**	**-46,41**	**-51,41**	**-80,87**	**-58,99**	**-101,54**	**12,72**	**-8,43**	**16,10**	**33,60**	**-43,05**	**-126,23**				
Liquiditätskredite	**6.005.675,69**	**5.729.732,15**	**5.936.420,14**	**7.713.545,77**	**9.502.374,08**	**8.773.546,80**	**9.432.039,86**	**8.773.304,30**	**11.220.190,46**	**9.846.372,70**	**12.304.449,36**	**12.217.077,31**	**11.936.924,50**	**12.302.990,93**	**9.604.763,34**	**8.986.450,68**	**12.227.219,34**				
Liquiditätskredite je Ew.	**313,45**	**301,18**	**312,16**	**408,90**	**508,01**	**465,93**	**505,09**	**469,26**	**599,98**	**522,77**	**649,48**	**642,77**	**627,99**	**648,07**	**509,13**	**475,37**	**646,81**				
Legende:																					
festgestellter Jahresabschluss			vorläufiger Jahresabschluss			Planwerte		Einwohner 2021 und 2022 zum Stand 30.06.2021				*Liquiditätskredite Stand 31.10.2021*									

10 Jahreszeitraum

Liquiditätskredite > 1.000 €

Anforderung Finanzdaten im Rahmen der vorläufigen Kreisumlagefestsetzung 2022

VG Ramstein-Miesenbach

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	10 Jahre > 1.000 €/EW	2020> 1.000/EW	2021>1.000/ EW	neg. ordentl. Erg. 21/EW
VG Ramstein-Miesenbach																	Kommune	0	0	0	3
Einwohner	18.456	18.393	17.997	17.799	17.587	16.884	16.825	16.778	16.911	16.917	16.981	17.070	17.158	17.237	17.111	17.082					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	403.187,35	723.036,60	576.143,80	189.170,11	-335.806,35	300.971,19	-529.043,59	908.641,52	-83.071,76	598.780,14	40.340,56	619.998,82	474.594,30	666.833,65	287.552,00	152.549,00					
ordentliches Ergebnis in Euro je Einwohner	21,85	39,31	32,01	10,63	-19,09	17,83	-31,44	54,16	-4,91	35,40	2,38	36,32	27,66	38,69	16,81	8,93	#DIV/0!				
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!				
Hütschenhausen																					
Einwohner	4.269	4.257	4.192	4.160	4.127	3.971	3.928	3.923	3.983	3.987	3.980	3.939	3.941	3.941	3.919	3.922					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	86.177,24	227.097,44	193.691,44	-497.374,16	-32.037,77	83.095,05	-367.794,67	-344.665,16	-57.496,78	14.415,85	-612.097,61	225.117,00	-294.716,00	-288.320,00	-328.440,00	-487.435,00					
ordentliches Ergebnis in Euro je Einwohner	20,19	53,35	46,21	-119,56	-7,76	20,93	-93,63	-87,86	-14,44	3,62	-153,79	57,15	-74,78	-73,16	-83,81	-124,28	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!				
Kottweiler-Schwanden																					
Einwohner	1.420	1.411	1.395	1.367	1.350	1.278	1.290	1.246	1.241	1.210	1.239	1.229	1.245	1.236	1.214	1.245					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	58.029,09	94.800,26	42.120,98	-143.405,91	-77.048,55	27.894,30	-47.652,92	-87.502,03	-169.145,37	276.613,89	-105.493,13	-48.235,35	28.377,56	-80.910,86	305.750,00	230.300,00					
ordentliches Ergebnis in Euro je Einwohner	40,87	67,19	30,19	-104,91	-57,07	21,83	-36,94	-70,23	-136,30	228,61	-85,14	-39,25	22,79	-65,46	251,85	184,98	#DIV/0!				
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!				
Niedermohr																					
Einwohner	1.559	1.570	1.574	1.549	1.515	1.461	1.451	1.419	1.425	1.482	1.509	1.465	1.463	1.458	1.453	1.476					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	13.454,41	96.709,72	129.132,11	196.794,71	-219.229,03	-177.024,00	-185.241,14	-270.763,92	-71.663,17	-22.282,80	-113.559,20	-32.548,00	-209.288,00	-263.637,00	-194.610,00	-198.246,00					
ordentliches Ergebnis in Euro je Einwohner	8,63	61,60	82,04	127,05	-144,71	-121,17	-127,66	-190,81	-50,29	-15,04	-75,25	-22,22	-143,05	-180,82	-133,94	-134,31	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!				
Ramstein-M. Stadt																					
Einwohner	8.552	8.495	8.211	8.088	7.994	7.668	7.638	7.688	7.779	7.760	7.789	7.962	8.064	8.124	8.073	8.022					
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	967.035,58	140.152,15	1.459.492,26	-693.920,01	930.805,75	-139.202,47	-1.339.106,54	1.188.170,61	464.617,16	-2.073.666,16	-896.054,47	-3.167.114,83	307.880,08	-414.060,68	-2.109.270,00	-1.001.720,00					
ordentliches Ergebnis in Euro je Einwohner	113,08	16,50	177,75	-85,80	116,44	-18,15	-175,32	154,55	59,73	-267,23	-115,04	-397,78	38,18	-50,97	-261,27	-124,87	#DIV/0!				X
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!				

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Steinwenden																	
Einwohner	2.656	2.660	2.625	2.635	2.601	2.506	2.518	2.502	2.483	2.478	2.464	2.475	2.445	2.478	2.452	2.417	
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	125.150,64	353.234,23	188.624,76	-335.359,82	161.258,01	267.597,93	-26.483,12	-205.913,60	-154.479,44	-207.791,22	-127.839,08	-246.687,29	-31.355,04	-50.202,84	251.000,00	430.900,00	
ordentliches Ergebnis in Euro je Einwohner	47,12	132,79	71,86	-127,27	62,00	106,78	-10,52	-82,30	-62,21	-83,85	-51,88	-99,67	-12,82	-20,26	102,37	178,28	#DIV/0!
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!

VG Ramstein-Miesenbach (nur Ortsgemeinden und Stadt)

ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	**1.249.846,96**	**911.993,80**	**2.013.061,55**	**-1.473.265,19**	**763.748,41**	**62.360,81**	**-1.966.278,39**	**279.325,90**	**11.832,40**	**-2.012.710,44**	**-1.855.043,49**	**-3.269.468,47**	**-199.101,40**	**-1.097.131,38**	**-2.075.570,00**	**-1.026.201,00**	**0,00**
ordentliches Ergebnis je Ew.	**67,72**	**49,58**	**111,86**	**-82,77**	**43,43**	**3,69**	**-116,87**	**16,65**	**0,70**	**-118,98**	**-109,24**	**-191,53**	**-11,60**	**-63,65**	**-121,30**	**-60,07**	**#DIV/0!**
Liquiditätskredite	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
Liquiditätskredite	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**#DIV/0!**

Legende:

festgestellter Jahresabschluss			vorläufiger Jahresabschluss		Planwerte	

10 Jahreszeitraum

Liquiditätskredite > 1.000 €

Anforderung Finanzdaten im Rahmen der vorläufigen Kreisumlagefestsetzung 2022

	10 Jahre > 1.000 €/EW	2020> 1.000/EW	2021>1.000/ EW	neg. rdentl. Erg. 21/EW
Kommune	0	0	0	8

VG Weilerbach

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	
VG Weilerbach																		
Einwohner	14304	14350	14348	14259	14143	13900	13874	13806	13836	13955	14105	14144	14127	14189	14238	14280		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	55.031,93	42.602,20	40.199,11	-304.578,63	-506.517,62	-368.461,04	-472.768,99	513.806,36	-714.753,52	-567.756,00	-214.125,00	-225.703,00	-662.859,00	-243.370,00	9.776,00	-70.846,00	-417.560,00	
ordentliches Ergebnis je Ew.	3,85	2,97	2,80	-21,36	-35,81	-26,51	-34,08	37,22	-51,66	-40,68	-15,18	-15,96	-46,92	-17,15	0,69	-4,96	#DIV/0!	X
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55.442,32	0,00	0,00	0,00	0,00		
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,92	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!	
Erzenhausen																		
Einwohner	743	749	755	744	761	759	750	764	775	796	803	799	785	799	780	770		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	10.413,00	105.420,00	2.414,16	-29.714,52	88.484,22	6.764,07	42.231,50	43.579,33	-2.899,40	-12.826,00	-25.033,00	-67.775,00	-16.779,00	-111.838,00	-145.016,00	-63.734,00	-21.304,00	
ordentliches Ergebnis je Ew.	14,01	140,75	3,20	-39,94	116,27	8,91	56,31	57,04	-3,74	-16,11	-31,17	-84,82	-21,37	-139,97	-185,92	-82,77	#DIV/0!	X
Liquiditätskredite	838,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
Liquiditätskredite je Ew.	1,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!	
Eulenbis																		
Einwohner	515	522	508	504	496	487	474	472	455	444	456	484	484	489	500	495		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	2.236,10	513,79	1.590,60	-19.205,99	-17.143,49	-16.470,82	-21.641,53	-10.828,39	-38.868,06	-73.850,00	-86.850,00	-77.194,00	-88.720,00	-53.745,00	-84.316,00	-128.109,00	-81.791,00	
ordentliches Ergebnis je Ew.	4,34	0,98	3,13	-38,11	-34,56	-33,82	-45,66	-22,94	-85,42	-166,33	-190,46	-159,49	-183,31	-109,91	-168,63	-258,81	#DIV/0!	X
Liquiditätskredite	0,00	105.817,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23.716,22	3.737,01	84.007,87	0,00		
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	202,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	49,00	7,64	168,02	0,00	#DIV/0!	
Kollweiler																		
Einwohner	426	437	464	474	479	473	470	484	487	513	510	499	516	540	528	531		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	5.372,71	7.449,52	8.160,29	68.142,30	24.890,13	268.981,16	-8.032,07	-12.964,60	33.966,81	-50.046,00	-31.469,00	-8.191,00	0,00	-40.975,00	-82.689,00	-172.880,00	-85.043,00	
ordentliches Ergebnis je Ew.	12,61	17,05	17,59	143,76	51,96	568,67	-17,09	-26,79	69,75	-97,56	-61,70	-16,41	0,00	-75,88	-156,61	-325,57	#DIV/0!	X
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!	
Mackenbach																		
Einwohner	2.095	2.071	2.074	2.067	2.045	2.026	2.021	1.987	1.977	2.018	2.071	2.020	1.992	1.993	2.050	2.047		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	34.043,69	34.070,73	59.287,91	-58.734,61	-76.529,08	-57.971,15	102.785,41	24.815,62	33.184,98	-133.024,00	-178.813,00	-122.848,00	-169.305,00	-315.798,00	-355.578,00	-367.597,00	5.664,00	
ordentliches Ergebnis je Ew.	16,25	16,45	28,59	-28,42	-37,42	-28,61	50,86	12,49	16,79	-65,92	-86,34	-60,82	-84,99	-158,45	-173,45	-179,58	#DIV/0!	X
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!	
Reichenbach-Steegen																		
Einwohner	1.495	1.502	1.485	1.515	1.470	1.428	1.407	1.402	1.399	1.439	1.438	1.391	1.388	1.369	1.408	1.407		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	105.534,22	8.284,78	-30.421,56	-144.935,24	-26.876,50	-50.735,41	-32.917,74	-35.095,59	-57.878,00	-101.615,00	-78.166,00	-95.417,00	-121.124,00	-263.435,00	-230.884,00	-254.656,00	-190.633,00	
ordentliches Ergebnis je Ew.	70,59	5,52	-20,49	-95,67	-18,28	-35,53	-23,40	-25,03	-41,37	-70,62	-54,36	-68,60	-87,27	-192,43	-163,98	-180,99	#DIV/0!	X
Liquiditätskredite	0,00	97.746,24	0,00	7.701,78	0,00	0,00	121.650,78	64.025,14	57.807,10	0,00	17.148,29	167.104,88	22.232,48	0,00	73.720,03	131.834,04		
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	65,08	0,00	5,08	0,00	0,00	86,46	45,67	41,32	0,00	11,93	120,13	16,02	0,00	52,36	93,70	#DIV/0!	

Gemeinde / Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	
Rodenbach																		
Einwohner	3.187	3.234	3.214	3.193	3.180	3.147	3.152	3.145	3.151	3.182	3.225	3.222	3.175	3.203	3.190	3.215		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	73.981,25	16.077,75		14.831,65	432.321,65	22.269,39	586.677,71	64.141,36	-135.919,00	-510.247,00	0,00	-148.311,00	-510.913,00	-585.831,00	-468.413,00	-870.341,00	-434.242,00	
ordentliches Ergebnis je Ew.	23,21	4,97	0,00	4,65	135,95	7,08	186,13	20,39	-43,14	-160,35	0,00	-46,03	-160,92	-182,90	-146,84	-270,71	#DIV/0!	X
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!	
Schwedelbach																		
Einwohner	1.081	1.075	1.048	1.062	1.050	1.019	1.017	1.016	1.026	1.030	1.038	1.064	1.029	1.045	1.058	1.054		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	16.970,04	16.778,35	44.283,02	492.743,72	126.861,78	5.960,57	-13.397,83	-45.691,63	487.328,96	98.818,00	-84.313,00	-182.170,00	-225.557,00	-231.093,00	-129.102,00	-161.487,00	-211.826,00	
ordentliches Ergebnis je Ew.	15,70	15,61	42,25	463,98	120,82	5,85	-13,17	-44,97	474,98	95,94	-81,23	-171,21	-219,20	-221,14	-122,02	-153,21	#DIV/0!	X
Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!	
Weilerbach																		
Einwohner	4.762	4.760	4.800	4.700	4.662	4.561	4.583	4.536	4.566	4.533	4.564	4.665	4.758	4.751	4.724	4.761		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	158.543,29	96.515,80	196.432,43	324.852,57	233.605,23	557.356,01	1.339.463,62	-355.821,13	-793.472,88	1.347.718,00	660.802,00	-129.308,00	-486.192,00	85.005,00	-298.632,00	74.163,00	-721.377,00	
ordentliches Ergebnis je Ew.	33,29	20,28	40,92	69,12	50,11	122,20	292,27	-78,44	-173,78	297,31	144,79	-27,72	-102,18	17,89	-63,22	15,58	#DIV/0!	
Liquiditätskredite	0,00	0,00	978.742,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
Liquiditätskredite je Ew.	0,00	0,00	203,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	#DIV/0!	
VG Weilerbach (nur Ortsgemeinden)																		
ordentliches Ergebnis (Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit zuzüglich Finanzergebnis)	**407.094,30**	**285.110,72**	**281.746,85**	**647.979,88**	**785.613,94**	**736.153,82**	**1.995.169,07**	**-327.865,03**	**-474.556,59**	**564.928,00**	**176.158,00**	**-831.214,00**	**-1.618.590,00**	**-1.517.710,00**	**-1.794.630,00**	**-1.944.641,00**	**-1.740.552,00**	
ordentliches Ergebnis je Ew.	**28,46**	**19,87**	**19,64**	**45,44**	**55,55**	**52,96**	**143,81**	**-23,75**	**-34,30**	**40,48**	**12,49**	**-58,77**	**-114,57**	**-106,96**	**-126,05**	**-136,18**	**#DIV/0!**	
Liquiditätskredite	**838,32**	**203.563,74**	**978.742,11**	**7.701,78**	**0,00**	**0,00**	**121.650,78**	**64.025,14**	**57.807,10**	**0,00**	**17.148,29**	**167.104,88**	**45.948,70**	**3.737,01**	**157.727,90**	**131.834,04**	**0,00**	
Liquiditätskredite je Ew.	**0,06**	**14,19**	**68,21**	**0,54**	**0,00**	**0,00**	**8,77**	**4,64**	**4,18**	**0,00**	**1,22**	**11,81**	**3,25**	**0,26**	**11,08**	**9,23**	**#DIV/0!**	

Legende:

festgestellter Jahresabschluss	vorläufiger Jahresabschluss	Planwerte	**Die Einwohnerzahlen entsprechen dem aktuellen Stand, zum 31.12. des jeweiligen Jahres**	
			Die Einwohnerzahlen 2021 entsprechenden dem Stand zum 30.09.2021	
10 Jahreszeitraum	Liquiditätskredite > 1.000 €			

Für die Mandanten OG Reichenbach-Steegen und VG Weilerbach sind derzeit Nachträge für 2021 zur Genehmigung bei der Aufsichtsbehörde. Die eingetragenen Werte entsprechen den jeweiligen Nachträgen.

Liquiditätskredite am Bankenmarkt für die Einheitskasse wurden in allen Jahren nicht aufgenommen und sind nicht geplant.
Bei den einzelnen Mandanten beziehen sich die Liquiditätskredite auf eine Entnahmen bei der Einheitskasse.
Die Kassenbestände 2021 sind zum Datum 29.10.2021
Die Werte 2022 entsprechen den Planungen 2021 für das Jahr 2022. Neuere, konkretere Planungen haben noch nicht stattgefunden.

Stand 04.11.2021

TOP Ö 3.10

Weber, Andreas

Von: Steller Manuel <Manuel.Steller@enkenbach-alsenborn.de>
Gesendet: Donnerstag, 18. November 2021 12:25
An: Weber, Andreas
Cc: Alter Andreas; Jonas, Dominic - externe E-Mail-Adresse
Betreff: WG: Kreisumlage 2022 - Erhebung von Finanzdaten sowie Möglichkeit der Stellungnahme

Guten Tag Herr Weber,
wir haben die Ortsgemeinden zu einer Stellungnahme aufgefordert und bis heute nur von Herrn Jonas (OG HSP) eine Rückmeldung erhalten (siehe unten). Die Verbandsgemeinde verzichtet ebenfalls auf eine Stellungnahme.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Viele Grüße aus Enkenbach-Alsenborn

i.A.

Manuel Steller
Abteilungsleitung Finanzen

Verbandsgemeindeverwaltung
Hauptstraße 18
67677 Enkenbach-Alsenborn
Tel.: 06303/913-109
Fax: 06303/4888
Email:manuel.steller@enkenbach-alsenborn.de
URL: http://www.enkenbach-alsenborn.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----
Von: Dominik Jonas <jonas@hochspeyer.eu>
Gesendet: Mittwoch, 3. November 2021 17:13
An: Steller Manuel <Manuel.Steller@enkenbach-alsenborn.de>
Cc: Alter Andreas <Andreas.Alter@enkenbach-alsenborn.de>
Betreff: AW: Kreisumlage 2022 - Erhebung von Finanzdaten sowie Möglichkeit der Stellungnahme

Hallo Manuel,

nachstehend die Stellungnahme der Ortsgemeinde Hochspeyer abgestimmt mit meinen Beigeordneten:

Die Ortsgemeinde Hochspeyer gibt folgende Stellungnahme zum Schreiben des Landrates ab:

Zur Erledigung unserer Pflichtaufgaben im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge und Selbstverwaltung und im Hinblick auf die möglicherweise gleichbleibende Verbandsgemeindeumlage von 37% bittet die Ortsgemeinde Hochspeyer auch um eine Festschreibung der Kreisumlage auf dem aktuellen Satz und würde dieses Vorgehen, sofern von der Kreisverwaltung angestrebt, ausdrücklich befürworten und begrüßen. Eine eventuelle Reduzierung der Kreisumlage, sofern möglich, nehmen wir als Ortsgemeinde natürlich auch gerne an. Einer Erhöhung des aktuellen Kreisumlagesatzes kann zur Aufrechterhaltung und Erledigung der kommunalen Selbstverwaltung leider keine Zustimmung erteilt werden.

Viele Grüße

Dominic Jonas
Bürgermeister der Gemeinde Hochspeyer

VERBANDSGEMEINDEVERWALTUNG LANDSTUHL

Verbandsgemeindeverwaltung Landstuhl | Kaiserstr. 49 | 66849 Landstuhl

Im Auftrag der

Verbandsangehörige Gemeinden:
Sickingenstadt Landstuhl, Bann, Hauptstuhl, Kindsbach, Krickenbach, Linden, Mittelbrunn, Oberarnbach, Queidersbach, Schopp, Stelzenberg, Trippstadt

Kontakt: Telefon: 06371/8 30
Telefax: 06371/8 31 01
E-Mail: vg@landstuhl.de
Internet: www.landstuhl.de

Kreisverwaltung Kaiserslautern
Herrn Landrat Ralf Leßmeister
Lauterstraße 8
67657 Kaiserslautern

Öffnungszeiten Rathaus, Einwohnermeldeamt & Werke:		**Alte Rentei & Sozialverwaltung:**	
Mo - Mi	08.30 - 12.00 Uhr 14.00 - 16.00 Uhr	Mo - Mi	08.30 - 12.00 Uhr
Do	08.00 - 18.00 Uhr	Do	08.00 - 18.00 Uhr
Fr	08.30 - 12.00 Uhr	Fr	08.30 - 12.00 Uhr

Unser Zeichen / Schreiben:
5F/968-02
Ihr Zeichen / Schreiben:

Bearbeiter/in: Hr. Broschart
Zimmer-Nr.: 206

Telefon: 06371 / 83-456
Telefax: 06371 / 83-101
E-Mail: Yanik.Broschart@landstuhl.de

Datum: 24.11.2021

Stellungnahme zur Höhe des Kreisumlagesatzes für das Jahr 2022

Sehr geehrter Herr Landrat Leßmeister,

wir geben bezüglich der Höhe des Kreisumlagesatzes folgendes zu bedenken:

Die Haushalte und die Jahresabschlüsse der Sickingenstadt Landstuhl und der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Landstuhl sind defizitär. Nach Berücksichtigung der Vorjahresergebnisse sind sogar erhebliche Defizite zu verzeichnen.

An dieser Stelle sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die defizitären Haushaltslagen unserer Ortsgemeinden und der Sickingenstadt Landstuhl trotz der teilweise bereits erheblich über den landesdurchschnittlichen Hebesätzen liegenden Realsteuern vorherrschen.

Es ist weiter anzuführen, dass ausschließlich durch die Zweite Landesverordnung zur Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung vom 07.12.2016, die den Haushaltsausgleich ohne Berücksichtigung der Vorjahreswerte vorsieht, die Haushaltspläne und Jahresabschlüsse der beiden ehemaligen Verbandsgemeinden annähernd in den positiven Bereich gelangen.

Hierfür ist jedoch der Verbandsgemeindeumlagesatz von 43,7 % maßgeblich verantwortlich. Zu bemerken ist, dass in den Vorjahren der Umlagesatz bereits 45,83 % in

der Verbandsgemeinde Landstuhl bzw. 45,95 % in der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd betrug.

Zusammen mit der Verbandsgemeindeumlage ergäbe sich bei einem Kreisumlagesatz von 42,25 % eine Gesamtbelastung von 85,95 %. Mit solch einer unzureichenden Finanzausstattung sind die Pflichtaufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung durch die Kommunen nicht zu erfüllen.

Im Ergebnis bewirkt eine Erhöhung der Kreisumlage lediglich eine Umverteilung der Finanzprobleme der Kommunen. Dies ist aus unserer Sicht inakzeptabel.

Insbesondere auch das sechste Landesgesetz zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes Rheinland-Pfalz vom 10.10.2018 brachte unseren Ortsgemeinden und der Sickingenstadt Landstuhl nur marginale Mehreinnahmen, was uns wiederum zeigt, dass die Kommunen als kleinstes Glied in der Kette mal wieder die großen Verlierer der Neuerungen im Landesfinanzausgleichsgesetz Rheinland-Pfalz sind.

Ferner verweisen wir auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 17.07.2020, welches der Klage des Landkreises Kaiserslautern gegen die Ersatzvornahme des Landes und die damit erzwungene Erhöhung der Kreisumlage stattgegeben hat.
Auch die darauffolgende Beschwerde vom Land beim Bundesverwaltungsgericht wurde am 29.07.2021 abgewiesen, sodass das Urteil rechtskräftig ist.
Trotz dieses Urteils besteht die desaströse finanzielle Lage für viele Kommunen weiterhin.

Mit Urteil vom 16.12.2020 hat der Verfassungsgerichtshof bereits festgestellt, dass das Landesfinanzausgleichsgesetz Rheinland-Pfalz verfassungswidrig ist und bis zum 01.01.2023 der kommunale Finanzausgleich neu geregelt werden muss. Aus kommunaler Sicht ist es mit diesem Urteil aber nicht getan, da dadurch die finanzielle Mindestausstattung der Kommunen durch das Land nur eingeschränkt berücksichtigt wird. Ebenso fehlt es an einer ausdrücklichen Verpflichtung des Landes für den Abbau der kommunalen Altschulden Sorge zu tragen.
Daher begrüßen wir die Klage beim Bundesverfassungsgericht für eine bessere Finanzausstattung durch das Land Rheinland-Pfalz.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Peter Degenhardt)
Bürgermeister

Weber, Andreas

Von: Gieser Peter <Peter.Gieser@ramstein.de>
Gesendet: Mittwoch, 10. November 2021 15:24
An: Weber, Andreas
Cc: Herp Laura
Betreff: AW: Kreisumlage 2022 - Erhebung von Finanzdaten sowie Möglichkeit der Stellungnahme
Anlagen: Ersatz für ursprünglichen Inhalt.txt

Sehr geehrter Herr Weber,

in der Anlage erhalten Sie die von und ergänzten Finanzdaten.
Der Umlagesatz für die Verbandsgemeindeumlage 2021 wurde auf 39 v.H. festgelegt.
Zurzeit sind wir mit der Planerstellung für das Haushaltsjahr 2022 beschäftigt. Es kann davon ausgegangen werden, dass in der Verbandsgemeinde Ramstein-Miesenbach der Umlagesatz für das Jahr 2022 ebenfalls auf 39 v.H. festgesetzt wird.

Zur Höhe des Kreisumlagensatzes möchten wir folgende kurze Stellungnahme geben:

Die Haushalte unserer Ortsgemeinden, Stadt und der Verbandsgemeinde sind alle noch in Aufstellung.
Die von uns gemeldeten Steuerkraftzahlen an den Landkreis führen bei diesem bereits zu einem höheren Ertrag aus der Kreisumlage.
Wir haben Verständnis für die Beibehaltung des Umlagesatzes in Höhe von 42,25 v.H., insbesondere auch unter dem Aspekt des hohen Standes an Liquiditätskrediten. Eine weitere Erhöhung würde die kreisangehörigen Kommunen jedoch zusätzlich belasten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Peter Gieser

Von: Weber, Andreas <andreas.weber@kaiserslautern-kreis.de>
Gesendet: Dienstag, 2. November 2021 08:00
An: Christopher Bretscher <christopher.bretscher@landstuhl.de>; Hans Jürgen Biet <hansjuergen.biet@vg-weilerbach.de>; Lydia Fischer <lydia.fischer@vgbm.de>; Gieser Peter <Peter.Gieser@ramstein.de>; Sören Rott <soeren.rott@otterbach-otterberg.de>
Cc: Leßmeister, Ralf <Ralf.Lessmeister@kaiserslautern-kreis.de>; Lauer, Thomas <Thomas.Lauer@kaiserslautern-kreis.de>; Anja Pfeiffer <anja.pfeiffer@vg-weilerbach.de>; Erik Emich <erik.emich@vgbm.de>; Harald Westrich <harald.westrich@otterbach-otterberg.de>; Peter Degenhardt <peter.degenhardt@landstuhl.de>; Hechler Ralf <Ralf.Hechler@ramstein.de>
Betreff: WG: Kreisumlage 2022 - Erhebung von Finanzdaten sowie Möglichkeit der Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Ergänzung zur Mail von vorhin ist dieser Mail noch die im Schreiben von Landrat Leßmeister genannte Anlage Finanzdaten der Orts- und Verbandsgemeinden im Kreishaushalt 2021 beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag:

Andreas Weber

Kreisverwaltung Kaiserslautern
Fachbereich 1.3 / Finanzen
Lauterstraße 8
67657 Kaiserslautern
Telefon: +49 (0631) 7105-518
Telefax: +49 (0631) 7105-601

mailto:andreas.weber@kaiserslautern-kreis.de
http:\\www.kaiserslautern-kreis.de

Von: Weber, Andreas
Gesendet: Dienstag, 2. November 2021 07:53
An: 'Christopher Bretscher'; 'Hans Jürgen Biet'; 'Lydia Fischer'; 'Peter Gieser'; 'Sören Rott'
Cc: Leßmeister, Ralf; Lauer, Thomas; 'Anja Pfeiffer'; 'Erik Emich'; 'Harald Westrich'; 'Peter Degenhardt'; 'Ralf Hechler'
Betreff: Kreisumlage 2022 - Erhebung von Finanzdaten sowie Möglichkeit der Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag von Landrat Leßmeister übersende ich Ihnen ein Schreiben zur Kreisumlage 2022.

Zur Beurteilung der Finanzsituation der kreisangehörigen Gemeinden möchten wir die im Gerichtsverfahren vor dem OVG erhobenen Finanzdaten aktualisieren und fortschreiben. Die bisher verwendeten Excel Übersichten sind ebenfalls als Anlage beigefügt.

Wir bitten um zeitnahe Übermittlung der aktualisierten Übersichten, spätestens bis zum 10.11.2021.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag:

Andreas Weber

Kreisverwaltung Kaiserslautern
Fachbereich 1.3 / Finanzen
Lauterstraße 8
67657 Kaiserslautern
Telefon: +49 (0631) 7105-518
Telefax: +49 (0631) 7105-601

mailto:andreas.weber@kaiserslautern-kreis.de
http:\\www.kaiserslautern-kreis.de

Im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens werden auch personenbezogene Daten erfasst und gespeichert. Nähere Informationen hierzu und zu den aus der EU-Datenschutz-Grundverordnung resultierenden Rechten haben wir auf unserer Internetseite bereitgestellt

https://www.kaiserslautern-kreis.de/service-links/datenschutz.html

Weber, Andreas

Von: Biet, Hans Jürgen <HansJuergen.Biet@vg-weilerbach.de>
Gesendet: Dienstag, 9. November 2021 08:56
An: Weber, Andreas
Betreff: AW: Kreisumlage 2022 - Erhebung von Finanzdaten sowie Möglichkeit der Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Weber,

ich nehme Bezug auf Ihr nachstehendes Schreiben. Die Finanzdaten 2022 gehen Ihnen heute mit gesonderter Mail von Frau Radtke zu. Bitte beachten Sie dortigen Hinweise.

Zur Gestaltung der Kreisumlage 2022 sind wir der Auffassung, dass diese in der bisherigen Höhe vertretbar und gerechtfertigt erscheint, vorbehaltlich Ihrer planerischen Erdordernisse für das neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Jürgen Biet
Verbandsgemeinde Weilerbach
Stellvertretender Abteilungsleiter 1
Leiter Sachgebietsgruppe Finanzen
Rummelstraße 15
67685 Weilerbach
Tel. 06374 / 922-261
Fax 06374 /922-149
Email: HansJuergen.Biet@vg-weilerbach.de
Web: www.weilerbach.de

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail oder von Teilen dieser Mail ist nicht gestattet.

Im Zuge eines Verwaltungsverfahrens bzw. einer Rechnungsverarbeitung werden auch personen- und unternehmensbezogene Daten erfasst und gespeichert. Nähere Informationen hierzu und zu den aus der EU-Datenschutz-Grundverordnung resultierenden Rechten haben wir auf unserer Internetseite bereitgestellt:

https://www.weilerbach.de/datenschutzerklaerung/."

Von: Weber, Andreas <andreas.weber@kaiserslautern-kreis.de>
Gesendet: Dienstag, 2. November 2021 07:53
An: Bretscher Christopher <Christopher.Bretscher@landstuhl.de>; Biet, Hans Jürgen <HansJuergen.Biet@vg-weilerbach.de>; Lydia Fischer <lydia.fischer@vgbm.de>; Gieser Peter <Peter.Gieser@ramstein-miesenbach.de>; Sören Rott <soeren.rott@otterbach-otterberg.de>
Cc: Leßmeister, Ralf <Ralf.Lessmeister@kaiserslautern-kreis.de>; Lauer, Thomas <Thomas.Lauer@kaiserslautern-kreis.de>; Pfeiffer Anja <Anja.Pfeiffer@vg-weilerbach.de>; Emich Erik <erik.emich@vgbm.de>; Harald Westrich <harald.westrich@otterbach-otterberg.de>; Degenhardt Peter <Peter.Degenhardt@landstuhl.de>; Hechler Ralf <Ralf.Hechler@ramstein-miesenbach.de>
Betreff: Kreisumlage 2022 - Erhebung von Finanzdaten sowie Möglichkeit der Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag von Landrat Leßmeister übersende ich Ihnen ein Schreiben zur Kreisumlage 2022.

Zur Beurteilung der Finanzsituation der kreisangehörigen Gemeinden möchten wir die im Gerichtsverfahren vor dem OVG erhobenen Finanzdaten aktualisieren und fortschreiben. Die bisher verwendeten Excel Übersichten sind ebenfalls als Anlage beigefügt.

Wir bitten um zeitnahe Übermittlung der aktualisierten Übersichten, spätestens bis zum 10.11.2021.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag:

Andreas Weber

Kreisverwaltung Kaiserslautern
Fachbereich 1.3 / Finanzen
Lauterstraße 8
67657 Kaiserslautern
Telefon: +49 (0631) 7105-518
Telefax: +49 (0631) 7105-601

mailto:andreas.weber@kaiserslautern-kreis.de
http:\\www.kaiserslautern-kreis.de

Im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens werden auch personenbezogene Daten erfasst und gespeichert. Nähere Informationen hierzu und zu den aus der EU-Datenschutz-Grundverordnung resultierenden Rechten haben wir auf unserer Internetseite bereitgestellt

https://www.kaiserslautern-kreis.de/service-links/datenschutz.html

TOP Ö 3.11

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 1.3
1.3/lt/11612
2638/2021

28.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Haushaltssatzung 2022 des Landkreises Kaiserslautern
a) Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022
b) Investitionsübersicht für die Jahre 2022-2025
c) Wirtschaftsplan der Abfallentsorgungseinrichtung 2022

Sachverhalt:

Im Haushaltsplanentwurf 2022 sind veranschlagt:

1. im **ERGEBNISHAUSHALT**
   der Gesamtbetrag der **Erträge** auf.....182.552.315 €
   der Gesamtbetrag der **Aufwendungen** auf..... 189.653.535 €
   der ~~Jahresüberschuss~~ / **Jahresfehlbetrag** auf..... 7.101.220 €

2. im **FINANZHAUSHALT**
   die ordentlichen Einzahlungen auf..... 180.538.555 €
   die ordentlichen Auszahlungen auf..... 183.978.716 €
   der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf.....-3.440.161 €

   die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf.....43.613.083 €
   die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf.....57.403.749 €
   der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf..... - 13.790.666 €

   die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf..... 20.326.827 €
   die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf..... 3.096.000 €
   der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf.....17.230.827 €

   der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf..... 244.478.465 €
   der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf..... 244.478.465 €
   die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf..... 0 €.

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 20.326.827 € setzt sich zusammen aus

Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	13.790.666 €
Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten	3.096.000 €
Einzahlungen aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten	6.536.161 €

Der Gesamtbetrag der Investitionskredite wird auf 13.790.666 € festgesetzt.
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen beträgt 8.983.333 €.
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 240.000.000 € festgesetzt.

Beschlussvorschlag:

a) Der Kreistag beschließt aufgrund der §§ 17, 25 und 57 Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz (LKO RLP) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 188), zuletzt geändert durch Art. 2 und 5 des Gesetzes vom 17.12.2020 (GVBl. S. 728) und den §§ 95 ff. Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO RLP) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Art. 1 und 4 des Gesetzes vom 17.12.2020 (GVBl. S. 728), die Haushaltssatzung 2022 und den Haushaltsplan mit den beigefügten Anlagen in der Fassung vom 23.11.2021.

b) Der Kreistag beschließt aufgrund § 4 Abs. 12 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 18.05.2006 (GVBl. S. 203), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 26.11.2019 (GVBl. S. 333), die vorliegende Investitionsübersicht für die Jahre 2022 - 2025.

c) Der Kreistag beschließt aufgrund der §§ 57 LKO RLP i.V.m. § 85 ff. GemO RLP den Wirtschaftsplan 2022 der Einrichtung Abfallentsorgung.

Im Auftrag:

Thomas Lauer

TOP Ö 3.12

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 1.1
1.1/cz/11301
2631/2021

23.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Vergabeplanungen 2022 ff.

Sachverhalt:

Durch die Abteilungen wurden für die Jahre 2022 ff. die aus den Anlagen ersichtlichen Vergaben gemeldet.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag ermächtigt die Verwaltung die in den Anlagen aufgeführten Maßnahmen zum jeweils erforderlichen Zeitpunkt auszuschreiben.

Im Auftrag:

Achim Schmidt

Kreisverwaltung Kaiserslautern
Abteilung 1 „Zentrale Aufgaben und Finanzen“

Geplante Vergabeentscheidungen für Leistungen im Haushaltsjahr 2022 22.11.2021

Leistung	**Konto**	Empfänger/ Auftraggeber	Maßnahme/ Auftragsleistung	geplante Vergabe	geplante Kosten	Ansatz HPL 2021
11456 u.a	562200	Landkreis Kaiserslautern	Ausstattung Fuhrpark der KV mit insgesamt 23 Fahrzeugen		ca. 60.000,00 €	Veranschlagung bei jew. Konten

TOP Ö 3.12

Straßenbauprogramm 2022 - 2025

30.09.2021

TOP Ö 3.12

	Nr.	Maßnahme (Nr.-HH)	Gesamt-kosten	Förder-satz	Geplante Gesamt-zuwen-dungen	nachrichtlich: Auszahlungs stand 30.09.2021	nachrichtlich: Ansatz 2021 Auszahlungen	Auszahlungen: Ansatz 2022 Auszahlungen	davon aus 2021	Verpflichtungsermächtigungen bzw. Auszahlungen in Folgejahre: 2023	2024	2025	Einzahlungen: Ansatz 2022 Einzahlungen	2023 Einzah-lungen	2024 Einzah-lungen	2025 Einzah-lungen	SUMME
			EUR	%	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		EUR
Vorjahre		Fertige Maßnahmen, noch Schlussabwickl. [M-20804] **1)**	155.000		100.750	***416.060***	**155.000**	**155.000**	**155.000**				**100.750**				**100.750**
		Grunderwerb allgemein	10.000		0		**10.000**	**10.000**					**0**				**0**
2019-2021	K 62	OD Otterbach [M-21701]	1.960.000	67%	1.313.200	***24.923***	**10.000**	**0**					**0**				**0**
	K 13	Freie Strecke zw. Kreisgrenze u. Rodenbach inkl.Einmündung Tränkwald [M-21905]	720.000	71%	511.200	***37.973***	**720.000**	**0**					**0**				**0**
	K 22	OD Untersulzbach [M-21903]	975.000	65%	633.750	***130.343***	**450.000**	**450.000**		**75.000**			**292.500**	**48.750**			**341.250**
2022	K 9	Fr. Strecke zw. Weltersbach u. Steinwenden [M-21901]	200.000	75%	150.000	***0***	**20.000**	**200.000**	**20.000**				**150.000**	**0**			**150.000**
	K 9	Fr. Strecke zw. L 356 u. Weltersbach [M-22001]	2.000.000	71%	1.420.000	***0***	**400.000**	**1.350.000**		**250.000**			**958.500**	**177.500**			**1.136.000**
	K 59	OD Krickenbach [M-21904]	900.000	65%	585.000	***0***	**300.000**	**600.000**	**300.000**	**300.000**			**390.000**	**195.000**			**585.000**
	K 37	OD Otterberg, Stützmauer [M-22003]	67.000	75%	50.250	***0***	**67.000**	**0**		**67.000**			**0**	**50.250**			**50.250**
	K 6	Fr. Strecke zw. Reuschbach u. Fockenberg [M-22103]	900.000	73%	657.000	***0***	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**750.000**	**100.000**		**36.500**	**547.500**	**73.000**		**657.000**
	K 40	Stützmauer Otterbach [M-21906]	100.000	75%	75.000	***110***	**100.000**	**100.000**	**100.000**				**75.000**				**75.000**
	K 23	Fr. Strecke zw. Kühbörncheshof u. Katzweiler [M-22104]	500.000	74%	370.000	***0***	**400.000**	**150.000**	**150.000**	**350.000**			**111.000**	**259.000**			**370.000**
	K 40	Fr. Strecke zw. Otterbach u. Morlautern [M-22101]	550.000	72%	396.000	***74.418***	**500.000**	**50.000**					**36.000**				**36.000**
	K 27	Brücke bei Frankelbach [M-21704]	400.000	75%	300.000	***0***	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**350.000**			**37.500**	**262.500**			**300.000**
2023	K 11	OD Obermohr [M-22002]	850.000	65%	552.500		**0**	**0**		**100.000**	**600.000**	**150.000**	**0**	**65.000**	**390.000**	**97.500**	**552.500**
	K67/68	OD Gerhardsbrunn ***[M-22303]***	1.500.000	65%	975.000		**0**	**0**		**50.000**	**1.450.000**		**0**	**32.500**	**942.500**		**975.000**
	K 19	OD Erzenhausen ***[M-22201]***	1.100.000	65%	715.000		**0**	**0**		**50.000**	**600.000**	**450.000**	**0**	**32.500**	**390.000**	**292.500**	**715.000**
2024	K 13	Kreisel Weilerbach + Strecke bis Dorfplatz ***[M-22301]***	600.000	65%	390.000		**0**	**0**			**500.000**	**100.000**	**0**		**325.000**	**65.000**	**390.000**
	K 31	OD Morbach ***[M-22302]***	750.000	65%	487.500		**0**	**0**			**250.000**	**500.000**	**0**		**162.500**	**325.000**	**487.500**
	K 74	OD Lambsborn ***[M-22102]***	1.500.000	65%	975.000		**0**	**0**			**50.000**	**1.450.000**	**0**		**32.500**	**942.500**	**975.000**
		Summe:	**15.737.000**		**10.657.150**	***683.827***	**3.232.000**	**3.165.000**	**825.000**	**2.342.000**	**3.550.000**	**2.650.000**	**2.187.750**	**1.670.500**	**2.315.500**	**1.722.500**	**7.896.250**
							davon neue Maßnahmen	**2.340.000**		**davon Verpflichtungserm. (VE)**							
										2.142.000	**100.000**	**0**					

1) Abwicklung Altmaßnahmen setzt sich aus mehreren Baumaßnahmen, bei denen ein Ansatz im Vorjahr eingeplant war und die noch fertigzustellen sind, zusammen.

Ergänzend zum Bauprogramm 2021-2024 liegen dem LBM Kaiserslautern für folgende Projekte Planungsaufträge vor:

K 31 - OD Niederkirchen, K 32 - OD Niederkirchen OT Kreutzhof, K34 FS zw. Otterberg und Lauerhof, K 35 - OD Drehentahlerhof, K 50 - OD Trippstadt (L500-K53), K 72 - OD Schopp

Kreisverwaltung Kaiserslautern
Abteilung "Ordnung, Verkehr und Schulen"

TOP Ö 3.12

Geplante Vergabeentscheidungen für Investitionsmaßnahmen/Leistungen im Haushaltsjahr 2021:

Lfd Nr.	Leistung	Konto	Maßn. Nr.	Empfänger/Auftraggeber	Maßnahme/Auftragsleistung	geplante Vergabe	Geplante Kosten	Ansatz HPL 2021/ Ermächt. aus Vorjahren	VE	Zuwendungen	Bemerkungen
1	12802			Katastrophenschutz Landkreis Kaiserslautern	Ersatzbeschaffung TK-Anlage für IuK & FLZ	Ausschreibung	25.000 €				
2	12802		82001	Katastrophenschutz Landkreis Kaiserslautern	MZF 2 mit Ladebühne für den Fernmeldedienst	Ausschreibung	162.000 €			30.000,00 €	
3	12601		82008	Katastrophenschutz Landkreis Kaiserslautern	MZF 3 für die Tunnelrettung Hochspeyer	Ausschreibung	170.000 €			81.000,00 €	41.000 Zuwendung Land 40.000 Zuwendung VG E-A
4	12601		81504	Deutsches Rotes Kreuz	Zuwendung für den Bau einer Rettungswache in Schwedelbach	Ausschreibung	340.000 €				
5	24101	524120		Kreisverwaltung Kaiserslautern FB 3.1	Ausschreibung Behindertenbeförderung zur Förderschule REHA Westpfalz	Europaweite Ausschreibung	850.000 €				Die Beförderung wird mit Wirkung zum Schuljahr 2022/2023 ausgeschrieben (Kosten 850.000 Euro pro Jahr)
6	24101	524120		Kreisverwaltung Kaiserslautern FB 3.1	Einrichtung der Beförderung von Schülerinnen und Schülern des Sickingen-Gymnasiums zum Standort Wallhalben im Rahmen der Sanierungsmaßnahme	Ausschreibung					Der Beginn der Beförderung ist zum Schuljahr 2021/2022 eingeplant. Die Kosten können aktuell noch nicht beziffert werden
7	24102	524120		Kreisverwaltung Kaiserslautern, FB 3.1	Szenario: Einrichtung einer Kindergartenbeförderung mittels Kleinbussen zur Wahrung der Aufsichtsplicht bei gleichzeitiger Einstellung der Bereitstellung von Begleitpersonen in den 12m-Solobussen	Ausschreibung	300.000 €				Die mögliche Ersparnis durch die Einstellung der Bereitstellung von Begleitpersonen,sowie durch die reduzierte Anzahl von Fahrkarten in der Kindergartenbeförderung führt zu keiner wesentlichen Kostensteigerung im Haushalt gegenüber dem Status Quo.
				Gesamt			**1.847.000 €**	**- €**	**- €**	**111.000 €**	

TOP Ö 3.13

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 1.3
1.3/lt/11612
2639/2021

28.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Annahme von Spenden-/Sponsoringgeldern gem. § 58 Abs. 3 LKO

Sachverhalt:

Der Landkreis Kaiserslautern erhält zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 LKO von der Sparkasse Kaiserslautern jährlich Spenden-/Sponsoringgelder.

Im Haushaltsplan 2022 sind folgende Positionen vorgesehen:

Teilhaushalt	Produkt	Konto	Betrag
1	2810 / Kulturförderung	462920	20.000 €
10	2630 / Kreismusikschule	462920	160.000 €
10	2710 / Kreisvolkshochschule	462920	20.000 €
11	3310 / Schuldnerberatung	462921	110.000 €
		SUMME	**310.000 €**

Die zu erwartenden Spenden-/Sponsoringangebote der Sparkasse Kaiserslautern mit einer Summe von 310.000 € werden der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Trier mit Vorlage des Haushaltsplanes 2022 angezeigt.

Über die Annahme der Spendengelder entscheidet nach § 58 Abs. 3 LKO der Kreistag. Nach § 4 Abs. 1 Ziff. 11 der Hauptsatzung ist die Entscheidung bis zu einer Wertgrenze von 100.000 € auf den Kreisausschuss übertragen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Spenden/Sponsoringangebote in Höhe von 310.000 € anzunehmen, vorausgesetzt, es werden von der ADD Trier keine Bedenken geltend gemacht.

Im Auftrag:

Thomas Lauer

TOP Ö 3.14

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Landkreis Kaiserslautern

Fachbereich 5.4
5.4/MM-53790/JA21
2522/2021

09.11.2021

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss	17.11.2021	öffentlich
Kreisausschuss	06.12.2021	öffentlich
Kreistag	13.12.2021	öffentlich

Vollzug der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung, der Landkreisordnung und der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen

I. Schlussbesprechung über den Jahresabschluss 2020
II. Feststellung des Jahresabschlusses 2020
III. Verwendung des Jahresgewinns

Sachverhalt:

I. Schlussbesprechung über den Jahresabschluss 2020 der Einrichtung Abfallentsorgung

Über die Ergebnisse der Prüfung des Jahresabschlusses der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern hat zwischen dem Abschlussprüfer und dem Landrat in seiner Funktion als Werkleiter eine Schlussbesprechung zu erfolgen.

Nachdem die Einrichtung zwar nach Eigenbetriebsrecht verwaltet, ein eigener Werkausschuss aber nicht gebildet wurde, findet die Schlussbesprechung im Rahmen der Sitzung des Kreisausschusses statt.

Gemäß § 4 Abs. 4 der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen vom 22.07.1991 ist vor der Feststellung des Jahresabschlusses, die durch den Kreistag erfolgt, diese Schlussbesprechung durchzuführen.

Nach Feststellung des Wirtschaftsprüfers Herrn Kopf von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DORNBACH GmbH und aufgrund der bei dessen Prüfung gewonnener Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland- Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Einrichtung zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der

Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltend handelsrechtlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklärt er darüber hinaus, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Der vorläufige Jahresabschluss 2020 mit Bilanz zum 31.12.2020, die Gewinn- und Verlustrechnung und dem Lagebericht sind dieser Beratungsvorlage als Anlage beigefügt. Ebenso der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DORNBACH GmbH über die Prüfung des Jahresabschlusses.

II. Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Abfallentsorgungseinrichtung

Der Jahresabschluss der Einrichtung Abfallentsorgung wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DORNBACH GmbH, Mainz geprüft.

a) Die Jahreserfolgsrechnung schließt mit einem Jahresverlust von **407.017,41 EUR** ab.

b) Die Bilanzsumme zum 31.12.2020 schließt mit einem Betrag von **3.271.219,95 EUR** ab.

Der Jahresabschluss ist gem. § 27 EigAnVO dem Werksausschuss vorzulegen und durch diesen festzustellen. Da beim Landkreis ein solcher nicht gebildet ist, erfolgt die Vorlage an den Kreisausschuss und Kreistag. Die formelle Feststellung des Jahresergebnisses erfolgt durch den Kreistag.

III. Verwendung des Jahresgewinns

Die Abfallwirtschaftseinrichtung hat im Jahr 2020 einen Jahresverlust von **407.017,41 EUR** erwirtschaftet. Dieser setzt sich aus einem **Verlust im hoheitlichen Bereich i.H.v. 542.766,02 EUR** und einem **Gewinn aus BgA i.H.v. 135.748,61 EUR** zusammen. Über die Verwendung des Jahresgewinns der Einrichtung hat der Kreistag zu entscheiden.

Nach § 11 Abs. 8 der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) sind die ausgabewirksamen Verluste aus der Geschäftstätigkeit spätestens im folgenden Jahr durch Haushaltsmittel des Einrichtungsträgers auszugleichen.

Im Geschäftsjahr 2020 beläuft sich der ausgabewirksame Teil des Jahresverlustes auf einen Betrag von **312 TEUR**. Dieser ist im Folgejahr aus Haushaltsmitteln des Landkreises gemäß § 11 Abs. 8 EigAnVO auszugleichen. Soweit in den folgenden fünf Jahren Einnahmeüberschüsse aus laufenden Entgelten erwirtschaftet werden, können diese bis zur Höhe des Ausgleichs für ausgabewirksame Verluste an den Einrichtungsträger zurückgezahlt werden.

Die ausgabewirksamen Teile des Jahresverlustes sind kraft Gesetzes durch den Einrichtungsträger auszugleichen. Hierfür sind im Haushalt des Landkreises 2022 entsprechende Mittel bereit zu stellen. Da es sich hierbei um eine gesetzliche Bestimmung der EigAnVO handelt, ist hierfür keine eigene Beschlussfassung erforderlich.

Da auszahlungswirksame Verluste der Vorjahre stets in Form von Unterdeckungen mit in die Gebührenkalkulation der Folgejahre einfließen, ist seitens der Einrichtung hinreichend sichergestellt, dass die entsprechenden Mittel erwirtschaftet werden, um diese in voller Höhe auch wieder an den Einrichtungsträger innerhalb der gesetzlichen Fristen zurück zahlen zu können.
Seit dem Jahr 2016 bestehen keine nach EigAnVO realisierbaren Rückzahlungsverpflichtungen mehr gegenüber dem Landkreis für durch diesen übernommene Verlustausgleiche aus Vorjahren. Unabhängig davon wurden in den vergangenen Jahren die Gewinne aus dem Betrieb gewerblicher Art „DSD“ gem. § 8 Abs. I S. 5 KAG zur Verstärkung des allgemeinen Haushaltes an den Einrichtungsträger abgeführt, da die Gesamteinrichtung seit diesem Zeitpunkt, im

Gegensatz zu 2020, keine Verluste mehr erwirtschaftet hat.

Von einer solchen Ausschüttung, sollte insbesondere aufgrund der extrem schwierigen Wirtschaftslage, die sich u. a. aus der aktuellen Corona-Pandemie, aber auch aus der unsicheren Weltmarktlage in Bezug auf die sehr volatilen Wertstoffpreise ergibt, abgesehen werden. Darüber hinaus sind im Lagebericht 2020 verschiedene Entwicklungen dargelegt, deren Folgen sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nachteilig auf die zukünftige wirtschaftliche Situation der Einrichtung auswirken werden. Es erscheint daher vielmehr sinnvoll, den Gewinn des Betriebes gewerblicher Art in der Einrichtung selbst zu belassen, um diesen bei Bedarf zur Stabilisierung der Abfallgebühren bzw. zum Ausgleich dieser wirtschaftlichen Gegebenheiten heranziehen zu können.

Da die Gewinne aus dem Bereich des BgA in diesem Fall in der Einrichtung verbleiben und keine Ausschüttung gegenüber Dritten (Landkreis) erfolgt, bleibt darüber hinaus auch sichergestellt, dass für diese sog. „stehenden Gewinne“ keine Kapitalertragssteuerpflicht ausgelöst wird.

Die Verwaltung schlägt daher vor, keine Ausschüttung vorzunehmen und den Jahresverlust 2020 in Höhe von **407.017,41 EUR** auf neue Rechnung vorzutragen.

Hinweis zur Entlastungserteilung:

Die Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2020 wird zusammen mit der Entlastung für das Haushaltsjahr 2020 des Landkreises Kaiserslautern nach § 114 Abs. I S. 2 GemO erteilt.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss/ Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

I. Der Kreistag nimmt den vorläufigen Jahresabschluss 2020 bestehend aus der Bilanz zum 31.12.20, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang sowie dem Lagebericht und dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DORNBACH GmbH zur Kenntnis.

II. Der Jahresabschluss 2020 für die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises wird gem. § 27 EigAnVO wie folgt festgestellt:

   a. Die Jahreserfolgsrechnung schließt mit einem Jahresverlust von **407.017,41 EUR** ab.

   b. Die Bilanzsumme zum 31.12.20120 beträgt **3.271.219,95 EUR**.

III. Der Jahresverlust 2020 in Höhe von **407.017,41 EUR** wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Im Auftrag:

Michael Mersinger
Fachbereichsleiter

Anlage/n:

Jahresabschluss Abfallwirtschaft 2020 mit Prüfbericht

Interne Erläuterungsberichte 2020

TOP Ö 3.14

Abfallentsorgungseinrichtung des
Landkreises Kaiserslautern,
Kaiserslautern

Wirtschaftsjahr 2020

Bericht

über die Prüfung des

Jahresabschlusses und Lagebericht zum

31. Dezember 2020

DORNBACH GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Mainz

Inhaltsverzeichnis

		Seite
A.	Prüfungsauftrag	3
B.	Grundsätzliche Feststellungen	5
	I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch den gesetzlichen Vertreter, den Landrat des Kreises Kaiserslautern	5
C.	Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	8
D.	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	13
E.	Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	18
	I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	18
	1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	18
	2. Jahresabschluss	18
	3. Lagebericht	19
	II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	19
	1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	19
	2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	20
	3. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	20
	4. Zusammenfassende Beurteilung	20
	III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	20
	1. Vermögenslage	21
	2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	23
	3. Ertragslage	24
F.	Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags	27
	I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	27
G.	Schlussbemerkung	28

Anlagen

1. Bilanz zum 31. Dezember 2020
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2020
3. Anhang für das Wirtschaftsjahr 2020
4. Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020
5. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
6. Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG
7. Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

A. Prüfungsauftrag

Der Landrat des Kreises Kaiserslautern der

Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern,

Kaiserslautern,

– im Folgenden auch "Einrichtung" genannt –

hat uns als Einrichtungsleiter beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020 der Einrichtung nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen und über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Der vorliegende Prüfungsbericht ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

Dem Prüfungsauftrag vom 20. Mai 2020 lag der Beschluss des Kreistags vom 27. April 2020 zugrunde, auf dem wir zum Abschlussprüfer gewählt wurden. Wir haben den Auftrag mit Schreiben vom 27. Juli 2021 angenommen.

Die Einrichtung ist aufgrund handelsrechtlicher Vorschriften nicht prüfungspflichtig. Die Prüfungspflicht ergibt sich aus § 89 Abs. 1 GemO, i.V.m. § 57 Landkreisordnung (LKO). Die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften kommen zur Anwendung.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 89 Abs. 3 GemO i.V.m. § 57 Abs. 1 LKO i.V.m. § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG zu beachten; wegen Einzelheiten siehe auch Abschnitt D. und F. des Berichts.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch den Landrat des Kreises Kaiserslautern.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten D. und E. im Einzelnen dargestellt. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt C. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (Anlage 1), der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und dem Anhang (Anlage 3), sowie den geprüften Lagebericht (Anlage 4) beigefügt.

Der Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017" zugrunde.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch den gesetzlichen Vertreter, den Landrat des Kreises Kaiserslautern

Der Landrat des Kreises Kaiserslautern hat im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3), insbesondere im Anhang die wirtschaftliche Lage des Unternehmens beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch den Landrat des Kreises Kaiserslautern im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Folgende Kernaussagen im Lagebericht sind hervorzuheben:

- Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2020 weist einen Jahresverlust von TEUR 407 (im Vorjahr Jahresgewinn v. TEUR 73) aus. Hierin sind T€ 413 an Erträgen aus der Auflösung von Gebührenausgleichsrückstellungen für 2020 enthalten.
- In 2017 wurden die Modalitäten der Bildung von Rückstellungen für Pensionen- und Beihilfen für die im Abfallwirtschaftsbetrieb tätigen Beamten geändert. Die bislang im Haushalt des Landkreises gebildeten Rückstellungen werden seitdem in der Abfallwirtschaftseinrichtung abgebildet und wirtschaftlich getragen.
- Die Auswirkungen, die die Corona-Pandemie 2020 und 2021 insgesamt auf die wirtschaftliche Situation der Einrichtung haben wird, sind derzeit nicht hinreichend sicher und umfänglich zu beurteilen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass verschiedene Abfallströme sich, insbesondere aufgrund der vorübergehenden Veränderungen der gesamten Arbeitswelt, untereinander verschieben werden, was sich auch in der Wirtschaftsführung der Einrichtung bereits abgebildet hat. U.a. sind Umsatzeinbrüche, insbesondere im gewerblichen Bereich aufgrund der temporären Schließung verschiedener Einrichtungen, verbunden mit dem Abzug gewerblicher Entsorgungseinrichtungen zu erkennen. Eine valide Aussage zum Umfang und zur Höhe aller Entwicklungen kann erst zum Ende des Jahres 2021 hin getroffen werden.

- Da die bisherigen Ziele aus dem ersten gemeinsamen Abfallwirtschaftskonzept 2015-2020 nahezu vollständig umgesetzt waren, war dieses ab dem Jahr 2020 bis 2023 fortzuschreiben. Hierzu hat der Kreistag in seiner Sitzung vom 26. November 2018 beschlossen, wieder ein gemeinsames Abfallwirtschaftskonzept der ZAK sowie der Stadt und des Landkreises Kaiserslautern zu erstellen, das den gesetzlichen Bestimmungen gerecht wird und das den unterschiedlichen Organisations- und Servicestrukturen der jeweiligen Einrichtungen hinreichend Rechnung trägt. Der Entwurf des Konzepts wurde am 27. Mai 2020 im Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss sowie in Kreisausschuss und Kreistag vorberaten. Der ausschließlich den Landkreis Kaiserslautern betreffenden Teil wurde vom Kreistag beschlossen. Das durchzuführende Beteiligungsverfahren sowie die Anhörung der Verbände sind abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, das finale Konzept mit dem allgemeinen örE-übergreifenden Teil in der Sitzung des Kreistages am 05. Juli 2021 zu verabschieden.
- Hinsichtlich der Entsorgungsgebühren ist zu erwarten, dass diese aufgrund verschiedener Umstände ab dem Jahr 2022 deutlich ansteigen werden.
- Die Gebührenentgelte für thermisch zu entsorgende Abfälle der GML, werden im Jahr 2022 aufgrund der aktuellen Preisentwicklung angehoben.
- Diese Kostensteigerungen, waren im Zeitpunkt der Aufstellung der Gebührenkalkulation 2021 bis 2023 so nicht absehbar und sind deshalb nicht Bestandteil des für diesen Zeitraum ermittelten Gesamtgebührenbedarfs und der Gebührenplankalkulation bis 2023. Der Verwaltungsrat der ZAK hat diesbezüglich am 17. Juni 2021 beschlossen, die laufende Gebührenplankalkulationsperiode 2021-2023 zum 31. Dezember 2021 zu unterbrechen und die Gebühren für die Kalkulationsperiode unter Berücksichtigung der vorgenannten Prämissen neu zu kalkulieren.
- Am 30. März 2020 konnte die Einrichtung mit dem für den Landkreis zuständigen gemeinsamen Vertreter der dualen Systeme (Interseroh Dienstleistungs-GmbH) eine Abstimmungsvereinbarung schließen (rückwirkend zum 01. Januar 2019). Für die Jahre 2022 ff. ist in 2021 eine neue Abstimmung mit den dualen Systemen zu vereinbaren. Diese kann sinnvollerweise jedoch erst dann geschlossen werden, wenn die Ergebnisse der Ausschreibung aus der PPK-Vermarktung vorliegen.
- Das Betriebsergebnis BgA DSD 2020 verbessert sich um TEUR 2 gegenüber der Planung auf TEUR 138.
- Vor dem Hintergrund der mit den dualen Systemen neu geschlossenen Vereinbarung und der damit verbundenen gewinnrelevanten Verschiebung aus dem hoheitlichen Bereich in den Betrieb gewerblicher Art, ist jedoch diese bisherige Praxis der Vergangenheit generell in Frage zu stellen, da diese dem Gebührenhaushalt damit entzogen sind.

- Der Kreistag hat daher am 08. Februar 2021 im Rahmen seiner Entscheidung über die Verwendung des Jahresgewinns 2019 beschlossen, von einer Ausschüttung wie in den Vorjahren abzusehen und den Gewinn aus dem Bereich BgA als Ertragszuschuss im hoheitlichen Bereich der Einrichtung selbst zu vereinnahmen um diesen dort zur direkten Entlastung der Gebührenzahler heran zu ziehen.
- Nach derzeitigem Kenntnisstand ist in der laufenden Gebührenplankalkulationsperiode 2021-2023 von einem Gebührenbedarfsvolumen auszugehen, dass die Ansätze aus der aktuellen Gebührenkalkulation deutlich übersteigen und damit zu Gebührenunterdeckungen in den kommenden beiden Jahren führen könnte. Sollten sich die obigen Annahmen als zutreffen erweisen, wird dies im kommenden Kalkulationszeitraum 2024-2026 zu einer deutlichen Steigerung der Abfallgebühren führen.

Die oben angeführten Hervorhebungen werden in Abschnitt E. III. durch analysierende Darstellungen wesentlicher Aspekte der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergänzt.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Einrichtung einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch den Landrat des Kreises Kaiserslautern ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020 (Anlage 4) der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern, Kaiserslautern, unter dem Datum vom 17. September 2021 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern, Kaiserslautern

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern, Kaiserslautern, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern, Kaiserslautern, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Einrichtung zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 89 GemO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung vermittelt.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Einrichtung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften ein zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Einrichtung abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Einrichtung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Einrichtung ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Einrichtung.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 (Anlagen 1 bis 3) und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020 (Anlage 4) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen .

Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und insgesamt eine unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffende Vorstellung von der Lage der Einrichtung einschließlich der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung vermittelt. Die Prüfung hat sich auch darauf erstreckt, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind (§ 317 Abs. 2 HGB).

Nach § 89 Abs. 3 GemO i.V.m. § 57 LKO (Landkreisordnung) wurde der Gegenstand der Prüfung um die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) erweitert. Über die vorgenannte Prüfung wird in Abschnitt F. gesondert berichtet.

Gemäß § 89 Abs. 3 GemO i.V.m. § 57 LKO und § 4 KomEinrPrV RP (Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen) erstreckte sich unsere Prüfung auch auf die Feststellung, ob

1. die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen sowie die Betriebssatzung und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet sind,

2. der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Einrichtung erwecken,

3. die wirtschaftlichen Verhältnisse geordnet sind; die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der geprüften Einrichtung, eventuelle verlustbringende Geschäfte sowie die Ursachen der Verluste und des Jahresverlustes sind darzustellen,

4. die Geschäftsführung Anlass zu Beanstandungen gibt.

Bei Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet.

Der Landrat des Kreises Kaiserslautern der Einrichtung ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht, die dazu eingerichteten internen Kontrollen sowie für die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Leitung der Einrichtung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Soweit nichts anderes bestimmt ist, hat sich unsere Prüfung nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann (§ 317 Abs. 4a HGB).

Die Prüfungsarbeiten haben wir in der Zeit vom 30. August 2021 bis zum 17. September 2021 in den Geschäftsräumen des Landkreises in Kaiserslautern und in unserem Büro in Mainz durchgeführt.

Aufgrund der anhaltenden Auswirkungen der SARS CoV-2/Covid-19-Pandemie wurden die Prüfungshandlungen nicht ausschließlich vor Ort in den Räumlichkeiten der Einrichtung in Kaiserslautern, sondern auch mit Hilfe von Telefonaten und per Cloud-Zugang durchgeführt (remote audit). Alle zur Prüfung notwendigen Dokumente wurden uns elektronisch zur Verfügung gestellt. Bestätigungsschreiben Dritter lagen uns im Original vor. Prüfungshemmnisse ergaben sich durch diese Art der Prüfungsdurchführung nicht.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von der Dr. Burret GmbH geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 1. Dezember 2020 versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2019; er wurde mit Beschluss des Kreistags vom 18. Februar 2021 unverändert festgestellt.

Gemäß IDW PS 205 haben wir im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanzwerte folgende zusätzlich erforderlichen Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Durchsicht des Prüfungsberichts des Vorjahresprüfers
- Prüfung der gesellschaftsrechtlichen Grundlagen

Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchhaltungsunterlagen und die Belege sowie das Akten- und Schriftgut der Einrichtung.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Leitung der Einrichtung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Leitung der Einrichtung in der berufsüblichen Vollständigkeits-

erklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögensgegenstände/Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres haben sich nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Einrichtung wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält.

Bei Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert – jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung – so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit hätten erkennen müssen.

Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Einrichtung abzugeben.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Einrichtung und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses, aus Gesprächen mit Mitarbeitern der Einrichtung bekannt.

Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Entwicklung des Anlagevermögens,
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen,
- Umsatzerlöse,
- Materialaufwand.

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durch bewusste Auswahl durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Analytische Prüfungshandlungen haben wir im Rahmen von Vorjahresvergleichen einzelner Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie bei der Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vorgenommen.

Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten der Einrichtung haben wir Bankbestätigungen sowie Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten eingeholt.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) der Einrichtung erfolgt durch ein IT-System unter Verwendung der Programme KIS-Fibu und KAVE-Modul-Abfallwirtschaft. Aktuelle Softwarebescheinigungen wurden nicht vorgelegt. Förmliche Freigabeerklärungen haben gem. § 28 Abs. 10 Satz 1 Nr. 1 und § 29 Abs. 2 Nr. 2a GemHVO durch die Leitung der Einrichtung zu erfolgen. Eine förmliche Freigabeerklärung durch den damaligen Landrat wurde uns vorgelegt.

Das von der Einrichtung eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor. Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Veränderungen erfahren.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der von uns geprüften Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Wirtschaftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem, Kostenrechnung und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der Bilanz (Anlage 1) erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt. Die Formvorschriften der der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz wurden beachtet.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben weitgehend im Anhang.

In dem von der Einrichtung aufgestellten Anhang (Anlage 3) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist bezüglich der Angaben zu den Gesamtbezügen der Werkleitung (§ 285 Nr. 9a HGB) im Anhang zu Recht in Anspruch genommen worden.

Der Jahresabschluss entspricht nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Lagebericht

Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020 (Anlage 4) entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss sowie mit den von uns bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen. Er vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Einrichtung. Unsere Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt und die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entspricht und in seiner Gesamtaussage, wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

Im Übrigen verweisen wir hierzu auch auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Abschnitt E. III..

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

Die allgemeinen Grundsätze über die Bewertung und die Wertansätze der Vermögensgegenstände und Schulden wurden beachtet. Hinsichtlich der einzelnen angewandten und geprüften Bewertungsgrundlagen und -methoden verweisen wir auf die Ausführungen der Einrichtung im Anhang (Anlage 3) sowie unsere Darstellung unter "D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung".

Bilanzierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen. Bewertungswahlrechte wurden unverändert gegenüber dem Vorjahr angewandt. Eine Änderung bei der Ausnutzung von Ermessensspielräumen ergab sich nicht. Ermessensspielräume wurden dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht folgend ausgeübt.

Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3).

3. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Über sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, ist nicht zu berichten.

4. Zusammenfassende Beurteilung

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir zu der in unserem Bestätigungsvermerk getroffenen Beurteilung gelangt, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung vermittelt.

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt.

1. Vermögenslage

Vermögensstruktur

	2020 TEUR	%	2019 TEUR	%	+/- TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	53	2	88	3	-35
Sachanlagen	345	11	22	1	323
Langfristig gebundenes Vermögen	398	13	110	4	288
Vorräte	1	0	0	0	1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.770	53	2.321	72	-551
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	30	1	16	1	14
Sonstige Vermögensgegenstände	14	0	35	1	-21
Rechnungsabgrenzungsposten	19	1	21	1	-2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.834	55	2.393	75	-559
Liquide Mittel	1.039	32	648	21	391
	3.271	100	3.151	100	120

Kapitalstruktur

	2020 TEUR	%	2019 TEUR	%	+/- TEUR
Stammkapital	55	2	55	2	0
Zweckgebundene Rücklagen	585	18	585	19	0
Gewinnvortrag	344	11	352	11	-8
Jahresergebnis	-407	-12	73	2	-480
Eigenkapital	577	19	1.065	34	-488
Pensionsrückstellungen	290	9	261	8	29
Langfristiges Fremdkapital	290	9	261	8	29
Steuerrückstellungen	65	2	70	2	-5
Kurzfristige Sonstige Rückstellungen	29	1	458	15	-429
Verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörperschaften	94	3	109	3	-15
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.020	60	1.018	33	1.002
Verbindlichkeiten gegenüber Einrichtungsträgern	65	2	66	2	-1
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	131	4	104	3	27
Kurzfristiges Fremdkapital	2.404	72	1.825	58	579
	3.271	100	3.151	100	120

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Beim Anlagevermögen stehen den Investitionen von TEUR 330 Abschreibungen von TEUR 42 gegenüber. Die wesentlichen Zugänge betreffen dabei die Anschaffung von rund 50.000 Restmüll- und 28.000 Biomülltonnen in Höhe von TEUR 322.

Der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung der Mahnläufe zurückzuführen, welche im Vorjahr z.T. ausgeblieben waren. Dabei verminderten sich größtenteils Forderungen an die Systembetreiber Der Grüne Punkt (TEUR 103; i.Vj.: TEUR 237), Interseroh (TEUR 11; i.Vj.: TEUR 97), BellanVision GmbH (TEUR 23; i.Vj.: TEUR 89), Reclay Systems GmbH (TEUR 17; i.Vj.: TEUR 75) und Zentek GmbH & Co. KG (TEUR 17; i.Vj.: TEUR 75). Weiterhin verminderten sich Forderungen an die U.S. Army Garrison Kaiserslautern (TEUR 109; i.Vj.: TEUR 200) sowie der Forderungen an Sammelbürger Abfall (TEUR 248; i.Vj.: TEUR 383).

Zur Häufigkeit der Mahnläufe wird in Anlage 6 (Fragenkreis 3f) noch einmal gesondert Stellung genommen.

Der Anstieg der liquiden Mittel, ebenso wie der damit verbundene Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sind auf ausbleibende Zahlläufe im Monat Dezember zurückzuführen. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellung der Kapitalflussrechnung im folgenden Abschnitt.

Aufgrund des Jahresverlustes in Höhe von TEUR 407 verringert sich das Eigenkapital auf TEUR 577 (i.Vj.: TEUR 1.066).

Bei den Rückstellungen ist der Rückgang im Wesentlichen auf die Auflösung der Gebührenausgleichsrückstellung in Höhe von TEUR 413 zurückzuführen. Demgegenüber steht eine Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 29.

2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 21 zur Kapitalflussrechnung mit entsprechendem Vorjahresausweis erstellt:

		TEUR	2020 TEUR	2019 TEUR
	Periodenergebnis	-407		73
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	42		39
-	Abnahme der Rückstellungen	-405		-417
+ / -	Abnahme/Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	559		-1.264
+	Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	1.014		309
=	**Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit**		721	-1.260
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0		-60
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-330		-20
=	**Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit**		-330	-80
=	**Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit**		82	0
	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds		391	-1.340
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	648		1.988
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**		1.039	648

3. Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Wirtschaftsjahre 2020 und 2019 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2020		2019		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	17.894	99	17.893	99	1	0
Übrige Betriebserträge	113	1	123	1	-10	-8
Betriebsleistung	18.007	100	18.016	100	-9	0
Materialaufwand	-16.929	-92	-16.560	-92	-369	-2
Personalaufwand	-668	-4	-630	-4	-38	-6
Abschreibungen	-42	0	-39	0	-3	-8
Übrige betriebliche Aufwendungen	-717	-4	-638	-4	-79	-12
Betriebsergebnis	-349	0	149	0	-498	<-100
Zinsaufwendungen	0	0	-10	0	10	-100
Ergebnis vor Ertragsteuern	-349	0	139	0	-488	<-100
Ertragsteuern	-58	0	-66	0	8	-12
Ertragsteuern	0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	-407		73		-480	

Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse bewegen sich nahezu identisch auf dem Vorjahresniveau. Die Gebührenerlöse für Hausmülll (Siedlungsabfälle inkl. Bioabfälle, Sperrmüll und Müllsäcke) verringerten sich bei unveränderten Abfalltarifen um TEUR 67. Für Überdeckungen bis einschließlich 2017 wurde eine Gebührenausgleichsrückstellung gebildet, die den Gebührenzahlern in der Kalkulationsperiode 2018 bis 2020 wieder zugute gebracht wurde. Die Auflösung dieser Rückstellung beträgt im Berichtsjahr letztmalig TEUR 413 (i.Vj.: TEUR 416).

Die Erlöse aus der Abfallentsorgung von Einrichtungen (im Wesentlichen Ramstein, Landstuhl, Sembach und Miesau) stiegen von TEUR 5.042 auf TEUR 5.072 an.

Für die Verwertung von Papier/Pappe/Karton (PPK) wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 458 (i.Vj.: TEUR 539) erzielt. Der Rückgang ergibt sich aus starken Mengen- sowie Preisschwankungen.

Beim Materialaufwand (TEUR 16.929; i.Vj.: TEUR 16.560) ist der Anstieg im Wesentlichen auf eine Gebührenerhöhung zurückzuführen. So stiegen unter anderem die Aufwendungen für die Verwertung von Bioabfällen auf TEUR 948 (i.Vj.: TEUR 864) und für Sperr- und Bauabfälle auf TEUR 513 (i.Vj.: TEUR 478). Weiterhin stiegen unter anderem die Kosten der Sammlungen für Garten- und Parkabfälle auf TEUR 406 (i.Vj.: TEUR 356), für den US-Bereich auf TEUR 1.590 (i.Vj.: TEUR 1.533) sowie für Sperrabfälle auf TEUR 297 (i.Vj.: TEUR 254).

Der Personalaufwand erhöhte sich um TEUR 38 auf TEUR 688.

Die planmäßige Abschreibung erhöhte sich leicht auf TEUR 42 (i.Vj.: TEUR 39). Im Berichtsjahr erwarb die Einrichtung große Bestände an Restmülltonnen, was zu einem deutlichen Anstieg des Sachanlagevermögens führte. Da die Tonnen jedoch erst Ende Dezember gekauft wurden, werden die ersten planmäßigen Abschreibungen der Bestände auf das Folgejahr fallen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Wesentlichen die Kosten für öffentliche Bekanntmachungen auf TEUR 26 (i.Vj.: TEUR 0,3), aufgrund einer neuen Smartphone App, welche auf den Markt gebracht wurde; außerdem erhöhten sich die Prüfungs- und Beratungskosten auf TEUR 41 (i.Vj.: TEUR 6), für die Neuerstellung der Gebührenkalkulation sowie für in Anspruch genommene Dienstleistung für die Ausschreibungen bezüglich des Behälterkaufs. Weiterhin erhöhte sich, die Sachkostenumlage an den Landkreis auf TEUR 147 (i.Vj.: TEUR 104), welche mit dem Umzug der Einrichtung in die Kreisverwaltung Kaiserslautern zusammenhängt sowie die sonstigen Geschäftsaufwendungen auf TEUR 48 (i.Vj.: TEUR 3), welche durch einen Brand auf einem U.S.-amerikanischen Gelände hervorgerufen wurde. Der verursachten Kosten werden im Folgejahr von den U.S.-Amerikanern erstattet.

Das Jahresergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2020 TEUR	2019 TEUR	+ / - TEUR
Hoheitliche Abfallentsogung	-543	-84	-459
BgA DSD	+126	+157	-21
Jahresergebnis	**-407**	**+73**	**-480**

Im Berichtsjahr ist der Jahresverlust in Höhe von TEUR 312 ausgabewirksam i.S.d. § 11 Abs. 8 EigAnVO. Der ausgabewirksame Verlust ist gemäß § 11 Abs. 8 EigAnVO im Folgejahr vom Einrichtungstäger auszugleichen.

Der ausgabewirksame Verlust ermittelt sich wie folgt:

	TEUR
Jahresverlust 2020	-407
zuzüglich Abschreibungen	+42
zuzüglich andere nicht zahlungswirksame Aufwendungen von wesentlicher Bedeutung	
Zuführung zur langfristigen Pensions- und Beihilferückstellung	+29
Zuführung zur Einzelwertberichtigung	+7
Zuführung zur Pauschalwertberichtigung	+17
= ausgabewirksamer Verlust	**-312**

F. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags

I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 89 Abs. 3 GemO i.V.m. § 57 LKO und § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und den hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage 6 dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

G. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern, Kaiserslautern, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften. Dem Prüfungsbericht liegen die „Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten" (IDW PS 450 n. F.) zugrunde.

Zu dem von uns erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk verweisen wir auf Abschnitt C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks.

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Mainz, 17. September 2021

DORNBACH GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

DORNBACH GMBH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT SIEGEL KOBLENZ ZWEIGNIEDERLASSUNG MAINZ

Kopf
Wirtschaftsprüfer

Laehn
Wirtschaftsprüfer

Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern, Kaiserslautern

Bilanz zum 31. Dezember 2020

A K T I V A

		31.12.2020 EUR		31.12.2019 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			52.926,34	87.902,69
II. Sachanlagen			345.149,72	22.066,86
			398.076,06	109.969,55
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte			536,16	465,38
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.770.393,74			2.321.240,60
2. Forderungen gegen Einrichtungsträger	5.208,91			4.328,24
3. Forderungen gegen Gebietskörperschaften	24.960,00			12.171,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	14.072,59			34.933,35
			1.814.635,24	2.372.673,19
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			1.038.625,00	648.252,13
			2.853.796,40	3.021.390,70
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			19.347,49	20.846,92
			3.271.219,95	3.152.207,17

P A S S I V A

	31.12.2020 EUR		31.12.2019 EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		55.000,00	55.000,00
II. Zweckgebundene Rücklagen		585.314,28	585.313,00
III. Gewinnvortrag		343.879,56	352.378,45
IV. Jahresgewinn / Jahresverlust		-407.017,41	73.487,10
		577.176,43	1.066.178,55
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	289.825,75		260.513,20
2. Steuerrückstellungen	64.970,00		69.934,00
3. Sonstige Rückstellungen	28.611,75		458.491,22
		383.407,50	788.938,42
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.019.633,07		1.017.563,15
2. Verbindlichkeiten gegenüber Einrichtungsträger	64.536,34		66.269,31
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörperschaften	93.978,04		109.274,61
4. Sonstige Verbindlichkeiten	132.488,42		103.983,13
		2.310.635,87	1.297.090,20
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		0,15	0,00
		3.271.219,95	3.152.207,17

Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern, Kaiserslautern

Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2020

	2020 EUR		2019 EUR
1. Umsatzerlöse			
a) Umsatzerlöse	17.893.503,86		17.893.050,73
		17.893.503,86	17.893.050,73
2. Sonstige betriebliche Erträge		113.049,55	123.416,95
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.512,82		6.008,86
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen und Waren	16.922.632,72		16.553.700,65
		16.929.145,54	16.559.709,51
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	465.772,67		453.845,30
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	202.260,70		175.966,20
		668.033,37	629.811,50
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		42.333,62	39.337,95
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		717.101,27	637.984,78
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,13	1,86
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		95,50	9.905,42
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		56.861,65	66.233,28
10. Ergebnis nach Steuern		-407.017,41	73.487,10
11. Jahresverlust / -gewinn		-407.017,41	73.487,10

Anhang

der

Abfallentsorgungseinrichtung

des Landkreises

Kaiserslautern

zum

31.12.2020

Inhaltsverzeichnis

			Seite
I.	**Erläuterungen zur Bilanz**		
	1.	Allgemeines	3
	2.	Anlagevermögen	3 - 4
	3.	Umlaufvermögen	5
	4.	Eigenkapital	6 - 7
	5.	Rückstellungen	8 - 9
	6.	Verbindlichkeiten	10 - 12
II.	**Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**		
	1.	Allgemeines	13
	2.	Aufteilung der Umsatzerlöse	13
	3.	Außergewöhnliche und periodenfremde Erträge und Aufwendungen	14
III.	**Sonstige Angaben**		
	1.	Mengen- und Tarifstatistik	15
	2.	Abfallaufkommen	15
	3.	Personal	16 - 17
	4.	Honorar des Abschlussprüfers	18
	5.	Ergebnisverwendung	18
IV.	**Namen der Mitglieder der Werkleitung und des Werksausschusses**		19

I. Erläuterungen zur Bilanz

1. Allgemeines

Die Bilanz wurde in Kontoform gemäß Formblatt 1 (Anlage 1 zu § 23 Abs. 1 EigAnVO) aufgestellt.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses 2020 wurden gemäß § 22 Abs. 2 EigAnVO die für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches beachtet; dabei kamen die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zur Anwendung.

2. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen wird grundsätzlich wie bisher zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die Abschreibung bewertet (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die Abschreibungen wurden wie bisher grundsätzlich linear vorgenommen.

Die Zugänge 2020 beim Anlagevermögen wurden wie folgt abgeschrieben:

Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer Jahre	Abschreibungs-satz / Methode
Baukostenzuschüsse	5 Jahre	20 % linear
Sammelposten Betriebs- u. Geschäfts-ausstattung	5 Jahre	20 % linear

Die Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus dem Anlagenspiegel entsprechend dem gemäß § 25 Abs. 3 EigAnVO beigefügten Formblatt 2 - Anlagennachweis (vgl. S. 7).

Anlagenachweis nach Bilanzgliederung Wirtschaftsgüter - 2020

401 Abfallentsorgung

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen, Wertberichtigungen						Restbuchwerte		Kennzahlen		
Pos. Anlagevermögen	Stand zum 31.12.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuch.	Endbestand	Aufgelauf. Abschreib. zum 31.12.2020	Zuschreib. in 2020	Abschreib. in 2020	Umbuch. / Umglied. in 2020	Aufgelauf. Abschreib. auf Abgänge	Abschreib. zum 31.12.2020	Stand zum 31.12.2020	Restbuch-wert 31.12.2019	Durch-schnittl. Ab-schreib.-satz	Durch-schnittl. Rest-buchwert	Wertmind. durch unterlassene Instand-haltung, Altlasten, sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
A. Anlagevermögen	698.599,33	330.438,85	0,00	0,00	1.029.038,18	588.629,78	1,28	42.333,62	0,00	0,00	630.962,12	398.076,06	109.969,55	4,11	38,68	0,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände:	534.426,40	0,00	0,00	0,00	534.426,40	446.523,71	0,00	34.976,35	0,00	0,00	481.500,06	52.926,34	87.902,69	6,54	9,90	0,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten,	78.611,79	0,00	0,00	0,00	78.611,79	78.610,26	0,00	0,00	0,00	0,00	78.610,26	1,53	1,53	0,00	0,00	0,00
2. Baukostenzuschüsse	455.814,61	0,00	0,00	0,00	455.814,61	367.913,45	0,00	34.976,35	0,00	0,00	402.889,80	52.924,81	87.901,16	7,67	11,61	0,00
II. Sachanlagen:	164.172,93	330.438,85	0,00	0,00	494.611,78	142.106,07	1,28	7.357,27	0,00	0,00	149.462,06	345.149,72	22.066,86	1,49	69,78	0,00
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung,	164.172,93	330.438,85	0,00	0,00	494.611,78	142.106,07	1,28	7.257,27	0,00	0,00	149.462,06	345.149,72	22.066,86	1,49	69,78	0,00
Summe Anlagevermögen	698.599,33	330.438,85	0,00	0,00	1.029.038,18	549.291,83	1,28	42.333,62	0,00	0,00	630.962,12	398.076,06	109.969,55	4,11	38,68	0,00

3. Umlaufvermögen

Auch die Gegenstände des Umlaufvermögens wurden grundsätzlich mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde eine Pauschalwertberichtigung von € 93.000,00 (ca.2% der noch offenen Forderungen aus 2020, 20 % der noch offenen Forderungen aus 2018 und 2019 und ca. 70 % der noch offenen Forderungen aus früheren Jahren) berücksichtigt. Einzelwertberichtigungen bestehen zum 31.12.2020 in Höhe von 49.903,56 €.

	Forderungen mit einer Restlaufzeit		
	bis zu einem Jahr €	von mehr als einem Jahr €	insgesamt €
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.770.393,74	-,--	1.770.393,74
2. Forderungen an den Einrichtungsträger a) Sonstige	5.208,91	-,--	5.208,91
3. Forderungen an Gebietskörperschaften a) Sonstige	24.960,00	-,--	24.960,00
4. sonstige Vermögensgegenstände	14.072,59	-,--	14.072,59
	1.814.635,24	-,--	1.814.635,24

Unter den Sonstigen Vermögensgegenständen waren Forderungen in Höhe von 11.819,86 € enthalten, die rechtlich erst nach dem Bilanzstichtag entstanden. Diese Forderungen betrafen die noch geltend zu machende Vorsteuer 2020 in 2021.

4. Eigenkapital

a) Zusammensetzung und Entwicklung (gem. § 25 Abs. 2 Nr. 1 EigAnVO)

	Stand 31.12.2019 €	Zugang 2020 €	Abgang 2020 €	Stand 31.12.2020 €
Stammkapital	55.000,00	0,00	0,00	55.000,00
allgemeine Rücklage	585.313,00	1,28	0,00	585.314,28
Gewinn-/Verlust-vortrag	352.378,45	0,00	8.498,89	343.879,56
Jahresgewinn/ Jahresverlust	73.487,10	0,00	480.504,51	-407.017,41
insgesamt:	1.066.178,55	1,28	489.003,40	577.176,43

Die Zugänge und Abgänge beim Eigenkapital setzen sich wie folgt zusammen:

Das Eigenkapital verringerte sich um den Jahresverlust in Höhe von € 407.017,41.

b) Überleitung vom Vorjahresergebnis zum Gewinnvortrag (gem. § 25 Abs. 2 Nr. 3 EigAnVO)

Gewinnvortrag zum 31.12.2019	343.879,56 €
Jahresverlust 2020	- 407.017,41 €
Verlustvortrag zum 31.12.2020	- 63.137,85 €

c) Über - und Unterdeckungen aus der Gebührenperiode 2018-2020

Nach dem Ergebnis der Nachkalkulation ergeben sich für die Abfallgebühren nach dem KAG folgende Kostenüberdeckungen und Kostenunterdeckungen:

Jahr	EUR	
2018	51.274,00	Kostenüberdeckung
2019	-106.071,00	Kostenunterdeckung
2020	-538.518,00	Kostenunterdeckung

5. Rückstellungen

Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages.

Entwicklung der Rückstellungen (§ 25 Abs. 2 Nr. 1 EigAnVO)

	Stand 31.12.2019 €	Zuführung 2020 €	Verbrauch(V) Auflösung(A) 2020 €	Stand 31.12.2020 €
Pensions- und Beihilferückstellungen				
Rückstellungen für Pension	196.618,00	28.364,75	0,00	224.982,75
Rückstellungen für Beihilfe	63.895,20	947,80	0,00	64.843,00
Steuerrückstellungen				
Gewerbesteuer 2018	8.638,00	0,00	8.638,00 (V)	0,00
KöSt. u. Solz. 2018			3,74 (A)	
	9.523,00	0,00	9.519,26 (V)	0,00
Gewerbesteuer 2019	24.625,00	0,00	0,00 (A)	24.625,00
KöSt. u. Solz. 2019	27.148,00	0,00	10.042,54 (V)	17.105,46
Gewerbesteuer 2020	0,00	11.049,00	0,00 (A)	11.049,00
KöSt. u. Solz. 2020	0,00	12.190,54	0,00 (A)	12.190,54
Sonstige Rückstellungen				
Rückstellung für Gebührenausgleich	413.491,22	0,00	413.491,22 (V)	0,00
Jahresabschlusserstellung 2019	10.000,00	0,00	10.000,00 (A)	0,00
Jahresabschlusserstellung 2020	0,00	3.625,00	0,00	3.625,00
Jahresabschlussprüfung 2019	29.500,00	0,00	22.941,26 (A)	0,00
			7.058,74 (V)	

Jahresabschluss-prüfung 2020	0,00	7.375,00	0,00	7.375,00
Erstellung Steuer-erklärung 2019	5.000,00	0,00	86,48 (A) 4.913,52 (V)	0,00
Erstellung Steuer-erklärung 2020	2.000,00	2.000,00	0,00	2.000,00
ausstehende Rech-nungen 2020	0,00	15.611,75	0,00	15.611,75
	788.938,42	81.163,84	33.031,48 (A) 453.663,28 (V)	383.407,50

Erläuterungen zu Rückstellungen:

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gem. § 285 Nr. 24 HGB i. V. m. § 25 Abs. 2 Nr. 1 EigAnVO in Höhe von € 289.825,75 betreffen vier unmittelbare Zusagen, von denen eine vor dem 01.01.1987 erteilt aber trotz des Bilanzierungswahlrechts gem. Artikel 28 EGHGB in Höhe von € 240.816,00 passiviert wurde. Diese Rückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung des Teilwertverfahrens von der Pfälzischen Pensionsanstalt ermittelt. Berechnungsgrundlage waren die Heubeckschen Richttafeln sowie ein Rechnungszins von 5,5 % (Beihilfe) bzw. 6,0 % (Vorsorge). Es wurde von einer jährlichen Steigerung der Bezüge in Höhe von 2 % ausgegangen.
Durch die Ermittlung dieser Rückstellungen auf Basis der Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) wurde die Abzinsung im Vorjahr nicht anhand des siebenjährigen und die des laufenden Jahres nicht anhand des 10-jährigen Zinssatzes i. S. d. § 253 Abs.2 S.1 HGB berechnet. Daher ist ein ausschüttungsgesperrter Betrag gem. § 253 Abs. 6 HGB nicht anzugeben.

6. Verbindlichkeiten

a) Verbindlichkeitenspiegel (§ 285 Nr. 1 und 2 HGB, § 25 Abs. 1 Nr. 1 EigAnVO)

Die Verbindlichkeiten, die grundsätzlich mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert sind, sind nach ihren Fälligkeiten und unter Angabe ggf. gewährter Sicherheiten (Pfandrechte und ähnliche Rechte) in dem nachfolgenden Verbindlichkeitenspiegel
dargestellt:

Verbindlichkeitenspiegel

Verbindlichkeiten	Restlaufzeit bis zu einem Jahr €	Restlaufzeit über ein Jahr bis zu fünf Jahren €	Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren €	insgesamt €
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.019.633,07	--,--	--,--	2.019.633,07
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger a) Sonstige	64.536,34	--,--	--,---	64.536,34
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gebietskörperschaften a) Sonstige	93.978,04	--,--	--,--	93.978,04
4. sonstige Verbindlichkeiten	132.488,42	--,--	--,--	132.488,42
	2.310.635,87	--,--	--,-	2.310.635,87

*) Es bestehen die branchenüblichen Eigentumsvorbehalte

b) sonstige im Anhang zu vermerkende finanzielle Verpflichtungen

Darüber hinaus bestehen nach § 285 Nr. 3 HGB folgende nicht passivierte finanzielle Verpflichtungen:

Dienstleistungsverträge (Art)	**Laufzeit von bis:**	**Voraussichtliche finanzielle Verpflichtung von jährlich**
Erfassung und Transport von Hausrestabfällen	01.01.17 - 31.12.21 Verlängerung 2 x 1 Jahr bis 31.12.2023	0,97 Mio.€
Erfassung und Transport von Abfällen aus angeschlossenen Gewerbebetrieben	01.01.17 - 31.12.21 Verlängerung 2 x 1 Jahr bis 31.12.2023	0,16 Mio. €
Erfassung und Transport von Bioabfall	01.01.17 - 31.12.21 Verlängerung 2 x 1 Jahr bis 31.12.2023	0,42 Mio. €
Einsammlung von Sperrabfällen	01.01.17 - 31.12.21 Verlängerung 2 x 1 Jahr bis 31.12.2023	0,2 Mio. €
Sammlung u. Transport von PPK	01.01.17 - 31.12.18 Verlängerung 3 x 1 Jahr bis 31.12.2021	0,42 Mio. €
Behältergestellung Rest- und Bioabfälle inkl. Restabfallsäcke	01.01.10 - 31.12.17 Verlängerung 2 x 1 Jahr bis 31.12.2019	0,2 Mio. €
Gestellung und Bewirtschaftung des PPK-Erfassungssystems	01.01.10 - 31.12.17 Verlängerung 2 x 1 Jahr bis 31.12.2019	0,02 Mio. €
Wertstoffhof Kindsbach (Betriebsführung)	01.04.12 – 31.12.14 Verlängerung auf unbest. Zeit, wenn nicht gekündigt.	0,07 Mio. €
Wertstoffhof Kindsbach (Containergerstellung u. Transport)	01.01.17 - 31.12.21 Verlängerung 2 x 1 Jahr bis 31.12.2023	0,06 Mio. €
Erfassung und Transport E-Schrott	01.01.12 – 31.12.16 Verlängerung 2 x um ein Jahr, wenn nicht gekündigt	0,07 Mio. €
US-Liegenschaften	Unbestimmte Dauer mit 12 monatiger Kündigungsfrist	1,6 Mio. €
Bewirtschaftung der Grünabfallsammelstellen	01.01.19 - 31.12.21	0,5 Mio. €

Verpflichtungen aus Trägerschaft an der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern

Der Träger der Abfallbeseitigungseinrichtung (Landkreis Kaiserslautern) ist zusammen mit der Stadt Kaiserslautern Anstaltsträger der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK) mit Sitz in Mehlingen.
Aus diesem Verhältnis könnten der Abfallbeseitigungseinrichtung u. U. weitere Verpflichtungen entstehen, soweit in Zukunft sich bei der ZAK weitere Aufwendungen ergeben, die auf die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern überwälzt werden können.

zu 6b) Sonstige im Anhang zu vermerkende finanzielle Verpflichtungen

Subsidiärhaftung:

Die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I an. Die Zusatzversorgungskasse hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1, S. 3 BetrAVG steht die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Wirtschaftsjahr 2020 betrug der Umlagesatz 7,75 %. Die Gesamtaufwendungen betrugen für die Zusatzversorgung 31.670,68 € im Wirtschaftsjahr.

II. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Allgemeines

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß Formblatt 4 (Anlage 4 zu § 24 Abs. 1 EigAnVO) i.V.m. § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

2. Aufteilung der Umsatzerlöse (§ 285 Nr. 4 HGB)

Benutzungsgebühren für	
Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbemüll lfd. Jahr	10.044.169,44 €
Gebührenausgleich (Unterdeckung; Verbrauch Rückst.)	413.491,22 €
Gewerbemüll (Mulden und Container)	314.939,74 €
Gewerbemüll (1,1 cbm-Behälter)	851.943,16 €
Gewerbemüll (Abrufcontainer)	18.950,94 €
Entsorgung US-Bereiche	5.071.560,42 €
Zwischensumme:	16.715.054,92 €
Verkaufserlöse Altpapier (Sorte 1.02)	
a) 67 % hoheitlicher Bereich (PPK)	307.058,08 €
b) 33 % BgA DSD (PPK)	151.237,59 €
DSD-Erlöse für Mitbenutzungsentgelt PPK	551.998,99 €
Kostenerstattungen von Dualen Systemen	149.271,07 €
Erlöse aus Werbeanzeigen	6.000,00 €
Erlöse aus Metallverwertung	7.229,28 €
Erlöse aus Verwertung von Elektrogeräten	4.972,49 €
Erlöse aus Verwertung von Textilien	681,44 €
	17.893.503,86 €

3. Außergewöhnliche und periodenfremde Erträge und Aufwendungen

a) Außergewöhnliche Erträge und Aufwendungen (§ 285 Nr. 31 HGB) waren im laufenden Wirtschaftsjahr nicht zu verzeichnen.

b) Wesentliche periodenfremde Erträge und Aufwendungen (§ 285 Nr. 32 HGB)

Periodenfremde Erträge:	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen Vorjahr.	23.031.48 €
per Saldo: Ertrag	23.031.48 €

III. Sonstige Angaben

1. Mengen- und Tarifstatistik

Die Tarife sind gestaffelt nach Behältergröße (mit/ohne Biotonne) bzw. nach Abfuhrturnus. Sie werden jährlich veröffentlicht in der Broschüre „Abfallratgeber“.
In 2020 sind die Abfalltarife unverändert zum Vorjahr.

2. Abfallaufkommen*

Das dem Landkreis zur Entsorgung angediente Abfallaufkommen von 71.324 Mg (im Vorjahr 69.644 Mg) betrifft mit 27.886 Mg (im Vorjahr 28.764 Mg) den Hausmüllbereich (inkl. hausmüllähnlichem Gewerbemüll), mit 38.273 Mg (im Vorjahr 37.470 Mg) die Wertstoffe, sowie mit 5.078 Mg (im Vorjahr 3.362 Mg) den Bauschuttbereich. Im Weiteren entfielen 87 Mg auf Problemabfälle (im Vorjahr 48 Mg).

Die Gesamt-Verwertungs/ Recyclingquote lag im Landkreis Kaiserslautern in 2020 bei 93,4 %.
Damit liegt der Verwertungsanteil deutlich über dem Landesdurchschnitt (87,8 % Gesamt-Verwertungsquote in Rheinland-Pfalz 2019). Quelle: Landesabfallbilanz Rheinland-Pfalz 2019[1)]. Zum Zeitpunkt der Jahresabschlussprüfung 2020 lag die Landesabfallbilanz 2020 noch nicht vor.

*Quelle: Statistische Unterlagen der Abfallentsorgungseinrichtung aus dem „ABIS“-System (Grundlage für Landesabfallbilanz) des Landkreises Kaiserslautern.

[1)] Download über https://www.mkuem.rlp.de (Landesbilanz 2019 vom Februar 2021)
(Themen → Klima- und Ressourcenschutz → Kreislaufwirtschaft → Abfallbilanzen)

3. Personal

a) Entwicklung und durchschnittliche Zahlen der Belegschaft (§ 285 Nr. 7 HGB/§ 25 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 5 EigAnVO)

	Durchschnittliche Beschäftigtenzahl Pro Kopf		Stand der Beschäftigten Pro Kopf	
	2019	2020	31.12.2019	31.12.2020
Beamte im Verwaltungsbereich	3,00	3,00	3,00	3,00
Angestellte im Verwaltungsbereich				
Vollzeitbeschäftigte	8,00	9,00	8,00	8,00
Teilzeitbeschäftigte	3,00	3,00	3,00	3,00
insgesamt	14,00	15,00	14,00	15,00

Wie im Wirtschaftsplan 2020 vorgesehen gab es im Wirtschaftsjahr keine wesentlichen Änderungen beim Personalbestand.

b) Personalaufwand für Tätigkeiten im Wirtschaftsjahr (§ 285 Nr. 9a und c HGB/§ 25 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 5 EigAnVO)

Gesamtbezüge (§ 285 Nr. 9a HGB)

	2019 €	2020 €
Gehälter	453.845,30	465.772,67
insgesamt lt. G.u.V.	453.845,30	465.772,67
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		
davon für Altersversorgung	81.095,90[1)]	82.112,52[1)]
für alle übrigen Aufwendungen	94.870,30[2)]	90.835,63[2)]
insgesamt lt. G. u. V.	175.966,20	172.948,15
Gesamtsumme	629.811,50	668.033,37
Vergütungen für Mitglieder der nach dem geltenden Kommunalverfassungsrecht zuständigen Gremien	604,10	420,00

[1)] davon Zuführung der Pensionsrückstellungen € 28.364,75
[2)] davon Zuführung der Beihilferückstellungen € 857,80

4. Honorar des Abschlussprüfers (§ 285 Nr. 17 HGB)

Im Wirtschaftsjahr fielen für vom Abschlussprüfer erbrachte Leistungen folgende Aufwendungen und Erträge (netto) an: 10.000,00 €. Sonstige Leistungen wurden nicht erbracht.

5. Ergebnisverwendung

Die Leitung der Abfallwirtschaft schlägt vor, den Jahresverlust 2020 des hoheitlichen Bereichs in Höhe von TEUR 543 einschließlich des Jahresgewinns 2020 des BgA in Höhe von TEUR 136 auf neue Rechnung vorzutragen.

IV. Namen der Mitglieder der Werkleitung und des Werkausschusses (§ 285 Nr. 10 HGB/§ 25 Abs. 1 Nr. 6 EigAnVO)

Die Abfallentsorgungseinrichtung wird nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung gemäß § 57 LKO i.V.m. § 86 Abs. 2 GemO verwaltet. Für die Wirtschaftsführung gelten die Bestimmungen des Teils 1, Abschnitt 2 der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung.

Die Leitung der Einrichtung obliegt dem Landrat, Herrn Ralf Leßmeister. Die Steuerung und betriebswirtschaftliche Leitung des Eigenbetriebs Abfallentsorgung obliegen der Abteilung 5 - Bauen und Umwelt. Zuständig ist der Fachbereich 5.4 (Abfallwirtschaft und Wasserwirtschaft).

Ein Werkausschuss ist nicht gebildet. Anstelle eines Werkausschusses entscheiden die nach dem geltenden Kommunalverfassungsrecht zuständigen Gremien.

Kaiserslautern, den 17. September 2021

Ralf Leßmeister
Landrat

L A G E B E R I C H T 2 0 2 0

der

**Abfallentsorgungseinrichtung
des Landkreises Kaiserslautern**

Inhaltsverzeichnis:

I. Geschäftsverlauf und Lage des Betriebes 3

1. Allgemeine Rahmenbedingungen 3

2. Ertragslage 5

3. Investition und Finanzierung 4

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres 6

III. Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken des Betriebes 6

1. Gemeinsames Abfallwirtschaftskonzept 6

2. Entwicklung der Abfallgebühren 7

a) Entwicklung der Entsorgungsgebühren 7

b) Bio-Abfallerfassung 7

c) Erlöse aus Vermarktungen 9

d) Allgemeine Gebührenentwicklung 10

3. Softwareumstellung Finanzbuchhaltung / Veranlagung 11

4. Mengen- und Kostenentwicklung im Bereich Garten- und Parkabfälle 12

5. Vertragliche Besonderheiten in Bezug auf den Betrieb gewerblicher Art „DSD“ 13

6. Optimierung im Bereich Veranlagung 14

a) Überwachung Eigenkompostierung 14

b) Gewerbliche Veranlagung 14

c) Neue Stelle Gewerbesachbearbeitung 15

IV. Fazit 15

I. Geschäftsverlauf und Lage des Betriebes:

1. Allgemeine Rahmenbedingungen

Die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern wird seit dem 1. Januar 1995 nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) Rheinland-Pfalz verwaltet. Die Einrichtung steht seit 09.12.2017 unter verantwortlicher Leitung des Landrates Ralf Leßmeister. Zweck des Betriebes ist die ordnungsgemäße und sichere Erfassung und Entsorgung der im Landkreis anfallenden Abfälle zur Beseitigung sowie von Abfällen zur Verwertung, auch aus anderen Herkunftsbereichen, die dem Landkreis überlassen werden um damit eine den Erfordernissen des Umweltschutzes entsprechende Abfallentsorgung im Landkreis zu gewährleisten.

Der Bereich der Abfallentsorgungseinrichtung umfasst das gesamte Kreisgebiet mit 106.658 Einwohnern (Stand 31.12.2020 lt. Gemeindestatistik Einwohner Stat. Landesamt Bad Ems) zzgl. ca. 18.033 Stationierungsstreitkräften (nicht meldepflichtige Stationierungseinwohner (§ 11 Abs. 4 Nr. 1 LFAG) nach den Meldungen der Wohnungsämter und NATO-HQ zum Stichtag 30. Juni 2020) sowie weiteren rd. 7.700 (nicht meldepflichtigen) Streitkräften, die innerhalb militärischer Liegenschaften wohnhaft sind.

Der anfallende Abfall wird zur Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK), Kapiteltal, 67657 Kaiserslautern, verbracht und dort vorbehandelt, einer weiteren Behandlung oder der Verwertung zugeführt.

Die Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK), der der Landkreis und die Stadt Kaiserslautern angehören, wurde unter anderem die Entsorgung der in Stadt und Landkreis Kaiserslautern eingesammelten und beförderten Abfälle übertragen. Seit 2015 ist die Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern Gesellschafterin der GML – Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH und verwertet Teilmengen ihrer Restabfälle seit Oktober 2015 über die GML im MHKW Ludwigshafen.

Durch Verlängerung der Zweckvereinbarung zwischen dem ZAS (Zweckverband Abfallwirtschaft Südpfalz) und der ZAK über die Entsorgung von Restabfällen (Haushaltsabfälle und hausabfallähnliche Gewerbeabfälle) aus dem Stadtgebiet sowie dem Landkreis Kaiserslautern in dem MHKW Pirmasens bis zum 31.12.2023 ist die GML ab 2024 vollumfänglich für die Verwertung der ZAK-Abfälle verantwortlich.

Im Gegenzug werden seit dem Herbst 2015 die gesamten Bioabfallmengen weiterer GML-Gesellschafter zusammen mit den Bioabfallmengen aus Stadt und Landkreis Kaiserslautern im Biomassekompetenzzentrum Kapiteltal stofflich und energetisch verwertet.

Das Biomassekompetenzzentrum (MB2A) besteht aus mehreren Einzelanlagen: der umgebauten mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (nur noch Bioabfälle), der Bioabfallkompostierungsanlage und dem Biomasseheizkraftwerk.

Die Gartenabfälle werden in der Grünabfallkompostierungsanlage der ZAK verwertet. Aus den Bio- und Grünabfällen wird RAL-gütegesicherter Kompost erzeugt, zudem wird die holzige Fraktion des Gartenabfalls zu Grünabfallbrennstoff aufbereitet.

Für ablagerungsfähige DK I-Materialien steht die Deponie Kapiteltal zur Verfügung. KMF-Abfälle werden auf der DK I entsorgt.

Für die Abfallwirtschaftseinrichtung sind aktuell folgende Unternehmen mit der Durchführung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen betraut:

Vertragsgegenstand	Vertragspartner	Vertrags-beginn
Sammlung von Rest und Bioabfällen (Private Haushalte Kombi-Los aus Los 1 und 2)	Fa. Jakob Becker Entsorgungs-GmbH, Mehlingen	01.01.2017
Sammlung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK)	Fa. Jakob Becker Entsorgungs-GmbH, Mehlingen	01.01.2019
Sammlung u. Beförderung von Sperrabfällen	Remondis GmbH, Dossenheim	01.01.2017
Gestellung u. Transport von Containern private Haushalte u. Gewerbebetriebe/ WSH Kindsbach	Fa. Jakob Becker Entsorgungs-GmbH, Mehlingen	01.01.2017
Bewirtschaftung der Grünabfallsammelstellen im Landkreis KL	Fa. Zeller Recycling GmbH Mutterstadt	01.01.2019

Der Landkreis hat sich dazu entschlossen, die Sammlung, den Transport und die Verwertung von Elektro- und Elektronikaltgeräten sowie den Betrieb der kommunalen Übergabestelle ab 01.01.2012 der ZAK zu übertragen. Hierzu wurde am 12.12.2011 eine Zweckvereinbarung geschlossen. Diese hat unbefristete Gültigkeit.

Mit Beschluss des Kreistages vom 14.12.2020 wurde die Bewirtschaftung des Wertstoffhofes in Kindsbach widerruflich auf die ZAK übertragen. Die erforderliche Zustimmung zu dieser Aufgabenübertragung nach § 12 II KomZG durch die zuständige Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) steht derzeit noch aus.

Die Reinigung der Standorte für die Glascontainer wurde in 2014 neu ausgeschrieben und zum 01.04.2014 an die ZAK vergeben. Der Vertrag hat eine Laufzeit von drei Jahren mit automatischer Verlängerungsoption um jeweils ein Jahr.

Der Vertrag über die Vermarktung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) ist zum 31.12.2015 ausgelaufen und wurde deshalb in 2015 europaweit neu ausgeschrieben und vergeben. Vertragspartner für die Vermarktung ist die Fa. Jakob Becker Entsorgungs-GmbH, Mehlingen. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis 31.12.2020. Dieser Vertrag wurde 2020 außerordentlich bis zum 31.12.2021 ein Jahr verlängert, um die ungünstigen Marktbedingungen der Corona-Pandemie auffangen zu können.

Der Kreistag hat am 26.04.2021 beschlossen die PPK-Vermarktung ab dem Jahr 2022 im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit drei weiteren örE (Stadt Kaiserslautern, Landkreis Donnersbergkreis und Landkreis Kusel) unter der Federführung der Abfallwirtschaft des Landkreises Kaiserslautern neu auszuschreiben und zu vergeben.

Mit der ZAK wurde zum 01.01.2015 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung des Umschlages der PPK-Abfallfraktionen geschlossen.

Die Abfuhr, Sicherstellung und Verwertung von Fahrzeugwracks obliegt der Firma Westpfälzische Schrotthandels GmbH, Kaiserslautern.

2. Ertragslage

Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2020 weist einen Jahresverlust von T€ 407 (im Vorjahr Jahresgewinn v. T€ 73) aus.

Hierin sind T€ 413 an Erträgen aus der Auflösung von Gebührenausgleichsrückstellungen für 2020 enthalten. Mithin wurden T€ 63 mehr aufgelöst als in der Gebührenplankalkulation 2018-2020 für das Jahr 2020 kalkulatorisch vorgesehen (T€ 350)

In diesem Jahresergebnis ist eine offene Schadenersatzforderung gegenüber den Streitkräften aus einem Brand bei der ZAK in 2020 i.H. von rund T€ 58 noch nicht berücksichtigt, für die in 2020 bereits Zahlungen an die ZAK geleistet wurden. Die Rückforderung konnte bislang bilanziell nicht aktiviert werden, da die Geltendmachung gegenüber den Streitkräften aus rechtlichen Gründen noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Mit der Geltendmachung der Forderung und auch der diesbezüglichen Rückzahlung wird jedoch in 2021 gerechnet.

Das Jahresergebnis verschlechtert sich dadurch gegenüber dem Vorjahr um T€ 334.

Der Betrieb hat die Wirtschaftsgrundsätze gem. § 85 Abs. III GemO nicht erfüllt, da die Eigenkapitalverzinsung gem. § 8 Abs. 3 KAG nicht erwirtschaftet wurde.

3. Investition und Finanzierung

Im Berichtsjahr fielen folgende wesentlichen Investitionen an:

- Ankauf des Rest- und Bioabfallbehälterbestandes T€ 322
- Investitionskostenzuschüsse an Gemeinden T€ 0

Der Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit war im laufenden Jahr negativ (-T€ 335).

Die Behandlung ausgabewirksamer Teile des Jahresverlustes ist in § 11 Abs. 8 EigAnVO abschließend geregelt und wird den nach Kommunalrecht zuständigen Gremien jährlich zur Kenntnis gegeben. In 2020 ist ein ausgabewirksamer Verlust i.H.v. rd. T€ 335 entstanden.

Über die Verwendung etwaiger einnahmewirksamer Überschüsse der Abfallentsorgungseinrichtung insbesondere der Gewinne aus dem Betrieb gewerblicher Art „DSD“, ist jeweils in den zuständigen Kreisgremien (KA/ KT) im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses ein entsprechender Beschluss zu fassen.

Nach Rückzahlung des Einnahmeüberschusses 2014 im Wirtschaftsjahr 2016, können bereits übernommene Verlustausgleiche aus früheren Jahren aufgrund der Fünf-Jahres-Ausschlussfrist der EigAnVO nicht mehr an den Landkreis zurückgeführt werden.

Daher sind seit dem Jahr 2017 keine ausgleichbaren Rückzahlungen an den Einrichtungsträger mehr vorzumerken.

In 2017 wurden die Modalitäten der Bildung von Rückstellungen für Pensionen- und Beihilfen für die im Abfallwirtschaftsbetrieb tätigen Beamten geändert. Die bislang im Haushalt des Landkreises gebildeten Rückstellungen werden seitdem in der Abfallwirtschaftseinrichtung abgebildet und auch dort aufwandswirksam erhöht bzw. ertragswirksam aufgelöst.

Die Abfallentsorgungseinrichtung war im Jahre 2020 zur Aufrechterhaltung der Liquidität **nicht** auf Kassenkredite angewiesen.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die den Bestand des Unternehmens gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, haben sich nicht ereignet.

Die Auswirkungen, die die Corona-Pandemie 2020 und 2021 insgesamt auf die wirtschaftliche Situation der Einrichtung haben wird, sind derzeit nicht hinreichend sicher und umfänglich zu beurteilen.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass verschiedene Abfallströme sich, insbesondere aufgrund der vorübergehenden Veränderungen der gesamten Arbeitswelt, untereinander verschieben werden, was sich auch in der Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs bereits abgebildet hat.

U.a. sind Umsatzeinbrüche, insbesondere im gewerblichen Bereich aufgrund der temporären Schließung verschiedener Einrichtungen, verbunden mit dem Abzug gewerblicher Entsorgungseinrichtungen zu erkennen. Eine valide Aussage zum Umfang und zur Höhe aller Entwicklungen kann erst zum Ende des Jahres 2021 hin getroffen werden.

III. Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken des Betriebes

1. Gemeinsames Abfallwirtschaftskonzept

Mit dem am 01.01.2014 in Kraft getretenen Landeskreislaufwirtschaftsgesetz Rheinland-Pfalz (LKrWG) wurden neue Regelungen zu den Abfallwirtschaftskonzepten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) getroffen. Insbesondere ist in § 6 Abs. 4 LKrWG festgelegt, dass diese Einrichtungen bis zum 31.12.2014 entsprechende Abfallwirtschaftskonzepte aufstellen, fortschreiben oder ergänzen und diese den hierfür zuständigen oberen Abfallbehörden vorlegen müssen.

Nach § 6 Absatz 3 LKrWG können die örE gemeinsame Abfallwirtschaftskonzepte erstellen, soweit diese gemeinsame Aufgaben der kommunalen Abfallwirtschaft mit anderen örE zusammen wahrnehmen.

Da die bisherigen Ziele aus dem ersten gemeinsamen Abfallwirtschaftskonzept 2015-2020 nahezu vollständig umgesetzt waren, war dieses ab dem Jahr 2020 bis 2023 fortzuschreiben. Hierzu hat der Kreistag in seiner Sitzung vom 26.11.2018 beschlossen, wieder ein gemeinsames Abfallwirtschaftskonzept der ZAK sowie der Stadt und des Landkreises Kaiserslautern zu erstellen, das den gesetzlichen Bestimmungen gerecht wird und das den unterschiedlichen Organisations- und Servicestrukturen der jeweiligen Einrichtungen hinreichend Rechnung trägt.

Der Entwurf des Konzepts wurde am 27.05.2020 im Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss sowie in Kreisausschuss und Kreistag vorberaten. Der ausschließlich den Landkreis Kaiserslautern betreffenden Teil wurde vom Kreistag beschlossen. Das durchzuführende Beteiligungsverfahren sowie die Anhörung der

Verbände sind abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, das finale Konzept mit dem allgemeinen örE-übergreifenden Teil in der Sitzung des Kreistages am 05.07.2021 zu verabschieden.

2. Entwicklung der Abfallgebühren

a) Entwicklung der Entsorgungsgebühren

Die Deponie- und Entsorgungskosten haben sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt:

2016: T€ 9.459
2017: T€ 9.482
2018: T€ 9.363
2019: T€ 9.304
2020: T€ 9.485

Die ZAK hat ihre Abfallgebühren für die Kalkulationsperiode 2021-2023 neu kalkuliert. Hierzu wurde jeweils ein Plankostenmittelwert für drei Jahre angenommen, der gegenüber dem bisherigen Plankostenwert nahezu unverändert bleibt, obwohl sich die Gebühren bei den einzelnen Abfallfraktionen und Dienstleistungen kalkulationsbedingt minimal nach unten oder oben verschieben.

Durch die interkommunale Zusammenarbeit zwischen der GML und der ZAK werden weitere Synergieeffekte erwartet, die sich zukünftig positiv auf die allgemeine Gebührenstruktur der ZAK und dadurch auch auf den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises auswirken sollen. In wie weit sich diese insgesamt auf die Gebührenstruktur des Landkreises auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Unabhängig davon ist hinsichtlich der Entsorgungsgebühren jedoch zu erwarten, dass diese aufgrund verschiedener Umstände ab dem Jahr 2022 deutlich ansteigen werden.

Diese absehbaren Kostensteigerungen ergeben sich insbesondere aus folgenden Gründen:

- **Anhebung der Gebührenentgelte der GML, aufgrund der aktuellen Preisentwicklung**

  Am 10.12. haben der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der GML im Rahmen der Wirtschafts- und Mittelfristplanung eine Erhöhung der Entsorgungsentgelte für thermisch zu entsorgende Abfälle beschlossen.

  Demnach erhöhen sich die Entgelte im Jahr 2022 um 4,- €/Mg und im Jahr 2023 um weitere 5,- €/Mg wodurch ab 2022 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises mit einer Kostensteigerung von rd. T€ 106 (2022) und T€ 238 (2023), bei den Kosten der thermisch zu verwertenden Abfälle zu rechnen ist.

- **Einbeziehung der Siedlungsabfälle in das nationale Emissionshandelssystem des Brennstoffenergiehandelsgesetztes**

  Die aus Sicht des Abfallwirtschaftsbetriebs mögliche Einbeziehung der Siedlungsabfälle in die CO_2-Bepreisung des BEHG würde zu zusätzlichen Belastungen von rd. 18 €/Mg für thermisch zu verwertender Abfälle führen. Bezogen auf die Gesamtentsorgungskosten dieser Abfälle würden dies zu weiteren T€ 400 Mehraufwand ab dem Jahr 2023 führen. Die endgültige Entscheidung hierüber bleibt abzuwarten.

- **Novellierung der Bioabfallverordnung (BioAbfV)**

  Aktuell befindet sich ein Entwurf zur Änderung der BioAbfV im Abstimmungsverfahren. Hierin werden neue Ziele hinsichtlich der Entfrachtung der erfassten Bioabfälle von Fremdstoffen gefordert. Aus der Umsetzung der zur Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen, die innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten umzusetzen sind, können Mehrkosten von 30 bis 50 EUR/ Mg resultieren.

  Da im Landkreis sowohl Garten- und Parkabfälle, als auch Bioabfälle aus privaten Haushalten hiervon betroffen sind, würde dies den Eigenbetrieb ab 2022 mit weitern rd. T€ 400 belasten. Die Entscheidung des Bundesgesetzgebers hierüber soll noch in der laufenden Legislaturperiode erfolgen.

Diese Kostensteigerungen, waren im Zeitpunkt der Aufstellung der Gebührenkalkulation 2021 bis 2023 so nicht absehbar und sind deshalb nicht Bestandteil des für diesen Zeitraum ermittelten Gesamtgebührenbedarfs und der Gebührenplankalkulation bis 2023.

Der Verwaltungsrat der ZAK hat diesbezüglich am 17.06.2021 beschlossen, die laufende Gebührenplankalkulationsperiode 2021-2023 zum 31.12.2021 zu unterbrechen und die Gebühren für die Kalkulationsperiode unter Berücksichtigung der vorgenannten Prämissen neu zu kalkulieren.

Über den Kalkulationszeitraum hinaus bleibt überdies festzustellen, dass ein mittelfristig weiter voranschreitender Mengenschwund und damit verbundene Schwierigkeiten, preisrelevante Staffelmengen in Entsorgungsverträgen zu sichern sowie Fixkostenträger zu erhalten, bei der ZAK zu deutlichen Planabweichungen und somit zur Notwendigkeit von Gebührenanpassungen führen können. Insbesondere sind hierbei auch die Zukunftsparameter der rückläufigen Einwohnerzahlen einhergehend mit einer Verringerung der anfallenden Abfallmengen von großer Bedeutung.

Sollte sich dieser Trend allgemein sinkender Abfallmengen fortsetzen, wird dies zwangsläufig zu einer Erhöhung des Fixkostenanteils und somit der Grundgebühren für die Deponierung und Entsorgung von Abfällen insgesamt führen.

b) Bio-Abfallerfassung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) sieht seit 2015 die strikt getrennte Erfassung von Bioabfällen vor.

Diesen gesetzlichen Bestimmungen trägt die ZAK in wirtschaftlicher Hinsicht Rechnung, dadurch, dass die Entsorgungsgebühren für Bioabfälle geringer sind, als die von Restabfällen. Daher muss auch zukünftig wesentliches Ziel der Einrichtung sein, die Erfassungsquote von Bio-Abfällen weiterhin zu steigern um einerseits den Restabfall von organischen Abfällen zu entfrachten und darüber hinaus die höheren Kosten für die Restabfallentsorgung einzusparen.

Aufgrund dieser Gesetzesänderung wurde zum 01.01.2015 auch eine neue Abfallsatzung erlassen, die u.a. die ordnungsgemäße Entsorgung von Bioabfällen neu regelt.

Hierbei wurden insbesondere die Befreiungstatbestände im Hinblick auf die ab 01.01.2015 geltenden Getrennthaltungspflichten von Bio- und Restabfällen (Eigenkompostierung) konkretisiert und verschärft. Die Veranlagung und Gestellung von Biotonnen wurde neu geregelt und hierbei die Volumina für die Bioabfallbehältnisse für private und gewerbliche Anfallstellen an die Größe der Restabfallbehältnisse gekoppelt.

Die neuen Regelungen werden sowohl bei allen veranlagungstechnischen Änderungen, als auch medial im Rahmen der gemeinsam mit der ZAK vorangetriebenen „Bio-Abfall-Offensive“ intensiv beworben und vermittelt.

Seit Beginn 2015 stieg der Anteil der Haushalte, die eine Biotonne nutzen, um durchschnittlich ca. 2,5 % pro Jahr an. Durch die Verringerung des Rabattes für Eigenkompostierer ab 2018 hat sich dieser Trend nochmals verstärkt.

Im September 2020 und Mai 2021 wurden insgesamt 16.000 Haushalte, die bislang noch keine Biotonne nutzen angeschrieben und nochmals ausdrücklich auf die gesetzlichen Getrennthaltungspflichten sowie die Voraussetzungen der Eigenkompostierung hingewiesen.

Durch diese sehr effektive öffentlichkeitswirksame Aktion konnte im Zeitraum vom 01.01.2020 bis 30.06.2021 die Anschlussquote um deutliche 7 % auf einen Gesamt-Anschlussgrad an die Biotonne von rd. 70 % angehoben werden.

Diese Entwicklung der Anschlussquote ist im Hinblick auf die Gebührenstabilität in zweierlei Hinsicht relevant:

Zum einen steigen mit der Nutzung von Biotonnen die vereinnahmten Benutzungsgebühren. Zum anderen wird damit auch das gesetzgeberische Ziel weiter konsequent verfolgt, eine Verschiebung von Rest- in Richtung Bio-Abfälle zu erreichen, was sich indirekt auch positiv auf die Entsorgungsgebühren auswirkt, da die Verwertung von Bioabfällen bisweilen noch erheblich günstiger ist, als die Beseitigung von Restabfällen.

c) Erlöse aus Vermarktungen

Die PPK-Vermarktungsleistungen wurden zum 01.01.2016 neu vergeben. Hierbei konnten sehr gute Vermarktungskonditionen erzielt werden. Dieser Vertrag endete regulär nach Ziehung der letztmaligen Verlängerungsoption, spätestens am 31.12.2020 und wäre daher grundsätzlich ab 2021 neu zu vergeben gewesen.

Aufgrund weltmarktpolitischer Gegebenheiten, insbesondere eines Importstopps des Hauptabnehmerlandes China, ist der Markt für den Altpapierhandel seit dem ersten Quartal 2018 komplett zusammen gebrochen.

Seit diesem Zeitpunkt sind die Marktpreise fortwährend weiter gefallen und befanden sich zum Jahresbeginn 2020 mit einem mittleren EUWID i.H.v. -47,31 €/Mg für gemischte Ballenware (Ziff. 1.02) auf einem historischen Tiefpunkt. Die Corona-Situation hat diese extremen Marktbedingungen noch weiter verschärft.

Diese Entwicklung hat sich aufgrund erhöhter Nachfrage des Handles nach PPK im Juli 20 vorsichtig umgekehrt und verzeichnet seit Oktober 2020 einen steilen Anstieg, der sich im Februar 21 mit einem langjährigen Spitzenwert von über 103,89 €/Mg PPK präsentierte.

Diese extrem volatilen Entwicklungen führen dazu, dass sich die Ertragserlöse im Rahmen des aktuelles Vertrages theoretisch von - 0,1 Mio. EUR bis zu + 1,2 Mio. EUR/a (netto) abbilden könnten, was jede diesbezügliche Planung erheblich erschwert.

Allein aufgrund des Umstandes, dass der aktuelle Vertrag zu einem marktgünstigen Zeitpunkt in einer Hochpreisphase geschlossen wurde, bewegten sich die bisherigen Erlöse, trotz dieser eklatanten Markteinbrüche in 2020, noch auf einem relativ hohen und für den Landkreis günstigen Niveau.

Wäre der Vertrag für die Leistung Vermarktung des Papiers in 2020 neu ausgeschrieben worden, wäre davon auszugehen gewesen, dass die zu erzielenden Erlöse weit unterhalb der aktuellen vertraglichen Preise gelegen hätten, was zwangsläufig mit eklatanten Ertragseinbußen im Gebührenhaushalt der Kreisabfallwirtschaft verbunden gewesen wäre.

Darüber hinaus bestand die Gefahr, dass für die Vermarktung von PPK überhaupt keine Angebote eingehen würden, da viele Unternehmer aufgrund des bestehenden Überangebotes befürchten mussten, ihre PPK-Abfälle mangels Nachfrage nicht mehr veräußern zu können, was uns von verschiedenen Unternehmen bestätigt wurde.

Daher wurde, nach Zustimmung durch den Kreistag vom 27.05.2020 der bestehende PPK-Vermarktungsvertrage außervertraglich um ein weiteres Jahr bis Ende 2021 verlängert.

Die Entwicklung des Marktpreises auf diesem nahezu ganzjährig niedrigen Niveau führte in 2020 zwangsläufig zu erheblichen Ertragseinbußen im Gesamtbetrieb in Höhe von mindestens T€ 140, die sowohl dem Gebührenhaushalt als auch dem BgA insgesamt fehlen.

In Anbetracht der durch die gleichen wirtschaftlichen Umstände entstandenen Vorjahresdefizite im Bereich der Vermarktung von PPK fehlen dem Eigenbetrieb zwischenzeitlich in Summe rd. T€ 450 pro Jahr, die im Zuge der Gebührenbedarfsermittlung nicht mehr zur Senkung der Gebühren herangezogen werden können. Auf die Vorjahre bezogen T€ 140, (2020), T€ 93 (2019) und T€ 215 (2018) gegenüber der jeweiligen Planung.

Nach den überwiegend gleichlautenden Wirtschaftsprognosen besteht derzeit weiterhin eine Verknappung des Marktes im Bereich Altpapier. Beim Altpapier habe der pandemiebedingte Lockdown zu einem deutlich geringeren Aufkommen aus dem Handel und dem gewerbliche Bereich geführt, der trotz des hohen Bedarfs durch den Onlinehandel nicht ausgeglichen werden konnte. Diese Marktentwicklung lässt vorsichtig optimistisch auf eine Beruhigung des Marktes in Bezug auf die PPK-Vermarktung hoffen. Ein aktives Gegensteuern seitens des Eigenbetriebs ist hierbei nicht möglich, da dieser keinerlei Einfluss auf die weltmarktpolitischen Gegebenheiten hat.

Durch die anstehende interkommunale Ausschreibung der PPK-Vermarktung erhoffen sich die beteiligten örE jedoch einen insgesamt besseren Vermarktungserlös insbesondere durch die höheren Verwertungsmengen und den räumlichen Zusammenhang des Erfassungsbereiches.

Durch die Anpassung umsatzsteuerlicher Gegebenheiten werden ab 2023 auch die hoheitlichen Erlöse aus der Vermarktung der Umsatzbesteuerung unterliegen. Die finanziellen Auswirkungen, die sich hieraus in Bezug auf die hoheitliche Erfassung und den BgA ergeben können im Detail noch nicht beurteilt werden.

d) Allgemeine Gebührenentwicklung

Nachdem auf Grund der zum 01.01.2009 gestiegenen Entsorgungsgebühren der ZAK auch die Abfallgebühren des Landkreises zum 01.01.2009 um 5 % und zum 01.01.2013 nochmals um 3 % erhöht werden mussten, konnten die Gebühren in den Folgejahren bis einschließlich 2017 stabil gehalten und entsprechende Überdeckungen erwirtschaftet werden. Diese Überdeckungen wurden 2015, 2016 und 2017 bilanziell als Gebührenausgleichsrückstellung erfasst.

Der Landkreis hat seine Gebührenkalkulation erstmals ab 2018 auf einen dreijährigen Gebührenkalkulationszeitraum (analog der ZAK-Gebührenplanperiode) umgestellt und hierfür mit Wirkung zum 01.01.2018 die bestehende Abfallgebührensatzung modifiziert.

In der Gebührenplankalkulation 2018 bis 2020 wurden erstmals die Auflösungen der o.g. Gebührenausgleichsrückstellungen planerisch mit jeweils T€ 350/a berücksichtigt. Hierdurch ergab sich in nahezu allen Bereichen der Müllgroßbehälter (MGB) 60-240l), die einen Großteil der Veranlagung ausmachen, eine Gebührensenkung:

Neben der Senkung des Rabatts für die Eigenkompostierung von rd. 20 % auf unter 10 %, wurde die Gebührengestaltung den rechtlichen Anforderungen des neuen Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes angepasst, das im Hinblick auf die Thematik der Abfallvermeidung eine linearere Betrachtung der Gebührenstruktur einfordert.

Der erste dreijährige Kalkulationszeitraum endete mit Ablauf des Jahres 2020, was für den Zeitraum 2021 bis 2023 eine Neukalkulation erforderlich machte.

Da die gewünschten Anreizwirkungen der letzten Gebührenplankalkulationen 2018 bis 2020 realisiert werden konnten, wurden die bisherigen gebührenrelevanten Rahmenbedingungen wie auch die bisherige Gebührenstruktur bei Schaffung zwei neuer Gebührentatbestände beibehalten.

Der für den Zeitraum 2021-2023 ermittelte jährliche Gesamtgebührenbedarf beläuft sich mit 12,6 Mio. EUR um 1,3 Mio. EUR höher als im Vorkalkulationszeitraum 2018-2020 (11,3 Mio. EUR). Hieraus ergab sich eine Gebührensteigerung gegenüber dem Vorkalkulationszeitraum über alle Behälterarten von durchschnittlich 11 %.

Die Gründe hierfür sind in erster Linie der Wegfall der Erträge aus der Auflösung der Gewinnausgleichsrückstellung von jährlich rd. 350 T€, mit denen der Gebührenbedarf subventioniert wurde sowie erwartete Verluste aus der Vermarktung von Wertstoffen von rd. 610 T€. Im Übrigen ergeben sich die Kostensteigerungen aus der allgemeinen Preisentwicklung.

Eine Unterbrechung der Gebührenkalkulationsperiode, verbunden mit einer Neukalkulation, wie sie die ZAK für 2022 beabsichtigt ist seitens der Abfallwirtschaft des Landkreises nicht vorgesehen, da dies aus derzeitiger Sicht für nicht zielführend erachtet wird.

Unvorhergesehene Entwicklungen innerhalb des Kalkulationszeitraums, insbesondere Kostensteigerungen, wirken sich - aufgrund der Normqualität der Gebührensatzung nicht auf die Richtigkeit und damit auf die Rechtmäßigkeit der Kalkulation aus, insbesondere dann nicht, wenn diese nicht durch entsprechende rechtliche Grundlagen (z.B. durch die Änderung der Zak-Gebührensatzung oder die gesetzliche Einbindung der Siedlungsabfälle in das BEHG) gesichert sind.

Darüber hinaus können ohnehin auch anderweitig innerhalb des laufenden Kalkulationszeitraumes zu berücksichtigende Entwicklungen wie Über- oder Unterdeckungen der laufenden Periode nur im folgenden Kalkulationszeitraum ab 2024 mit abgebildet werden.

Im Bereich der Abfallentsorgung auf den US-Liegenschaften kann weiterhin mit insgesamt rückläufigen Ertragserlösen gerechnet werden. Gründe hierfür sind in erster Line Umstrukturierungsmaßnahmen auf den US-Liegenschaften aufgrund derer – trotz in etwa gleichbleibender Massen – immer weniger abrechnungsrelevantes Behältervolumen angefordert wird.

Die in diesem Bereich anfallenden Abfallmengen sind unmittelbar von den Zahlen der innerhalb der Einrichtungen stationierten Streitkräfte abhängig. Wie diese sich mittelfristig entwickeln ist derzeit nicht hinreichend absehbar.
Nach Berichten des Ministeriums des Innern und für Sport RLP sowie nach Auskunft der Streitkräfte selbst, wird der Anteil an Stationierungsstreitkräften aufgrund verschiedener

strategischer Verlegungen in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach relativ stabil bleiben. Die seitens des US- Kongresses vorgesehene Verlegung weiterer Stationierungsstreitkräfte an den Luftwaffen-Standort Ramstein Air-Base ist nach aktuellen Medienberichten jedoch ungewiss.

Nach dem Wechsel der US-Regierung in 2021 wurden die Pläne der US-Streitkräfte, an verschiedenen deutschen Militärstandorten die Zahl der dort Stationierungsstreitkräfte erheblich zu minimieren zurück genommen, was zwangsläufig auch zu einer Senkung des dort bereitgestellten abrechnungsrelevanten Abfallvolumens verbunden mit geringeren Ertragserlösen geführt hätte.

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird die Kaiserslautern Military Community (KMC) von einem Streitkräfteabzug kurzfristig nicht betroffen sein.

Der Abfuhrbereich Sembach-Heuberg gehört verwaltungsmäßig zum Donnersbergkreis, wird jedoch aus organisationstechnischen Gründen seit jeher vom Landkreis Kaiserslautern abgefahren. Hierzu wurde im Oktober 2012 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Donnersbergkreis getroffen. Diese Vereinbarung beinhaltet die Regelung, dass die dort eingesammelten Abfälle nicht zur ZAK, sondern in das MHKW nach Mainz verbracht werden, bei der seitens des Donnersbergkreises eine vertragliche Andienungsverpflichtung besteht.

Weitere positive Veränderungen dürften sich durch den Neubau des US-Hospitals in Weilerbach ergeben. Die dortigen Baumaßnahmen sind im Gange. Da die Streitkräfte bislang nicht erklärt haben, dass Sie alternative Flächen im Zuge der Inbetriebnahme des neuen Hospitals aufgeben werden, ist hier möglicherweise mit einer Zunahme der bestehenden Entsorgungsinfrastruktur und damit einhergehend einer Erhöhung des zu entsorgenden Abfallvolumens insgesamt zu rechnen.

Insgesamt stellt sich die aktuelle Veranlagungssituation wie folgt dar:

In 2020 wurden bei den Gebühreneinnahmen Mehrerträge von rd. T€ 170 realisiert (Planansatz: T€ 16.544; Ist: T€ 16.715 - ohne Erträge aus der Auflösung der Gebührenausgleichsrückstellung von T€ 413).

Für 2021 werden nach derzeitigem Stand der Planüberwachung Mehrerträge von T€ 63 prognostiziert. (Planansatz: T€ 17.931; Ist: T€ 17.994).

Bei zusammenfassender Betrachtung ist tendenziell zu erwarten, dass der Landkreis künftig weniger Benutzungsgebühren vereinnahmen wird.

4. Mengen- und Kostenentwicklung im Bereich Garten- und Parkabfälle

Nach wie vor schwer kalkulierbar sind die im **Grünschnittbereich** anfallenden Mengen**.** Der Landkreis betreibt aktuell 38 Grünabfallsammelstellen (GAS), auf denen in 2020 18.303 Mg Garten- und Parkabfälle anfielen.

Zum Vergleich:

2016: 20.353 Mg
2017: 24.200 Mg
2018: 17.615 Mg
2019: 15.698 Mg

Nach einem wetterbedingt starken Mengenrückgang in den vergangenen Jahren 2018 und 2019 nähert sich die Menge an Garten- und Parkabfällen wieder einem normalen Niveau an.

Als Gründe für den Mengenrückgang der Vorjahre waren überwiegend die fehlenden Niederschläge zu nennen, wodurch im Bereich des gesamten Naturhaushalts erhebliche Defizite beim Grünzuwachs zu verzeichnen waren, weshalb sich bereits die angelieferten Grüngutmassen erheblich unterhalb des langjährigen Mittels bewegten.

Auch beläuft sich die mittlere Liegezeit des angelieferten Materials auf den Sammelstellen auf ca. 4-5 Wochen. In diesem Zeitraum verliert das frisch geschnittene Grüngut bis zu ca. 30% seiner Holzrestfeuchte und damit auch erheblich an Gewicht. Durch die durchgängig lange und trockene Hitzeperiode 2018/19 wurde dieser Trocknungseffekt noch beschleunigt. D.h. das Material wurde insgesamt wesentlich trockener und dadurch auch mit weniger Erdanhaftungen und daher auch leichter abgefahren als in den Vorjahren.

Um die Grünschnittentsorgung im Landkreis Kaiserslautern effizienter, wirtschaftlicher und letztendlich auch bürgerfreundlicher zu gestalten, wird im Sinne des Kreistagsbeschlusses vom 13.12.2010 angestrebt, die Plätze nach einheitlichen Standards (Errichten von Einfriedungen, Befestigen des Untergrunds, Einführen fester Öffnungszeiten, Aufsichtspersonal, stichprobenartige Ausweiskontrollen) auszustatten.

Seit Realisierung dieser technisch-organisatorischen Maßnahmen sind an allen betreffenden Standorten die Mengen sukzessive auf ein realistisches kreisangepasstes Mengenniveau zurückgegangen. Die erfassten Abfallqualitäten wurden ebenfalls auf ein akzeptables Niveau verbessert.

Insgesamt betrachtet, ist in den kommenden Jahren ggü. den Vorjahren ein leichter Rückgang der Abfallmengen (u.a. wg. Einrichtung versch. GAS nach Kreiskriterien, Verschiebung hin zu Biotonne) zu erwarten.

Die erheblichen Mengeneinbrüche in 2018/19 dürften jedoch vermutlich als direkte Auswirkung des Klimawandels keine ausschließlich wetter- und dadurch vegetativbedingte Ausnahme darstellen. Es ist vielmehr daher davon auszugehen, dass sich die Mengen an Garten- und Parkabfällen durch die klimatischen Veränderungen (längere Trockenphasen) mittelfristig vermindern werden.

Die Gesamtmenge wird sich nach unseren Einschätzungen zukünftig auf einem Niveau von ca. 18.000 Mg/a manifestieren, wobei vegetativ bedingte Mengenschwankungen von +/- 10% von Jahr zu Jahr jederzeit möglich sind.

5. Vertragliche Besonderheiten in Bezug auf den Betrieb gewerblicher Art „DSD“:

Zum 01.01.2019 ist das neue Verpackungsgesetz in Kraft getreten. Dieses fordert von den dualen Systemen, mit den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (örE) entsprechende

Abstimmungsvereinbarungen über die Modalitäten für die Erfassung der Leichtverpackungen, der Altglasentsorgung sowie die Erfassung der PPK-Verkaufsverpackungen zu treffen.

Auch sind im Rahmen dieser Vereinbarung die sich hieraus ergebenden finanziellen Beziehungen zwischen dem jeweiligen örE und den Systembetreibern verbindlich zu regeln.

Am 30.03.2020 konnte die Einrichtung mit dem für den Landkreis zuständigen gemeinsamen Vertreter der dualen Systeme (Interseroh Dienstleistungs-GmbH) eine Abstimmungsvereinbarung schließen (rückwirkend zum 01.01.2019).

Diese vom Landkreis ausgehandelte Vertragsvariante stellt gegenüber der vom Landkreistag vorgeschlagenen gemeinsamen Erklärung eine wesentliche finanzielle Verbesserung dar. Unter realistischer Betrachtung der bisherigen Verhandlungen auf Bundesebene, ist derzeit kein günstigerer Vertragsabschluss zu erzielen. Diese Abstimmungsvereinbarung, die rückwirkend zum 01.01.2019 in Kraft getreten ist, hat eine Laufzeit von drei Jahren und gilt bis 31.12.2021.

Der Kreistag hat dem Abschluss dieser Abstimmungsvereinbarung nach Vorberatung durch den Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss und den Kreisausschuss am 27.04.2020 zugestimmt.

Das Betriebsergebnis BgA DSD 2020 verbessert sich um T€ 2 gegenüber der Planung auf T€ 138.

Für die Jahre 2022 ff. ist in 2021 eine neue Abstimmung mit den dualen Systemen zu vereinbaren. Diese kann sinnvollerweise jedoch erst dann geschlossen werden, wenn die Ergebnisse der Ausschreibung aus der PPK-Vermarktung vorliegen.

6. Optimierung im Bereich Veranlagung

a) Überwachung der Eigenkompostierung

Seit 2014 werden routinemäßig Kontrollen von privat– und gewerblich genutzten abfallrechtlich veranlagten Objekten durchgeführt. Hierbei werden neben dem Vorhandensein und der ordnungsgemäßen Nutzung von Eigenkompostierungsanlagen die ausreichende Veranlagung des Objektes und die ordnungsgemäße Abfalltrennung überprüft.

Hierbei wird weiterhin eine relativ hohe Zahl an Verstößen gegen abfallrechtliche Bestimmungen festgestellt. In erster Linie handelt es sich um nicht ordnungsgemäß durchgeführte Eigenkompostierung, trotz Gebührenermäßigung sowie um Verstöße gegen abfallrechtliche Trennungs- oder Meldepflichten. Dies führt zu Gebührendefiziten und zu vermeidbaren Kosten durch Fehlwürfe im Restabfall.

Die Kontrollen, die insbesondere wegen personeller Engpässe aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden konnten, sind ebenso wie die diesbezügliche Öffentlichkeitsarbeit, daher unverzichtbarer Beitrag zur Verbesserung der Anschlussdichte und der Qualität der getrennt zu erfassenden Abfallfraktionen. Festgestellte Verstöße der Anschlusspflichtigen gegen die o.g. Pflichten werden daher stets konsequent verfolgt und mit entsprechenden Bußgeldern geahndet.

Eine zukünftige Ausweitung dieses Kontrollinstrumentes ist nicht nur zur Erreichung der gesetzlichen Vorgaben des Trennungsgebotes sondern auch aus Gründen der Gebührenstabilität und Gleichbehandlung dringend geboten.

b) Gewerbliche Veranlagung

Die Veranlagung gewerblicher Betriebe soll weiter optimiert werden. Für die kommenden Jahre ist weiterhin die Überprüfung der Anschlüsse anderer Herkunftsbereiche im Hinblick auf die Gewerbeabfallverordnung (GewABfV) erforderlich (z.B. Ferienwohnungen, Gastronomie, Beherbergungsgewerbe sowie Krankenhäuser, medizinische Versorgungszentren und ähnlichen Einrichtungen).

Seit August 2017 ist die neue GewAbfV in Kraft. Diese fordert neben einigen Neuerungen insbesondere auch eine bessere Trennung von gewerblichen Abfällen. Dies hat zum einen Auswirkungen auf die Anschlusspflichtigen im gewerblichen Veranlagungsbereich (Pflichttonne), aber auch auf die Gewerbetreibenden, denen durch den Landkreis ein zusätzliches Behältervolumen für die Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung zur Verfügung gestellt wird.

Hierzu ist mittelfristig ein Soll-/Ist Vergleich aller angemeldeten Gewerbebetriebe mit der Veranlagung durchzuführen. Die Ergebnisse dieses Vergleichs werden als Grundlage für die Entscheidung über das weitere Vorgehen zur ordnungsgemäßen Veranlagung aller angemeldeten Gewerbebetriebe herangezogen.

c) Neue Stelle Gewerbesachbearbeitung

Zur Umsetzung umfangreicher und notwendiger Optimierungsvorhaben im gewerblichen Bereich, ist im Abfallwirtschaftsbetrieb seit längerem die Schaffung einer eigenen Stelle geplant, die ausschließlich gewerbliche Veranlagungen vornimmt. Diese Aufgaben werden bislang von einer Halbtagskraft und von einer weiteren Mitarbeiterin wahrgenommen, die darüber hinaus noch im Bereich der privaten Gebührenveranlagung tätig ist.

Diese Stellenbesetzung konnte bislang nicht realisiert werden, da ein hierfür in 2019 geschaffener Personalansatz (0,5 VZÄ) zur Sicherstellung der ständig wachsenden Aufgaben im Bereich der privaten Gebührenveranlagung herangezogen werden musste.

Da zu erwarten ist, dass durch die derzeit vakante Stelle im Bereich der gewerblichen Veranlagung nicht unerhebliche Ertragseinbußen durch bislang fehlende oder unvollständige Veranlagungen ermittelt und für die Zukunft sukzessive korrigiert werden können, ist die zeitnahe Schaffung dieser Stelle, ggf. unter Anpassung des aktuellen Personalansatzes dringend geboten.

IV. Fazit:

Die zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Betriebes gemachten Ausführungen können voraussichtlich dazu beitragen, die dargestellten Risiken und nachteiligen Entwicklungen für den Gebührenhaushalt der Abfallwirtschaftseinrichtung abzumildern. Ob dadurch jedoch ein vollständiger Ausgleich der dargestellten Risiken insb. der zu erwartenden Kostensteigerungen in den kommenden Jahren erzielt werden kann, ist derzeit nicht zu erwarten.

Darüber hinaus kann aufgrund der dargestellten Sachverhalte im Hinblick auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung das Risiko nicht ausgeschlossen werden, dass die angenommenen positiven Verläufe nicht eintreten und dies wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- sowie Ertragslage des Betriebes haben könnte.

Dies könnte unter Umständen zu Belastungen des Haushalts des Einrichtungsträgers führen, insbesondere dann, wenn der Ausgleich eines möglichen Defizits durch diesen im Nachgang, nach den Bestimmungen der EigAnVO, vorgenommen werden müsste.

Diesem Umstand wird insbesondere dadurch Rechnung getragen, dass die zu vereinnahmenden Gebühren durch entsprechende Anpassungen an den jeweiligen Gebührenbedarf frühzeitig vorgenommen werden um etwaige auszahlungswirksame Verluste bereits im Vorfeld zu vermeiden. Dem wurde mit Anpassung der Gebühren zum 01.01.2021 Rechnung getragen.

Seit dem Jahr 2016 bestehen keine nach EigAnVO realisierbaren Rückzahlungsverpflichtungen mehr gegenüber dem Landkreis für durch diesen übernommene Verlustausgleiche aus Vorjahren. Dennoch wurden in den vergangenen Jahren die Gewinne aus dem Betrieb gewerblicher Art „DSD" gem. § 8 Abs. I S. 5 KAG zur Verstärkung des allgemeinen Haushaltes an den Einrichtungsträger abgeführt.

Vor dem Hintergrund der mit den dualen Systemen neu geschlossenen Vereinbarung und der damit verbundenen gewinnrelevanten Verschiebung aus dem hoheitlichen Bereich in den Betrieb gewerblicher Art, ist jedoch diese bisherige Praxis der Vergangenheit generell in Frage zu stellen, da diese dem Gebührenhaushalt damit entzogen sind.

Der Kreistag hat daher am 08.02.2021 im Rahmen seiner Entscheidung über die Verwendung des Jahresgewinns 2019 beschlossen, von einer Ausschüttung wie in den Vorjahren abzusehen und den Gewinn aus dem Bereich BgA als Ertragszuschuss im hoheitlichen Bereich der Einrichtung selbst zu vereinnahmen um diesen dort zur direkten Entlastung der Gebührenzahler heran zu ziehen.

Von einer Ausschüttung wie bisher sollte aus Sicht der Einrichtung auch zukünftig grundsätzlich abgesehen werden um den Gewinn in der Einrichtung zu belassen, um diesen bei Bedarf zur Stabilisierung der Abfallgebühren heranziehen zu können.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der aktuellen Corona-Pandemie auf den Abfallwirtschaftsbetrieb sind derzeit noch nicht vollumfänglich absehbar. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass die Pandemie keine erheblich nachteiligen oder geschäftskritischen Auswirkungen auf den Betrieb haben wird.

Alle Gegebenheiten, die mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf den Betrieb haben können, müssen fortwährend anhand der kurz- und mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen überprüft werden. Hierzu bietet insbesondere der Zwischenbericht zum 30.09.2021 umfassende Möglichkeiten. Nach aktueller Prognose aus dem Controllingbericht zum 30.06.21 ist im Wirtschaftsjahr 2021 aktuell von einem Jahresgewinn von rd. 1 Mio. EUR auszugehen.

Nach derzeitigem Kenntnisstand ist in der laufenden Gebührenplankalkulationsperiode von einem Gebührenbedarfsvolumen auszugehen, dass die Ansätze aus der aktuellen Gebührenkalkulation deutlich übersteigen und damit zu Gebührenunterdeckungen in den kommenden beiden Jahren führen könnte. Sollten sich die obigen Annahmen als zutreffend erweisen, wird dies im kommenden Kalkulationszeitraum 2024-2026 zu einer deutlichen Steigerung der Abfallgebühren führen.

Kaiserslautern, den 17. September 2021

Ralf Leßmeister
Landrat

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern, Kaiserslautern

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern, Kaiserslautern, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern, Kaiserslautern, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Einrichtung zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 89 GemO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung vermittelt.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Einrichtung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften ein zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zutreffendes Bild von der Lage der Einrichtung vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Einrichtung abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Einrichtung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Einrichtung ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Einrichtung vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Einrichtung.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Mainz, 17. September 2021

DORNBACH GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

DORNBACH GMBH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT SIEGEL KOBLENZ ZWEIGNIEDERLASSUNG MAINZ

Kopf
Wirtschaftsprüfer

Laehn
Wirtschaftsprüfer

Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG (IDW PS 720)

1. Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Es gibt eine Geschäftsordnung für den Kreistag des Landkreises Kaiserslautern, die der Kreistag in seiner konstituierenden Sitzung am 24.06.2019 beschlossen hat. Diese entspricht weitgehend der Mustergeschäftsordnung für Gemeinderäte – Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport vom 21.11.1994 (331/17 002-3 (37)), MinBl. S. 539.

Im 6. Abschnitt der Geschäftsordnung finden sich auch Regelungen für die Ausschüsse.

Für die Kreisverwaltung Kaiserslautern liegt ein Verwaltungsgliederungsplan und Geschäftsverteilungsplan - Stand 06/2021 - vor. Daraus ist die Einordnung des Fachbereiches Abfall- und Wasserwirtschaft in die Abteilung 5 (Bauen und Umwelt) ersichtlich.

Die Geschäftsordnung der Überwachungsorgane und der Geschäftsverteilungsplan der Geschäftsführung haben sich nach den bisherigen Erfahrungen bewährt.

Der Kreistag des Landkreises Kaiserslautern hat in seiner Sitzung vom 04.02.2013 Richtlinien über den Erlass und die Niederschlagung von Forderungen beschlossen. Danach sind für den Erlass von Forderungen, je nach Höhe der Forderung im Einzelfall, der Landrat, der Kreisausschuss oder der Kreistag zuständig. Die Niederschlagung fällt, unabhängig von der Höhe der Forderung, ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich des Landrats.

Die Stundung von Forderungen obliegt der Verwaltung (Fachbereichsleiter Abfall- und Wasserwirtschaft, Herrn Kreisamtsrat Michael Mersinger).

Mit Organisationsverfügung vom 27.04.2010 wurden mit sofortiger Wirkung die Aufgaben der Zahlenabwicklung der Sonderkasse des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft, insbesondere die Abwicklung der Abfallgebühren, einschließlich Mahn- und Vollsreckungswesen, der Abteilung 1., Zentrale Aufgaben und Finanzen, FB 1.5 - Kreiskasse - zugewiesen und eingegliedert. Der Status als Sonderkasse blieb unberührt. Seit Mitte 2011 werden die Mahnungen und Vollstreckungen im "KIS" OrgaSoft Kommunal (Saarbrücken) durchgeführt.

Die vorliegenden Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Nach den uns vorgelegten Sitzungsprotokollen haben in 2020 fünf Sitzungen des Kreistages stattgefunden, in denen Angelegenheiten der Abfallentsorgungseinrichtung behandelt wurden. Eine davon wurde aufgrund der Corona-Pandemie ausschließlich im Umlaufverfahren durchgeführt. Außerdem haben fünf Sitzungen des Kreisausschusses in 2020 stattgefunden, die Angelegenheiten der Abfallentsorgungseinrichtung betrafen.

Der Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss hat sich in 2020 zu zwei Sitzungen getroffen. Eine weitere Sitzung wurde aufgrund der Corona-Pandemie ausschließlich in Form eines digitalen Umlaufverfahrens durchgeführt.

Die Sitzungsniederschriften über die Tagesordnungspunkte, die Angelegenheiten der Abfallentsorgungseinrichtung betrafen, wurden uns vorgelegt.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Nach den uns erteilten Auskünften war der Landrat des Landkreises Kaiserslautern, Herr Ralf Leßmeister, in folgenden Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen tätig:

Nr.	Art der Nebentätigkeit	Institution/Gesellschaft	Rechtsform
Tätigkeiten i.V.m. dem Hauptamt:			
1.	Verwaltungsratsvorsitzender	Zentrale Abfallwirtschaft KL (ZAK),	AdöR
2.	Aufsichtsratsvorsitzender	Wirtschaftsförd.ges. ST u. LK KL,	GmbH
3.	Vors. d. Gesellschafter-VS	Wirtschaftsförd.ges. ST u. LK KL,	GmbH
4.	Mitglied im Aufsichtsrat	GML-Gemeinschafts-MHKW LU,	GmbH
5.	Aufsichtsratsvorsitzender	PFAFF-Gemeinn. Arbeitsför.ges.,	GmbH
6.	Aufsichtsratsvorsitzender	Neue Energie KL GmbH,	GmbH
7.	Mitglied der Gesellschafter-VS	Neue Energie KL GmbH,	GmbH
8.	Mitglied des Aufsichtsrats	Gartenschau KL i.L.,	GmbH
9.	Mitglied der Gesellschafter-VS	Gartenschau KL i.L.,	GmbH
10.	Vorsitz. Regionalvertretung	Planungsgemeinsch. Westpflaz,	GmbH
11.	Vorstandsmitglied	Siebenpfeiffer-Stiftung,	KdöR
12.	Stiftungsratsmitglied	Stiftung Naturschutz KL,	SdbR
Tätigkeiten im Nebenamt, öffentlicher Dienst			
13.	Mitglied des Kuratoriums	Zukunftsregion Westpfalz,	e.V.
14.	Vorsitzender Regionalvorstand	Planungsgemeinsch. Westpfalz,	KdöR
Öffentliche Ehrenämter			
15.	Verwaltungsratsvorsitzender	Kreissparkasse Kaiserslautern,	AdöR
16.	Zweckverbands-Vorsitzender	Kreissparkasse Kaiserslautern,	KdöR
17.	Mitglied des Kuratoriums	Hochschule Kaiserslautern,	KdöR
18.	Mitglied	Sozial- und Gesundheitsaussch.,	Aussch.
19.	Mitglied	Schul- und Kulturaussch. d. LKT,	Aussch.
20.	Mitglied	Landesjugendhilfeausschuss,	Aussch.
21.	Mitglied	Landesbeirat für Familienpolitik,	Beirat
22.	Mitglied	Stiftung "Familie in Not",	SdbR
Nebentätigkeiten Privatwirtschaft			
23.	Keine		

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Vergütungen für die Mitglieder der nach dem geltenden Kommunalverfassungsrecht zuständigen Gremien werden im Anhang angegeben. Eine Individualisierung und Aufteilung auf Komponenten ist nicht erforderlich, da es sich nicht um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt.

2. Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ein Organisationsplan liegt in Form eines Verwaltungsgliederungsplanes und Geschäftsverteilungsplanes für die Kreisverwaltung Kaiserslautern vor. Der Fachbereich 5.4 Abfall- und Wasserwirtschaft ist der Abteilung 5 (Bauen und Umwelt) zugeordnet. Für den Fachbereich Abfall- und Wasserwirtschaft ergeben sich der Organisationsaufbau, die Arbeitsbereiche sowie die Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse aus dem Geschäftsverteilungsplan - Stand 06/2021 - und der Organisationsverfügung vom 27.04.2010 (vgl. S. 10). Die Abfallwirtschaftseinrichtung ist organisatorisch in den Fachbereich integriert, wobei die Geschäftsführung der Einrichtung unmittelbar dem Landrat unterstellt ist. Danach wird nach unserem Eindruck auch im Wesentlichen verfahren.

<u>Organisatorisch getrennt sind insbesondere:</u>

Kassenleitung und Anordnungsbefugnis

Die Kassenleitung hat seit 01.09.2018 Herr Kreisamtmann Markus Wilhelm inne. Die Anordnungsbefugnis für sämtliche anfallenden Kassenanordnungen der ehemaligen Abteilung 7 (Wirtschaft und Umweltschutz) wurde durch Unterschriftsmitteilung vom 22.07.2013 Herrn Mersinger erteilt. Anordnungsbefugnis im Vertretungsfall haben Frau Karfusehr und Herr Lauer.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Solche Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Nach der uns erteilten Auskunft wurden keine spezifischen Vorkehrungen getroffen.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Für die Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung gelten die VgV, das GWB, die GemHVO, die VOB und die VOL sowie VOF (vgl. dazu auch Fragenkreis 9 a).

Seit dem 20.08.2013 ist die Dienstanweisung „Vergabewesen“ in Kraft. Diese wurde am 01.02.2021 aufgrund umfangreicher Änderungen vergaberechtlicher Bestimmungen, insb. aber auch aufgrund der Einrichtung einer zentralen Vergabestelle neu gefasst.

Das Land hat mit Wirkung zum 05.07.2014 eine neue Verwaltungsvorschrift „Öffentliches Auftrags- und Beschaffungswesen in Rheinland-Pfalz“ erlassen. Diese ist bei allen Aufträgen gem. § 2 der Dienstanweisung Vergabewesen der Kreisverwaltung Kaiserslautern zu beachten.

Es wurden diverse Dienstanweisungen erlassen, z. B. „Dienstanweisung zur Organisation des Rechnungswesens“, „Dienstanweisung für das Anordnungswesen“, „Dienstanweisung zur Sicherung des Buchungsverfahrens“ oder „Dienstanweisung zur elektronischen Archivierung und Aufbewahrung von Belegen i.S. von § 30 GemHVO“.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Eine systematische Zusammenstellung der wesentlichen Verträge konnte uns vorgelegt werden. Aus dieser Zusammenstellung sind der Gegenstand des Vertrages, der Vertragspartner, die Laufzeit des Vertrages, die Verlängerungsoptionen sowie die Kündigungsfristen ersichtlich. Daneben erfolgt eine geordnete Ablage der weiteren bestehenden Verträge in Aktenordnern.

3. Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Es werden jährlich der Wirtschafts- und Finanzplan sowie zum 30.09. ein kurzfristiger Zwischen-bericht erstellt. Dies entspricht den kommunalrechtlichen Vorschriften.

Das Wirtschaftsjahr der Einrichtung läuft mit dem Haushaltsjahr des Landkreises und entspricht damit dem Kalenderjahr. Die Führung der Einrichtung wird auf der Grundlage eines Wirtschafts- planes vollzogen. Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020 wurde vom Kreisausschuss am 26.10.2020 beraten sowie vom Kreistag am 02.11.2020 beschlossen. Der Wirtschaftsplan ist ausreichend untergliedert (§ 16 Abs. 1, § 17 Abs. 1 EigAnVO).

Gem. § 15 EigAnVO ist der Wirtschaftsplan vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres aufzustellen. Wesentliche Projekte oben genannter Art lagen im Berichtsjahr nicht vor.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Größere Planabweichungen wurden für die ersten neun Monate im Zwischenbericht zum 30.09.2019 für Positionen des Erfolgsplanes dokumentiert, begründet und dem Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss zur Kenntnis gegeben. Dies erfolgte in der Sitzung vom 02.12.2020. Weitere systematische Untersuchungen von Planabweichungen für das ganze Wirtschaftsjahr erfolgen jeweils zum 30.06. des Jahres (durch Hochrechnung der Ist-Zahlen auf 12 Monate).

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen wird als doppelte kaufmännische Buchführung geführt und entspricht nach unserer Feststellung insoweit den betrieblichen Erfordernissen.

Eine Kostenrechnung ist in das vorhandene EDV-Programm nicht integriert. Bei Bedarf wird aus- gehend von der kaufmännischen Buchführung manuell eine Kostenrechnung erstellt. Die

Kostenstellenrechnung liefert brauchbare Ergebnisse, die vor allem für die Kalkulation weiterverwendet werden.

Die Entgelte wurden bislang auf Grundlage einer einjährigen Gebührenplanung kalkuliert und auf Grundlage von Ist-Zahlen nachgeprüft. Zum 01.01.2018 wurden die Abfallgebühren mittels externer Unterstützung für den Kalkulationszeitraum 2018 bis 2020 neu kalkuliert. Neben der Einführung eines nunmehr dreijährigen Gebührenkalkulationszeitraums wurde dabei auf eine nahezu lineare Betrachtung der Abfallgebühren in Bezug auf das bereitgestellte Behältervolumen umgestellt. Hierdurch ergaben sich im Containerbereich (> = 1,1 m³) deutliche Gebührenanhebungen.

Da diese Kalkulationsperiode am 31.12.2020 endete wurde in 2020 eine Neukalkulation für den Gebührenkalkulationszeitraum 2021-2023 erstellt. Durch Beschluss des Kreistages (Änderung der Gebührensatzung) vom 14.12.2020 wurden über die neuen Abfallgebühren an die Ergebnisse der Gebührenkalkulation 2021-2023 angepasst. Die Gremien (Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss, Kreisausschuss und Kreistag) waren in allen Prozessen der Aufstellung der Gebührenkalkulation eingebunden.

Soweit Abweichungen von den tatsächlichen Kosten festgestellt werden, sind diese innerhalb angemessener Zeit auszugleichen (§ 8 Abs. 1 Satz 5 KAG). Die Prüfung der Kalkulation war nicht Gegenstand unserer Abschlussprüfung.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Kassen- und Rechnungsgeschäfte wurden im Berichtsjahr gemäß § 12 EigAnVO und § 106 Abs. 1 GemO von der Kreiskasse unter verantwortlicher Leitung von Herrn Wilhem geführt. Die Verwaltung der Gelder der Einrichtung erfolgt grundsätzlich nach den gesetzlichen Vorgaben.

Die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern verfügt über eigene Konten bei der Kreissparkasse Kaiserslautern. Die kurzfristige Liquiditätskontrolle ist Sache der mit der Zahlungsabwicklung der Einrichtung betrauten Abteilung 1. Die langfristige Liquiditätsplanung erfolgt im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzplanung.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Alle Kassengeschäfte der Einrichtung werden über eigene Bankkonten abgewickelt; die Sonderkasse untersteht der Kassenaufsicht des Leiters der Kreiskasse. Allgemeine Regelungen für die Kreiskasse sind in der „Dienstanweisung zur Organisation des Rechnungswesens“, in der „Dienstanweisung für das Anordnungswesen“, in der „Dienstanweisung zur Sicherung des Buchungsverfahrens“ und in der „Dienstanweisung zur elektronischen Archivierung und Aufbewahrung von Belegen i. S. v. § 30 GemHVO“ vorgegeben. Diese wurden 2021 überarbeitet. Eine eigene Regelung für das Cash-Management existiert nicht.- Aussagen zum Verfahren der Liquiditätssicherung sind in der DA zur Organisation des Rechnungswesens enthalten.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Sämtliche Abfallgebühren werden vom Landkreis Kaiserslautern unmittelbar veranlagt und erhoben. Die Jahresgebühr ist im Voraus in vier gleichen Raten zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres zu entrichten. Die Gebührenbescheide für das Jahr 2019 ergingen im Januar 2019. Durch wöchentliche Angleichung an die Einwohnermeldedaten der Verbandsgemeinden, die auf elektronischem Wege verschlüsseltübermittelt werden, erfolgt parallel hierzu ein ständiger Änderungsdienst.

Gewerbeabfall wird bei wöchentlicher Abfuhr durch monatlichen Bescheid, ansonsten durch Bescheid je Entleerung veranlagt und eingehoben. Mit Wirkung zum 01.01.2015 wurden alle angeschlossenen Gewerbebetriebe auf Regelabfuhr umgestellt. Für diese Leistung ergeht ein Jahresbescheid mit vierteljährlicher Abrechnungsmodalität.

Interne Vorkehrungen zur Sicherstellung der vollständigen Veranlagung der lfd. Entgelte wurden insoweit getroffen, als sämtliche in Umlauf befindlichen Abfallgefäße mit Nummern (RFID-Transponder) registriert und einem entsprechenden Grundstück zugeordnet sind. Die Rechnungsstellung erfolgte in der Regel innerhalb eines Monats.

Ein Mahnwesen bei der Kreiskasse ist eingerichtet. Gemäß der uns erteilten Auskunft wurden im Wirtschaftsjahr 2020 drei Mahnläufe durchgeführt.

Wie zuvor gennant, fanden Im Berichtsjahr insgesamt nur wenige Mahnläufe statt, im Vorjahr war die Zahl der Mahnläufe noch geringer, was z.T. erheblichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Abfallwirtschaft hatte (vgl. Abschnitt E III 1). So verringerten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Berichtsjahr um TEUR 551 auf TEUR 1.770 (Vorjahr: TEUR 2.321) gegenüber dem Vorjahr. Die Häufigkeit der Mahnläufe sollte noch weiter gesteigert und nachhaltig beibehalten werden, um eine höhere Zahlungsdisziplin bei den Schuldnern herbeizuführen.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?

Ein Controlling besteht insoweit, als zum 30.09.2019 ein Zwischenbericht erstellt wurde, in welchem bereits im laufenden Jahr die Planansätze der wesentlichen Ertrags- und Aufwandsposten den Ist-Zahlen gegenübergestellt werden.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern hat kein Tochterunternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

4. Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Zur Einführung eines Risikofrüherkennungssystems wurde in Zusammenarbeit mit einem externen Berater eine Verfahrensanweisung zur Risikofrüherkennung mit Anlagen als Dokumentation erarbeitet. In dem darin enthaltenen „Formular operatives Frühwarnsystem“ wurden die wesentlichen Risiken erfasst und bewertet sowie eine Steuerungsgröße für das jeweilige Risiko festgelegt. Für diese Steuerungsgrößen wurden kritische Abweichungsgrößen als Frühwarnsignale definiert. Weiterhin wurden die Maßnahmen zur Risikobewältigung aufgeführt („Risikoatlas“– Stand 03/2005). Die Verfahrensanweisung zur Risikofrüherkennung wurde im März 2006 erlassen und an die betreffenden Mitarbeiter ausgehändigt.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Anhaltspunkte, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden, haben sich nicht ergeben.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Vgl. Buchstabe a).

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2006 vom damaligen Landrat die „Verfahrensanweisung zur Risikofrüherkennung im Bereich der Abfallwirtschaft des Landkreises Kaiserslautern“ erlassen (vgl. auch oben, Punkt 4a). Die vom Landrat bestimmten Mitglieder der Risikofrüherkennungs- Arbeitsgruppe treffen sich in regelmäßigen Abständen, um für die notwendigen Abstimmungen und Anpassungen zu sorgen. Die Arbeitsgruppe besteht i.d.R. aus dem Leiter des Fachbereiches 5.4 (Abfall- und Wasserwirtschaft) sowie aus drei weiteren Mitarbeitern des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises.

5. Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Finanzinstrumente, Termingeschäfte, Optionen und Derivate u. Ä. werden nach der uns erteilten Auskunft bisher nicht genutzt. Eine Festlegung des Geschäftsumfangs zum Einsatz von solchen Finanzinstrumenten war deshalb nicht erforderlich und wurde deshalb auch bislang nicht vorgenommen. Die Fragen a) bis f) des Fragenkreises 5 sind bei der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern daher nicht einschlägig.

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

6. Interne Revision

Eine eigenständige Innenrevision ist bei Einrichtungen, die auch der Prüfung durch die Prüfungsämter bzw. den Rechnungshof unterliegen, nicht üblich. Aufsichtsbehörde im Sinne des § 118 GemO ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier. Die Fragen a) bis f) des Fragenkreises 6 sind bei der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern daher nicht einschlägig.

Kassenprüfungen erfolgen in unregelmäßigen Abständen. Ebenso werden Rechnungsprüfungen gemäß § 110 GemO i. V. m. § 57 LKO durchgeführt. Die letzte unvermutete Kassenprüfung gem.

§ 26 GemHVO bzw. § 112 Abs. 1 Nr. 6 GemO bei der eingerichteten Sonderkasse für die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern erfolgte vom 04.12. bis 08.12.2020 und führte zu keiner wesentlichen Feststellung.

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

7. Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Gemäß § 5 Abs. 1 i. V. m. § 6 der Hauptsatzung des Landkreises Kaiserslautern entscheidet der Kreisausschuss über den Abschluss von Verträgen, wenn sie im Einzelfall T€ 50 übersteigen. Die obere Begrenzung liegt bei einer Wertgrenze von T€ 250. Darüber hinaus obliegt die Entscheidung dem Kreistag. Gemäß § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung hat der Kreisausschuss Beschlüsse, für die der Kreistag zuständig ist, vorzuberaten.

Der Kreisausschuss bzw. der Kreistag haben folgende wesentliche Rechtsgeschäfte und Maßnahmen vorberaten (V) und beschlossen (B):

2020

1. Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung mit den dualen Systemen

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
/	10.04.2020	27.04.2020

2. Beschlussfassung über Wirtschaftsplan 2020

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
04.12.2019	10.02.2020	17.02.2020

3. Beschlussfassung über 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2020

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
/	26.10.2020	02.11.2020

4. Beschlussfassung über 1. Nachtragswirtschaftsplan 2020

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
/	07.12.2020	14.12.2020

5. Beschuss über Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises (Teil C)

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
/	22.06.2020	29.06.2020

6. Beschluss über die Bewirtschaftung der Grünabfallsammelstellen im Landkreis

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
01.10.2020	26.10.2020	02.11.2020

7. Beschluss über die Vergabe des Behältermanagements

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
/	07.12.2020	14.12.2020

8. Beschluss über Änderung der Gebührensatzung

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
27.05.2020	22.06.2020	/

9. Beschluss über die Bewirtschaftung der Grünabfallsammelstellen im Landkreis

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
27.05.2020	22.06.2020	29.06.2020

10. Beschluss über die Verlängerung des Vertrags über die Vermarktung von PPK

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
27.05.2020	22.06.2020	29.06.2020

11. Vorlage des Zwischenberichts nach EigAnVO zum 30.09.2020

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
02.12.2020	/	/

12. Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der ZAK zur Aufgabenübertragung der Bewirtschaftung des WSH in Kindsbach

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
02.12.2020	07.12.2020	14.12.2020

2021

Beschluss über Jahresabschluss und Gewinnverwendung 2019

Umweltausschuss	Keisausschuss	Keistag
/	01.02.2021	08.02.2021

Darüber hinaus wurden nach der uns erteilten Auskunft keine weiteren wesentlichen zustimmungspflichtigen Maßnahmen oder Rechtsgeschäfte durch die Leitung der Einrichtung getätigt. Eilentscheidungen bezüglich der Abfallentsorgungseinrichtung sind uns bei

der stichprobenartigen Durchsicht der vorgelegten Sitzungsniederschriften nicht bekannt geworden.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans wurden im Berichtsjahr nicht vergeben.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Ähnliche, als nicht zustimmungspflichtig behandelte Maßnahmen des Jahres 2020 lagen nach erhaltener Auskunft nicht vor und sind uns im Rahmen der Jahresabschlussprüfung auch nicht bekannt geworden.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen im Prüfungsbericht unter II.B.

Soweit wir prüften, wurden bei den im Berichtsjahr getätigten wesentlichen Geschäften und Maßnahmen im Übrigen keine Verstöße gegen Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung und Beschlüsse festgestellt.

8. Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

In Hinblick auf den Gegenstand des Unternehmens (Abfallentsorgung) ist das Kriterium der Rentabilität nur von eingeschränkter Bedeutung für die Investitionsentscheidungen. Dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit von Investitionen wird grundsätzlich durch die Einholung von Angeboten verschiedener Anbieter bzw. durch öffentliche Ausschreibungen Rechnung getragen.

Darüber hinaus wird grundsätzlich die Möglichkeit von Investitionsalternativen geprüft. Die Finanzierbarkeit ist im Rahmen des Wirtschaftsplans sichergestellt. Die Risikoprüfung bei Investitionsentscheidungen ist im Hinblick auf den bestehenden Anschluss- und Benutzungszwang überschaubar. Die abrechnungsfähigen Kosten gehen in die Gebührenkalkulation ein.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Grundstücke oder Beteiligungen wurden im Berichtsjahr weder erworben noch verkauft.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Der Vermögensplan wird, nach den uns erteilten Auskünften, von der Verwaltung regelmäßig überwacht und hinsichtlich Abweichungen untersucht.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Die Anlagenzugänge betrugen insgesamt T€ 330 (Investitionskostenzuschüsse für Grünabfallsammelstellen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung).

Soweit wir prüften, haben sich keine wesentlichen Überschreitungen zu den geplanten Investitionen ergeben.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Wesentliche Leasing- oder ähnliche Verträge wurden im Berichtsjahr nicht abgeschlossen. Anhaltspunkte dafür, dass die Kreditlinien ausgeschöpft waren, lagen uns nicht vor.

9. Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Eine umfassende Prüfung der Vergaben im Berichtsjahr war im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nicht Gegenstand unseres Auftrags. Die stichprobenartige Prüfung beschränkte sich auf wesentliche Vergaben und bei diesen auf offenkundige, d. h. für jedermann unmittelbar erkennbare Verstöße. Eine fachtechnische Prüfung fand dabei nicht statt. Eine vollständige rechtliche Prüfung erfolgte ebenfalls nicht.

Offenkundige Verstöße gegen Vergaberegelungen wurden nicht festgestellt.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Grundsätzlich werden für alle wesentlichen Anschaffungen Konkurrenzangebote eingeholt und bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt.

In 2020 wurde kein Darlehen aufgenommen. Die Aufnahme von Kassenkrediten und die Anlage der zur Verfügung stehenden Mittel erfolgt über die Kreiskasse. Für die Anlage von größeren Beträgen als Tages- oder Festgeld werden seitens der Verwaltung, nach den uns erteilten Auskünften, Vergleichsangebote eingeholt (mindestens drei bei örtlich ansässigen Kreditinstituten).

10. Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Von der Leitung der Einrichtung ist spätestens zum 30.09. ein Zwischenbericht dem zuständigen Kreisausschuss vorzulegen (§ 21 EigAnVO). Demzufolge wurde dem Umwelt- und Abfallwirtschafts- ausschuss in seiner Sitzung am 02.12.2020 ein Zwischenbericht per 30.09.2019 gemäß § 21 EigAnVO vorgelegt

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Im Zwischenbericht zum 30.09.2019 wurden die wesentlichen Abweichungen zu den Ansätzen im Erfolgsplan dargestellt und erläutert. Im Zwischenbericht wurde ein Jahresverlust von - T€ 661 konstatiert, während sich lt. Jahresabschluss zum 31.12.2020 ein Jahresverlust von gewinn von T€ 407 ergab.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Besondere Geschäftsvorfälle und erkennbare Fehldispositionen wurden im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Eine Berichtspflicht gem. § 90 Abs. 3 AktG besteht bei der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern nicht.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Im Rahmen unserer Prüfung wurden solche Anhaltspunkte nicht festgestellt.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung für die Geschäftsleitung wurde nicht abgeschlossen.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Solche Anhaltspunkte sind uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

11. Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Das in der Bilanz ausgewiesene Vermögen ist betriebsnotwendig.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Es waren in 2020 keine auffallenden Bestände zu verzeichnen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Nennenswerte stille Reserven sind nicht erkennbar und auch nicht zu vermuten (geringes Anlagevermögen).

12. Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Das Eigenkapital beträgt insgesamt 17,6 % des Gesamtkapitals nach 33,8 % im Vorjahr.

Am Abschlussstichtag bestehen keine wesentlichen Investitionsverpflichtungen.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Bei dem zu prüfenden Jahresabschluss handelt es sich nicht um einen Konzernabschluss.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Kaiserslautern hat im Wirtschaftsjahr 2020 keine entsprechenden Mittel erhalten.

13. Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Das Eigenkapital beträgt 17,6 % des Gesamtkapitals, jedoch überschreiten zum Bilanzstichtag die kurzfristig verfügbaren Zahlungsmittel (innerhalb eines Jahres fällige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie Guthaben bei Kreditinstituten) mit T€ 2.853 die Rückstellungen und Verbindlichkeiten mit T€ 383 um T€ 2.311. Die Finanzierung kann damit als ausreichend angesehen werden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt T€ 528 (Ermittlung siehe Kapitalflussrechnung auf Seite 20 des Prüfungsberichtes).

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Jahresabschluss zum 31.12.2020 weist insgesamt einen Jahresverlust von T€ 407 aus, davon entfällt auf den hoheitlichen Bereich ein Jahresverlust in Höhe von T€ 543 und auf den Betrieb gewerblicher Art ein Jahresgewinn in Höhe von T€ 136. Die Leitung der Einrichtung wird dem Kreistag zur Beschlussfassung vorschlagen, den Jahresverlust 2020 - einschließlich des Jahresgewinns des BgA - auf neue Rechnung vorzutragen.

14. Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Das Unternehmen besteht lediglich aus dem Betriebszweig Abfallentsorgung.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis wird durch wesentliche periodenfremde Erträge um T€ 34 verbessert.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Zwischen der Abfallentsorgung des Landkreises Kaiserslautern und dem Landkreis Kaiserslautern als Einrichtungsträger besteht eine wesentlichen Leistungsbeziehung, aus der Vergütung der Verwaltungskosten in Höhe von TEUR 337 im Jahr 2020.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Nicht einschlägig bei Abfallentsorgungseinrichtungen.

15. Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Im Berichtsjahr gab es keine verlustbringenden Geschäfte.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Vgl. Buchstabe a).

16. Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Im hoheitlichen Abfallbereich wurde ein Jahresverlust von TEUR 543 erwirtschaftet. Ursächlich für den Verlust sind die nicht kostendeckenden Abfallentgelte.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Der Kreistag hat am 08. Februar 2021 beschlossen, künftig den Jahresgewinn des BgA nicht mehr an den Haushalt des Einrichtungsträgers auszuschütten.

Weiterhin wurden für den Kalkulationszeitraum 2021 bis 2023 die Abfallentgelte angehoben.

Wir empfehlen, die Entgelte mittels Vor- und Nachkalkulationen zu berechnen und die Kostenunter- oder Kostenüberdeckungen vor dem Hintergrund des Kommunalabgabengesetzes zu würdigen und innerhalb angemessener Zeit auszugleichen.

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf
50261 . PN 55495/0/0

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und

d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.